REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

Nr. 327 · 11.2.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 67 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. Israel, Golfkrieg und die deutsche Linke
2. Der Hamburger Kessel: Prozeß gegen Polizeiführer
3. Hafenstraße verteidigen - Jetzt
4. Amerika droht: Schlag gegen die Ölscheichs (aus "Der Spiegel", 13.1.1975)
5. Die Spaltung der arabischen Welt
6. Schmutziger Krieg hinter den Linien: Konterguerilla in der Türkei und Kurdistan
7. Saddam, die neue/alte Weltordnung und wir - Dietrich Schulze-Marmeling
8. Der konsequente Kriegskurs der USA (Auszug aus einem Artikel von W. Wolf)
9. Die PLO und der 2. Golfkrieg
10. Welche Optionen hat die PLO im Golfkrieg?
11. Von der "zitternden Provinz" zur Kriegsmacht - der
12. SPD zwischen Pazifismus und Bündnistreue
13. Bündnisfall und Notstandsgesetze
14. Wird die EFTA von der EG geschluckt?
15. Türkei: Die Offensive hat begonnen
16. Mad dogs and Englishmen Kriegssprache in der britischen Presse
17. Deutschland mordet mit
18. Das linke Ja zum Krieg
19. Wer gegen den Krieg ist, ist auch gegen Israel. Ideologische Offensive gegen die Antikriegsbewegung
20. Ohne Wenn und Aber: Nein zum Krieg!
21. Antiimperialismus als Feind des Internationalismus
22. Dokumentation der Debatte zu Golfkrieg und Israel: RATZ (Israel), DIAK, Benny Peiser, Grünes Forum, Klaus Hartung, KB Frankfurt
23. Hamburger SchülerInnen: Direkte Aktionen gegen den Krieg
24. (K)ein bißchen Frieden SchülerInnenprotest gegen den Golfkrieg
25. Bremerhaven am 26.1.91: "Sand im Getriebe" Demonstration gegen die Kriegslieferungen
26. Einladung zu einer Diskussions- und Aktionskonferenz gegen den Golfkrieg
27. Die Nazi-Saddam-Connection Die rechte Szene auf der Seite des Irak
28. Die NATO - Militärpakt mit Zukunft
29. Wo bitte ist der Ausweg? Gorbatschows Versuch, die Einheit der UdSSR mit allen Mitteln zu wahren
30. Schwerer Weg in die Unabhängigkeit: Namibia ein Jahr nach dem Ende der Kolonialzeit
31. PDS - was sonst? Die schwierige "Erneuerung" der PCI
32. Das Schweigen durchbrechen. Internationales Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in den USA
33. Lateinamerika durchs Objektiv. Bericht vom internationalen Fest des neuen lateinamerikanischen Kinos
34. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen
35. Der II. Parteitag der PDS. Die Suche nach einem Weg im neuen Deutschland
36. "Bush spricht von neuer Weltordnung und meint die Neuaufteilung der Welt". Auszüge aus der Eröffnungsrede von Gysi
37. PDS - Partei eines gar nicht so neuen Typs. Zur Politischen Erklärung der PDS
38. Resolution des zweiten Parteitages der PDS zum Golfkrieg
39. Bündnispolitik mit der PDS
40. "Weil ich nicht vergessen darf und nicht flüchten kann" (Vortrag von Erika Landau, Israel)
41. "Beachtlich aufgerüttelt" und doch das alte Spiel
42. "Dieser Prozeß war endgültig verkorkst". Interview mit Rainer Elfferding, Verteidiger im Schmücker-Prozeß

43. Kurdistan: NATO-Sprungbrett in den Irak. Presseerklärung der VerteidigerInnen im sogenannten "Kurden-Verfahren"
44. Teile und herrsche - Diskussionsbeitrag zum Urteil gegen Luitgard Hornstein
45. Diskussion um Widerstand reicht schon Luitgard Hornstein wg. psychischer Beteiligung zu neun Jahren Haft verurteilt
46. Zynische Verharmlosung. - Betr.: Golfkrieg und Litauen
47. Minderheit ohne Mehrheit: gar nicht ratlos. Einige Anmerkungen zum Stand der Diskussion in der Minderheit
48. Lesenswertes und kritikwürdiges Drei aktuelle Bücher zum Golfkrieg
49. Anti-AKW-Bewegung am Ende?
50. Die Geschichte vom Hirsch, der auszog, den Tiger zu reiten. Rezension von Joachim Hirsch, Kapitalismus ohne Alternative?
51. Ein Big War für Big Oil
52. Antiimperialismus als Feind des Internationalismus
53. Aufruf zur Solidarität
54. Kriegstreiber ...
55. Quelldatei 55.htm
56. Quelldatei bu1.htm
57. Quelldatei bu3.htm
58. Annährung an ein Ja zum Krieg
59. Quelldatei doku_c.htm
60. Quelldatei doku_d.htm
61. Quelldatei doku_e.htm
62. Quelldatei kasten.htm
63. Quelldatei prowo.htm
64. Quelldatei s1b.htm
65. Deutschland als Kriegspartei
66. Die SPD vor einer Zerreißprobe
67. Was fehlt und was wir dennoch brauchen: Ein Spendenaufruf

# 1. Israel, Golfkrieg und die deutsche Linke

Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/s1a.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:s1a

Wie zu befürchten, aber auch zu erwarten war, begann mit dem Angriff der unter dem Oberkommando der USA stehenden Allianz in der Nacht vom 16. auf den 17. Januar der Krieg gegen den Irak. "Kein Blut für Öl!" und "Kein Krieg am Golf!" waren die Parolen, unter denen noch kurz vorher Hunderttausende in der BRD auf die Straßen gingen. Ein großer Teil der Massenmedien bekundete in seltener Einträchtigkeit Verständnis und Sympathie für die Proteste. Die Stimmung für einen Krieg war negativ, zu diesem Zeitpunkt lehnten noch 75 - 80% der BundesbürgerInnen eine militärische Lösung am Golf ab. Doch schon Ende Januar zeigte sich das Politbarometer völlig gewandelt. Während die Zahl der KriegsgegnerInnen auf 2% abgesunken war, erklärten sich 75% mit den Bombenangriffen auf den Irak einverstanden. Den Bundeswehreinsatz im "Bündnisfall" befürworteten zu diesem Zeitpunkt 48% und im männlichen Teil der Bevölkerung sogar 57%. Auch wenn solche Zahlen mit Vorsicht zu betrachten sind, lassen sie einen bestürzenden Trend erkennen.

In nur wenigen Tagen haben offenbar der Vorwurf des Antiamerikanismus, das Motiv Israel-Solidarität (gekoppelt mit der Gleichsetzung von Hussein und Hitler und dem Vergleich mit München 1938), der Vorwurf einer Appeasement-Politik und das vielzitierte Drängen der NATO-Verbündeten "in der öffentlichen Meinung einen Umschwung bewirkt, wie man ihn dramatischer und schneller selten erlebt hat" (FAZ, 31.1.).

Dieser Umschwung zur Kriegsbefürwortung hat sich insbesondere im alternativ-intellektuellen Milieu mit einer geradezu schockierenden Geschwindigkeit ausgebreitet und auch in der Linken zu Verunsicherungen und Einbrüchen geführt. In Frage gestellt wird z.B. die linke Tradition des Antiimperialismus. Neben Leuten, denen es tatsächlich primär um das Existenzrecht Israels geht, scheint einigen Autoren vor allem der scheinbar moralisch unantastbare Vorwand für ein Ja zum Krieg willkommen. Es ist zu befürchten, daß über das vorgeschobene oder tatsächliche Motiv Israel-Solidarität ein Tor in einen weiten Raum aufgestoßen wurde. Linke haben in einem Konflikt zwischen dem Imperialismus und einem Staat der Dritten Welt erstmals, aber eben wohl leider nicht letztmals, klar für den Imperialismus Partei genommen und Bombenterror als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" akzeptiert. Was sich bei ihnen unter Verweis auf Israels berechtigtes Schutzinteresse noch mit moralischem Anspruch umgibt, droht in künftigen Konflikten zur schieren Verteidigung des eigenen privilegierten Besitzstandes gegen die Hungernden und Ausgebeuteten der Dritten Welt zu werden.

Die Linke scheint an einem historischen Wendepunkt zu stehen, der mit der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914 zu vergleichen ist. Grund genug, die Debatte um Ja, Nein oder Jein zum Golfkrieg zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe zu machen.

# 2. Der Hamburger Kessel: Prozeß gegen Polizeiführer

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:39

Am 25.1.91 hat der Strafprozeß gegen die polizeilich Verantwortlichen des Hamburger Kessels begonnen. Die Anklage wirft ihnen Freiheitsberaubung in 861 Fällen vor, die Strafkammer schließt auch eine Verurteilung wegen Beleidigung und Körperverletzung im Amt nicht aus.

Am 8.6.86 wurden 861 Demonstranten "vorsorglich" auf dem Heiligengeistfeld von der Polizei bis zu 13 Stunden auf engstem Raum festgehalten: ohne Toilette, ohne Verpflegung, ohne Sitzmöglichkeiten. Die spontane Versammlung war eine Reaktion auf die Einschränkung des Versammlungsrechts am Vortag, als die Polizei die Demo in Brokdorf massiv störte und den größten Teil der DemonstrantInnen daran hinderte, überhaupt zum Kundgebungsort zu gelangen.

Am 7.6.86, gut einen Monat nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl, hatten sich weit mehr als 30.000 Demonstrationswillige aus dem gesamten Bundesgebiet auf den Weg gemacht, um vor Ort gegen die bevorstehende Inbetriebnahme des AKW Brokdorf zu protestieren. Noch nicht mal ein Drittel kam an, zu Beginn der Kundgebung waren nur einige tausend da. Viele trafen nach stundenlangem Fußmarsch erst am späten Nachmittag ein. Die anderen scheiterten an der bürgerkriegsähnlichen Demonstrationsverhinderung der Polizei: weiträumige Straßensperren in ganz Schleswig-Holstein, Kontrollen und Verzögerungen bis hin zum brutalen Aufhalten des Hamburger Konvois in Kleve. Dort brannten zwei Fahrzeuge aus, etwa 100 wurden von der Polizei demoliert. Ungefähr 10.000 Demonstrationswillige - größtenteils in Bussen - mußten dann nach stundenlangem Aufenthalt umkehren.

Insgesamt legte es die Polizei darauf an, es vor Ort nur mit kleinen, möglichst desorganisierten DemonstrantInnengruppen zu tun zu bekommen, um diese dann problemloser abräumen zu können. Die genehmigte Kundgebung wurde durch Hubschrauberlärm gestört und gewaltsam von der Polizei gesprengt: mit massivem Wasserwerfer-, Reizgas- und Knüppeleinsatz, z.T. schon vor Beginn der Veranstaltung.

Dieses unfaßbar brutale Vorgehen der Polizei (später auch gerichtlich als Demonstrationsverhinderung charakterisiert) fand am nächsten Tag mit dem Hamburger Kessel seine logische Fortsetzung.

Der Hamburger Kessel kostete schließlich Innensenator Lange seinen Posten, aber die damaligen SPD-Bürgermeister (Erster: K. von Dohnanyi, Zweiter: A. Pawelczyk) kamen ungeschoren davon. Das Hamburger Verwaltungsgericht hat die Rechtswidrigkeit des Hamburger Kessels festgestellt. Trotz Strafantrag von vielen der eingekesselten Demonstranten wurde gegen die politisch Verantwortlichen keine Klage erhoben; das daraufhin von den AnwältInnen der Eingekesselten eingeleitete Klageerzwingungsverfahren wurde im vorigen Jahr eingestellt. Daß nun der Prozeß gegen die Führungsebene der Polizei stattfindet, ist Lothar Arthecker, damals Chef der Hamburger Bereitschaftspolizei, zu verdanken. Zwar hatte der Staatsanwalt auf Antrag der Eingekesselten gegen die polizeilich Verantwortlichen Klage erhoben, aber das Verfahren sollte gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt werden. Arthecker stimmte nicht zu, er wollte nicht für die Fehler der Politiker den Kopf hinhalten.

Der jetzige Prozeß begann mit einem Eklat. Das Gericht hatte verfügt, daß BesucherInnen, AnwältInnen und NebenklägerInnen (d.h. damals Eingekesselte) nur nach Durchsuchung den Saal betreten dürfen, während die Angeklagten durch eine andere Tür eingelassen wurden. Als die NebenklägerInnen sich weigerten und auf diese Voreingenommenheit hinwiesen, entschieden sich die Richter für Fingerspitzengefühl und hoben die Anordnung auf. Sie hatten offenbar ein anderes Publikum erwartet.

Der Prozeß ist insofern spannend, als sich die Angeklagten nicht einig sind. Während der damalige Leiter des Führungsstabes und an diesem Tag Landespolizeidirektor, Klaus Rürup, sowie der an diesem Tag amtierende Polizeipräsident, Alfred Honka, noch heute die Einkesselung richtig finden, hält Lothar Arthecker sie für "kein Ruhmesblatt der Hamburger Polizei". Er will nun die volle Wahrheit sagen. Nach seiner Aussage hat er das bis zu seiner Pensionierung vor einem Jahr immer wieder versucht, aber niemand wollte ihn hören oder reden lassen. Am Polizeibericht durfte er nicht mitwirken, vor dem Verwaltungsgericht hat seine Behörde ihn nicht aussagen lassen. Seine Motivation dabei ist der gute Ruf der Hamburger Bereitschaftspolizei, er will die

Begleitumstände der Einkesselung richtigstellen, diese jungen Beamten seien nicht so sadistisch, wie es in den Berichten über den Kessel dargestellt worden sei.

Zum einen belastet er mit seiner Aussage seine damaligen Vorgesetzten (die Mitangeklagten Rürup, Honka, Heinz Krappen, damals Leiter der Polizeidirektion Mitte) sowie führende Hamburger SPD-Politiker (u.a. die damaligen Bürgermeister und den heutigen Bürgermeister H. Voscherau, im nachhinein ein heftiger Kritiker des Kessels), die frühzeitig informiert gewesen seien und den Kessel hätten beenden können - wenn sie gewollt hätten. Auch Honka bestätigt die Billigung der Politiker. Zum anderen begründet Arthecker seine damalige Handlungsweise mit Sachzwängen, stellt sein und der einkesselnden Polizisten Handeln als maßvoll dar und schiebt die Begleitumstände und die Dauer der Einkesselung auch der Unvernunft der "friedlichen" Demonstranten zu, die sich sofort solidarisierten und damit die Strategie der sanften Trennung von den "Gewaltbereiten" zunichte machten.

Das Interesse ist leider gering, obwohl diese Polizeitaktik - etwas abgemildert als Wanderkessel - heute zum Demoalltag gehört. Von den damals Eingekesselten haben sich nur 61 als NebenklägerInnen gemeldet, die Zuschauerplätze sind spärlich besetzt.

Der Prozeß wird mindestens bis zum Sommer dauern, wir berichten ausführlich am Ende. Die nächsten Termine: bis 4.3. jeweils Montag und Mittwoch um 9.30 Uhr im Versteigerungsgebäude, Drehbahn 36, Hofeinfahrt, Saal 19.

Wer sich noch mal über die Ereignisse 1986 informieren möchte: Die Dokumentation: Brokdorf, Kleve, Hamburg ist für DM 5,- plus DM 1,- Porto zu beziehen bei: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36.

ma

# 3. Hafenstraße verteidigen - Jetzt

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:52

"Noch Chancen für die Hafenstraße?" So hatten wir im letzten AK gefragt. Eine Antwort steht weiterhin aus. Im Laufe der letzten vier Wochen ist trotzdem einiges passiert.

Der Kleinkrieg

Die juristische Situation hat sich nicht verändert: das Kündigungsurteil gegen den "Verein Hafenstraße" existiert, die Abrißverfügungen wegen angeblicher Unbewohnbarkeit ebenso. Mittlerweile ist von den JuristInnen des Vereins jedoch Widerspruch eingelegt worden, in den nächsten Wochen muß er begründet werden, danach hat die "Hafenrand GmbH" - die Eigentümerin der Häuser - Gelegenheit zu einer juristischen Stellungnahme ihrerseits; erst dann wird das Gericht wieder tätig.

Ein Unterschied zu der Situation von vor vier Wochen ist jedoch, daß der Jubel von Parteien, Polizei und Presse über "Das Räumungsurteil" unübersehbar abgeklungen ist. Der Grund dafür liegt darin, daß auch den Räumungsstrategen von "Hafenrand" und Senat klar geworden ist, daß das Urteil des Landgerichts - streng juristisch betrachtet - eben nicht gegen die BewohnerInnen der Häuser am Hamburger Hafenrand gerichtet war, sondern gegen den "Verein" als Hauptmieter eines Teils der Wohnungen.

Zu dieser Einsicht verhalf ihnen nicht zuletzt die - sogar von dem kurzfristig eingeschalteten Gericht abgesegnete - Weigerung des Gerichtsvollziehers, mit Hilfe dieses Urteils die BewohnerInnen zu vertreiben.

Aus dieser Situation heraus mußte ein Alleingang verschiedener Sozialämter äußerst gelegen kommen: unter Verweis auf das noch nicht rechtskräftige Urteil sperrten sie SozialhilfeempfängerInnen unter den BewohnerInnen die Mietzahlungen, die direkt an den "Verein" abzuführen sind. Erst nach einem tagelangen, auch öffentlichen, Hin und Her wurde diese Maßnahme zurückgenommen. Die Folge dieser Aktion, wäre sie "durchgegangen", wäre die Zahlungsunfähigkeit des Hauptmieters, des "Vereins Hafenstraße", gewesen; damit drohte die Einstellung von Gas-, Wasser- und Stromlieferungen, neuerliche Unbewohnbarkeitserklärungen oder aber Vorwürfe wegen "Energieklau" wären der nächste Schritt gewesen. ... Es scheint, als sei das unheilvolle Zusammenspiel, das untergeordnete Behörden schon 1986/87 unrechtmäßig aber von oben geduldet geprobt hatten, noch bestens eingeübt.

Die Bedrohung

Auch wenn der Eindruck in der Öffentlichkeit, namentlich durch die Springer-dominierte Hamburger Presse gefördert, eine Entspannung der Lage zu sein scheint: von Entwarnung kann trotzdem nicht die Rede sein. Bestehen bleiben nicht nur Urteil, Unbewohnbarkeitserklärungen und Bebauungspläne, die den Abriß vorsehen, bestehen bleiben auch die 129a-Verfahren gegen etliche Leute aus den Häusern. Was die Behörden sich noch ausdenken werden, weiß kein Mensch und nicht zuletzt kennen wir aus den vergangenen Jahren die Versuche, mittels Provokationen und Anwendung des "Sicherheits- und Ordnungsgesetzes" den Schnellabriß durchzuziehen - Modell "Mainzer Straße".

Die Solidarität

Eine Reihe von Unterstützungsaktionen, wie eine große Podiumsdiskussion, viele kleinere Veranstaltungen in den unterschiedlichsten Hamburger Stadtteilen, ein Autokorso, Brennstofflieferungen unter dem Motto "Kohle für die Hafenstraße", haben mittlerweile stattgefunden; unter dem Eindruck der spontanen Demonstration vom Tag der Urteilsverkündung waren sie alle Versuche, das Klima zugunsten des Hafens zu beeinflussen. Inwieweit sie tatsächlich gewirkt haben, ist kaum einzuschätzen. Hier vor allem hat der Beginn des Angriffs gegen den Irak nicht nur enorm viel Kraft abgezogen, sondern - nur zu verständlich - darüberhinaus die Aufmerksamkeit auf den Kampf gegen diesen Krieg gelenkt.

Wie noch viel schwieriger dadurch die Bemühungen um Solidarität mit der Hafenstraße geworden sind, zeigte sich bei den Vorbereitungen für die bundesweite Demonstration am 9. Februar: lange und widerspruchsvolle Diskussionen entstanden über die Frage, ob es überhaupt gerechtfertigt sei, angesichts des Krieges zu einer solchen Aktion aufzurufen und welchen Charakter sie haben solle. Ausschlaggebend für die Entscheidung, zu einer möglichst starken, vielfältigen und großen Demo zu mobilisieren, war dann aber doch die Überlegung,

daß es gerade jetzt notwendig ist, für "den Hafen" auf die Straße zu gehen; für radikale politische Opposition und dafür, daß es möglich ist, gegen die herrschenden Interessen erfolgreich zu widerstehen.

Die Demonstration am 9. Februar

Insgesamt kann man also sagen, daß die Demonstration unter denkbar ungünstigen Vorzeichen stand: Eine wirksame Mobilisierung war nur schwer zu leisten, darüberhinaus spielte auch das Wetter nicht gerade mit.

Dazu kam, daß es neben vielen, teilweise sehr überraschenden Aufrufen aus verschiedenen Kreisen (z.B. einer Aktion dutzender Kneipen und Restaurants zur "Unterstützung der gastronomischen Betriebe in der Hafenstraße" - gemeint sind "Volxküche", "Tante Hermine", "Onkel Otto", "Ahoi" und "Störtebeker- Zentrum"), auch einen Aufruf der Hafenstraße selbst gab, der ein genaues Abbild der politischen Unklarheiten war, die bundesdeutsche Linksradikale derzeit bei dem Kampf gegen den Krieg am Golf haben: zur Zeit einen Text als Mobilisierung zu veröffentlichen, in dem der Boykott Israels gefordert wird, in dem "Arabien den arabischen Völkern" und "Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen und palästinensischen Volkes" gefordert wird, ohne sich deutlich zu den Raketenangriffen auf Israel, die durch BRD- Technologie erst möglich wurden, die Bedrohung auch Überlebender des Holocausts durch deutsches Giftgas zu äußern, ist eine Unsensibilität, die nicht nachvollziehbar ist. Leider wird es erst nach der Demonstration möglich sein, diese Frage gemeinsam zu diskutieren.

Zur Demonstration kamen trotz Schnee und Kälte immerhin gut 6.000 bis 8.000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet und auch dem Ausland. Im Vorfeld hatte es wieder das mittlerweile schon gewohnte Gerangel mit der Polizei um die Route gegeben - am Sitz der "Hafenrand GmbH" durfte nicht protestiert werden -, aber immerhin auch eine Zusage, daß es keinen wandernden Gefangenentransport geben solle. Sie wurde, um es vorwegzunehmen, nicht eingehalten und wie üblich war es nur der Besonnenheit der Demoleitung und vieler DemonstrantInnen zu verdanken, daß der Zug einigermaßen wohlbehalten (mindestens drei Kopfverletzungen sind zu beklagen) am Hafen ankam. Ob allerdings die Entglasungsaktionen bei Banken und an anderen Stellen dieser Demo im Hinblick auf die Verbreitung der Solidarität mit der Hafenstraße besonders sinnvoll waren, darf stark bezweifelt werden.

Insgesamt kann man sicher sagen, daß alle Bemühungen um der Erhalt des Projekts vor schweren Zeiten stehen. Viel wird noch zu überlegen und zu tun sein, ehe mit Überzeugung gesagt werden kann: Wenn schon nicht für immer, dann wenigstens für ewig. Hafenstraße bleibt!

kla.

# 4. Amerika droht: Schlag gegen die Ölscheichs (aus "Der Spiegel", 13.1.1975)

Rubrik: Militarismus; Golfkrieg; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:56

(Faksimile der Spiegel-Titelseite vom 13.1.75)

1976 trat der damalige US-Botschafter in Saudi-Arabien, James Akins, zurück. Er war nicht einverstanden mit den damaligen Ölkriegsdrohungen seines Außenministers, Henry Kissinger. Jetzt hat er sich wieder zu Wort gemeldet und hat im vergangenen Dezember demonstrativ den Irak besucht, weil er für Verhandlungen statt Krieg eintritt. (s. taz, 3.1.90)

Gehen wir in die damalige Zeit zurück: Unter dem Überschrift "Krieg gegen die Ölscheichs" beschrieb der Spiegel am 13.1.1975 Kriegsdrohungen der USA gegen den Nahen Osten. Die dort wiedergegebenen Kriegsszenarien sind hochaktuell und schon damals wollte man dieselbe Region besetzen, konnte man keinem Araberführer trauen und erst recht nicht den Ölscheichs, an dessen Seite die USA nun in den Krieg ziehen.

1975 findet man schon den Hitler-Vergleich, auch wenn ein Saddam Hussein noch gar nicht in Sicht war. Damals wurde spekuliert, was einen solchen Kriegseinsatz der USA auslösen könnte. Den Anlaß, im Namen des Völkerrechtes die Annexion des Kuwait rückgängig machen zu wollen, gab es damals nicht. Aber 1975 ist es auch bei Kriegsdrohungen geblieben.

Im folgenden dokumentieren wir einige Auszüge aus dem Spiegel-Artikel.

Bricht ein neuer Nahost-Krieg aus, ist ein neuer arabischer Öl-Boykott so gut wie sicher. Er würde die stärksten Industriestaaten der Welt an den Rand der wirtschaftlichen Katastrohe führen, weil feudalistische Öl-Scheichs am Persischen Golf es so wollen. Henry Kissinger machte klar, daß Amerika sich für diesen Fall eine letzte Option offenhält - Besetzung der Ölfelder. (...)

In (...) politischen Denkmodellen und militärischen Planspielen allerdings ist "das Unaussprechliche" schon Realität geworden: Amerikanische Marineinfanterie landet an den Küsten der Öl-Scheichtümer des des Persischen Golfs. Amerikanische Panzer nehmen die Ölfelder Saudi-Arabiens ein. Amerikanische Fallschirmjäger besetzen die libyschen Ölquellen. Bevor noch die Araber den Heiligen Krieg ausrufen können, hat die stärkste Militärmacht der Welt unwiderrufliche Fakten geschaffen. Amerika wird weltweit des Rückfalls in den Imperialismus angeklagt, aber das Öl fließt wieder und die jüngst in Kuweit verkaufen Ölbilder westlicher Meister kehren auch in die Heimat zurück. (...)

"Verbaler Blitzkrieg der Regierung Ford", urteilte die "New York Times". Die sonst so impulsive arabische Öffentlichkeit schwieg einen Tag lang betreten, dann brach der Sturm los. Das Beiruter Pro-Palästinenser-Blatt "El-Muharrir" zeigte den Juden Kissinger in Nazi-Uniform mit Judenstern. Libyen-Premier Dschallud gelobte: "Wir fürchten uns nicht. Wir werden für die Freiheit kämpfen." (...)

Amerika ein Satellit von Kuweit oder Abu Dhabi?

Ausgangspunkt ist für die Amerikaner die Erkenntnis, daß die arabischen Staaten ihren politischen Einsatz seit dem Oktoberkrieg von 1973 erheblich gesteigert haben - vertrauend auch die Macht des Öls, das ihren Wüsteneien dank Preiserhöhungen von 300 Prozent innerhalb eines Jahres ungeahnten Reichtum beschert hat: Trotz aller Investitionen in der Welt nehmen die Opec-Staaten Tag für Tag 164 Mio. Dollar mehr ein, als sie ausgeben können. In drei Jahren sind sie in der Lage, das Gold aller Zentralbanken der Welt aufzukaufen, und in 15 Jahren die Aktien sämtlicher Gesellschaften, die an den wichtigsten Börsen der Welt gehandelt werden. (...)

Bei dem - jederzeit möglichen - Ausbruch eines fünften Nahostkriegs würden die Araber die westliche Welt zur Aufgabe jeder Unterstützung, ob moralischer, wirtschaftlicher oder militärischer, für Israel zu zwingen suchen und im Weigerungsfall den 1973 erprobten Ölboykott erneut verhängen - wahrscheinlich automatisch und total. Ein sofortiger Kollaps der ohnehin schwer leidenden Wirtschaft Europas wäre die Folge. Amerika, das nur 8,2 Prozent seines Öls aus Arabien bezieht, könnte nur begrenzt helfen, es würde selbst mit in den Strudel

gerissen. (...) Zu dieser Fahrt in die Katastrophe gibt es nur die Alternative: Entweder Amerika unterwirft sich, indem es den Staat Israel der Vernichtung preisgibt - fast undenkbar. (...) Oder aber Amerika entschließt sich trotz schwer kalkulierbarer Risiken, die politische Kausalkette an ihrem Anfang aufzubrechen, indem es die Ölquellen besetzt.

Daß die Araber die politischen Grenzen der Einsetzbarkeit ihrer Ölwaffe selbst erkennen, halten die Arabien-Experten des Westens heute für unwahrscheinlicher als noch vor einem Jahr. (...) Zu groß ist bei vielen Potentaten das Bedürfnis nach Revanche für das Unrecht, das ihnen das Abendland seit dem Niedergang des arabischen Weltreichs angeblich angetan hat, zu irrational die Gedankenwelt des Orients. (...) Die politische Entscheidungsgewalt liegt (...) bei autokratischen Herrschern, von denen die meisten keine Universität besucht haben. Fromme Gelehrte lasen ihnen aus den Schriften Mohammeds vor und bezauberten sie mit den Großtaten der arabischen Vergangenheit. Wohl haben sie erkannt, daß Öl Macht bedeutet, nicht jedoch, welche Konsequenzen ihre Politik fernab von ihren Wüsten hat und wie stark die komplizierten Wirtschaftsmechanismen der Welt durch Blockade oder Preiserhöhung erschüttert werden können.

König Feisals Volk zur Hälfte noch Nomaden

Der Emir von Katar beispielsweise zeltet jedes Jahr wochenlang in der Wüste und jagt mit seinen Falken. Dem frommen Feisal von Saudi-Arabien macht es gewiß nichts aus, den Christen die Energie zu sperren, weil die Juden ihn nicht in Jerusalem beten lassen. Der Schah von Persien kennt nur ein Ziel, Persien zur Großmacht zu entwickeln, von den Phantasien des Libyers Gaddafi nicht zu reden.

Irrationales regt sich inzwischen auch im Westen. "Sollen wir es einem Haufen Wüstennomaden gestatten, uns und die ganze Welt als Geiseln zu nehmen? Diesen Leuten, die in Zelten leben?" sagte der Präsident einer internationalen Kupfer-Gesellschaft der Zeitschrift "New York". (...)

Von schätzungsweise 8,5 Millionen Saudi-Arabern durchstreifen noch mehr als die Hälfte das Land als Beduinen, die nie eine Schule sahen. (...) Nach wie vor ist in Saudi-Arabien und einigen Scheichtümern der über 1300 Jahre alte Koran staatliches Gesetzbuch. Nach dem Freitag-Gottesdienst in Feisals Hauptstadt Riad richtet der Henker noch immer öffentlich. Frauen dürfen keine Autos steuern. (...) Gegen diese teilweise noch mittelalterlich anmutende Welt befürworten Banker an New Yorks Wall Street bereits seit Mitte vorigen Jahres offen eine militärische Intervention. (...)

Amerikas Zeitungen, offenkundig von Regierungsstellen gespeist, griffen das erregende Thema auf. "Werden die USA sich das Nahost-Öl holen?" fragte die Zeitschrift "U.S. News & World Report" im Dezember in einer Titelgeschichte. Das Magazin "New York" schreckte seine Leser mit der Titelblatt-Frage auf: "Würden wir für Öl tatsächlich töten?" (...) Kolumnist Joseph Alsop (...) sieht die USA in der Situation Frankreichs und Englands nach der Besetzung des Rheinlandes durch Hitler: "Hätte man ihn beizeiten hart gewarnt, wäre es nie zum Einmarsch und womöglich nicht zum Zweiten Weltkrieg gekommen." (...)

Amerika redet und schreibt nicht nur über den Katastrophenfall:

- Im Pentagon zirkulieren sogenannte "Contingency Plans" (Alarmpläne) für militärische Interventionen in Israel und den Erdölgebieten. An Amerikas Kriegs-Colleges werden Offiziere im Rahmen ihrer taktischen Ausbildung in Planspielen auch auf Landungsoperationen an Wüstenküsten vorbereitet.

- Eine sogenannte "Middle East Task Group (METG) koordiniert nunmehr im Pentagon alle militärischen Aktivitäten der USA im Nahen Osten, einschließlich der Waffenlieferungen und der Geheimdienst-Operationen. (...)

- In mehreren "Think Tanks" - Denkfabriken - arbeiten Militärstrategen an Interventionsplänen für das Verteidigungsministerium. (...)

Die tiefgründigste Studie "mit den weitesten Auswirkungen" ("The New York Times") hat Robert W. Tucker (...) verfaßt. (...) Tucker hält die Intervention selbst für den Fall für notwendig, daß es nicht zu einer Existenzkrise Israels kommt: Das Receycling der Öl-Milliarden biete auf Dauer keine Lösung der Ölkrise, weil es die Kreditwürdigkeit der für den Welthandel wichtigen Staaten untergrabe. Da der für eine Invasion in Betracht kommende Küstenstreifen am Persischen Golf von Kuweit über Saudi-Arabien bis Katar nur wenig

Bevölkerung und wenig Vegetation habe, lasse das Problem, dieses Gebiet effektiv zu kontrollieren, "nicht einmal einen entfernten Vergleich mit der Erfahrung von Vietnam" zu.

Vietnam! Wahrscheinlich bildet das Trauma, diesen Krieg geführt, zu Unrecht geführt und überdies trotz ungeheurer Materialüberlegenheit nicht gewonnen zu haben, die stärkste psychologische Hemmschwelle für eine amerikanische Intervention gegen die Ölstaaten. (...)

Versorgungslinien über 14.000 Kilometer

Immerhin scheint der von Tucker ins Auge gefaßte Küstenstreifen zwischen Kuweit und Katar den schnellen militärischen Erfolg einer Intervention fast zu garantieren. Es handelt sich um ein begrenztes, übersichtliches Territorium, nur 500 Kilometer lang, 200 Kilometer breit. Hier sprudeln rund 600 der 670 Ölquellen Saudi-Arabiens, unter dessen Wüstenboden und Küstengewässern die umfangreichsten Reserven der Welt lagern - 132 Milliarden Barrel.

Amerikanische Militärs gehen davon aus, daß im Interventionsfall die teilweise von britischen und pakistanischen Piloten geflogene Luftwaffe König Feisals durch Luftangriffe auf die Flugplätze Rahid, Dschidda, Ras el-Tarf und Tabuk ausgeschaltet würde. Luftlandetruppen hätten den Flugplatz Dharan, einen ehemaligen US-Luftwaffenstützpunkt, zu besetzen.

Dort oder notfalls auch im Bahrein könnten, so sieht ein Planspiel vor, die Maschinen mit dem Nachschub landen, Soldaten und Material absetzen und versuchen, die dann bedrohten in Saudi-Arabien tätigen US-Zivilisten zu retten. Die israelische Luftwaffe würde über das Mittelmeer einfliegenden US-Maschinen Geleitschutz geben und Flugplätze zur Verfügung stellen. Israels Kriegsheld General Ariel Scharon: "Amerika könnte Israel als Basis und Sprungbrett nutzen." (...)

Israelische Truppen, so überlegt man in Washington, müßten unterdessen an den arabischen Grenzen aktiv werden, um die Streitkräfte Syriens und des Irak zu binden. Für realisierbar halten die Planer außerdem die Öffnung einer Landverbindung der in Saudi-Arabien operierenden amerikanischen Verbände mit Israel: Zwischen der saudiarabischen Grenze und dem israelischen Eilat liegen nur 20 Kilometer Jordanien. (...)

Für den nächsten Konflikt hat US-Verteidigungsminister Schlesinger gegenüber Bonn bereits klargestellt, daß die USA diesmal gar nicht erst fragen würden, ob sie deutsche Basen benutzen und auf in Deutschland lagerndes Material zurückgreifen dürften. Tiefgründig antwortete Kanzler Schmidt vorige Woche in einem Spiegel-Gespräch: "Ich weiß von keinem Druck. Wir würden uns darauf auch nicht einlassen." Jedoch: "Da ich mich nicht als Kanzler einer Weltmacht fühle, werde ich über Ihre Frage nicht öffentlich philosophieren. Das wäre lebensgefährlich."

In offenbar gewolltem Understatement behaupten US-Militärs, mindestens vier bis acht Wochen würde es dauern, die Marine-, Infanterie-, Panzer- und Luftlande-Truppen komplett und kampffähig von den USA in die Nahost-Gebiete zu verlegen. (...)

"Die Feuer sind ein teuflisches Problem"

(...) Die US-Planer (erörterten) auch eine kleine Lösung: eine Besetzung der 980 Ölquellen des Araber-Außenseiters Gaddafi. Vor der libyschen Mittelmeerküste könnte die 6. US-Flotte ihre Marine-Infanteristen weitaus bequemer anlanden. Fallschirmjäger und Transport-Flugzeuge hätten keine Feindstaaten zu überfliegen, der Öl-Transport für die Tanker-Flotte wäre unvergleichlich weniger gefahrvoll als aus den Häfen des persischen Golfs.

Doch von Überlegungen, Gaddafis Ölquellen zu besetzen, sind die Strategen wieder abgerückt - offenbar, weil der Aufwand kaum lohnt. Denn Libyen produzierte im letzten Jahr nur 623 Mio. Barrel Öl und verfügt nach Schätzungen lediglich über Reserven im Umfang von 26,6 Mrd. Barrel. Diese Menge "reicht im Krisenfall nicht aus", so ein US-Oberst. (...)

Trotz aller taktischen und strategischen Schwierigkeiten - nicht die Landung amerikanischer Fallschirmjäger an den Ölquellen, nicht die Sicherung des Nachschubs und schon gar nicht militärischer Widerstand der Araber scheinen das eigentliche Risiko eines militärischen Schlags gegen das Araber-Öl zu sein. Paul Adair (...) hält ihn vor allem wegen der drohenden Sabotage durch die Araber für "absoluten Schwachsinn". (...)

Die Militärs, so prophezeite Feuerwehrmann Adair, könnten "da unten das größte Feuerwerk der Welt entzünden", aber es fehle ihnen an Experten, diese Brände beizeiten unter Kontrolle zu bringen. Eine Unterbrechung des Ölflusses um Monate, vielleicht sogar um Jahre, sei nicht auszuschließen.

Die Amerikaner könnten dann nach dem Urteil deutscher Erdöl-Experten einfach neue Bohrungen niederbringen. (...)

Tucker weiß auch eine Antwort auf die Frage, wie Amerika dem einer Intervention zwangsläufig folgenden Empörungsschrei in den Ländern der Dritten Welt begegnen müßte: durch den Nachweis, daß es sich, ähnlich wie im Korea-Krieg um eine "disinterested intervention" handele, etwa indem Washington den großen Ölkonzernen nicht ihre früheren Profitraten zurückgeben und den Erzeugerländern einen angemessenen Gewinn zubilligen würde. (...)

Seit sich die Öldrohung für die Existenz des Westens als weitaus aktueller erwiesen hat als etwa eine kommunistische Aggression, gegen die das Bündnis gegründet worden war, befindet sich die Nato "in einer Denkkrise", gestand ein Nato-Botschafter. (...) Die Europäer, befanden Militärstrategen eines Washingtoner "Think Tank" in einer Studie für das Pentagon, müßten aus der selbstgefälligen Überzeugung gerissen werden, daß die USA diese Krise allein bewältigen könnten. (...)

Im Falle einer Katastrophe (...) könnte für die NATO ein Sachzwang entstehen, der über Nacht eine neu Lage schafft. (...)

Die Vieldeutigkeit wie die Gesprächigkeit der amerikanischen Führungsspitze scheinen genau kalkuliert: Washington will die arabische Welt zur Vorsicht mahnen, die Voraussetzungen für die "ultima ratio" nicht eintreten zu lassen, wie auch die amerikanische Öffentlichkeit psychologisch für den Fall vorbereiten, daß diese Voraussetzungen eintreten. Vor allem wollte Washington (...) klarstellen, daß die militärische Intervention "eine Option" ist, die Amerika sich von nun an offen hält.

# 5. Die Spaltung der arabischen Welt

Rubrik: Golfkrieg; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:45

Der Angriff auf den Irak hat in der arabischen und islamischen Welt, bis nach Südostasien, die erwarteten heftigen Reaktionen ausgelöst. Weithin wird dieser Krieg als Auftakt eines Kreuzzugs der imperialistischen Metropolen gegen die Araber, gegen die Muslim, gegen die Dritte Welt schlechthin wahrgenommen. Daß auch mehrere arabische Staaten an der Allianz beteiligt sind, wirkt keineswegs als Widerspruch zu dieser Interpretation, sondern steigert nur Scham und Wut über den Zustand der Ohnmacht und Zersplitterung, in den man geraten ist. Der Krieg wird, gerade wenn er mit einer schweren militärischen Niederlage des Irak enden sollte, in der arabischen Welt wahrscheinlich einen ungeheuren Haß und Revanchismus gegen den Westen und dessen Brückenkopf Israel hinterlassen, mit dem auf viele Jahre zu rechnen sein wird. Die Tendenz zum Zusammenschluß arabischer Staaten und zur forcierten Aufrüstung - einschließlich des Aufbaus eigener Produktionen, um vom Diktat der imperialistischen Lieferanten unabhängiger zu werden -, wird zunehmen.

Am 10. August 1990, acht Tage nach der irakischen Besetzung Kuwaits, fand in Kairo ein von Ägypten kurzfristig vorgeschlagener Dringlichkeitsgipfel der Arabischen Liga (AL) statt. Es war das erste und bisher auch letzte Mal, daß sich diese zentrale Koordination aller arabischen Staaten mit dem Konflikt befaßte. Das zeigt bereits die Unfähigkeit und den Unwillen, die Entwicklung einer kollektiven arabischen Politik in dieser kritischen und folgenschweren Phase auch nur zu versuchen.

Die AL wurde 1945 gegründet. Sie hat derzeit 21 Mitgliedsstaaten, einschließlich des durch die PLO vertretenen Palästina. Neben sämtlichen arabischen und arabisch-maurischen Staaten gehören der AL auch die islamischen Staaten Djibouti und Somalia in Nordostafrika an. Insgesamt leben in den Ländern der Liga ungefähr 230 bis 240 Millionen Menschen, davon rund 56 Mio. in Ägypten, das mit Abstand das bevölkerungsreichste Land der AL ist.

Der arabische Raum ist nicht nur historischer Ausgangspunkt, sondern auch immer noch politischer und religiöser Kern der islamischen Welt. Dennoch liegen die drei bevölkerungsreichsten Muslim-Staaten nicht in dieser Region, sondern in Südostasien. Es sind Indonesien (190 Mio. Einwohner), Bangla Desch (115 Mio.) und Pakistan (110 Mio.); weitere 110 Mio. Muslim leben nach Schätzungen in Indien. Sogar im mittelafrikanischen Nigeria leben ungefähr gleich viele Muslim wie im größten arabischen Staat, Ägypten.

Nach diesem kleinen Exkurs kehren wir zurück zum AL-Gipfel am 10. August letzten Jahres. Was wurde dort beschlossen? 1. Die Verurteilung der Besetzung Kuwaits. 2. Die Forderung nach Wiedereinsetzung der "legitimen" Regierung des Landes. 3. Die Entsendung arabischer Truppen nach Saudi-Arabien zur Abwehr einer eventuellen irakischen Aggression. 4. Die Zustimmung zur Anwesenheit internationaler Streitkräfte in Saudi-Arabien.

Diese Resolution definierte offensichtlich rein defensive Aufgaben und deckt nicht den am 17. Januar begonnenen Krieg zur Rückeroberung Kuwaits und zur Zerschlagung sämtlicher Strukturen des Irak. Die Beteiligung arabischer Regimes an diesem Krieg ist nicht nur nicht von der AL legitimiert worden, sondern kam unter Ausschaltung der Liga zustande, die seit August 1990 nicht wieder zusammengekommen ist.

Der erwähnten Resolution stimmten 12 der 20 anwesenden Mitgliedsstaaten zu. Nicht erschienen war Tunesien, mit der Begründung, daß das Treffen schlecht vorbereitet sei. Zugleich nahm die tunesische Regierung klar gegen das Eingreifen fremder Truppen am Golf Stellung, da dies eine Lösung noch schwerer mache. Gegen den Beschluß stimmten der Irak, Libyen und die PLO. Jordanien, Mauretanien und Sudan brachten Einwände gegen einzelne Punkte der Resolution vor. Algerien und Jemen enthielten sich der Stimme. - Beschlüsse der AL sind nicht verbindlich für die Mitglieder; es bleibt den einzelnen Staaten überlassen, ob sie sich danach richten wollen oder nicht.

Ein Blick auf die am Krieg beteiligten arabischen Streitkräfte zeigt vollends, daß es unter den AL-Staaten in Wirklichkeit nur eine Minderheit ist, die sich effektiv an der Allianz gegen den Irak beteiligt, während die Mehrheit dem Krieg kritisch bis ablehnend gegenübersteht.

Voll am Krieg beteiligt, einschließlich der Bereitschaft zur Zerschlagung des Irak, sind nur Saudi-Arabien und die anderen Staaten des Gulf Cooperation Council, also die Öl-Scheichtümer, einschließlich der Exilarmee

Kuwaits. Zusammen haben sie 150.000 Soldaten an die Front geschickt. Der Golfstaat Oman stellt zwar Stützpunkte zur Verfügung, beteiligt sich aber nicht mit Truppen.

An zweiter Stelle steht das ägyptische Kontingent. Kairo hat, nach unterschiedlichen Angaben, 35.000 bis 45.000 Soldaten nach Saudi-Arabien geschickt. Es gibt Äußerungen ägyptischer Politiker, allerdings nicht des Präsidenten Mubarak, daß diese Truppen nur zur Verteidigung Saudi-Arabiens und zur Befreiung Kuwaits eingesetzt werden sollen, nicht aber zum Angriff auf den Irak selbst. Während in Ägypten die wachsende Opposition gegen den Krieg noch repressiv niedergehalten wird, kommen in der regime-loyalen Presse Stimmen zu Wort, die deutlich gegen die beabsichtigte Vernichtung Iraks Stellung nehmen und vor einer nachhaltigen Schwächung des arabischen Potentials insgesamt warnen.

Noch stärker zeigt sich diese Tendenz in Syrien, das der Allianz knapp 20.000 Soldaten zur Verfügung gestellt hat. Ihr Auftrag sei, so heißt es in allen offiziellen Verlautbarungen, strikt defensiv, auf den Schutz Saudi-Arabiens begrenzt. Eine Beteiligung an offensiver Kriegführung gegen den Irak komme nicht in Frage.

Ein ausschließlich symbolisches Kontingent von 5.000 Mann hat Marokko nach Saudi-Arabien geschickt. Es wird sich, so scheint es, am Krieg überhaupt nicht beteiligen, denn die marokkanische Regierung lehnt diesen, im Einklang mit der starken Opposition und gemeinsam mit den anderen Maghreb-Staaten, inzwischen deutlich und scharf ab.

An weiteren Beteiligungen aus der islamischen Welt sind Pakistan (10.000 bis 20.000 Mann), Bangla Desch (2.000), Senegal und Niger (jeweils 500) zu erwähnen, sowie selbstverständlich die Türkei. Die Regierungen Pakistans und Bangla Desch' sind inzwischen innenpolitisch so unter Druck geraten, daß sie sich von dem Kriegsbündnis ein Stück distanziert haben. Ihre Truppen wollen sie allerdings nicht, wie es die Opposition fordert, abziehen, wollen sie aber andererseits auch nicht offensiv einsetzen lassen.

Die von Politikern und Massenmedien des Westens gezielt produzierte und eingesetzte Suggestion, die ganze Welt habe sich zum Kampf gegen den Irak verbündet, hält also den Tatsachen nicht stand. In der Realität reduziert sich die Allianz auf NATO plus Golfstaaten sowie, mit Abstrichen, Ägypten und in noch geringerem Maß Syrien.

Die Verantwortung für die beabsichtigte Vernichtung des Irak, einschließlich des einkalkulierten Todes von Zehntausenden der irakischen Zivilbevölkerung, wird außer den Öl-Scheichs vermutlich kein einziger arabischer Politiker mit den NATO-Staaten teilen wollen und können. So fest sitzen anscheinend auch Assad und Mubarak nicht im Sattel, daß sie es riskieren könnten, diesen Weg bis zum Ende mitzugehen. Dennoch wird man sie in der arabischen Welt für die Katastrophe mitverantwortlich machen, die sich schon abzeichnet. Niemals, weder zur Zeit der Kreuzzüge im Mittelalter noch in der Ära des Kolonialismus, ist es den "weißen" Eroberern so gut gelungen, innerarabische Konflikte zu instrumentalisieren und die Staaten der Region zu entzweien. Was jetzt geschieht, haben wahrscheinlich weder Ägypten noch Syrien gewollt. Mit dem Aufmarsch gegen den Irak haben sie etwas angeschoben, was ohne sie kaum funktioniert hätte, aber jetzt bestimmen nur noch die USA Ziel, Mittel und Ende des Krieges. Mubarak und Assad haben alle Chancen, als nützlichste Idioten des Imperialismus in die arabische Geschichtsschreibung einzugehen.

Im folgenden ein knapper Überblick über die Stellung der einzelnen arabischen Länder zum Zweiten Golfkrieg.

Jordanien. Das Land war bereits im irakisch-iranischen Krieg (1980-88) Bagdads engster Verbündeter, und ist es jetzt de facto wieder. Offiziell verhält sich Jordanien neutral, denn jede andere Stellungnahme wäre angesichts der Schwäche seiner Armee (100.000 Mann) selbstmörderisch. Ansonsten äußert sich König Hussein sehr offen und scharf: Der Krieg richte sich nicht nur gegen den Irak, sondern gegen alle Araber und Muslim. Die Westmächte wollten den Irak vernichten und sich die Bodenschätze der arabischen Welt sowie die Herrschaft über die Region sichern. Die Alternative zu einem sofortigen Waffenstillstand sei "der Untergang der Araber und Muslim, ihre Erniedrigung, ihre Ausbeutung, das Zertreten ihrer Ehre, ihres Stolzes und ihrer legitimen Hoffnungen."

Hussein, der Palästinenser-Schlächter vom September 1970, ist heute wohl mit Abstand derjenige arabische Politiker, der im eigenen Land die größte Popularität hat. Jordanien, wo die Palästinenser rund 70% der Bevölkerung ausmachen, ist neben dem vom Bürgerkrieg chaotisierten Libanon zum freiesten aller arabischen Länder geworden, was allerdings angesichts der Zustände in der Region nur relativ zu sehen ist.

Die objektive Situation des Landes ist desolat. Saudi-Arabien, von dem Jordanien sehr stark abhängig war, hat seine Finanzhilfe und seine Öllieferungen eingestellt; umgekehrt nimmt es auch kaum noch jordanische Produkte ab. Das Land ist daher auf irakisches Öl angewiesen. Die UNO hat das, trotz Boykott-Beschluß, ausdrücklich akzeptiert. Die USA jedoch sind dazu übergegangen, die Tankwagen anzugreifen und zu vernichten. Eine Ausweitung des Krieges auf Jordanien durch die USA oder auch durch Israel wäre sehr leicht zu provozieren. Bisher ist das vermutlich nur deshalb nicht gemacht worden, weil man es nicht für zweckmäßig hielt. Im Übrigen drohen die USA mit Einstellung ihrer finanziellen Unterstützung, so daß Amman vielleicht auch ohne Krieg zur Unterwerfung gezwungen werden kann.

Palästina. Die PLO hat sich zur kriegführenden Partei an der Seite Iraks erklärt, will damit allerdings keine Billigung der Besetzung Kuwaits ausdrücken. Real entspricht diesem symbolischen Kriegseintritt jedoch kaum eine praktische Maßnahme. Die PLO hütet sich, in der aktuellen Situation des Ausnahmezustands die israelische Besatzungsmacht herauszufordern. Die Berichte, ob Arafat bzw. die PLO-Führung tatsächlich zur "Eröffnung einer zweiten Front" aufgerufen hat, sind unklar und widersprüchlich. Lediglich im Libanon sind etliche Kurzstrecken-Raketen auf die von Israel kontrollierte "Sicherheitszone" abgeschossen worden, ohne Schaden anzurichten. Israel hat, wie üblich, mit mehrtägigen "Vergeltungsangriffen" reagiert, durch die es zahlreiche Tote und Verletzte gab.

Die PLO hat mit ihrer eindeutigen, von keiner Kritik relativierten Parteinahme für den Irak zwar Sympathien bei den Massen hinzugewonnen, aber wichtige Kontakte zu etablierten Kräften der arabischen Welt aufs Spiel gesetzt. Auch etliche westliche und israelische Linke äußern sich verbittert und feindselig. Dennoch wird die PLO vermutlich nach dem Krieg erneut eine Rolle spielen, denn sie wird ihren Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung wohl behalten. Wer mit den Palästinensern sprechen will, wird auch künftig vor allem mit der PLO sprechen müssen.

Sudan. Das Land war historisch und bis in jüngste Zeit eng mit Ägypten verbunden. Diese Beziehung ist nach dem Sturz des Diktators Numeiri (1985) weitgehend gelockert worden. Der Sudan befindet sich heute auf dem Weg eines rigiden Fundamentalismus und hat soeben das islamische Recht, die Scharia, eingeführt. Allerdings nur für den arabischen Norden des Landes. Der von schwarzen Völkern bewohnte Südsudan, wo seit über 30 Jahren Krieg geführt wird, soll sich autonom über Annahme oder Ablehnung der Scharia entscheiden können.

In der Hauptstadt Khartum haben Demonstrationen von Hunderttausenden gegen den Angriff auf den Irak stattgefunden, bei denen auch der "heilige Krieg" proklamiert wurde. Der Sudan bezeichnet sich offiziell als Verbündeter des Iraks und spricht von Unterstützung bei der Verteidigung arabischer Gebiete und ihrer Reichtümer gegen US-Amerikaner und Zionisten. Worin diese Unterstützung praktisch besteht, und ob es sie überhaupt gibt, ist jedoch nicht bekannt. Aufsehen erregten amerikanische Berichte, daß der Irak noch vor Kriegsbeginn Raketen und Kampfflugzeuge in den Sudan überführt habe. Daran knüpften sich Spekulationen, daß diese Raketen gegen den Westen Saudi-Arabiens oder gegen den Assuan-Staudamm in Ägypten abgeschossen werden könnten. Kairo drohte vorsorglich Kriegsbereitschaft an, ließ zugleich aber erkennen, daß man selbst an die Existenz irakischer Raketen im Sudan nicht glaubt.

Jemen. Der traditionell konservative und eng mit Saudi-Arabien verbundene Nordjemen sowie die "sozialistische", prosowjetische Volksrepublik Südjemen sind seit Mai 1990 ein einheitlicher Staat. Die Republik Jemen ist mit 13 Millionen Einwohnern der bevölkerungsreichste Staat der arabischen Halbinsel, hängt mangels Öl oder Industrie jedoch ökonomisch weitgehend von den Saudis ab. Das könnte problematisch werden, denn der vereinigte Staat hält an der radikalen Rhetorik der ehemaligen Volksrepublik fest. Die Regierung des Jemen hat in scharfer Form die "wilde Aggression" gegen den Irak kritisiert und ihre "uneingeschränkte Solidarität" erklärt, hat andererseits aber auch die Besetzung Kuwaits kritisiert. Jemen sucht nach Chancen, auch über seinen Platz im UNO-Sicherheitsrat, eine Friedensinitiative auf den Weg zu bringen.

Maghreb-Staaten. Die oft in wechselnden Koalitionen zerstrittenen fünf Länder des nordwestafrikanischen Maghreb - Algerien, Marokko, Tunesien, Mauretanien und Libyen - haben sich in ihrer Außenpolitik einander weitgehend angenähert. Insbesondere ihre Stellungnahmen zum Krieg gegen den Irak zeigen ein hohes Maß an Übereinstimmung. Nur einer der fünf Staaten, Marokko, hatte im August 1990 der AL-Resolution zugestimmt, die die Weichen zum Aufmarsch gegen den Irak stellte. Auch Marokko verurteilt heute aber klar

und scharf den Krieg der Allianz gegen das irakische Volk und bemüht sich, gemeinsam mit den vier anderen Maghreb-Regierung sowie Sudan und Jemen um einen sofortigen Waffenstillstand.

Vor allem in Algerien und Marokko haben wiederholt militante Demonstrationen mit Hunderttausenden Teilnehmern gegen die USA, Israel und den Krieg stattgefunden, die von fundamentalistischen Kräften geprägt wurden. In beiden Ländern vermischt sich die Solidarität mit dem Irak mit radikalem sozialen Protest.

In Algerien wurde im Oktober 1988 eine hauptsächlich von jugendlichen Arbeitslosen getragene Revolte blutig niedergeschlagen. Seit den Kommunalwahlen im Juni 1990 sind die Fundamentalisten der "Islamischen Rettungsfront" stärkste Partei des Landes. Sie regieren jetzt mehr als 50% der Gemeinden und bereiten sich darauf vor, auch die Macht im Staat zu übernehmen.

In Marokko hatte es im Dezember 1990 soziale Unruhen gegeben, die gewaltsam niedergeschlagen wurden. In einer Reihe von Prozessen wurden im Januar zahlreiche "Rädelsführer" zu jahrelangen Strafen verurteilt.

Die militante Solidarisierung der Massen mit dem Irak erscheint den Regimes des Maghreb, vor allem dem marokkanischen, als geeignetes Ventil, um sozialen Druck und religiösen Fanatismus abzuleiten; sie birgt aber zugleich auch das Risiko einer weiteren Radikalisierung. Marokkos König Hassan hat daher klargemacht, daß er zwar ebenfalls den Krieg ablehnt und sich heraushalten wird, daß er aber über den von der Opposition geforderten Rückzug seiner Truppen aus Saudi-Arabien nicht mit sich reden lassen will, sondern jede gegenteilige Stimme gewaltsam unterdrücken wird. Anfangs hatte Hassan sogar gedroht, gegen pro-irakische Demonstrationen das Kriegsrecht anzuwenden. Inzwischen toleriert er sie und ist bemüht, der Opposition verbal weit entgegenzukommen, soweit es die Haltung zum Krieg am Golf angeht. Gleiches gilt für die Regierungen Algeriens und Tunesiens.

Auffallend zurückhaltend sind hingegen die Äußerungen Ghadafis. Zwar verurteilt er den Golfkrieg als Tragödie für die arabische Nation, betont aber zugleich auch seine Kritik an der Besetzung Kuwaits. Libyen hatte im Ersten Golfkrieg mit dem Iran sympathisiert.

Ägypten. Das Regime hat sich in der Allianz gegen den Irak stark engagiert. Es wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß es - im Gegensatz zu den meisten anderen arabischen Ländern - in der ägyptischen Bevölkerung wenig Sympathie für Saddam Hussein gibt. Hunderttausende Ägypter, die im Irak gearbeitet hatten, sind auf ihre ehemaligen "Gastgeber" schlecht zu sprechen. Außerdem hatte Ägypten die Hauptlast der Kriege gegen Israel zu tragen. Die dadurch entstandene Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, die Sadat 1977-79 den Friedensschluß mit Israel erlaubte, scheint bis heute nachzuwirken und die anderswo so beliebte Sympathie für martialische Parolen zu verhindern. Andererseits wird darauf verwiesen, daß der Blick der Ägypter auf den Nachbarn Israel immer noch von Abneigung, Mißtrauen und Ressentiments geprägt sei, jedenfalls von echter Aussöhnung weit entfernt sei.

Um kein Risiko einzugehen, ließ Mubarak noch vor Kriegsbeginn in Hunderten von Razzien mindestens 8.000 "Verdächtige" - angeblich zumeist Angehörige der fundamentalistischen Muslimbruderschaft - "vorsorglich" festnehmen. Inzwischen haben die illegalisierten Oppositionsparteien eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie den "brutalen Angriff der Amerikaner auf das Volk des Irak" verurteilen. Allerdings scheinen sie, anders als die Fundamentalisten, bisher um die Frage der ägyptischen Truppen am Golf noch einen vorsichtigen Bogen zu machen. (Die Muslimbruderschaft fordert den Rückzug.)

Ansonsten als regime-loyal bekannte ägyptische Medien haben begonnen, laut über die Perspektiven des Krieges und die voraussehbaren Schäden für die arabische Welt nachzudenken. Eine Zerschlagung der irakischen Armee wird als "Reduzierung des arabischen Potentials" sehr negativ gesehen. Diese Schwächung werde den nicht-arabischen Staaten Türkei, Iran und Israel zugute kommen.

Syrien. Das Land ist mit dem Irak schon seit den 60er Jahren heftig und praktisch ununterbrochen verfeindet. Im Ersten Golfkrieg hat es den Iran unterstützt, was außer Libyen, das sich aber viel weniger engagierte, kein anderes arabisches Land getan hat. Gegenüber den USA, die noch bis vor kurzem Syrien als "Terroristen-Unterstützer" ganz oben auf ihrer Feindliste führten, hatte es schon seit 1989 eine Entspannung und Annäherung gegeben.

So war der Eintritt Syriens in die anti-irakische Koalition ein logischer Schritt, zumal Assad wohl davon ausging, daß er sich nicht völlig heraushalten konnte, ohne im Führungskampf mit Ägypten den kürzeren zu ziehen. An Angriffen auf den Irak sollen sich die syrischen Einheiten jedoch nicht beteiligen.

In letzter Zeit scheint die Opposition gegen die Politik Assads zugenommen zu haben. Berichtet wurde wiederholt von Demonstrationen, die sich mit dem Irak solidarisch erklärten. Die Popularität Saddam Husseins, die freilich nicht offen geäußert werden darf, soll auch in Syrien erheblich sein. Die illegalisierte Muslimbruderschaft hat vom jordanischen Amman aus zum Aufstand aufgefordert, "um Syrien zu retten, damit es seine Rolle in der arabischen Welt und im Kampf des Islam wiederfindet." Mindestens 80 Intellektuelle wurden Anfang Februar verhaftet, weil sie in einem Manifest Solidarität mit dem Irak bekundet hatten. Im gleichen Sinn hat sich die Nationale Demokratische Versammlung, ein Zusammenschluß mehrerer Oppositionsparteien, geäußert.

Wie in Ägypten haben auch in Syrien loyale Zeitungen begonnen, vor der Schwächung der arabischen Kampfkraft durch eine Zerstörung Iraks zu warnen. Es dürfe nicht vergessen werden, daß Israel der "historische Feind" der Araber sei und bleiben werde. Auf der anderen Seite sagt Israels Außenminister Levy schon jetzt ganz offen, daß mit dem Sieg über Irak die Probleme der Region noch nicht beendet wären. Denn in Syrien existiere ein ebenso totalitäres Regime wie im Irak. Es nehme dieselbe israelfeindliche Haltung ein und verfüge ebenfalls über immense Arsenale von Vernichtungswaffen. (lt. Frankf. Rundschau, 29.1.91) Da scheint eigentlich nur noch ein äußerer Vorwand für den nächsten Krieg zu fehlen.

Kt.

# 6. Schmutziger Krieg hinter den Linien: Konterguerilla in der Türkei und Kurdistan

Rubrik: Militarismus; Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:20

Die Truppen, die unter dem Stichwort "Gladio" in West- und Südeuropa für "stay behind"-Operationen und rechte Putschunternehmen bereitstanden, haben Ende letzten Jahres für wenige Wochen den Blätterwald bewegt. Dann ist es darum still geworden, und es wurde der Anschein verbreitet, als seien die Verbände europaweit aufgelöst worden. Doch im Falle der Türkei spricht alles dafür, daß das dortige "Amt für besondere Kriegführung" nach wie vor besteht, und es ist zu befürchten, daß der von ihm geführte "Spezialkrieg" gegen die kurdische PKK unter dem Deckmantel des Golfkrieges neue Eskalationsstufen erreicht. Mit der gezielten Falschinformation, die PKK wolle sich militärisch auf die Seite Iraks schlagen, ist der Boden bereitet, die Kurden als 5. Kolonne Saddams zu behandeln. Während der türkische Staatschef Özal mit der Aufhebung des amtlichen Verbotes der kurdischen Sprache bei seinen EG-Kollegen demokratische Reputation einfahren durfte, droht den Kurden neben den Folgen des Krieges mit dem Irak die Anwendung all dessen, was in Fort Bragg als "counter guerilla warfare" gelehrt wurde und wird.

Die Gladio-Skandale in Italien und anderen europäischen Ländern haben in der Türkei eine innenpolitische Debatte um die schon seit den 70er Jahren bekannte "Konterguerilla" ausgelöst. Politiker, Offiziere und ehemalige Angehörige der Truppe erinnerten sich öffentlich, während der Generalstab alles dementierte. Eingestanden wurde lediglich die Existenz eines bereits 1952 gegründeten "Amtes für besondere Kriegführung", das direkt dem Generalstab unterstellt sei. Seine Aufgabe sei es gewesen, Verteidigungspläne gegen Besatzungstruppen zu erarbeiten. Das Amt sei weder identisch mit der berüchtigten Konterguerilla noch mit Gladio, und eine Beteiligung an Terrorakten sei "undenkbar".

Der ehemalige sozialdemokratische Premier Ecevit erinnerte sich dagegen, 1974 von der Geheim-Abteilung erfahren zu haben, als es nach der Zypern-Invasion Schwierigkeiten mit der bis dahin von den USA getragenen Finanzierung gegeben habe. "Die Abteilung ‚Freiwillige Patrioten` habe Armeeangehörige, Polizeioffiziere, aber auch Zivilisten im Kampf gegen die Guerilla ausgebildet mit dem Ziel, ausländische Aggression abzuwehren. Die Mitglieder der Organisation, welche die Bezeichnung ‚Konterguerilla` getragen habe, hätten über geheime Waffenlager verfügt. Ihr Hauptquartier sei im selben Gebäude wie der militärische Geheimdienst der Amerikaner untergebracht gewesen." (NZZ, 6.12.90) Obwohl Ecevit vermutet, daß es die Konterguerilla war, die 1977 zwei Anschläge auf sein Leben verübte, gab er damals lediglich die (folgenlose) Anweisung zur Auflösung der Abteilung, unterband aber eine öffentliche Untersuchung der Angelegenheit und bestritt im Parlament sogar die Existenz einer vom Staat organisierten Konterguerilla. "Ecevit soll seine Schnauze halten. Selbst wenn er etwas weiß, ist es notwendig, daß er schweigt", kommentierte denn auch der Verteidigungsminister der Nach-Putsch-Ära, Safa Giray, Ecevits jetzige Äußerungen. (taz, 23.11.90)

Amerikanische Counter-Insurgency in der Türkei

Die besonderen Beziehungen zwischen der Türkei und den USA reichen zurück in die späten 40er und frühen 50er Jahre, als geostrategische Position und natürlicher Reichtum der Region die USA veranlaßten, mit Militär- und Wirtschaftshilfe die Türkei dem amerikanischen Bündnissystem einzuverleiben. Zu den bekannteren Ergebnissen dieser Zusammenarbeit zählt die Teilnahme der Türkei mit immerhin 4500 Mann an der letzten UNO-Strafaktion 1950 in Korea. Weniger auffällig war, daß amerikanische Offiziere und "Berater" die Strukturen der türkischen Streitkräfte mehr und mehr durchdrangen und prägten. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten war damals bereits das "Amt für besondere Kriegsführung". Für die Mitarbeit wurden die loyalsten, in der Regel in den USA ausgebildeten Offiziere ausgesucht und in der Türkei von CIA-Agenten und US-Militärberatern weiter trainiert. Die Truppe verfügte über umfangreiche Waffenlager und eigene Folterkeller. (Den nach dem Putsch vom März 1971 Verhafteten stellten sich ihre Folterer als Konterguerilla-Mitglieder vor: "Hier gibt es kein Grund- oder sonstwas Gesetz! Wir bringen dich um und werfen dich auf die Seite!" (Dev Yol, S. 6))

Anfang der 70er Jahre drangen Einzelheiten über Ausbildung und Aktivitäten des Amtes anläßlich eines Prozesses gegen einen kritischen Offizier in die Öffentlichkeit. Den Vorwurf, in diverse von Linken begangene Anschläge verwickelt zu sein, konterte der Ex-Offizier Talat Turhan, indem er beim Generalstab kursierende

militärische Handbücher zitierte. Es sind Übersetzungen der Anti-Terror-Abhandlungen von CIA-Experten und von offiziellen Field Manuals der US- Army, die die staatliche "Strategie der Spannung" schildern. "Ziel des psychologisch indirekten Terrors ist es, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für Situationen zu sensibilisieren, die den Anschein von politischem Chaos innerhalb der linken Gruppen erwecken sollen, wobei direkter Terror, wie Bombenanschläge, Brandstiftungen und Attentate, gezielt durchgeführt werden. ... Diese Art des Terrors soll die unpolitische Bevölkerung manipulieren. Das Volk wird zu Stellungnahmen gezwungen und damit gleichzeitig zum passiven Helfershelfer konditioniert. In verschiedenen Orten des Landes werden kleine Beamte, Polizisten, Briefträger, Mitglieder des Stadtrates, Lehrer und manchmal Bürgermeister, also Menschen, die im Gegensatz zu den höheren Beamten im nahen oder unmittelbaren Kontakt zur Bevölkerung stehen, geopfert, um so den Menschen die Greueltaten der Revolutionäre vorzuführen. ... Liberal eingestellte Personen neigen dazu, mit den Aufständischen zusammenzuarbeiten. Daher sind sie Zielscheiben terroristischer Anschläge." (United States Army School / F. A. Lindsay: Der unkonventionelle Krieg, zit. nach: Roth/Taylan, S. 91) In einer vom damaligen Chef der Heeresstreitkräfte, Ali Keskiner, unterschriebenen Order wird das Tätigkeitsfeld der Untergrundorganisation noch prägnanter beschrieben: "Menschen töten, Bomben werfen, Raubüberfälle organisieren, Folter, Menschenentführung, Brandstiftung, Sabotage, Propaganda, Desinformationspolitik." (taz, 23.11.90)

Der Terror der 70er Jahre

Die zitierten Richtlinien beschreiben ziemlich exakt die Vorbereitung der Militärputsche von 1971 und (vor allem) 1980, als mit eskalierendem Terror, für den die Linke verantwortlich gemacht wurde, ein Klima der Zustimmung in der Bevölkerung herbeigeschossen und - gebombt wurde. Den Auftakt dieser Strategie bildete das Massaker am 1. Mai 1977, als auf dem Istanbuler Taksim-Platz von staatlichen Gebäuden aus das Feuer auf die Kundgebung der Gewerkschaften eröffnet wurde und 34 Menschen starben. Die 20 Scharfschützen, die damals mehr zufällig von einem einfachen Soldaten gefaßt wurden, kamen kurz darauf wieder frei, die weiteren Ermittlungen verliefen im Sande. Eine Fülle von Indizien lassen es nunmehr für die türkische Presse als gesichert erscheinen, daß die Aktion von der Konterguerilla organisiert und von dem Obersten Orhan Kilercioglu vom Spezialkriegsamt koordiniert wurde.

Es folgte eine Welle von politischen Morden im ganzen Land. Opfer waren revolutionäre Linke ebenso wie liberale Intellektuelle oder Führer von Gewerkschaften. Besondere Bedeutung hatte das Massaker von Karamanmaras, wo Ende Dezember 1978 Kräfte der Konterguerilla, des Geheimdienstes MIT und der faschistischen Partei MHP ein von langer Hand vorbereitetes Gemetzel anrichteten. Dort wurde auch deutlich, daß die "Freiwilligen Patrioten", die das "Amt für besondere Kriegführung" rekrutierte, bevorzugt Mitglieder der Grauen Wölfe waren, der Truppe des MHP-Vorsitzenden und Hitler-Verehrers Alparslan Türkes. Die Zahl der zivilen Angehörigen der türkischen Gladio-Truppe wird mit "Tausenden" angegeben. "Die Mitgliedschaft war lebenslang; austreten konnte niemand, der einmal dem Geheimbund angehörte." (FR, 2.1.91) Inzwischen wird die enge Verflechtung von Spezialkriegsamt und MHP auch von Generalstabsoffizieren bestätigt. Ex-Premier Ecevit warf öffentlich die Frage nach den Verbindungen des Spezialkriegsamtes zu dem Papstattentäter und bekannten MHP-Killer Mehmet Ali Agca auf.

Counter-Aktionen in Kurdistan

Heute ist das "Amt für besondere Kriegsführung" nach wie vor aktiv. Sein Chef, Kemal Yilmaz, hat öffentlich bestätigt, daß die Truppe aktuell in Kurdistan gegen die PKK eingesetzt wird. (Cumhuriyet, 7.- 13.12.90) Auf ihr Konto dürften viele der Mord- und Vertreibungsaktionen, der Folterungen und Vergewaltigungen gehen, die dort an der Tagesordnung sind. Ein eklatantes Beispiel ist das Massaker im Dorf Gere (türkisch Cevrimli): Nach offizieller Lesart sollen dort im Juni letzten Jahres rund 100 PKK-Mitglieder ein Blutbad unter Dorfschützern und völlig unbeteiligten Zivilisten angerichtet haben. 26 Menschen, darunter Frauen und Kinder, wurden getötet. Die PKK, die sich vor Jahren in mehreren spektakulären Fällen tatsächlich dazu bekannt hatte, neben Dorfschützern auch deren Familien angegriffen und getötet zu haben, distanzierte sich umgehend von dieser Aktion. Sie erklärte, in diesem Dorf hätten sich Bewohner der Rekrutierung als Dorfschützer widersetzt. Daraufhin hätten Spezialeinheiten der türkischen Armee als Rebellen verkleidet das Dorf mit schweren Waffen angegriffen und die Häuser der Verweigerer gezielt zerstört. Eine unabhängige Untersuchungskommission konnte das Dorf erst nach 10 Tagen und nach hinhaltendem Widerstand der Sicherheitsbehörden, die das gesamte Gebiet abgeriegelt hielten, betreten. In krassem Gegensatz zur publizistischen Ausschlachtung früherer PKK-Aktionen wurde hier auch die Presse lange Zeit vom Ort des Geschehens ferngehalten. Die

Untersuchenden trafen auf eine völlig eingeschüchterte Bevölkerung. Die Militärs und Dorfschützer hatten sie unter Drohungen zum Stillschweigen verpflichtet. Dennoch ergaben sich so viele Ungereimtheiten, daß die PKK-Version absolut glaubwürdig erscheint: Kurz vor dem Massaker waren die meisten Dorfschützer aus dem Dorf verschwunden und die normalerweise hier stationierte Militäreinheit abgezogen worden. Benachbarte Militäreinheiten griffen nicht in die mehrere Stunden dauernde Schießerei ein. Opfer waren fast durchweg Familien, die die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden abgelehnt hatten. Diese und andere Anhaltspunkte sprechen für eine gezielte Counter- Guerilla-Aktion im Sinne der oben zitierten Armeerichtlinien. (Informationen laut Kurdistan-Rundbrief 13 u. 14/90)

Die Berichterstattung aus der Region ist schon lange vor dem irakischen Einmarsch in Kuwait einer Totalzensur unterstellt worden (so daß z.B. der Bericht der Untersuchungskommission in der türkischen Presse nicht veröffentlicht werden durfte). In der möglichen Situation eines Krieges mit dem Irak könnten Provokationen der Konterguerilla-Kräfte als Vorwand für eine Massenvertreibung und/oder ein brutales militärisches Aufräumen unter der kurdischen Bevölkerung liefern. Die in Kurdistan stationierten Einheiten der NATO und insbesondere der Bundeswehr würden zumindest als militärische Rückendeckung, wenn nicht als direkte Teilnehmer an solchen Kämpfen beteiligt sein.

Ein Genosse der antirep-Kommission

Quellen:

Jürgen Roth/Kamil Taylan: Die Türkei. Republik unter Wölfen, Bornheim 1981. Devrimci Yol: Faschismus und die Türkei, Hamburg April 1980

# 7. Saddam, die neue/alte Weltordnung und wir

*von Dietrich Schulze-Marmeling*

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Golfkrieg; Neue Weltordnung; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:13

In keiner anderen Region der Dritten Welt fallen die materiellen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern derart kraß aus wie im arabischen Raum. Während Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) zu den Staaten mit den höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt zählen (im Falle Kuwait zählten), taucht der Sudan am anderen Ende der Skala auf.

Die ökonomische Situation des Iraks war am Vorabend des Einfalls in Kuwait von einer immensen Auslandsschuld von geschätzten 80 bis 150 Mrd. US-Dollar gekennzeichnet. Diese war vor allem eine Folge des achtjährigen Abnutzungskrieges mit dem Nachbarn Iran, in den die USA und die konservativen Golfmonarchien den Irak einst getrieben hatten. Das Ergebnis dieses Krieges: Eine Million Tote und ca. 1.000 Mrd. US-Dollar materieller Schaden auf beiden Seiten, aber kein Sieger. Den USA und ihren engsten regionalen Verbündeten ging es seinerzeit um eine Eindämmung der islamischen Revolution, die die Stabilität in der Region und die Herrschaft der Emirs zu bedrohen schien. Auch der vergleichsweise säkular geführte Irak wähnte sich bedroht, zumal das Hussein-Regime sich aus der Minderheit der Sunniten rekrutierte (die sunnitische Minderheitsherrschaft im Irak ist ein Relikt aus der Zeit des britischen Kolonialismus), während die Bevölkerungsmehrheit Schiiten waren und deshalb für die Propaganda der schiitischen Führung in Teheran als empfänglich galten. Desweiteren beabsichtigte der Irak, die regionale Vorherrschaft zu erringen, die bis zum Sturz des Schahs dem Iran gebührte. Und last but not least ging es dem Irak auch schon damals um Öl. Der Irak propagierte die Befreiung der mehrheitlich von Arabern bewohnten persischen Provinz Khusistan und ihre Eingliederung in die "arabische Nation". Tatsächlich ging es dem Regime in Bagdad weniger um die Einlösung panarabistischer Ansprüche, als um die Erhöhung seiner Erdöleinnahmen. Denn in Khusistan wurden nicht weniger als 90% des iranischen Erdöls gefördert.

Aufgrund seiner panarabistischen Note und seiner Rolle im Kampf gegen den Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten von Camp David (1978) galt das Bagdader Regime im Westen jedoch als unsicherer Kantonist, dem die Rolle des Schahs als regionale Ordnungsmacht nicht umstandslos angetragen werden konnte. Die Hauptstütze des Westens in der Region blieb Israel, während das konservative Saudi Arabien als zweite Säule aufgebaut wurde. Dazu kamen noch die spezifischen Befürchtungen der konservativen Golfmonarchien bezüglich des großen volkreichen Nachbarn Irak. Deshalb ging der Westen schon bald nach Ausbruch des Krieges dazu über, auch dem Iran Hilfe zu leisten. So sollte garantiert werden, daß es in diesem Krieg keinen Sieger geben würde. Und sollte der Krieg doch einen Sieger kennen, so hatte dieser ein Schwacher zu sein.

Der Westen und Kuwait trugen somit ein gerütteltes Maß Mitschuld am ökonomischen Desaster Iraks am Vorabend des jüngsten Golfkriegs. Verstärkt wurde dieses Desaster noch durch die Ölförder-und Ölpreispolitik Kuwaits, Saudi Arabiens und der VAE, die innerhalb des ehemaligen Kartells der Rohölanbieter bereits seit Jahren als Agenten westlicher Industrieinteressen agierten. Im Gegensatz zum volkreichen und hochverschuldeten Irak waren diese volkarmen Staaten, deren arbeitende Bevölkerung zudem mehrheitlich aus Gastarbeitern besteht, vom Niveau des Ölpreises relativ unabhängig. Der parasitäre Charakter dieser Regime läßt sich am besten am Beispiel eben Kuwaits verdeutlichen: Bereits seit Jahren übersteigen die Staatseinnahmen aus den Erträgen von Finanzanlagen im Ausland die Erdöleinnahmen des Landes. Das hat dazu geführt, daß der Erdölexporteur Kuwait die Region und ihr Öl durch die gleiche Brille sah, wie die erdölimportierenden OECD-Staaten. Während die OECD-Staaten durch Spar- und Substitutionsstrategien (stofflicher wie regionaler Art) die Ölnachfrage verminderten und den Marktanteil der OPEC reduzierten, verstießen Kuwait etc. immer wieder gegen die im Produzentenkartell festgelegten Förderquoten, die die Auswirkungen der westlichen Strategien abschwächen sollten. Die Folge war, daß sich der Ölmarkt wieder von einem Verkäufer- zu einem Käufermarkt wandelte und der Ölpreis drastisch sank. So fiel der Ölpreis Anfang 1986 binnen weniger Wochen von 28 auf zeitweise unter 10 US-Dollar pro Barrel, nachdem Saudi Arabien seine Ölförderung deutlich erhöht hatte. Insbesondere für die kriegsführenden und volkreichen Staaten Irak und Iran mußte diese Entwicklung erhebliche ökonomische und soziale Konsequenzen zeitigen. Die gesamte OPEC sah sich genötigt, ihre Einfuhren um mehr als 20% zu kürzen.

Bevor der Irak in Kuwait einmarschierte, war die OPEC-interne Auseinandersetzung um Ölpreis und Förderquoten eskaliert. Von Januar bis Juni 1990 war der Ölpreis von 22 auf 14 US-Dollar gefallen. Für diese Entwicklung waren Kuwait und die VAE zumindest mitverantwortlich, da sie sich wieder einmal nicht an die vereinbarten Förderquoten hielten. Auf der Gipfelkonferenz der arabischen Staaten von Bagdad (Mai 1990) befürwortete Hussein die Androhung von Sanktionen gegenüber den Staaten, die Israel in seiner "aggressiven und expansionistischen Politik" unterstützen. Gehandelt wurden diesbezüglich der Rückzug deponierter Gelder und eine Neuauflage des Erdölboykotts von 1973/1974. Tatsächlich dürfte es Hussein bei seinem Versuch, die Funktionstüchtigkeit der OPEC zu reaktivieren, weniger um Israel als um seine ökonomische Misere gegangen sein. Der Verweis auf Israel und die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten verfolgte wohl mehr den Zweck, den konservativen OPEC-Staaten mit der Mobilisierung der (palästinensischen) Massen in ihren Ländern zu drohen, um sie so unter Druck zu setzen. Am 27. Juli einigte sich eine OPEC-Konferenz in Genf auf eine Anhebung des Rohölrichtpreises auf 21 US-Dollar je Barrel sowie eine um 400.000 Barrel verminderte Tagesproduktion. Dieser Kompromiß war nur nach massiven militärischen Drohungen Husseins gegen Kuwait und die VAE zustandegekommen. Nichtsdestotrotz feierte die Fachpresse das Ergebnis als "Wendepunkt für die OPEC" ("Financial Times") und der "Middle East Business Weekly" zitierte gar einen ungenannten Erdölminister, der die OPEC als "Kanonenboot" bezeichnete, für dessen Führung die irakische Gewalt notwendig und akzeptabel sei. In diesem Kontext erscheint die folgende Invasion in Kuwait als Fortsetzung der OPEC mit anderen Mitteln.

Tatsächlich wurden Husseins Vorstellungen nur bedingt erfüllt. Der irakische Diktator hatte einen Ölpreis von 25 US-Dollar gefordert. Außerdem ließen Kuwait und die VAE verlauten, daß sie die neuen Förderquoten nur so lange einhalten würden, bis sich der neue offizielle OPEC-Preis am Markt durchgesetzt habe. Anschließend wollte Kuwait über eine Neuverteilung der Förderquoten verhandeln, und zwar unter stärkerer Berücksichtigung der jeweiligen Erdölreserven und Förderkapazitäten. Dies hätte bedeutet, daß der Irak und der Iran ihre Fördermengen zugunsten der Scheichtümer Kuwait, VAE etc. hätten reduzieren müssen. Der in Genf geschlossene Kompromiß half dem Irak somit kaum weiter. Bagdads Ruf nach einer Erhöhung des Ölpreises war ökonomisch absolut nachvollziehbar und politisch völlig legitim, während Kuwaits Politik nicht nur dem Irak, sondern der Region insgesamt schadete. Kuwaits Politik der Erhöhung seiner Förderquoten ergab ökonomisch nur einen Sinn, wenn man das Land als westlichen Preisagenten betrachtete. Husseins markige Bemerkung, die Öleinnahmen gehörten allen Arabern und nicht nur den Prinzen und Königen, trifft den Kern des Problems der Unterentwicklung und Armut am Golf und weist in die richtige Richtung. Der Sturz der Monarchien am Golf ist unvermeidlich, sollen die dort lebenden Völker eines Tages einen Preis für ihren Rohstoff erhalten, der seinem tatsächlichen Wert für die westlichen Ökonomien entspricht, und soll es jemals zu einer Vergesellschaftung der Öleinnahmen und ihrer Verwendung im gemeinnützigen Sinne kommen. Von daher ist dem kuwaitischen Emir keine Träne nachzuweinen. Das Problem ist "nur", daß Hussein weder ein Demokrat noch ein Sozialist ist, und nicht die Vergesellschaftung des arabischen Reichtums anstrebt, sondern die Festigung und den Ausbau seiner eigenen regionalen Machtposition.

Eine Woche nach der OPEC-Konferenz marschierte Hussein in Kuwait ein, um seine Probleme mit den benachbarten "westlichen Agenten" ein für allemal zu lösen.

Der enttäuschte Liebhaber

Heute wissen wir, daß Hussein fest davon ausging, die USA würden die Annexion Kuwaits akzeptieren. Tatsächlich war die US-Administration über Husseins Absichten bestens unterrichtet, ließ ihn aber in dem Glauben, nichts Nennenswertes zu unternehmen.

Die USA, die Nato und die Golfmonarchien waren für Husseins ökonomisches Desaster zumindest mitverantwortlich, weshalb es aus der Sicht Bagdads nur als recht und billig erschien, nach Kompensation zu rufen. Da sich die einstigen Unterstützer aus der Zeit des Krieges gegen den Iran diesbezüglich zierten und seine Hilferufe und Signale mißachteten, sah sich Hussein genötigt, sich selbst zu bedienen. Für alle Fälle blieb ja noch die sowjetische Abschreckung in der Region, die bislang noch in jeder Krise im Nahen und Mittleren Osten dem amerikanischen Aktionsradius Grenzen gesetzt hatte. Indes: Diese existierte nicht mehr. Stattdessen offenbarte sich, was unsereins - ohne ein Freund der sowjetischen Außenpolitik zu sein - schon immer für den Fall des Abtretens der östlichen Großmacht prophezeit hatte: Nicht eine stabilere Welt war die Folge, sondern die Herabsetzung der Schwelle zur militärischen Intervention seitens des Westens, da der sowjetische Rückzug das Eskalationsrisiko reduzierte.

Im übrigen weist Husseins Kuwait-Überfall interessante Parallelen mit dem Falklandkrieg von 1982 auf. Damals war es ein westlich gesinntes Militärregime in Buenos Aires, das ein Relikt aus kolonialen Zeiten zu beseitigen trachtete. Hussein war dem Westen zumindest nicht per se feindlich gesonnen. Wie schon erwähnt, handelt es sich bei dem irakischen Diktator - was sein öffentlichen Auftreten und politisches Denken anbelangt - um einen der westlichsten Staatsmänner in der Kriegsregion. Auch die Grenze zwischen Irak und Kuwait war ein Relikt aus kolonialen Zeiten, wie überhaupt keine der Grenzen in der Region jemals von den dort lebenden Massen legitimiert wurde. Wie der Argentinier Galtieri befand sich der Iraker Hussein in einer Bredouille und fühlte sich vom Westen verschaukelt und schlecht entlohnt. Aber wie Galtieri, so saß auch Hussein einer Fehlkalkulation auf, die in beiden Fällen nicht zuletzt durch irreführende Signale aus den USA genährt wurde. Es war somit das zweite Mal seit 1982, daß ein Diktator in der Dritten Welt einen Ausbruchsversuch aus der vom Westen diktierten Weltordnung startete.

Die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens

Daß die USA Hussein bewußt in eine Falle laufen ließen, erscheint eher als unwahrscheinlich. Wahrscheinlich ist hingegen, daß sich in der US-Administration eine neue Einschätzung der Weltlage und damit auch der Lage im Nahen und Mittleren Osten, die den sowjetischen Rückzug berücksichtigte, erst noch von oben nach unten durchsetzen mußte. Die Administration erkannte, daß aufgrund des Abschieds der Sowjetunion von der Bühne der Weltpolitik, die historische Chance existierte, über einen massiven Waffengang am Golf, vor dem man noch in den 80ern bei verschiedenen Anlässen zurückgeschreckt war, die Beziehungen der OECD-Staaten zu dieser Region, die für das Wohlergehen ihrer Ökonomien von so großer Bedeutung ist wie keine andere Region in der Dritten Welt, einer grundsätzlichen und dauerhaften Neuordnung zu unterziehen. Ähnlichkeiten mit der hastig vollzogenen deutschen Wiedervereinigung kommen nicht von ungefähr. Auch in diesem Falle ging es darum, möglichst schnell die historische Chance zu nutzen, bevor die sowjetische Außenpolitik eine neuerliche Wende erfuhr. Die Neuordnung, wie sie dem Westen vorschwebt, soll für alle Zukunft verhindern, daß es noch einmal zu solchen Situationen wie 1973/1974 und 1979/1980 kommt. Die Verknappung des Transfers billigen Öls aus der Region - 1973/1974 als Folge eines Ölembargos, 1979/1980 als Folge des revolutionsbedingten Ausfalls iranischen Öls - hatte seinerzeit zu Wachstumsverlusten, höheren Inflationsraten und zusätzlicher Arbeitslosigkeit in den ölimportierenden Industriestaaten geführt. Vor diesem Hintergrund ist auch zu sehen, wenn nach Kriegsausbruch allen an der Kriegskoalition Beteiligten plötzlich die Forderung nach einer umfassenden Nahost-Konferenz so leicht über die Lippen ging. Natürlich wird es so eine geben, allerdings unter gänzlich anderen Vorzeichen, als es sich deren bisherige Protagonisten wahrscheinlich vorgestellt haben. Es wird eine Konferenz der Sieger werden, in der diese der Region - einmal mehr von außen - eine neue Ordnung diktieren. Mitspracherecht bei der Neuordnung werden nur die Staaten haben, die einen aktiven Beitrag im Krieg gegen den Irak geleistet haben. Die Palästinenser, die Kurden, die gesamte arabische Welt sollen durch den Krieg in eine Position gebracht werden, in der ihnen nichts anderes übrig bleibt, als bei den USA und den Allierten um die Berücksichtigung ihrer Interessen zu betteln. Ein für allemal soll klargestellt werden, daß nur den westlichen Führungsmächten das Recht gebührt, Grenz- und Kräfteverschiebungen in der Region zu unternehmen.

Hussein, Israel und die Palästinenser

Israel ist nicht so unbeteiligt, wie dies die hiesige Kriegspropaganda darstellt. Es sind rein taktische Erwägungen, die Israel bislang von einer direkten Teilnahme am Krieg abhalten. Die USA müssen anderenfalls ein Auseinanderbrechen des arabischen Teils der Kriegskoalition befürchten. Wenn dem so ist, dann ist es nur logisch, wenn Hussein Israel militärisch attackiert. Hussein hat nur eine Überlebenschance: dem Krieg zu einer sich über die gesamte Region erstreckenden Auseinandersetzung zwischen der arabischen Welt einerseits und Israel und seinen westlichen Verbündeten andererseits eskalieren zu lassen, bei der keine der zahlreichen historischen Rechnungen offengelassen wird. Außerdem ist Hussein militärisch nicht dazu in der Lage, den Luftterrorismus der USA mit Schlägen gegen amerikanisches Territorium zu vergelten. Weder verfügt er über vorgeschobene Basen vor den amerikanischen Küsten, noch über Flugzeugträger, die sich auf dem Weg dorthin begeben könnten. Was liegt da näher, als die Vergeltung auf den engsten regionalen Verbündeten der USA zu richten?

Natürlich interessiert Hussein die Situation der Palästinenser einen Dreck, so wenig wie er tatsächlich der Rächer aller Entrechteten und Gedemütigten in der Region ist. Hussein orientiert sich nicht an den Palästinensern, sondern an Israel und dessen Stärke. Vor Ausbruch der Krise um Kuwait war es Husseins Ziel,

im Verhältnis zu Israel, der führenden Militärmacht der Region, strategische Parität zu erlangen. Diese Absicht verlangte militärische Mittel, mit denen sich Israel vom Irak aus in gleicher Weise bedrohen ließ, wie der Irak von Israel aus. Da Israel zu den 10 stärksten Atommächten zählt, galt es auch eine nukleare Kapazität aufzubauen und entsprechende Trägerwaffen (d.h. Scud-Raketen mit verlängerter Reichweite) zu erwerben. Diese Bestrebungen hatten 1981 mit dem Angriff der israelischen Luftwaffe auf die irakische Nuklearindustrie einen empfindlichen und demütigenden Rückschlag erlitten. Daß Hussein die ersten Angriffswellen der alliierten Truppen am Golf besser überstand als vorab vielfach vermutet, war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, daß der Diktator sich seit 1981 mit umfangreichen militärischen Baumaßnahmen auf eine Wiederholung der israelischen Aktion einstellte. Husseins Rüstung dürfte hingegen kaum die Absicht verfolgt haben, Israel den Garaus zu machen. Auch vor dem Rückzug der Sowjetunion bestand kein Zweifel darüber, daß die USA dies nicht zulassen würden. Ein Waffengang mit den USA war in Husseins Überlegungen jedoch nicht vorgesehen. Sein Streben nach strategischer Parität mit Israel diente vor allem dem Zweck, die Führung des arabischen Lagers zu erobern, um sich dem Westen als regionale Ordnungsmacht und Ergänzung zum israelischen Pfeiler anzudienen. Hierzu hätte es selbstverständlich eines gewissen politischen und ökonomischen Entgegenkommens des Westens bedurft. Wahrscheinlich hätte Hussein, wie schon andere arabische Staaten vor ihm, ein Ende der einseitigen Begünstigung Israels gefordert. Ein nicht unerheblicher Teil des Rüstungswettlaufs zwischen den arabischen Ländern und diesen und Israel ist Ausdruck eines Buhlens um die Gunst der westlichen Führungsmächte, zumal nicht nur Israels Waffenarsenal, sondern in den 80er Jahren verstärkt auch das der arabischen Staaten sich aus westlichen Produktionsstätten versorgte. Deutlich wurde dieser Charakter des regionalen Rüstungswettlaufs erstmals, als die Saudis den deutschen Leopard II-Panzer forderten. Riad hatte damals keineswegs vor, in die Schlacht gegen Israel zu ziehen, sondern die eigene, pro-westliche Herrschaft gegenüber der iranischen Herausforderung zu stabilisieren und entlang des Golfes im westlichen Sinne für Ordnung zu sorgen.

Israel ist aber auch deshalb nicht unbeteiligt, weil das Land eigene Kriegsziele verfolgt. Dabei geht es nicht nur um die Zerstörung des irakischen Militärpotentials, wodurch Israels eigener militärischer Status erheblich gestärkt würde. Es deutet sich an, daß Israel im Windschatten der unmittelbaren Auseinandersetzung am Golf eine neuerliche territoriale Expansion betreiben will: Die Errichtung einer Sicherheitszone im Süden des Libanons und die Annexion der besetzten Gebiete. Gleichzeitig könnten die dort lebenden ca. 1,7 Mill. Palästinenser ins benachbarte Jordanien abgedrängt werden, wo diese dann - als Resultat einer Siegerkonferenz - den kleinen König ablösen und ihren "Palästinenserstaat" errichten dürfen. Bislang war Israel vor einer formellen Annexion zurückgeschreckt, da diese aus den Palästinensern Bürger des jüdischen Staates gemacht hätte. Aufgrund der geringeren Geburtenrate der Israels hatten sich die Palästinenser ausgerechnet, bis zum Jahre 2010 die Mehrheit der Bevölkerung auszumachen. Diese "demographische Waffe" können die Palästinenser nun jedoch angesichts des Zustroms von jüdischen Flüchtlingen aus der Sowjetunion vergessen, so wie die israelische Regierung ihre Bedenken gegenüber einer offiziellen Annexion der besetzten Gebiete begraben darf.

"Verteidigt Israel" - Aber wie?

Um etwaigen "Mißverständnissen" von vornherein zu begegnen: Der Staat Israel hat nicht nur eine Existenzberechtigung. Es war auch richtig und legitim, ihn seinerzeit zu gründen. Angesichts der Tatsache, daß alle Assimilierungsbemühungen der Juden in Deutschland und Europa - ob als angepaßte Konservative/Deutschnationale oder angepaßte Sozialisten - gescheitert waren, blieb nur noch das zionistische Projekt. Das Volk, das so verfolgt worden war wie kein anderes, hatte das Recht, sich seinen eigenen Staat zu gründen, und eine Reihe von Überlegungen sprachen dafür, dies in Palästina zu tun. Sofern sich Juden heute eine Spur sicherer fühlen als vor 50 und noch viel mehr Jahren, hat dies auch mit der Existenz eines jüdischen Staates zu tun, der letzter Zufluchtsort bleibt, und mit dem die Juden zum ersten Mal die Möglichkeit erhielten, sich auch militärisch zu verteidigen. Und noch etwas: Sofern überhaupt ein Staat für sich ein moralisches Recht auf die Atomwaffe beanspruchen kann, so kann dies - vor dem Hintergrund der diversen Vernichtungsfeldzüge gegen die Juden - nur der jüdische Staat sein. Aber die Art, wie der jüdische Staat gegründet wurde, wie sich externe amerikanische und britische Interessen mit dem zionistischen Projekt verwoben und seine außenpolitische Ausrichtung dominierten, mußte die Konfrontation mit der arabischen Umwelt zur Folge haben. Israels eigene Politik wie die Instrumentalisierung des jüdischen Staates durch die westlichen Führungsmächte haben nicht nur Opfer gefordert. Die unentwegte Fortsetzung dieser Politik, die ständig neuen Demonstrationen von Überlegenheit und der Demütigung haben diese Opfer zudem zu Rächern

verzerrt, bei denen fanatische Demagogen und Despoten nun ein leichtes Spiel haben. Wir sind empört, daß die palästinensischen Massen Saddam hinterherlaufen, ohne zu fragen, wie gedemütigt und frustriert ein Volk eigentlich sein muß, wenn es - wider besseren Wissens (denn noch jeder Palästinenser gesteht im privaten Gespräche ein, daß Saddam eigentlich ein Schwein ist) - dies zu tun. Vor dem Überfall auf Kuwait sah die Bilanz der Intifada für die Palästinenser wie folgt aus: Über 800 Tote und über 60.000 Verletzte, viel internationale Öffentlichkeit, die allerdings - bis Saddam die Bühne betrat - deutlich abebbte, aber nicht ein einziges greifbares Ergebnis. Stattdessen die Aussicht, auch noch die demographische Waffe aus der Hand geschlagen zu bekommen. Sämtliche Versuche der PLO, durch diplomatische Initiativen, bis hin zur offenen Anbiederung an die USA, zum Erfolg zu gelangen, waren fehlgeschlagen. Was immer die Palästinenser seit 1967 versucht haben, ob sie den moderaten oder den radikalen Weg beschritten, ob sie den Dialog mit Israel versuchten (der stets einem Dialog mit einem Taubstummen glich) oder aber in terroristische Aktionen verfielen - es scheiterte. Hussein mußte da wie eine letzte Hoffnung erscheinen, ja wie eine Rettung in letzter Minute, bevor die "Transfer-Politik" nach Jordanien und die Ansiedlung sowjetischer Juden einsetzen würde. Aber auch ohne diese zugespitzte Lage: Ist es nicht absolut verständlich, wenn Menschen, die über Jahrzehnte hinweg mit ihren berechtigten Forderungen hingehalten wurden und das Dasein von Flüchtlingen fristen, Hussein als Abkürzung begreifen? Und ist dies auch nicht der Schwäche der israelischen Friedens- und Dialogbewegung geschuldet, deren Entwicklung mit dem Tempo der israelischen Besatzungs-, Vertreibungs-und Annexionspolitik nicht Schritt halten konnte? Man wird die PLO sehr genau fragen müssen, wie sie es in Zukunft mit einigen arabischen Herrschern und deren Antisemitismus, aber auch mit dem Antisemitismus an den eigenen Rändern zu halten gedenkt. Aber man muß auch zugeben, daß die offiziellen Reaktionen der PLO-Führung auf den Einmarsch Husseins in Kuwait sehr viel differenzierter ausfielen, als die Bilder der mit Hussein- Portraits demonstrierenden palästinensischen Massen dies suggerieren mögen. Hussein mag zur Zeit der Held der Massen auf den Straßen sein, aber ob er auch der Held der PLO-Führung ist, ist eine andere Frage.

Israel hat den Krieg gegen Hussein mit am lautstärksten begrüßt. Aber kann Israel diesen Krieg wirklich gewinnen? Oder wird territorialer Zugewinn nicht einmal mehr mit moralischem Verfall einhergehen? Und wird ein "Sieg" Israels nicht noch mehr Rächer und Fundamentalisten produzieren? Wird Israels Umgebung, allem Gerede von der Neuordnung der Region zum Trotze, nicht nach dem Kriege gar noch feindseliger bestellt sein, als dies heute schon der Fall ist? Was für eine Art von "Sicherheit" gedenkt Israel zu gewinnen? Wenn sich nun die Friedensbewegung vehement hinter Israel stellt, so ist dies nur bedingt positiv. Positiv daran ist, daß sie nicht Hussein als Antiimperialisten feiert, aber diese Gefahr bestand ohnehin nie ernsthaft. Im Gegenteil: Die übergroße Mehrheit der Friedensbewegung dürfte Husseins Überfall rigoros verurteilen, allerdings ohne sich mit den ökonomischen und historischen Hintergründen der Aktionen auseinanderzusetzen. Die übergroße Mehrheit der Friedensbewegung unterstützte auch die UNO-Sanktionen, obwohl diese keineswegs im Widerspruch zur militärischen Intervention standen, sondern aus der Sicht der USA dem Zeitgewinn für den militärischen Aufbau am Golf, der Einstimmung der internationalen Öffentlichkeit und der Schwächung der irakischen Vorbereitungen auf eine militärische Auseinandersetzung dienten. Positiv wäre auch zu bewerten, wenn die Friedensbewegung sich ihrer besonderen Verantwortung und Fürsorgepflicht, die wir Deutsche gegenüber Israel haben, bewußt werden würde. Aber tut sie dies wirklich? Oder ist die Parteinahme für Israel nicht vielmehr ein Ausdruck von Anpassung an die herrschende Politik? Ist die Verteidigung Israels nicht vielleicht auch eine Einstiegsdroge, nach deren mehrfacher Einnahme der Übergang zum härteren Stoff erfolgt: Die Verteidigung der alliierten Luftangriffe und die Vernichtung des Iraks? Wenn Israel deutsche Patriots nimmt und am Ende gar noch das dazugehörige deutsche Personal, hat es den Krieg an einer ganz anderen Front nach der Wiedervereinigung bereits zum zweiten Mal verloren. Die Brückenkopffunktion Israels, der auf Konfrontation und Spaltung angelegte Aufbau des jüdischen Staates, der seine Grenzen noch immer nicht definiert hat, haben es mit sich gebracht, daß Israel im extremen Maße von externe Hilfe abhängig ist. Zur Abhängigkeit von den USA könnte sich nun auch noch die Abhängigkeit von den ehemaligen Henkern des jüdischen Volkes gesellen, sofern diese nicht ohnehin schon existiert. Niemand soll glauben, Bonn plage tatsächlich ein schlechtes Gewissen bezüglich der Rüstungsexporte an den Irak. Der Irak wurde seinerzeit nicht aus Versehen und allein aus geschäftlichen Interessen hochgerüstet, sondern weil er ein Verbündeter war - so wie Israel auch. Und umgekehrt heißt dies, daß Israel nie finanzielle Hilfe aus Deutschland bekam, weil Fürsorge für Israel ein Pfeiler deutschen Nachkriegsdenkens gewesen wäre. Die deutschen Bundesregierungen sind nicht Aktion Sühnezeichen. Wenn wir heute täglich neue Enthüllungen über deutsche Rüstungsexporte in den Irak serviert bekommen, die fleißige Menschen der Friedens- und

Abrüstungsbewegung bereits vor Jahren zusammengetragen haben, womit sie seinerzeit jedoch kaum Beachtung fanden, dann deshalb, weil 1. die Regierung dies so will, 2. dies aktuell absolut opportun ist (schließlich ist der Irak momentan unser Kriegsgegner) und 3. der Irak nicht mehr unser Verbündeter ist. Die Enthüllungen über bundesdeutsche Rüstungsimporte in den Irak schreien nach Wiedergutmachung und Vergeltung, und nichts anderes ist intendiert. So gewinnt im Windschatten dieser Enthüllungen der deutsche Rüstungsimport eine neue Qualität, was indessen niemanden groß zu stören scheint. Eine Diskussion darüber, ob es vielleicht noch andere Möglichkeiten der Wiedergutmachung gibt, wird bereits im Ansatz vereitelt. Kohl und Rühe wissen es angeblich genau: Patriot ist es, was die Israels wollen und benötigen. Patriot-Raketen nach Israel, das bedeutet: zum erstenmal exportieren wir selbst - und nicht via eines Staates, der mit uns ein Waffensystem koproduziert - ein komplettes, modernes, schweres Waffensystem in ein Kriegsgebiet außerhalb der Nato.

Auch 1991 scheint wieder ein Jahr der Deutschen zu werden. Nach der Wiedervereinigung folgt nun das militärische Hineinrutschen in die Dritte Welt. Der Kontext, in dem dieses zur Zeit erfolgt - eine multinationale, von der UNO gedeckte Intervention für den "Frieden" - entspricht exakt dem Wunschszenario der hiesigen politischen Strategie- und Denkschulen, wie es von ihnen bereits vor gut zehn Jahren entworfen wurde. Nun bekommt die Sache gar noch ein Sahnehäubchen drauf: Der Bundesregierung konnte überhaupt nichts besseres passieren, als von den ehemaligen Opfern deutschen Rassenwahns und deutscher Großmannssucht zur Hilfe gerufen zu werden. Tatsächlich hat es sich allerdings so verhalten, daß - bewährtem Muster folgend - Patriot bereits angeboten wurde, als die Israelis selbst noch erhebliche Zweifel plagten. Was aktuell stattfindet, ist nichts anderes als der widerliche Versuch, den Staat Israel und bzw. die Opfer deutscher Großmachtpolitik für eine Neuauflage dieser zu instrumentalisieren. Aber diejenigen, die noch bereit sind, Politik auf ihren realen Kern hin zu untersuchen, werden sich wohl in den nächsten Wochen und Monaten hoffnungslos in der Defensive befinden.

# 8. Der konsequente Kriegskurs der USA (Auszug aus einem Artikel von W. Wolf)

*Auszug aus einem Artikel von W. Wolf, SoZ 3/91*

Rubrik: Militarismus; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:16

Die USA haben seit dem irakischen Einmarsch in Kuwait einen kaum übersehbaren konsequenten Kurs auf einen Krieg vorgelegt. Die Geschichtswissenschaft wird einmal belegen, wann hierfür die entsprechenden Entscheidungen in den maßgeblichen US-Kreisen fielen. Sicher ist, daß diese Orientierung sich heute bereits belegen läßt.

Henry Kissinger äußerte bereits im August 1990, daß eine "zielgenaue und gestaffelte Zerstörung irakischer militärischer Anlagen von zentraler Bedeutung" erforderlich sei. Bereits diese Forderung - die inzwischen realisiert wurde - mußte ein Bombardement gegen Atomanlagen einschließen, was eindeutig gegen internationale Verträge verstößt. Zum selben Zeitpunkt stellte Caspar Weinberger, der frühere US-Verteidigungsminister, einen Zusammenhang her zwischen dem möglichen Krieg am Golf und den drohenden Einschnitten in die US-Rüstungsausgaben: "Der einzige Weg, das Überleben zivilisierter Nationen, die nichts als Frieden und Freiheit wollen, sicherzustellen, liegt in der Aufrechterhaltung militärischer Stärke." Washington müsse von dem "katastrophalen Kurs" zur Reduzierung der Rüstungsausgaben abkommen. Bereits damals wurde also die Chance gesehen, mit der Golfkrise den Trend zum Abbau von Rüstungsausgaben - genau genommen war es ein Trend, bei dem der weitere Anstieg dieser Ausgaben abgeschwächt wurde - zu stoppen und umzukehren.

In führenden US-Zeitungen wurden von vornherein sehr weitreichende Kriegsziele genannt, die keineswegs identisch waren mit einem Rückzug des Irak aus Kuwait. Im Falle eines bloßen Rückzugs, so "Time Magazin" am 3.9.1990, würde die beachtliche Kriegsmaschinerie intakt" bleiben, was "unakzeptabel" wäre. In dem selben Artikel zitierte das Blatt einen "Experten", der davon ausging, "daß die militärische Präsenz der USA in dieser Region mehr oder weniger permanent" sein müsse - das war Anfang September 1990. Auch wurde in diesem Zusammenhang bereits die Idee ausgebreitet, einen solchen militärischen Einsatz durch die Verbündeten finanzieren zu lassen. Im übrigen wurde angedeutet, daß die Region selbst an sich bereits Gold wert war, durch den direkten Zugriff auf Ölquellen, neue Schürfrechte, neu auszuhandelnde Konzessionsverträge usw.

Daß es um einen heiligen Krieg um schwarzes Gold oder Erdöl - gemeinhin auch mit "westlicher Freiheit" identifiziert - ging, wird auch an dem Verhältnis der US-Politik zu den Geiseln deutlich. Als noch über 2000 US-Amerikaner in den Händen des Irak waren, formulierte "Time Magazin": "Wir werden nicht die Interessen von 250 Millionen Amerikanern einem Versuch opfern, die Freiheit von 2.500 Amerikanern zu erhalten ...

Diesen Worten entsprachen auch die Taten. Seit Mitte August betrieben die USA in der Golfregion einen gezielten Kurs der Kriegsvorbereitung. Woche für Woche wurde die Truppenstärke erhöht. Reservisten wurden mehrmals einberufen. Spätestens als die US-Truppenstärke am Golf bei mehr als 200.000 lag - und das war bereits im Oktober 1990 der Fall - und erst recht als sie Ende 1990 die Zahl von 400.000 überschritt, gab es kaum mehr ein Entrinnen aus der militärischen und politisch-psychologischen "Logik", die diese Politik bestimmte. Bereits in der Ausgabe vom 29. Oktober 1990 mutmaßte "Time Magazin" über "Stolperdrähte, die den Krieg auslösen" würden und sprach in diesem Zusammenhang bereits davon, daß US-Militärs auf eine geeignete Provokation hofften, die ein Zurückschlagen ermöglichte. Zur Erinnerung: Das US-Engagement im Vietnamkrieg wurde durch den "Zwischenfall im Golf von Tongking" ausgelöst. Damals hieß es, vietnamesische Schnellboote hätten US-Kriegsschiffe angegriffen. Jahre später stellte sich heraus, daß diese Provokation vom Pentagon selbst inszeniert worden war.

Selbst wenn der Irak sich in letzter Minute zu einem weitgehenden Abzug aus Kuwait entschlossen hätte; die US-Regierung wäre nicht bereit gewesen, ihre Truppen abzuziehen. Sie hätte weitergehende Forderungen gestellt und versucht, einen militärischen Enthauptungsschlag gegen den Irak zu führen. Dafür spricht auch, daß US-amerikanische Zeitungen die Vorstellung, der Irak würde im letzten Augenblick vor Ablauf des Ultimatums mit einem Rückzug aus Kuwait beginnen, als eine "alptraumartige Vorstellung" für die Strategen der US-Regierung und des Pentagons bezeichnete.

Auch der Aufbau der diplomatischen Front läßt einen konsequenten Kriegskurs der USA vermuten. Die USA bezogen in diese Front nicht nur die traditionellen Verbündeten der Nato, Saudi-Arabien und die Vereinigten Emirate mit ein. Sie suchten auch das Bündnis mit dem Erzfeind Israels mit Syrien. Dies unterstreicht die Willkür dieser Politik bzw. deren "höheres Ziel": Während der Irak und Saddam Hussein ein Jahrzehnt lang eng mit dem Westen verbunden waren; Syrien galt bis in die Tage vor der Golfkrise offiziell - ähnlich Ghaddafis Libyen - als verfemt und ein Hort des internatinalen Terrorismus. Binnen weniger Tage wurde der Irak zum Hauptfeind der Menschheit abgestempelt, obwohl sein neues Verbrechen - die Besetzung Kuwaits - auch nach den Maßstäben des vielzitierten "Völkerrechts" nicht mehr zu verurteilen war als der versuchte Völkermord mit Giftgas am kurdischen Volk. Gleichzeitig bauten die USA eine diplomatische Front gegen den Irak unter Einbeziehung von Ländern auf, die sie bisher des internationalen Terrorismus geziehen hatten.

Eine beachtliche Verunsicherung ist in der demokratischen und linken Öffentlichkeit festzustellen hinsichtlich der Tatsache, daß das US-Vorgehen weitgehend von der UNO gedeckt wird. Einmal abgesehen von einer umfassenderen Debatte über den Charakter der UNO, ihrer Institutionen, ihrer konkreten Funktionsweise usw., muß folgendes festgehalten werden:

- Die Behauptungen, "die UNO" habe das US-Vorgehen in der Golf-Region abgesegnet und den Irak mehrfach verurteilt, ist bereits nicht korrekt. All dies erfolgte jeweils lediglich im UNO-Sicherheitsrat, einem Gremium, in dem durch ihre ständige Mitgliedschaft und durch ein Vetorecht die großen westlichen Industriestaaten und die Sowjetunion und die VR China dominieren. Unter den gegebenen Bedingungen der tiefen Krise in der UdSSR und der Isolierung der VR China konnte dieser UNO-Sicherheitsrat - ähnlich der vorausgegangenen internationalen Krisen in Korea und im Kongo - zu einem Instrument der US-Interessen gemacht werden: Die UdSSR war zu einem Kurswechsel in der Golfregion unter der Bedingung bereit, daß die USA ihr bei der Bereinigung ihrer inneren Krise freie Hand ließen. Die VR China konnte bereits damit geködert werden, daß ihre internationale Isolation gemildert wurde. Die Sowjetunion und die VR China benutzen dann auch den offenen Golfkrieg zu repressiven Maßnahmen im eigenen Machtbereich: die Sowjetunion mit der gewaltsamen Unterdrückung der Bewegungen für nationale Unabhängigkeit im Baltikum, die VR China mit der Verurteilung der Führer des studentischen Protestes aus dem Jahr 1989.

- Es ist bezeichnend für die UNO, daß eine weltweite Krise sich seit August 1990 entwickeln konnte und ein Krieg mit internationalen Dimensionen ein halbes Jahr vorbereitet wurde, ohne daß es zu einer einzigen UNO-Vollversammlung gekommen wäre - dem einzigen Ort, den man als eine Art Vertretung "der Völkergemeinschaft" interpretieren kann (wobei wir wieder großzügig darüber hinwegsehen, daß nur wenigen Regierungen auf der Welt das Attribut zugesprochen werden kann, diese würden das Volk vertreten).

- Die Behauptung, die US-Politik erfolge "stellvertretend für die Völkergemeinschaft" ist selbst dann falsch, wenn der UNO-Sicherheitsrat fälschlicherweise mit der Vertretung der Völkergemeinschaft gleichgesetzt wird. Selbst in diesem UNO-Sicherheitsrat haben die beiden derzeitigen Mitglieder Kuba und Jemen regelmäßig gegen die Politik der USA und der Mehrheit in diesem Gremium protestiert. Die Argumente, die sie vortrugen, waren ernsthaft und entsprechen in vielen dem, was hier in dieser Broschüre vorgetragen wird. Doch diese Argumente blieben der Weltöffentlichkeit fast gänzlich verborgen: die bürgerliche Presse berichtete darüber nicht.

- Die USA nutzten auch die Tatsache, daß sie bis Mitte Dezember 1990 den Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat führten, für ihre Zwecke aus. Nur auf diese Weise konnten sie die letzte UNO-Resolution zu Kuwait durchdrücken, in welcher das Ultimatum 15. Januar 1991 gesetzt wurde. Seit Dezember 1990 ging der Vorsitz des Sicherheitsrates an den Jemen über. Seither verloren die USA ihr Interesse an diesem "Organ der Völkergemeinschaft".

- Die Behauptung, die letzte UNO-Resolution ermächtige zu einem militärischen Vorgehen, ist nach Ansicht von Völkerrechtlern unhaltbar. Die fragliche Resolution - das "Ultimatum" "bevollmächtigt ... die Mitgliedsstaaten, die mit der Regierung von Kuwait zusammenarbeiten, alle notwendigen Mittel einzusetzen", um die Resolution des Sicherheitsrates zum Rückzug des Iraks aus Kuwait zu verwirklichen.

Nun enthält aber Artikel 2 der UNO-Charta ein ausdrückliches Verbot der Anwendung von Gewalt. Und es existiert ein spezieller Artikel in dieser UNO-Charta, Artikel 42, der eine militärische Intervention der UNO "zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" ins Auge faßt.

Die USA haben jedoch nicht versucht, im Sicherheitsrat eine Resolution verabschieden zu lassen, die eine militärische Intervention entsprechend dieses einzigen Artikels der UNO-Charta, der eine solche legitimiert, verabschieden zu lassen. Dafür hatten sie zwei Gründe: Zum einen hätten sie eine solche Resolution nicht verabschieden lassen können; die VR China oder die Sowjetunion hätten ihr Veto eingelegt. Zum anderen wollten die USA ihren eigenen Krieg ohne jegliche Kontrolle und allein an ihren Zielen orientiert führen - und keinen UNO-Krieg. Denn bei einem Beschluß nach Artikel 42 wäre in den darauffolgenden Artikeln der UNO-Charta (43 - 48) exakt festgelegt worden, wie eine solche Aktion unter Kontrolle der UNO hätte geführt werden müssen. U.a. hätte ein Generalstabsausschuß gebildet werden müssen. Das Oberkommando wäre also bei der UNO und nicht bei den USA gelegen. Stattdessen wählten die USA bewußt eine völlig schwammige Formulierung in ihrer Ultimatum-Resolution - um freie Hand für alles weitere zu haben. Die UNO hat seither ihre Schuldigkeit getan - gegen jeden einzelnen Antrag im Sicherheitsrat, diese Ermächtigungs-Resolution (Nr. 678) aufzuheben und damit den Krieg am Golf zu stoppen, kann jedes der ständigen UNO-Sicherheitsratsmitglieder, also etwa die USA, ihr Veto einlegen. Der Krieg kann damit solange fortgesetzt werden, wie allein die USA das wollen. Im übrigen sind alle Meldungen falsch, die besagen, es handle sich hier um einen einmaligen Vorgang: Exakt dieses erprobte Vorgehen wählten die USA im Fall des Koreakriegs. Auch zum militärischen Vorgehen des Imperialismus unter UNO-Deckmantel in der Kongo-Krise 1960 gibt es Parallelen.

Schließlich demonstrieren die USA selbst im Krieg, daß es ihnen um weit mehr als die "Befreiung Kuwaits" geht. Nur so ist zu erklären, daß sie den Irak mit Flächenbombardements belegen, alle wichtigen Städte bombardieren und den Angriff auf Kuwait hinauszögern.

Auszug aus: Winfried Wolf, Sozialistische Zeitung 3/91

# 9. Die PLO und der 2. Golfkrieg

Rubrik: Golfkrieg; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:28

Schon jetzt steht fest, daß die Palästinenser zu den Hauptverlierern des Zweiten Golfkriegs gehören. Der durch den irakischen Einmarsch nach Kuwait ausgelöste Konflikt brachte sie und ihre politische Sprecherin, die PLO, in eine problematische, nicht ohne Verluste nach der einen oder anderen Seite zu lösende Situation. Beiden Konfliktseiten waren sie in bestimmter Weise verpflichtet. Einerseits Saudi-Arabien und den Scheichtümern am Golf, weil diese für das finanzielle Überleben der PLO und der Intifada einen erheblichen Beitrag geleistet haben. Andererseits dem Irak, weil sich dort (seit dem israelischen Bombenangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis 1985) wesentliche Teile der zentralen PLO-Führung befinden, und weil nach den Konflikten mit Ägypten und Syrien der Irak zum wichtigsten operativen Hinterland der PLO geworden ist.

Es ist bei westlichen Kommentatoren seit längerem der Spruch beliebt, die PLO setze eben "immer auf das falsche Pferd". Dieses Urteil ist aber nur vordergründig zutreffend. Die PLO befindet sich als Regierung ohne Territorium und politische Führung im Exil in einer permanenten Zwangslage, für die es einfache Antworten überhaupt nicht geben kann. Jeder Konflikt in der arabischen Welt hat negative Auswirkungen für die PLO, weil dann parteiliche Reaktionen von ihr erwartet und teilweise unter Androhung von materiellen Konsequenzen eingefordert werden. Die arabischen Regimes möchten die PLO für ihre jeweiligen, untereinander kontroversen Interessen instrumentalisieren, und sie reagieren mit Sanktionen, wenn die PLO sich nicht wunschgemäß verhält. So kam es zum Bruch zwischen Ägypten und der PLO, weil diese Sadats Separatfrieden mit Israel (1977-79) kritisierte. Einige Jahre später verstieß Syrien die PLO, weil sie angeblich nicht radikal genug gegen Israel und gegen Ägypten auftrat. Heute verstehen sich die Regimes in Kairo und Damaskus wieder glänzend und stehen gemeinsam in der Front gegen den Irak, während es die PLO mit beiden "verdorben" hat.

Es kommt hinzu, daß die in der PLO zusammengeschlossenen Organisationen unterschiedliche politische Bindungen an einzelne arabische Regimes haben. So galt beispielsweise Syrien auch nach dem Bruch mit der PLO als Verbündeter der "radikalen" palästinensischen Gruppierungen wie der PFLP und der DFLP. Auf der anderen Seite sind traditionell die Beziehungen der PLO-Hauptströmung Fatah zu Saudi-Arabien und Kuwait recht eng gewesen. Jeder innerarabische Konflikt bedeutet also nicht nur, daß die PLO zwischen den Streitenden lavieren muß, sondern erfordert auch, daß zwischen den unterschiedlichen politischen Richtungen in der PLO eine Balance gefunden werden muß.

Das alles in einer Situation, wo jeder politische Schritt der PLO sich dem politischen Urteil, aber auch den Emotionen, der palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten, im Libanon, in Jordanien usw. stellen muß. Die Politik der PLO muß also deren (auch nicht unbedingt einheitlichen und unkomplizierten) Interessen, ihrem Bewußtsein, ihren Stimmungen und Aktivitäten entsprechen. Sie muß außerdem darauf gerichtet sein, Widersprüche unter den palästinensischen Massen nicht weiter zu vertiefen, sondern immer wieder gemeinsame Ebenen zu finden und durchzusetzen, auf denen ein einheitlicher Kampf möglich ist.

Die Entwicklung der letzten zwei Jahre war für die Palästinenser unter mehreren Gesichtspunkten äußerst negativ und entmutigend:

1. Die Intifada, die im Dezember 1987 begann, hat ihre Wirkung nach außen fast vollständig verloren. Israel hat die erste Phase der palästinensischen Revolte (ca. anderthalb Jahre), in der es wegen seiner brutalen Repression in den besetzten Gebieten heftiger internationaler Kritik ausgesetzt war, ohne bleibenden politischen Schaden überstanden. Heute kann es vor dem Hintergrund internationaler Gleichgültigkeit wieder frei agieren, erst recht natürlich jetzt unter den Kriegsbedingungen, aber tatsächlich auch schon vorher.

Die jüdischen Verbände in den USA, die zu Anfang der Intifada eine positive, d.h. gegen Besatzungs-Brutalitäten kritische Rolle spielten, sind inzwischen wieder "auf Linie". In der aktuellen Situation der Bedrohung durch den Irak hat sich unter den Juden außerhalb Israels vollends die Politik des bedingungslosen, unkritischen Schulterschlusses durchgesetzt, wie es bisher noch in jeder Krise der Fall war.

Der Zweite Golfkrieg hat den ohnehin schon großzügigen Spielraum der israelischen Besatzungspolitik noch einmal erweitert. Die Intifada ist somit zu Beginn ihres vierten Jahres an den Grenzen ihrer politischen

Wirkungsmöglichkeiten angelangt. Außerdem droht ihr wirtschaftlich die Erschöpfung und moralisch die Frustration.

2. Die Ende 1988 vollzogene Kurswende der PLO konnte nur einige Monate lang Erfolge vorweisen. Die PLO sprach damals, zusammen mit der Proklamation eines palästinensischen Staates, die faktische Anerkennung des Staates Israel aus und erklärte ihre Bereitschaft zu gleichberechtigten Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Mehr als 90 Staaten bekundeten innerhalb der ersten zwei Monate die diplomatische Anerkennung des PLO- Staates. Die Vollversammlung der UNO nahm am 6. Dezember 1988 mit 83 gegen 21 Stimmen einen Antrag an, durch den alle Mitglieder aufgefordert wurden, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Israel abzubrechen. Mit 103 gegen 18 Stimmen wurde beschlossen, eine Nahost-Friedenskonferenz einzuberufen. Am 13. Dezember 1988 erhielt Palästina Beobachter-Status in der UNO, und die UN-Vollversammlung beschloß die Anerkennung des neuen Staates. Am 15. Dezember 1988 gab die Regierung der USA ihre Bereitschaft bekannt, mit der PLO einen "Dialog" zu beginnen.

Nun sieht man, was aus diesen Anfangserfolgen geworden ist: Die UNO hat nicht einmal minimale Bemühungen unternommen, ihre Beschlüsse zu verwirklichen. Die EG-Staaten, deren Verhalten von zentraler Bedeutung gewesen wäre, haben auf die veränderte Politik der PLO keine praktische Reaktion gezeigt, etwa durch eine diplomatische Aufwertung der Kontakte zur PLO. Die USA haben bei vier Treffen auf Botschafter-Ebene in erster Linie versucht, die PLO zu einer noch "gemäßigteren" Politik zu drängen. Vor allem sollte die PLO dem amerikanisch-israelischen Projekt zustimmen, Pseudo-Verhandlungen unter Ausschluß der PLO zu führen. Außerdem wurde eine noch weitergehende Distanzierung der PLO von terroristischen Aktionen verlangt. Als Begleitmusik blockierten die USA im UN-Sicherheitsrat konstant jede Beschlußfassung gegen die israelische Besatzungspolitik, indem sie von ihrem Veto- Recht Gebrauch machten. - Am 20. Juni 1990 brach die US-Regierung den "Dialog" mit der PLO ab, nachdem schon seit längerem unter dem Einfluß der pro-israelischen Lobby aus beiden Häusern des amerikanischen Parlaments entsprechender Druck gemacht worden war.

Es ist daran zu erinnern, daß die PLO die Kurswende von 1988 zwar im Konsens aller ihrer Strömungen beschlossen hatte, aber daß die "radikalen" Teile der PLO die neue Politik nur als Experiment auf Zeit tolerieren wollten. Politik muß sich zwangsläufig an ihren praktischen Ergebnissen messen lassen. Daß die 1988 bekundete Bereitschaft der PLO zum Dialog und zum Abrücken von traditionellen Positionen an der Starrheit Israels und dem zynischen Taktieren der USA ergebnislos abprallte, bedeutet eine schwere Niederlage für die Richtung Arafats und gab den "radikaleren" Teilen der PLO Auftrieb, die von Anfang an ihre Skepsis gegenüber dem neuen Kurs ausgesprochen hatten. Genau das war offenbar auch die Absicht der US-Regierung gewesen: Arafats gemäßigte Politik im palästinensischen Lager durch absolute Erfolglosigkeit lächerlich zu machen und scheitern zu lassen.

3. Der Zusammenbruch der mittel- und osteuropäischen Regimes sowie die neue Außenpolitik der UdSSR hat die Palästinenser und die PLO besonders hart getroffen. Vielfältige Möglichkeiten, diese Staaten als Hinterland zu nutzen (zivile und militärische Ausbildung, medizinische Behandlungen, materielle Hilfen etc.), sind damit verlorengegangen. Die Chance der PLO, die Beziehungen zur Weltmacht Sowjetunion im außenpolitischen Spiel zu nutzen und mit Hilfe dieser Beziehungen unabhängiger gegenüber den Interessen und Forderungen der diversen arabischen Regimes zu agieren, ist gleichfalls dahin.

4. Als indirekte Folge der Wandlungen in der UdSSR ist in den letzten anderthalb Jahren ein breiter Strom jüdischer Auswanderung nach Israel in Gang gekommen. Rund 200.000 kamen 1990; auf 300.000 bis 500.000 wird ihre Zahl im laufenden Jahr geschätzt, sofern der Zweite Golfkrieg zu keinem anhaltenden Einbruch führt. (Aktuell ist die Einwanderung im Januar stark zurückgegangen). Israel bereitet sich darauf vor, innerhalb der nächsten Jahre insgesamt mindestens eine Million Neubürger aus der UdSSR aufzunehmen. Das entschärft erstens die "demographische Zeitbombe", d.h. die Perspektive einer palästinensischen Mehrheit in den Grenzen Großisraels. Es bedeutet zweitens, daß Israel in den nächsten Jahren in der Lage sein wird, zunehmend Siedlerströme in die besetzten Gebiete zu lenken.

Das bedeutet aber auch, daß Israel es weniger denn je zuvor für nötig halten wird, die Herrschaft über die besetzten Gebiete zur Disposition zu stellen und eine Verständigung mit den Palästinensern zu suchen. Das gilt für jede denkbare Regierung ebenso wie für die übergroße Mehrheit der israelischen Bevölkerung. Je mehr im übrigen der antisemitische Druck in der UdSSR wächst, umso weniger wird Israel auf diplomatischer Ebene

noch Kritik ausstehen müssen, wenn es selbstverständlich alles tut, um möglichst viele verfolgte Juden aufzunehmen. Und die Gefahr, daß eine putschistische Rechtswende in der UdSSR die Juden zum Sündenbock nehmen könnte, besteht wohl real. In diesem Fall würden die Rechte und Interesse der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten mehr denn je als zweitrangig behandelt werden.

Vor diesem äußerst düsteren, entmutigenden Hintergrund ist das Agieren der PLO seit Beginn der Golfkrise zu sehen. Zusätzlich mußte der Tatsache Rechnung getragen werden, daß einem Großteil der palästinensischen (und anderen arabischen) Massen die Interessen des kuwaitischen Herrschaftsklans nicht als verteidigenswertes Gut erscheinen. Je mehr sich in diesen vom Ausgangspunkt her rein innerarabischen Konflikt die imperialistischen Großmächte hineindrängten, umso mehr nahm naturgemäß Saddam Hussein die Gestalt eines panarabischen Nationalhelden an. Daß er rasch auf die naheliegende Idee kam, seine eigenen expansionistischen Ambitionen propagandistisch mit der Befreiung Palästinas zu verknüpfen, tat ein Übriges für seine Popularität.

Die PLO beanspruchte anfänglich die Rolle einer unparteilichen Vermittlerin im Golfkonflikt, wie Arafat u.a. in seiner Rede vor der Palästina-Konferenz in Genf am 29. August 1990 ausführte. Die PLO plädierte dafür, die Golfkrise ausschließlich im innerarabischen Rahmen zu behandeln und zu lösen. Dabei sollten "die Rechte, die Interessen und die Würde aller Seiten" berücksichtigt und gewahrt werden. Die amerikanischen und anderen ausländischen Truppen sollten aus der Golfregion zurückgezogen und durch "internationale Streitkräfte unter der Fahne der UNO" oder arabische Truppen ersetzt werden. Die Sanktionen gegen den Irak sollten beendet werden. Alle anstehenden Probleme der Nahostregion sollten als Zusammenhang behandelt und gelöst werden: Kuwait, Palästina, Libanon und Golan, d.h. die syrisch-israelische Grenze. (In der Aufzählung fehlt nicht zufällig die "kurdische Frage". In dieser Sache stellt sich die PLO mit Rücksicht auf die Politik des Irak traditionell blind, taub und vor allem stumm.)

Da die PLO zur irakischen Besetzung und Annexion Kuwaits nicht wirklich Stellung nahm, mußte dies von Saudi-Arabien und den Golf-Scheichtümern als opportunistisch verbrämte Parteinahme für den Irak verstanden werden. Mit dem Dahinschwinden diplomatischer Lösungsmöglichkeiten und dem Näherrücken einer kriegerischen Eskalation des Konflikts wich die verbale Unparteilichkeit der PLO ohnehin einer klaren, von keiner kritischen Einschränkung mehr begleiteten, Parteinahme für den vom Imperialismus angegriffenen Irak.

Die Palästinenser würden, so verkündeten etliche PLO-Politiker in martialischen Formulierungen, an der Seite des Irak in den Krieg eintreten, eine "zweite Front" eröffnen. Praktisch geschah bisher aber kaum etwas zur Realisierung dieses Versprechens, abgesehen vom Abschuß einiger Katjuscha-Raketen im Südlibanon. In den besetzten Gebieten selbst blieb es, auch bedingt durch die scharfe israelische Repression, so ruhig wie schon lange nicht mehr. Das kann nur so erklärt werden, daß die praktischen Anweisungen der PLO und der Inneren Aufstandsführung im Gegensatz zu der rhetorischen Kriegserklärung an Israel stehen. Diesen totalen Widerspruch zwischen dem, was man einerseits sagt und andererseits tut, scheint man in der arabischen Welt weithin nicht als problematisch zu empfinden. Von den Zigtausenden, die sich jetzt in vielen Ländern als Freiwillige zum Kampf an der Seite der irakischen Armee melden, werden sich wahrscheinlich auch nur ein paar Hundert wirklich auf den Weg machen.

Daß der Kuwait-Konflikt mit dem Palästina-Problem absolut nichts zu tun habe, wie beispielsweise auch die Sowjetunion behauptet, ist abstrakt betrachtet sicher richtig. Bagdad hat dieses Junktim aus rein propagandistischem Kalkül herzustellen versucht. Dennoch gibt es aus palästinensischer und arabischer Sicht zwischen beiden Problemen einen zwingenden Zusammenhang, der durch die völlig unterschiedliche, und daher als extrem ungerecht empfundene Herangehensweise der UNO und insbesondere der westlichen Staaten hergestellt wird. In dem einen Fall, der seit 1967 andauernden, nur auf militärische Gewalt gestützten israelischen Besetzung der palästinensischen Westbank und des Gasa-Streifens, gibt es nicht das geringste praktische Bemühen, den zahlreichen Beschlüssen der UNO Nachdruck zu verleihen, die Israel zum Abzug auffordern, die Annexion Jerusalems und der syrischen Golan-Höhen verurteilen usw. Im anderen Fall, Kuwait, wird die größte Streitmacht seit Ende des 2. Weltkriegs in Bewegung gesetzt. Das muß von den Palästinensern naturgemäß als brutales Unrecht und offene Verhöhnung ihrer Situation und ihrer Interessen durch die "internationale Gemeinschaft" wahrgenommen werden. Ihre Schlußfolgerung, daß die kapitalistische Welt in Sachen Israel/Palästina kraß parteiisch zugunsten Israels ist und daß von dieser Seite, gleichgültig wie

die PLO agiert, sowieso nichts zu erwarten ist, ist nachvollziehbar. Es lassen sich gegen diese Schlußfolgerung leider keine Tatsachen anführen.

Die Gesamtlage begünstigt also die "Radikalen" in der PLO. Aber in dem Maße, wie der Irak in diesem Golfkrieg eine Niederlage erleiden wird und die imperialistische "Neuordnung" der Region Gestalt annimmt, wird auch der schwere Rückschlag für die PLO deutlich werden. Nachdem sie schon ihre Unterstützung durch die "sozialistischen" Staaten verloren hatte, werden nun vermutlich auch Saudi-Arabien und andere Ölstaaten materielle Konsequenzen aus der Haltung der PLO im Kuwait-Konflikt ziehen.

Auf der anderen Seite scheint der Staat Israel aus dem Zweiten Golfkrieg propagandistisch und materiell enorm gestärkt, fast unangreifbar hervorzugehen. Durch seine "Zurückhaltung" hat er das Zustandekommen und den Bestand des Kriegsbündnisses gegen den Irak ermöglicht. Für diese passive Rolle wird Israel mit Milliardensummen aus den USA und Westeuropa belohnt werden, die in keinem Verhältnis zu den relativ geringen Kriegsschäden stehen, die das Land erlitten hat. Israel wird zudem bei den westlichen Regierungen und Massenmedien auf größtes Verständnis stoßen, wenn es sich nach dem Krieg weiterhin einer Nahostkonferenz und einem Dialog mit den Palästinensern verweigert.

Ein direkter Kriegseintritt Israels könnte zusätzliche, im Einzelnen gar nicht abzusehende Folgen für die Situation der Palästinenser haben. Das reicht von der Verhängung des Kriegsrechts und einer Verschärfung der allgemeinen und der gezielten Repression bis hin zur Gefahr einer provozierten Massenflucht aus den besetzten Gebieten. Diese Vision ist keineswegs künstlich konstruiert, sondern ergibt sich aus den historischen Erfahrungen: jeder der bisherigen drei arabisch- israelischen Kriege (1948-49, 1967 und 1973) führte unter anderem zur Vertreibung oder Flucht von Hunderttausenden Palästinensern. Vor diesem Hintergrund setzt die Aufnahme des rechtsextremen Politikers Zeewi in die israelische Regierung ein nicht zu unterschätzendes Zeichen: Der Mann ist als Befürworter eines "Bevölkerungs-Transfers" aus den besetzten Gebieten bekannt, was nichts anderes bedeutet als Massenvertreibung. Er fordert außerdem den sofortigen Eintritt Israels in den Krieg.

Es fehlt in dieser für die Palästinenser schwierigen und gefährlichen Situation nicht an bürgerlichen, aber auch linken Kommentatoren, die der PLO die Schuld zuweisen. Es wird die Palästinenser allerdings nicht beeindrucken, wenn man ihnen mitteilt, mit ihrer Parteinahme für Saddam Hussein hätte sich die PLO als Verhandlungspartner unmöglich gemacht. Es hat sie doch auch schon vor dem Krieg keine der westlichen Regierungen wirklich ernst genommen und fair behandelt. Die oben dargestellten, äußerst negativen Rahmenbedingungen für die Politik der PLO sind ohnehin nicht durch den Krieg bedingt, sondern hatten sich schon in den letzten Jahren entwickelt. Der Krieg hat das Problem der palästinensischen Ausweglosigkeit und Isoliertheit nicht geschaffen, sondern es nur verschärft.

Im Übrigen: selbst wenn die PLO sich vom Irak distanziert hätte, hätte sie nichts daran ändern können, daß Israel durch die Drohungen Saddam Husseins und die Scud-Angriffe zum großen moralischen Sieger des Krieges geworden ist und im Schutz des Mitleid-Effekts freiere Hand gegen die Palästinenser hat.

Es ist die Schuld des Westens, auch der wenig erfolgreichen Linken, daß man der PLO und den Palästinensern jahrelang die Erfahrung vermittelt hat, es sei im Grunde gleichgültig, ob die PLO klug und maßvoll agiert, oder ob sie sich einer radikalistischen Rhetorik und Taktik hingibt, da sie so oder so nichts erreicht. Schlimmer noch: indem man den expliziten Verhandlungsangeboten der PLO konsequent jeden Erfolg verweigert hat, stellte man gemäßigte palästinensische Politiker als illusionäre Trottel bloß und provozierte Trotzreaktionen. In diesem Klima bleibt für differenziertere Stimmen wenig Spielraum, hat die Strömung mit der radikalsten Rhetorik die größten Durchsetzungschancen. Jetzt könnte wieder eine Zeit beginnen, wo nicht diplomatische Bemühungen, sondern kontraproduktive Aktionen der Verzweiflung das internationale Image des palästinensischen Volkes bestimmen.

Daß die Palästinenser angesichts der realen Kräfteverhältnisse dabei nichts zu gewinnen haben, ist wahr. Aber Allzuviele von ihnen sind der Meinung, daß sie andererseits auch kaum noch etwas zu verlieren haben.

Kt.

# 10. Welche Optionen hat die PLO im Golfkrieg?

*Interview mit I.A. Lughod, Mitglied des Nationalrats*

Rubrik: Golfkrieg; Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:32

Die PLO hat in den zurückliegenden Jahren eine Reihe von Kompromißvorschlägen zu einer Verhandlungslösung der Palästinafrage vorgelegt. Diese Initiativen sind sämtlich von den USA und Israel oder den EG-Staaten zurückgewiesen oder verschleppt und blockiert worden. Sogar die Gesprächsbereitschaft der PLO ist grundsätzlich bestritten worden; es wurden permanent Vorbedingungen für Gespräche gestellt und immer neue Forderungen an die PLO erhoben. Die daran geknüpften Erwartungen der PalästinenserInnen auf Eintritt in ernsthafte Friedensverhandlungen sind dennoch ständig enttäuscht worden. Dies gehört zum unmittelbaren Kontext der gegenwärtigen Haltung der PLO im Golfkrieg.

Die PLO ist eine arabische Partei. Ihre Ziele, ihre Diplomatie und ihr ideologischer Hintergrund können nicht isoliert vom gesamtarabischen Zusammenhang verstanden werden. Die europäische Sicht auf den Kern der Nahost-Problematik, die Palästinafrage, wird u.a. bestimmt durch die europäisch-jüdische Geschichte, nämlich den Vernichtungsfeldzug des deutschen Faschismus gegen die jüdische Bevölkerung Europas und den jahrhundertealten Antisemitismus. In arabischen Augen wirkt dieser Blickwinkel auf ihre Geschichte fragwürdig. Dieselben Mächte, die z.B. die Lösung der Palästinafrage heute verhindern, betrieben seit exakt 70 Jahren, z.T. auf Grundlage internationalen Rechts, dort ihre schmutzige Einmischung.

Und so wird die jetzige ausländische Intervention von Mauretanien bis Libanon als Versuch gewertet, die politischen Entwicklungsmöglichkeiten der arabischen Völker und die reichen Ressourcen der Region endgültig unter imperiale Hegemonie zu bringen - ganz gleich welches der Anlaß der Kuwaitkrise war. Inzwischen macht das Schlagwort vom "Afrika des 21. Jahrhunderts" (s. Kasten) die Runde. Dies hat seine Gründe und seine Vorgeschichte.

Kampf gegen Kolonialismus

Die Entkolonisierungsphase der 50er und 60er Jahre in der arabischen Welt und der Aufschwung des arabischen Nationalismus führten nach zum Teil harten Kämpfen gegen die Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich zur Errichtung einer Reihe von nationaldemokratischen Regimes, die in Ökonomie und Politik eine vom Kapitalismus unabhängige Entwicklung suchten (Syrien, Ägypten, Irak, Algerien, Südjemen, Libyen).

In den weiterhin von den alten und neuen Kolonialmächten abhängigen Staaten gründeten sich linke Bewegungen und Parteien oder formierten sich fortschrittliche Militärs, die für ihre Länder ebenso einen eigenständigen Weg suchten.

Die Hoffnungen und Erwartungen, die mit der staatlichen Souveränität an wirtschaftlichen Fortschritt und politische Einheit der arabischen Nationen durch den Weg eines eigenen Entwicklungsmodells oder die Bindung ans sozialistische Lager geknüpft waren, waren dort wie in anderen Trikontländern hochgesteckt.

Die politischen und ökonomischen Einbrüche, die den imperialistischen Interventionen im Iran 1953 (USA), in Ägypten 1956 (USA, GB, Frkr., Israel), in Libanon 1958 (USA), in Kuwait 1962 (GB) folgten - sowie der militärischen Niederlage der palästinensischen Hauptverbündeten Ägypten und Syrien durch Israel im Krieg von 1967 - , konnten nur z.T. wieder aufgefangen werden und führten zur politischen Stabilisierung der Regimes bzw. der ideologischen Konsolidierung linker Organisationen. Der Vereinigungs- und Fortschrittswille der arabischen Völker war nicht gebrochen.

In dieser Phase (1965-69) begannen auch die Aktivitäten der PLO. Die Palästinafrage schien das letzte, jedenfalls wichtigste Entwicklungsproblem darzustellen. Wenn auch die reaktionären Monarchien und Emirate ein schon unübersehbares Gegengewicht zu antiimperialistischen und demokratischen Bestrebungen bildeten, so konnte die PLO zu dieser Zeit noch mit einflußreichen Verbündeten in der Region rechnen.

Das ist auch der politisch-ideologische Kontext des Maximalprogramms der PLO, das sich in ihrer Nationalcharta von 1969 findet. Hierin wird die Befreiung ganz Palästinas und die Errichtung eines säkularen Gesamtstaates für Moslems, Juden und Christen anstelle Israels als nationale Aufgabe des palästinensischen Volkes beschrieben.

"Die Wende von 1973"

Der ägyptisch-syrische Krieg gegen Israel 1973 und die Erdölpolitik der reaktionären Golfstaaten seit 1974, namentlich Saudi-Arabiens, brachten die Wende. Ägypten und Syrien begannen über die USA und UNO vermittelt Waffenstillstandsverhandlungen mit Israel. Die großen Ölförderländer stellten sich komplett auf die Nachfrage am kapitalistischen Markt ein; die "politische Waffe" Öl blieb ungenutzt.

Gleichzeitig scheiterten die Versuche einer eigenständigen ökonomischen Entwicklung, auch die erhofften Fortschritte mit der Bindung ans sozialistische Lager blieben aus. Die arabische Linke schien perspektivlos und handlungsunfähig. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden mit weitgehender Liberalisierung, Privatisierung und Anpassung an die Diktate des Westens zu lösen gesucht (Algerien, Syrien, Ägypten). Auf dem Fuße folgte die Repression gegen kommunistische, gewerkschaftliche und panarabische Oppositionskräfte. Verfolgung und Exil sind eine allgemeine Erscheinung geworden. Die Konservativen in der Arabischen Liga hatten eindeutig an Einfluß gewonnen.

Mit dem Etappenprogramm von 1973 vollzog die PLO die Anpassung an die allgemeine arabische Entwicklung. Das Programm sah erstmalig die Möglichkeit eines Teilstaates in Westbank und Gaza vor, führte aber sogleich zu harten internen Auseinandersetzungen. Zwar konnte die PLO in dieser Zeit internationale Anerkennung verbuchen (1974 in Arabischer Liga, 1975 in der UNO), doch verlor sie gleichzeitig an tatsächlicher Unterstützung auf arabischer Ebene.

Gleichwohl stellte sie für die verbliebenen und exilierten Reste der Linken, insbesondere im Libanon, einen wichtigen Kristallisationspunkt dar. Im libanesischen Bürgerkrieg (seit 1975) sollte der PLO und anderen fortschrittlichen Kräften stellvertretend für die gesamte arabische Linke der Garaus gemacht werden. Im Auftrag der Arabischen Liga und mit materieller Hilfe Saudi-Arabiens griff die syrische Armee 1976 auf der Seite pro-westlicher und von Israel unterstützter Kräfte ein. Kurze Zeit später schloß Ägypten das Camp-David-Abkommen ab (1978). Dieses Abkommen war ein weiterer Schritt zur Stärkung Israels, das sich mit seiner Forderung nach bilateralen Verträgen mit den arabischen Staaten ohne die PLO durchsetzen konnte. Die PLO war nicht besiegt, aber an den Rand gedrängt worden. Die Linke, so sie noch vorhanden war, bot keine Alternative mehr. In dieses Vakuum stießen islamische Gruppierungen vor, die vor allem nach der iranischen Revolution 1980 immer mehr Auftrieb erhielten. (Pikanterweise wurden die islamischen Moslembrüder - heute : HAMAS - bspw. im Gazastreifen von der israelischen Regierung anfangs gefördert als Gegengewicht zur PLO, in Algerien und Ägypten von Saudi-Arabien aus finanziert. Sie gehören heute zu den schärfsten Kritikern der us-amerikanischen Invasion und der Existenz Israels.)

Der israelische Krieg im Libanon gegen die PLO sollte die militärische und ökonomische Infrastruktur der PalästinenserInnnen zerstören und damit die Forderung nach einem eigenständigen palästinensischen Staat endgültig negativ beantworten. Die arabischen Regimes blieben passiv - bis auf die bekannten verbalen Beteuerungen ihrer Solidarität. Die PLO war angeschlagen und weitgehend ohne Verbündete. Um die Palästinafrage doch wieder auf die Tagesordnung zu bringen, ist die PLO 1984 bis an den Rand der Spaltung auf Israel und die USA zugegangen. Mit dem Angebot einer gemischt jordanisch-palästinensischen Delegation sollten Verhandlungen ermöglicht werden. Doch die Tür dafür blieb verschlossen.

Neue Phase durch Intifada

Mit der Intifada begann eine neue Phase im Kampf des palästinensischen Volkes um nationale Selbstbestimmung. Seit Beginn des Volksaufstandes versuchte das Exekutivkomitee der PLO im Einklang mit der nationalen Führung des Aufstands, erneut auf internationaler Ebene eine diplomatische Lösung herbeizuführen. Mit der Ausrufung des Staates Palästina 1988 ist auch die Forderung erhoben werden, endlich mit Verhandlungen zu beginnen. Diese Initiative von 1988 ist bis heute offizielle Linie. Sie sieht eine internationale Nahost-Konferenz aller beteiligten Parteien im Rahmen der internationalen Legitimität vor. Für diesen Vorschlag hat die PLO breite Anerkennung und verbale Unterstützung z.B. durch die EG erhalten - doch dabei blieb es dann auch wieder.

Wer den Entwicklungsgang und den Zusammenhang zwischen den einzelnen Konflikten in der Region kennt, muß sich wundern, daß die PalästinenserInnen immer noch auf das internationale Recht setzen: Von den etwa 140 Resolutionen, die von der UNO seit Staatsgründung gegen Israel verabschiedet wurden, ist nicht eine einzige in die Praxis umgesetzt worden. Die selektive Anwendung internationalen Rechts und die

heuchlerische Haltung des Westens seit mittlerweile sieben Jahrzehnten werden in der arabischen Welt zunehmend mit Empörung, Widerstand und Abwendung quittiert. Die PLO ist im Grunde die letzte arabische Befreiungsbewegung, die die Realisierung des "westlichen" Völkerrechts einklagt. (Sie hat intern dadurch an die islamische HAMAS-Bewegung erhebliche Zustimmung verloren.) Was stattdessen passiert, ist der größte Militäraufmarsch der Geschichte in dieser Region.

PLO im Golfkonflikt

Gleich zu Anfang der Golfkrise hat die PLO ihre Haltung deutlich gemacht: a) Keine ausländische Intervention, sondern eine arabische Lösung, b) irakischer Rückzug aus Kuwait, c) Verhandlungen über alle Konflikte in der Region. (vgl. ak 322, S. 4)

Vor dem arabischen Gipfeltreffen vom 10.8.90 hatte die PLO mit verschiedenen arabischen Regierungen Kontakt aufgenommen. Ziel dieser Bemühungen war, die Krise einzudämmen und eine arabische Lösung zu erreichen. Es sollte auf dem Gipfel ein Komitee gebildet werden, das Erörterungen mit dem Irak führen sollte. Dieser Vorschlag sowie zwei weitere Vermittlungsinitiativen sind auf dem Gipfeltreffen, das von Ägypten ziemlich rasch einberufen wurde, nicht zur Abstimmung zugelassen worden. Dagegen wurde der Irak in einer Resolution scharf verurteilt, ohne daß auf den Beschluß der arabischen Außenminister vom 3.8.90 bzgl. der Ablehnung einer ausländischen Intervention verwiesen wurde. Die entsprechende Resolution sollte den Dialog verhindern; sie wurde von Ägypten, Syrien, den Golfstaaten u.a. eingebracht, die inzwischen schon Besuch von Baker erhalten hatten. Und noch während des Gipfels waren erste US-Luftlandeeinheiten in Saudi-Arabien eingetroffen. ("FAZ", 11.8.90) Nach dem Gipfel hat sich die PLO im Irak für einen neuen Kompromiß stark gemacht. Die daraus folgende irakische Initiative ist v.a. von amerikanischer Seite brüsk zurückgewiesen worden.

Seit Kriegsbeginn hat sich die Haltung der PLO etwas verändert. Die USA werden für den Krieg voll verantwortlich gemacht. Und die PLO sieht auch weiterhin Chancen für eine politische Lösung, falls eine Feuerpause erreicht werden kann. Aber sie besteht auch auf Verhandlungen über alle Fragen. Da der Krieg als Vernichtungskrieg geführt werde und nicht auf den Irak beschränkt bliebe, müsse er als Aggression im Sinne der "neuen Weltordnung" begriffen werden: "Angesichts dieser Gefahr haben wir, die arabische Nation, ihre Armeen, ihre Völker, ihre Regierungen keine andere Wahl, als uns selbst zu verteidigen. Der Angriff gilt uns allen." (Kommuniqué zum Ausbruch des Krieges, "Mideast Mirror" vom 17.1.91)

Die PLO hat zahlreiche Verhandlungsangebote unterbreitet, das Existenzrecht Israels ausdrücklich anerkannt und auf viele alte Forderungen verzichtet. Wer der PLO heute vorwirft, sie betreibe ein falsches Spiel oder hätte aufs falsche Pferd gesetzt, verkennt die Dramatik der Situation, die auch darin liegt, daß das palästinensische Volk in der Intifada jeden Tag Opfer beklagt und mit dem Rücken zur Wand steht.

Situation in besetzten Gebieten

Seit dem 17.1. gilt in den besetzten Gebieten allgemeines Ausgangsverbot, das nur für 1-2 Stunden am Tag örtlich aufgehoben wird. An manchen Orten existiert kein brauchbares Trinkwasser mehr, die Grundnahrungsmittel werden knapp. Der Stützpfeiler der palästinensischen Ökonomie, die Landwirtschaft, seit der Intifada durch Volkskomitees verstärkt ausgebaut, verzeichnet wöchentliche Schäden von rd. 50 Mio. Dollar. Die diesjährige Ernte ist, das steht zu befürchten, wegen des Bewässerungsverbots verloren. Der Wohnungsbau ist vollständig zum Erliegen gekommen (seit August sind 150 Häuser von den Israelis gesprengt worden), manche Krankenhäuser mußten ganze Abteilungen schließen. Es gibt kein Luftwarnsystem und den 1,6 Mio PalästinenserInnen sind bisher lediglich 25.000 Gasmasken zugeteilt worden. Was sich hier andeutet ist wohl kaum eine angemessene Antwort auf die Rechte dieses Volkes. Aber offenbar ist noch weiter gedacht worden: Im US-Außenministerium wird an einer Nahost-Nachkriegsordnung geplant. Ein neuer "umfassender Friedensplan" sieht eine "Lösung" ohne die PLO vor. Auf diese Linie scheint auch die Sowjetunion eingeschwenkt zu sein, wie die gemeinsame Erklärung von Baker und Bessmertnych vom 1.2.91 zeigt. ("taz", 2.2.) Zur selben Zeit wird ins israelische Kabinett der Vorsitzende einer Partei (Moledet) aufgenommen, die seit langem offen für den "Transfer", d.h. die Vertreibung der PalästinenserInnen wirbt.

Sollen das auch die Optionen sein, die der PLO neuerdings von Linken in der BRD angetragen werden? Ohne Zweifel ist, wer sich dabei diskreditiert hat.

Palästina-Arbeitskreis im KB

Hamburg, 8.2.1991

Die Haltung der PLO zur Golfkrise

Interview mit I.A. Lughod, Mitglied des Nationalrats

Das folgende Interview entnahmen wir auszugsweise der englischsprachigen, palästinensischen Zeitung "Al Fajr" vom 19.11.90. Der Interviewpartner ist Ibrahim Abu Lughod, Mitglied des Palästinensischen Nationalrats, dem Exilparlament des Staates Palästina, er lehrt in Evanstan, Illinios/USA Politikwissenschaft. Red.

Wie stehen Sie zur Einnahme Kuwaits durch Irak?

(...) Wir glauben fest an das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung. Der palästinensische Staat hält als Mitglied der Arabischen Liga und als Beobachter bei den Vereinten Nationen sowohl an der Charta der Liga als auch an der Charta der UN fest... Wir unterstützen darüber hinaus die Lösung der Konflikte zwischen beiden Völkern (des Irak und Kuwait, Anm. ak) durch friedliche Mittel und im Einklang mit den o.g. Chartas ...

Die Tatsache, daß Arafat und König Hussein auf der Gipfelkonferenz ihre Vorschläge nicht einmal vorstellen durften, hauptsächlich wegen des harten Widerstands des ägyptischen Präsidenten, der der Gastgeber der Konferenz war, scheint die Vorstellung zu erhärten, daß bestimmte arabische Staaten ihre Politik abgestimmt hatten und die Zusammenarbeit mit den USA suchten und sich von daher für ein ganz anderes Ergebnis einsetzten.

Als Araber sind wir mit der Vorstellung aufgewachsen, daß es eine arabische nationale Heimat gibt, die natürlich auch Palästina umfaßt. Und als Araber haben wir gekämpft, nicht nur für die Befreiung aller Teile dieser Heimat vom Kolonialismus, sondern auch, um einen gewissen Grad von Einheit zu erreichen. Ich glaube, wir alle wissen, daß fast alle Staaten sich in Grenzen entwickelt haben, die vom europäischen Imperialismus gezogen wurden ... In diesem Sinne gleicht die arabische Welt Afrika ... Auch die Arabische Liga ist ein schwacher Ausdruck dieses Strebens nach Einheit. Die Vereinigte Arabische Republik war ein weiterer ebenso wie die kürzliche Vereinigung der beiden Jemen und andere Versuche ...

Ist der irakische Lösungsvorschlag Ihrer Meinung nach ernst gemeint?

(...) Die Verbindung zwischen dem Golf und Palästina/Israel hat es schon immer gegeben. Jeder Staat, der die palästinensischen Bemühungen um einen eigenen Staat unterstützt, gerät in Schwierigkeiten mit Israel und seinen Verbündeten. Natürlich auf einer ganz anderen Ebene waren es die USA, die unbeabsichtigt eine Verbindung zwischen beiden Konflikten förderten. So forderten sie von der UNO, internationale Normen und Prinzipien zu überwachen ... Besatzung und Annexion sind klar definiert. Wenn die USA darauf bestehen, daß es eine irakische Besetzung Kuwaits gibt - die ganz klar illegal ist -, wie steht es dann mit der israelischen Besetzung des Libanon, der Westbank und des Ghaza, der Golanhöhen? ... Wenn die Vereinigten Staaten ihre Politik mit internationalen Gesetzen und Normen glaubwürdig rechtfertigen wollen, so müssen sie ihren Respekt vor diesen Gesetzen auch in anderen Teilen der arabischen Welt beweisen. Darum war es für Saddam so gewinnbringend, die Ver- knüpfung beider Konflikte vorzuschlagen...

Die Wirklichkeit in der arabischen Welt und in weiten Teilen der Dritten Welt legt den Schluß nahe, daß niemand die Diskussionen auf internationaler Ebene ... ernst nimmt. Man weiß genau, daß es um Machtpolitik geht. Es ist klar, daß es eine von den USA geführte Allianz gibt, deren wichtigste Mitglieder die Mächte sind, die die afrikanisch-asiatische Welt eroberten und unter sich aufteilten. Heute versuchen sie, die Macht eines arabischen Staates zu unterlaufen und zu beschränken.

Glauben Sie, daß der größte Teil der arabischen Bevölkerung dem Irak Sympathien entgegenbringt und wenn ja, warum?

Es ist keine Frage, daß es eine nicht unbeträchtliche Unterstützung für den Irak gibt ... Die Gründe für dieses Verhalten sind verständlich. Die Araber sind generell gegen jede europäisch-amerikanische Militärpräsenz in der arabischen Welt. Sie waren es in den 50er und 60er Jahren und sie sind es heute. Erinnerungen an koloniale Zeiten werden wach, und es fällt ihnen schwer zu glauben, daß die Zerstörung des Irak von Vorteil für die arabische Bevölkerung sein könnte ...

Was hat es mit der "neuen Weltordnung" auf sich?

Was die arabische Welt betrifft, hat Baker seine Ziele klar und deutlich formuliert ... Man beabsichtigt, jene Mächte im Zaum zu halten, die möglicherweise die amerikanische Vorherrschaft in der Region infrage stellen könnten ... Es scheint, daß das, was der amerikanische Außenminister fordert, der Einstieg in etwas ist, das man als Bush-Doktrin bezeichnen könnte...

Wenn der momentane Zustand der fortschreitenden Fragmentierung der arabischen Welt und der Nutzung ihrer Ressourcen durch westliche Firmen und deren Kontrolle über die Ressourcen bestehen bleibt, kann man sich ohne zu übertreiben vorstellen, daß die arabische Welt wahrscheinlich das Afrika des 21. Jahrhunderts werden wird ... Anstatt fortschreitender Vereinigung und Integration ist es das Ziel, Desintegration und Spaltung voranzutreiben. Wenn das geschieht, wird es für den Westen einfacher sein, seine politische Vorherrschaft zu installieren, um Gebrauch von den einzigartigen wirtschaftlichen Ressourcen der arabischen Welt zu machen und Israel in die Lage zu versetzen, sein Apartheidsystem zu perfektionieren ...

# 11. Von der "zitternden Provinz" zur Kriegsmacht

*Neues Deutschland*

Autor: der · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Golfkrieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:40

Der Golfkrieg verändert das internationale Kräftegefüge und die Rolle, die die Bundesrepublik darin spielt: Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert will von nun an Deutschland auch kriegerisch als Großmacht reüssieren. "Deutschland muß künftig bereit sein, auch selbst an konkreten Maßnahmen zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Welt mitzuwirken", verkündete der scheinbar so tapsige Kanzler am 30. Januar vor dem Deutschen Bundestag." Es gibt für uns Deutsche keine Nische in der Weltpolitik, und es darf für Deutschland keine Flucht aus der Verantwortung geben." Des Kaisers alte Scheiße also, vorgetragen am 58. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers. Jene "tiefgreifende Neu(?)orientierung der deutschen Politik" (Spiegel) wurde unverzüglich in die Praxis umgesetzt: Wenige Tage nach der Kohlrede waren bereits an die 3.200 deutschen Soldaten in die Türkei und das Mittelmeer entsandt. Damit die künftigen militärischen Interventionen auch in der Golfregion stattfinden können, wird auf die Tube gedrückt: Die für die globale Entsendung deutscher Eingreiftruppen vorgesehene Verfassungsänderung sollen alle sonstigen Grundgesetzkorrekturen vorgezogen und noch in diesem Sommer über die Bühne gebracht werden.

Es geht im folgenden um die Antriebskräfte jener "Neuorientierung": Hat die Bonner Regierung tatsächlich "gedrängt von den Verbündeten" die Prinzipien ihrer bisherigen Außenpolitik preisgegeben, wie es der "Spiegel" interpretiert? Haben die Übeltäter von Washington die Deutschen an die Front gerufen und hierdurch ihr Opfer, die deutsche Außenpolitik "in eine schwere Krise" gestürzt, wie es das Augstein-Blatt suggeriert?

Zwar hatte Bonn die Kriegsvorbereitungen im Golf nach Kräften befördert und hierbei die Erwartungen der Amerikaner - so US-Außenminister Baker im September 1990 - sogar übertroffen. Dennoch gehörte die Bundesregierung zu jenen Mächten, denen am realen Kriegsausbruch ausgesprochen wenig gelegen war. Diese Haltung kam zuletzt in der Unterstützung der französischen UN-Initiative vom 15. Januar zum Ausdruck: Frankreich, die BRD und Italien wollten dem Irak noch in letzter Minute die Brücke für eine friedliche Konfliktbeilegung bauen und bildeten damit einen Block gegen die USA und Großbritannien, welche im UN-Sicherheitsrat als Hardliner agierten. Drastischer konnte die Existenz innerimperialistischer Widersprüche kaum demonstriert werden. In jenes Bild paßt auch die in den USA kolportierte Episode, derzufolge sich Helmut Kohl verleugnen ließ, als Bush ihn telefonisch über den unmittelbar bevorstehenden Angriff auf Bagdad informieren wollte.

Die kontinentaleuropäische Zurückhaltung hatte Gründe. Rom und insbesondere Paris wollten die Schlacht vermeiden, um ihre besonderen Beziehungen zu den nordafrikanischen und arabischen Staaten nicht unnötig zu belasten. Zudem war absehbar, daß sich die westeuropäischen Imperialismen mit Kriegsbeginn in einer nahezu totalen Abhängigkeit von den USA befinden würden. In der Tat können sie bis heute mangels entsprechender Aufklärungssatelliten das Kriegsgeschehen nicht einmal eigenständig überblicken. Die informelle Abhängigkeit von den Amerikanern ist nahezu total, weshalb sich Paris, Rom, aber auch London darauf verlegt haben, den Kriegsverlauf nur mit Allgemeinplätzen zu kommentieren: Man weiß ja selbst kaum mehr als CNN.

Die Bundesregierung wiederum war sich darüber im Klaren, daß sie auf dem Schlachtfeld überhaupt nicht würde antreten und somit selbst gegenüber ihren europäischen Konkurrenten in ein Hintertreffen geraten würde. In der Tat sei in den westeuropäischen Hauptstädten die Bestürzung über die minoritäre Rolle Westeuropas "in vielen Fällen von der Hoffnung begleitet, daß sich der Bonner Status aus der Sicht Washingtons nach Kriegsende verringert haben werde", vermeldete die International Herald Tribune nicht ohne Süffisanz. (IHT, 24.1.91)

Zwar hatte sich Bonn mit der eigenständig beschlossenen Entsendung einer deutschen Kampfbombereinheit in die Türkei den Einstieg in eine militärische Option offengehalten und innen-wie auch außenpolitisch Statusbewußtsein signalisiert. Ein adäquates deutsches Mitmischen im Kriegsgeschehen kam jedoch schon deshalb nicht in Frage, weil die BRD-Gesellschaft darauf nicht vorbereitet war. Der Aufbau der Bundeswehr hatte sich noch in einem Klima des Kalten Krieges vollzogen, welches sich mit Beginn der "Neuen Ostpolitik"

der Regierung Brandt zunehmend zu verflüchtigen begann. Die Politik der ökonomischen Durchdringung Osteuropas ("Wandel durch Annäherung") hatte seither das Bewußtsein der Herrschenden und damit auch das vorherrschende Bewußtsein geprägt: Kriegsstimmung war jahrzehntelang "out" und der außereuropäische Kriegseinsatz ohnehin ein Tabu.

Jene bei Kriegsbeginn noch vorhandene Interessenkonstellation blieb für die Anti-Kriegsbewegung nicht ohne Folgen: Da sich die Parole "Nein zum Krieg" zum Teil auf eine Interessenidentität mit dem herrschenden Lager stützten konnte, wurde sie in den ersten Stunden und Tagen des Krieges zur vorherrschenden Stimmung und allgemein akzeptiert. Der berühmte Streikaufruf von Wolfgang Borchert "Dann gibt es nur eins - Sag Nein!" wurde selbst in der Springerpresse nachgedruckt, Schulen gaben frei, sozialdemokratische Landesregierungen initiierten Schweigeminuten (Schleswig- Holstein) oder riefen zu Demonstrationen auf (Saarland) und selbst Straßenblockaden wurden hier und da von der Polizei akzeptiert: Eine Stimmung wie Karneval.

Der Übergang zur Kriegspartei

Mit jenem Honeymoon der Nein-zum- Krieg-Bewegung war es jedoch schnell vorbei. Die merkwürdige Allianz von Regierungspassivität und Bewegungsaktivität wurde durch die Tatsache des Krieges und die Einsicht, daß dieser nicht schnell, sondern nur in einer langen und verlustreichen Schlacht beendet werden kann, zerschlagen; die innenpolitische Frontstellung Pazifismus versus Militarismus re-etabliert. Jene erste Phase der halbherzigen Kriegsunterstützung wurde in Frankreich mit dem Rücktritt von Verteidigungsminister Chevenement, in Deutschland mit der oben zitierten Regierungserklärung von Helmut Kohl abgeschlossen.

Der Übergang zur hundertprozentigen Kriegspartei war von der Logik des Krieges diktiert und somit unumgänglich: Eine teilweise Kriegsunterstützung ist etwa so realistisch wie eine teilweise Schwangerschaft. Im Falle einer Niederlage der Allianz würde ein unentschieden agierendes Land dafür zur Verantwortung gezogen und im Falle eines Sieges jedes Einflusses bei der Schaffung einer Nachkriegsordnung beraubt. Wer somit nicht neutral bleiben will, muß eindeutig Partei ergreifen, auf Sieg setzen und diesen zu beschleunigen helfen. Dieser Logik ist nicht nur die Politik der Regierung unterworfen, sondern auch die der staatstragenden Opposition. In der Erwiderung des SPD-Vorsitzenden auf die Kanzler-Erklärung vom 30.1. wurde der nationale Konsens und politische Schulterschluß mit jener kriegsbedingten Zäsur begründet und geradezu klassisch vorexerziert:

"Die Entscheidungen sind nach dem 15. Januar anders gefallen, als wir das gewünscht und befürwortet haben", so Hans-Jochen Vogel, "und auch eine Opposition kann dann nicht in der Vergangenheit verharren, sondern muß sich der neuen Situation stellen. Darum sage ich: Jetzt muß es darum gehen, daß der Krieg so rasch wie möglich ein Ende findet. Ich füge hinzu: Das kann nicht allein der Anwendung militärischer Mittel überlassen bleiben." Nicht allein, aber ja doch wohl hauptsächlich!

Die Grundsatzerklärung des Kanzlers und die sie begleitenden Maßnahmen wurden - anders als die vier Wochen zuvor erfolgte Entsendung einer Alpha Jet-Einheit - überwiegend wohlwollend kommentiert. Sie spiegele, so die FAZ, "den heilsamen Klärungsprozeß wider, der in den letzten Tagen in Sachen Golfkrieg, Bündnisverpflichtungen und Hilfszusagen stattgefunden hat." Zu diesem Klärungsprozeß hatten jene dem Vernehmen nach überbordenden Proteste aus dem Ausland beigetragen. Das vereinigte Deutschland habe "durch die Haltung in der Irak-Krise international und im westlichen Bündnis an Boden verloren", warnte etwa die "Welt". Nun aber habe der Kanzler "unter dem Druck einer immer bedrohlicher werdenden Isolierung die richtige Entscheidung getroffen: Flucht nach vorn durch verstärktes Engagement." War es schon soweit? Drohte die Singularisierung Deutschlands?

"Krauts bashing"

Warum und von wem haben wir "Krauts" in den letzten Wochen Prügel ("bashing") bezogen?

Die Beschwerden über die mangelnde Kriegsbegeisterung der Deutschen hatte in den letzten Wochen insbesondere in den USA, Großbritannien und Frankreich die Leitartikel-Spalten gefüllt. Entsprechende Äußerungen aus anderen NATO-Staaten oder gar den Vereinten Nationen sind demgegenüber nicht bekannt geworden, so daß der Pappenheimer von der angeblich bevorstehenden "internationalen Isolation" stark relativiert werden muß.

Bei näherer Betrachtung der angelsächsischen Kritik fällt auf, daß sie zumindest öffentlich nicht auf Regierungsebene geäußert wurde (was einer diplomatischen Rücksichtnahme geschuldet sein mag), während sich jedoch die Leitartikel der US-Presse kritisch äußerten und britische Revolverblätter aus vollen Rohren schossen. Dennoch war auch in jenen Leitartikeln der Ruf "Germans to the front" nicht zu vernehmen. Im Gegenteil hatte beispielsweise der ehemalige Außenminister Kissinger "klargemacht, daß der Wunsch nach mehr Verantwortung nicht gleichbedeutend sei mit dem Ruf ‚Deutsche an die Front'." Denn "dort sind sie immer noch nicht gerne gesehen", wie der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung nicht ohne Bedauern anerkannte. Gewünscht wurde statt dessen in erster Linie mehr Geld für den Krieg, eine Verstärkung der technischen Beihilfe sowie eine Fülle von Regierungserklärungen, die die angloamerikanische Kriegsführung aus vollem Herzen begrüßen. Jenes "Soll" ist inzwischen erfüllt, in soldatischer Hinsicht sogar übererfüllt worden. So sind von den über 3.000 in die Krisenregion verbrachten Bundeswehrsoldaten nur gute 10 Prozent im Kontext einer NATO-Entsendung (als Mitglieder des NATO-Marineverbands "Mittelmeer" und eines NATO-Marineabwehrverbands; siehe nebenstehenden Artikel) dort stationiert, während in nahezu 90 Prozent der Fälle die Entsendung der Soldaten auf Wunsch und Verantwortung der Hardthöhe stattgefunden hatte.

Besonders erbost zeigten sich die amerikanische Presse über die Bedenken, die in der Bundesrepublik gegen eine automatische Beistandspflicht der NATO im Falle einer irakischen Attacke auf die Türkei erhoben wurden. "Kein anderes Mitglied der Allianz zieht die Verpflichtung der NATO, dem Verbündeten bei einem Angriff beizustehen, in Zweifel", schimpfte etwa die New York Times. Tatsächlich hat dies auch die Bundesregierung nie getan. Wiederholt hatte der deutsche Vertreter im NATO-Rat die Beistandsverpflichtung für die Türkei bekräftigt, obwohl hier der "Bündnisfall" in einer Weise definiert wurde, die jeden Versuch einer Unterscheidung von "Verteidigung" und "Angriff" ad absurdum führt: "Ein Überraschungsschlag der amerikanischen Luftwaffe gegen den Irak (von türkischem Boden aus - Anm. AK) wäre keine Angriffshandlung, da die Frist abgelaufen ist, welche die Vereinten Nationen dem Irak für den Rückzug gesetzt haben. Deshalb wäre ein irakischer Gegenschlag gegen die Türkei auch kein Akt der Verteidigung, sondern eine reine Angriffshandlung. Sie träfe das Nato-Mitglied Türkei und würde für alle Nato-Staaten den Bündnisfall herbeiführen."(FAZ, 17.1.91) Darüber hinaus hatte sich die Bundesregierung von Anbeginn geweigert, die Entscheidung über den Bündnisfall aus der Hand zu geben, um etwa den Bundestag hierüber befinden zu lassen. Das Kohl-Kabinett hatte sich jedoch vor dem Hintergrund der offenkundigen türkischen Kriegstreiberei und der Antikriegsstimmung im eigenen Land geziert, seine Politik auch offensiv zu vertreten. Jener Lapsus wurde mit der Kanzler-Erklärung korrigiert. Nachdem auch der Graf mit dem Holzbein ins Glied zurückgetreten war, durfte die freie Welt wieder aufatmen: Beim Angriff auf Ankara steht Deutschland im Krieg.

Zum Teil sind die Befürworter eines stärkeren deutschen Kriegsengagements identisch mit jenen, die noch vor einem Jahr nicht müde wurden, vor den Gefahren des 4. Reichs zu warnen. So etwa Margret Thatcher oder der ehemalige Chefredakteur der New York Times, Abraham Michael Rosenthal. Zuweilen wird sogar versucht, das eine mit dem anderen zu verkoppeln - so etwa in einem Washington Post-Kommentar von Jim Hoagland. Amerikaner und Europäer hätten 40 Jahre daran gearbeitet, heißt es dort, "den deutschen Kampfgeist unter einer Decke von Wohlstand zu ersticken. Gerade hierfür war der gemeinsame Markt konzipiert. Der Kern der europäischen Einigung und der Unterstützung der deutschen Vereinigung durch die Alliierten war immer die Furcht: Die Furcht vor isolierten, ressentiment-geladenen Deutschen, die ihren Kampfgeist wiederzugewinnen suchen. Keinen Bedarf also, den schlafenden Hund zu wecken." Der Rest jenes Artikels ist sodann das reinste Klagelied über die mangelnde Golfkrieg-Solidarität der Deutschen und deren "loophole-approach to NATO". Der Kommentar warnt letztlich vor der Möglichkeit, daß die westliche Allianz auseinanderfallen und ein isolierter deutscher Militarismus wiedererstehen könnte, falls die Deutschen der amerikanischen Golfkriegsführung nicht kritiklos beiseite springen. Die dahinter stehende Denkungsart ist jedoch schon lange gescheitert, widerlegt und heute nur noch verlogen.

Die USA wollen seit über 40 Jahren den deutschen Militarismus einhegen, indem sie ihn befördern und für die eigene Politik instrumentalisieren. Ebenso alt ist ihr Versuch, jede antimilitaristische Bewegung zu denunzieren, indem der pazifistische und der militaristische "Alleingang" Deutschlands über einen Leisten geschlagen werden. Diese auch bei Margaret Thatcher anklingende Betrachtungsweise hat mit der antifaschistischen Attitüde, mit der sie sich ziert, nichts zu tun. Es handelt sich um profane imperialistische Realpolitik, die im Namen des Antihitlerismus hier jedes ungeziehme imperialismuskritische Abdriften bekämpft und dort im zwischenimperialistischen Widerstreit die eigene Machtstellung zu wahren sucht.

Aktuell kam jene, in der hiesigen Presse aufgeplusterte Deutschland-Kritik der Bundesregierung eher gelegen denn ungelegen. Es macht einen besseren Eindruck und kanalisiert die innenpolitischen Widerstände, wenn die eigene Kriegsambition hinter den angeblichen Wünschen der Verbündeten versteckt werden kann. Ohnehin braucht einer deutschen Regierung der Wunsch nach militärischer Weltgeltung nicht von außen eingeredet zu werden. Die eigenen Kriegstreiber haben sich zu Hauf gemeldet: Im Kasernenhofjargon ("Drückebergerei!", "Feigheit!") hatte selbst die distinguierte FAZ auf all jene geschimpft, denen bei dem Gedanken an einer von Ankara abhängigen Kriegsautomatik nicht ganz wohl gewesen ist (siehe Kasten).

Eine weitere Phase und deutliche Verschärfung des innenpolitischen Klimas steht ins Haus, wenn aus der Bündnisoption Wirklichkeit werden und auf dem "Felde der Ehre" auch deutsche Soldaten fallen sollten. Wird sich dann noch eine SPD-Linke, eine Bündnis 90-Formation, die Grünen und die PDS dem nationalen Konsens verweigern, wenn es darum geht, sich in Trauer vor jenen zu verneigen, die für unser aller Freiheit ihren Kopf hingehalten haben? Wird es dann denjenigen, die den kämpfenden deutschen Truppen nicht den Sieg, d.h. die Niederlage wünschen, gelingen, die Marginalisierung ihrer Position zu verhindern? Sich auf diese Phase vorzubereiten und Kräfte zu bündeln ist Tagesaufgabe.

max.

Quellen

Spiegel 6/91; International Herald Tribune, 24.1., 26.1., 31.1.; Süddeutsche Zeitung, 24.1.; Hamburger Abendblatt, 31.1.; Bild, 31.1.; FAZ, 31.1.

# 12. SPD zwischen Pazifismus und Bündnistreue

Rubrik: Golfkrieg; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:46

Tief geht derzeit ein Riß durch die SPD, der die Partei in PazifistInnen und Bündnistreue teilt. Die SPD lehnt Gewaltanwendung gegen Irak grundsätzlich ab und setzt sich kategorisch für eine friedliche Lösung des Golfkonflikts ein - so verlautete es im Dezember aus der Partei.

Vor dem Ausbruch des Krieges am 17.1.91 wußte man in der SPD noch genau, an wen man sich zu wenden hatte, um eine militärische Eskalation zu verhindern. Noch am 15.1.91 gab Vogel dem amerikanischen Präsidenten zu bedenken: "Es darf nicht ein Übel, zu dessen Überwindung noch nicht alle Mittel ausgeschöpft sind, durch ein viel schlimmeres Übel mit unabsehbaren Folgen ersetzt werden." (FAZ, 16.1.91) Der militärische Einsatz us-amerikanischer Truppen widerspreche auch dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Ein Krieg würde "nicht allein eine unabsehbare Zahl von Opfern fordern, sondern selbst bei einer - keineswegs gewissen - zeitlichen und räumlichen Begrenzung die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Region nur noch weiter vergrößern. Er könnte außerdem die ganze Region mit weltweiten politischen, wirtschaftlichen psychologischen Auswirkungen in Brand setzen" (Erklärung vom 23.12.90). Aus der Fraktion hieß es, die USA hätten die UNO dazu mißbraucht, das zu tun, was sie ohnehin tun wollten. Der SPD-Politiker Gernot Erler sprach gar vom Einstieg in eine "Militarisierung der Weltordnung" durch die Anwendung von Waffengewalt in der Golfkrise (PPP, 15.1.91).

Was ist im nun eingetretenen Kriegsfall aus dieser Haltung geworden?

Sofortiger Waffenstillstand?

Am 21. Januar beschloß der Parteivorstand unter der Parole "Keine deutschen Soldaten für den Golf-Krieg" einen Appell "an alle Verantwortlichen, die Kriegshandlungen einzustellen, um erneut für politische Lösungen Platz zu schaffen. Zu diesem Zweck fordert sie (die SPD, Anm.d.V.) die irakische Führung auf, sofort mit dem Abzug der irakischen Truppen aus Kuwait zu beginnen". Das SPD-Präsidium hat sich am 29.1. dieser Meinung offensichtlich angeschlossen, ohne dazu einen Beschluß zu fassen. Die oben zitierte Passage wurde in den folgenden Tagen Gegenstand unterschiedlicher Interpretationen durch die Präsidiumsmitglieder. Nach Schröders Wahrnehmung ruft die SPD zu einem sofortigen Waffenstillstand auf, Lafontaine wollte es dahingestellt sein wissen, ob der Abzug der Iraker aus Kuwait dazu Vorbedingung sein solle, während Johannes Rau es sich gar nicht ohne eine solche Bedingung vorstellen kann. Vogel sprach sich noch am selben Tag im saarländischen Rundfunk gegen einen Waffenstillstand zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus, weil es bisher keine Zugeständnisse des Irak gäbe. Dennoch stellte er anschließend fest, daß es im Präsidium keine Differenzen zu diesem Punkt gäbe.

Obwohl eine Mehrheit des Präsidiums - Lafontaine, Wettig-Danielmeyer, Däubler-Gmelin, Schröder, Wieczorek-Zeul und Thierse sich vorher deutlich für einen Waffenstillstand ausgesprochen hatten, rieten Rau, Klose, Fuchs und Engholm von einer entsprechenden Entschließung mit der Begründung ab, daß die SPD sich nicht weiter international sowohl in der Sozialistischen Internationale als auch in der Sozialistischen Fraktion des Europaparlaments mit dieser Position isolieren dürfe.

Die SPD hat ihre Haltung von vor dem Krieg, daß die militärische Intervention der USA eine politische Dummheit bis Katastrophe darstellen würde, gründlich revidiert. Galt vorher noch das Nein zum Krieg, wird mittlerweile nur noch über die Waffenstillstandsforderung gestritten. Nach wie vor gibt es in der Partei eine starke Fraktion der KriegsgegnerInnen, doch um die grundsätzliche Haltung zum Krieg wird gar nicht mehr gestritten, sondern erstens auf die Ebene der Waffenstillstandsforderung runtergeschraubt und zweitens wiederum abgeschwächt über die Bedingungen eines Waffenstillstandes. Die tiefen Differenzen zwischen den PazifistInnen in der Partei und den Bündnistreuen werden so auf Nebengeleise geführt, die Widersprüche verkleistert.

Der Völkergemeinschaft verpflichtet

Das Dilemma der SPD offenbart sich in ähnlicher Weise in der Diskussion um den "Bündnisfall". Ziemlich einhellig steht die SPD-Führungsriege von Vogel bis Voigt zu den Bündnisverpflichtungen aus dem NATO-Vertrag und ebenso einhellig wird die völkerrechtliche Legitimität des us-amerikanischen Vorgehens -

begründet aus der UN-Resolution, die es jedem Staat der Welt freistellt, sich an der Aktion gegen den Irak zu beteiligen (H.J. Vogel) - akzeptiert. (Lediglich Lafontaine merkte am Rande eines Interviews Kritik an der BRD-Mitgliedschaft in der NATO an, wovon später aber nichts mehr zu hören war). Mit Mehrheit beschloß die Fraktion am 16.1.91, die Unterstützung aller Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats im Bundestag zu bekunden. Bestritten wird aber (bis jetzt), ob die Verträge auf die derzeitige Situation anzuwenden sind. Das wird von der SPD verneint und an diesem Punkt eine umfassende Rechtsauseinandersetzung geführt. Darüber hinaus wird das Grundgesetz ins Feld geführt, das eine Entsendung deutscher Truppen in den Golfkrieg verbietet. Das möchte eine breite Koalition in der SPD zwar gerne ändern, um der neuen Rolle Deutschlands und den Verpflichtungen, die sich ihrer Meinung nach aus der vollwertigen Zugehörigkeit zur Völkergemeinschaft ergeben, gerecht zu werden (MdB Erwin Horn). Vorerst möchte man sich aber an das bestehende Recht halten.

Aus dieser Position entspann sich eine umfassende rein juristische Argumentation, wo die grundsätzlich Haltung zum Krieg schon gar nicht mehr Thema war. Mit diesem Begründungszusammenhang hat sich die SPD-Bundestagsfraktion mit Vehemenz für eine Debatte und Abstimmung im Bundestag über den Eintritt des Bündnisfalles eingesetzt. Das könnte spannend werden, wenn denn die SPD ihre konkrete Haltung zum Krieg und zu den USA dann deutlich machen würde.

Tatsächlich aber läuft diese Argumentation darauf hinaus, daß eine militärische Beteiligung der BRD wenn schon, dann auch mit fliegenden Fahnen und im Auftrag des deutschen Volkes und der beschworenen Völkergemeinschaft erfolgen soll. Zumal die Legitimität, im Auftrag der UN als Vertreterin der Völkergemeinschaft auch militärisch tätig zu werden, gar nicht bestritten wird. Das ist auch die Legitimation, mit der die USA in diesen Krieg gezogen sind. Die Argumentation der SPD um die Bündnisverpflichtung läuft auf die Ambition hinaus, ebenso handeln zu können.

Eindeutig bekennt sich Johannes Rau: "Selten war die völkerrechtliche Lage bei einem internationalen Konflikt so eindeutig, noch nie gab es eine so einhellige Verurteilung durch die Völkergemeinschaft. Wir unterstützen die Resolutionen des Weltsicherheitsrates und alle Bemühungen der Vereinten Nationen und ihrer besonders betroffenen Mitgliedsstaaten, für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten zu sorgen." (Rede vor dem nordrheinwestfälischen Landtag am 25.1.91) Kein einziges kritisches Wort zum Vorgehen der USA, statt dessen ausufernde Aufzählung von Rechtfertigungsgründen für den Krieg.

Der designierte SPD-Vorsitzende Björn Engholm und einer der Unterzeichner des Aufrufs zur Solidarität der "Atlantik-Brücke" (siehe Kasten) hatte am Tag nach Kriegsausbruch nichts besseres zu tun, als die Bundesregierung aufzufordern, "umgehendst" über die künftige Rolle der Bundeswehr in Krisenzeiten zu beraten. "Es geht (...) um die auf uns zukommende Frage, eines Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der friedensstiftenden Aufgabe von UN-Truppen." (Welt, 18.1.91) Was Engholm hier scheinbar offen läßt: Was sollten deutsche Truppen am Golf wohl derzeit für eine Aufgabe haben? Etwa die US-Amerikaner von ihren Einsätzen abhalten? Oder sollten sie nicht genau die Aufgabe erfüllen, die die USA von der UNO legitimiert, quasi im Auftrag der "Völkergemeinschaft" dort exekutiert?

Hans-Ulrich Klose, Schatzmeister der SPD (auch Unterzeichner der nebenstehenden Atlantikbrücke-Erklärung), nannte in der FAZ vom 25.1.91 fünf Gründe für "aktive deutsche Politik am Golf": Vor allem sei bei den Deutschen und ihren Nachbarn der "Hitlerreflex" (womit Klose das Gegenteil des Gebots zu einem rigorosen Pazifismus - wie man vielleicht annehmen könnte - meint) wirksam und verbiete das Erstarkenlassen eines zweiten Hitlers in Person von Saddam Hussein - zugespitzt in der Frage eines britischen Labourabgeordneten an deutsche Sozialdemokraten, ob sie nachträglich für einen Waffenstillstand am 10. September 1938 plädieren wollen. Die entschiedene Parteinahme der kleineren Staaten Niederlande, CFSR und Dänemark) resultiere wohl auch aus deren Erfahrung, von einem größeren Staat - nämlich Deutschland - angegriffen worden zu sein. Von diesen Regierungen dürfe sich Deutschland nicht absetzen, keine deutsche Sonderrolle übernahmen. Kloses Hauptargumente zielen auf den Gedanken der "kollektiven Sicherheit". Die UN als das größte kollektive Sicherheitsorgan müsse gerade von Sozialdemokraten, die Sicherheit kollek- tiv definieren, gestärkt werden, jenseits einer Beurteilung, ob die UN-Entschließung gut und weise gewesen sind. Die Partnerfähigkeit und Bündnisfähigkeit erweise sich gerade in einer Situation, in der es "eine volle Übereinstimmung aller Partner nicht gibt, wenn aber dennoch gehandelt werden muß". Den kämpfenden Alliierten (USA, Frankreich. Groß-Britannien) gehöre die volle Solidarität, weil sie die

Hauptverbündeten seien. Mit Saddam gäbe es keine Friedensregelung: "Nicht zuletzt deshalb muß dieser Mann niedergekämpft werden".

Sollen die deutschen Soldaten zurück?

Noch vor dem Start der deutschen Alpha- Jets in die Türkei am 7.1.91 kritisierte die SPD-Führungsriege die Bundesregierung für die Entsendung deutscher Militärs in die Krisenregion als geeignet, die angespannte Situation weiter zu verschärfen (FR, 4.1.91). Gleichzeitig pfiff Herta Däubler-Gmelin mit dem Argument, Verfassungsfragen seien jetzt nebensächlich (taz, 4.1.91) die Fraktionslinken zurück, die gefordert hatten, über die Truppenverlegung könne nur eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages entscheiden, denn diese bedeute schon eine Vorentscheidung zur Kriegsbeteiligung.

Bereits am 16. Januar scheiterten dieselben SPD-Fraktionslinken - Heidemarie Wieczorek-Zeul, Hermann Scheer, Horst Peter und andere - in der Bundestagsfraktion der SPD mit einem Antrag, die SPD möge in ihrem Entschließungsantrag den Abzug aller 18 deutschen Alpha-Jets aus der Türkei verlangen, an einer ZWEIDRITTELMEHRHEIT dagegen. Begründung Hans Jochen Vogels: Es handele sich um einen ausgesprochen untergeordneten Nebenaspekt. Horst Peter kommentierte, die SPD befände sich wieder in einer Situation wie 1914 die Parteilinke stände mit "dem Rücken zur Wand" (taz, 16.1.91).

Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder hat sich - wie auch die rheinland-pfälzische SPD - dafür ausgesprochen, die in der Türkei stationierten Bundeswehrsoldaten zurückzuholen. Nicht geteilt wird diese Meinung von seinem Fraktionschef Johann Bruns. Dieser hatte in Hannover einen Aufruf, in dem die jüdischen Gemeinden "Solidarität mit Israel" und den Alliierten forderten, unterzeichnet. Schröder verweigerte seine Unterschrift mit der Begründung, er mache bei keiner Demo mit, deren zentrale Forderung nicht "Kein Krieg!" lautet. Schröder forderte dazu auf, die Bundesregierung durch Demonstrationen zu einer offensiveren Haltung für Verhandlungen zu zwingen. Gegen die Stimmen der Opposition billigte der niedersächsische Landtag einen Entschließungsantrag von SPD und Grünen, der die unverzügliche Beendigung der kriegerischen Handlungen und die Aufnahme von Verhandlungen verlangt. Eine Friedenskonferenz solle die Probleme der Golfregion lösen.

Die Rolle des Ehrenvorsitzenden der SPD und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt ist friedenspolitisch "zurückhaltend". Noch vor Ausbruch des Krieges beschwor er in einem "Friedensappell" den Irak, aus Kuwait abzuziehen und das Weiße Haus zu friedlicher Diplomatie und holte sich in seiner Partei Zustimmung und Enttäuschung über die nur verhaltene Kritik an der Bundesregierung. Vor der Fraktion mahnte er zur Mäßigung, der Ruf nach Waffenruhe stehe in der Gefahr, in den Wolken zu landen,weil er illusionär sei, und die SPD über Gebühr bei ihren Schwesterorganisationen isolieren würde. Brandt wäre im übrigen als Redner auf der Bonner Friedensdemonstration am 26.1.91 von Teilen der Friedensbewegung gerne gesehen worden, hätte man sich nicht grundsätzlich gegen Parteienredner ausgesprochen. Was er da wohl zum besten gegeben hätte?

Waffen für Israel

Bereits im Dezember hatte der SPD-Abgeordnete Horst Niggemeier daraufhin gewiesen, daß Saddam Hussein mit seiner Vernichtungsdrohung gegen Israel faktisch 4,5 Mio Israelis zu Geiseln erklärt habe.

Am 28. Januar stellte er fest, daß die SPD als Partei nicht pazifistisch sei, sondern für die "Verteidigung der Grundwerte - auch militärisch" eintrete (Welt, 29.1.91). Am folgenden Tag entschieden SPD-Präsidium und Bundestagsfraktion (bei vier Gegenstimmen), die Waffenhilfe für Israel zu billigen. Lafontaine erklärte zum Abrücken von der Entscheidung, keinen Waffenexporten in Krisenregionen zuzustimmen, dem Wunsch nach Verteidigung könne er sich nicht entziehen. Der Parteirat schloß sich am 5. Februar dieser Position an.

SPD und Friedensbewegung

Auf die Frage eines Reporters, was die FriedensdemonstrantInnen nach Auffassung der SPD politisch bewirken solle, nannte die stellvertretende Parteivorsitzende Herta Däubler-Gmelin drei Punkte: "Saddam Hussein muß verurteilt werden (...), Solidarität mit unseren Freunden in Israel (...), Protest gegen Rüstungsexporte" (Report-Extra vom 23.1.91). Überhaupt ist es eine der liebsten Übungen der SozialdemokratInnen, den Antiamerikanismus-Vorwurf gegen die Friedensbewegung heftigst zurückzuweisen,

indem man nicht müde wird, den Kriegsschuldigen Irak zu verurteilen und die Beteiligung der USA und ihrer Verbündeten an diesem ganz einfach ignoriert wird.

Auch Klose beschäftigt sich mit der Moral der FriedensdemonstrantInnen, deren Haltung er seinen Respekt zollt. Aber zu spät kämen die Demonstrationen gegen den Krieg und untergrüben deren Glaubwürdigkeit. Und soweit es sich um gewerkschaftlich organisierte DemonstrantInnen handele, frage er sich (wenn auch leise), "wer denn in den Fabriken, in denen Waffen und sonstige Ausrüstungsgegenstände für den Irak produziert wurden, gearbeitet hat und wer die Arbeiter und Angestellten gewerkschaftlich organisiert". Da Klose sich aber eindeutig zu den Verbündeten bekennt und den Schulterschluß auch für die SPD fordert, liegt es auch gar nicht in seiner Absicht, ein friedenspolitisches Versäumnis auch seiner eigenen Partei aufzudecken (Wann hat die SPD gegen Rüstungsexporte demonstriert?), sondern einzig und allein in der Diskreditierung der pazifistischen Strömung in der Partei.

Die Probleme der SPD mit den PazifistInnen in der eigenen Partei und in ihrer gesellschaftlichen Klientel sind ganz offensichtlich groß. Die Führungsriege bemüht sich - bislang erfolgreich - die Widersprüche über Formeln (Waffenstillstand, Bedingungen desselben, Bündnisfall) zu verkleistern. Auf diesen Nebenschauplätzen wird eine prachtvolle Rechtfertigung für den von den USA geführten Krieg entwickelt - der Aggressor Irak, die Bedrohung Israels, das kollektive Sicherheitsinteresse der Völkergemeinschaft - während vor einer offenen Befürwortung des Krieges nach wie vor zurückgeschreckt wird. Die Moral der "pazifistisch benebelten Anhängerschaft" (FAZ, 25.1.91) wird sich daran messen lassen müssen, ob sie konsequent um ihre Position streitet und in der SPD auf einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Haltung zum Krieg und eine Kriegsbeteiligung zu besteht, statt sich von der Parteiführung eine Ersatzdiskussion aufzwingen zu lassen, die am Ende nur auf eine Rechtfertigung des Krieges hinausläuft. Wenn die KriegsgegnerInnen nicht selber einem Burgfrieden in der SPD zustimmen, könnte es zu tiefen Brüchen kommen. Von der Sache her gibt es keine Versöhnung zwischen den Rechtfertigern und den Kriegsgegnern.

Cl.

# 13. Bündnisfall und Notstandsgesetze

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:49

US-Kampfbomber fliegen von der Türkei aus Angriffe gegen den Irak. Wenn die NATO nun erklärt, der Irak greife die Türkei an, kann sie den "Bündnisfall" ausrufen und dann wäre die Bundeswehr erstmals an einem Krieg direkt beteiligt.

In einem solchen Falle könnte die Bundesregierung - bei Wunsch - auch die Notstandsgesetze inkraftsetzen, wie sie ansonsten für den "Spannungsfall" bzw. Kriegsfall vorgesehen sind.

Schaut man sich den letzten Absatz des Artikels 80a des Grundgesetzes an, so kann die Bundesregierung schon nach einem NATO-Beschluß die Notstandsgesetze einsetzen.

Art. 80a (Anwendung von Rechtsvorschriften im Spannungsfall)

(1) Ist in diesem Grundgesetz oder in einem Bundesgesetz über die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung bestimmt, daß Rechtsvorschriften nur nach Maßgabe dieses Artikels angewandt werden dürfen, so ist die Anwendung außer im Verteidigungsfall nur zulässig, wenn der Bundestag den Eintritt des Spannungsfalles festgestellt oder wenn er der Anwendung besonders zugestimmt hat. Die Feststellung des Spannungsfalles und die besondere Zustimmung in den Fällen des Artikels 12a Abs. 5 Satz 1 und Abs. 6 Satz 2 bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

(2) Maßnahmen auf Grund von Rechtsvorschriften nach Absatz 1 sind aufzuheben, wenn der Bundestag es verlangt.

(3) Abweichend von Absatz 1 ist die Anwendung solcher Rechtsvorschriften auch auf der Grundlage und nach Maßgabe eines Beschlusses zulässig, der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung gefaßt wird. Maßnahmen nach diesem Absatz sind aufzuheben, wenn der Bundestag es mit der Mehrheit seiner Mitglieder verlangt.

Dazu schreibt der Bremer Rechtsanwalt Günter Werner (in FR vom 31.1.91):

Dies bedeutet, daß durch einen Beschluß der zuständigen Gremien der NATO, d.h. vor allem des NATO-Rates, mit Zustimmung der Bundesregierung der Zustand herbeigeführt werden kann, der ansonsten nur durch eine Zweidrittelmehrheitsentscheidung des Bundestages möglich wird.

Damit hat die Diskussion um den sogenannten Bündnisfall eine bisher kaum erkannte Dimension für die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik. Zum ersten Mal seit Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahre 1968 und zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik überhaupt, ist die Anwendung dieser Notstandsmaßnahmen in greifbare Nähe gerückt.

Um welche Notstandsmaßnahmen kann es sich bei Erklärung des Spannungsfalls im einzelnen handeln? Zunächst enthält das Grundgesetz selber eine Reihe von einschneidenden Bestimmungen, die bei Feststellung des Spannungsfalles in Kraft treten:

- gemäß Artikel 87 a Abs. 3 Grundgesetz haben die Streitkräfte im Spannungsfall "die Befugnis, Zivilobjekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung des Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden".

- Mit der Feststellung des Spannungsfalls können also Bundeswehreinheiten im Inneren zum Schutz "ziviler Objekte" eingesetzt werden. Solche zivilen Objekte wären etwa Eisenbahnanlagen, Brücken, Bahnhöfe, Häfen, Flughäfen und ähnliches.

- Zuständig hierfür wären die Einheiten des sogenannten Territorialheeres der Bundeswehr, daß auch als "Heimatschutztruppe" bezeichnet wird. Für den Bereich Bremens existiert hierfür das sogenannte Hanseatische Heimatschutzregiment.

Nach Artikel 12 a Abs. 5 Grundgesetz sind für den Spannungsfall Dienstverpflichtungen für alle Wehrpflichtigen vorgesehen, die nicht zur Bundeswehr selber oder zum Zivildienst einberufen werden. Zwar sollen Dienstverpflichtungen gemäß Artikel 12A Abs. 3 Grundgesetz nur für den Fall möglich sein, daß der Spannungsfall durch eine Zweidrittel-Mehrheitsentscheidung des Bundestages festgestellt worden ist. Man muß aber sicher auch bei einer Feststellung des Spannungsfalles mittels eines NATO-Beschlusses davon ausgehen, daß zumindest Vorbereitungen für Dienstverpflichtungen getroffen werden.

Außerhalb des Grundgesetzes ist nach Verabschiedung der Notstandsgesetze eine Reihe sogenannter Sicherstellungsgesetze verabschiedet worden. Dabei handelt es sich vor allem um das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, um das Arbeits-, das Wirtschafts-, das Ernährungs-, das Verkehrs- und das Wasser-Sicherstellungsgesetz.

Diese Gesetze enthalten eine Vielzahl von Bestimmungen, durch die die Regierung in die Freisphäre und die Lebensbedingungen des einzelnen eingreifen kann. So erlaubt das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes den Behörden die Anordnung von Aufenthaltsregelungen, d.h., daß der jeweilige Aufenthaltsort nur mit Erlaubnis verlassen oder ein bestimmtes Gebiet nicht betreten werden darf. Das Arbeitssicherstellungsgesetz sieht die Dienstverpflichtung praktisch der gesamten erwachsenen Bevölkerung für Zwecke der Verteidigung vor, unter anderem die Dienstverpflichtung für Frauen zur Arbeit in der "militärischen Lazarettorganisation" (§ 2 Arbeitssicherstellungsgesetz).

Die anderen Sicherstellungsgesetze sehen etwa Möglichkeiten der Lebensmittelrationierung, den Einsatz von Verkehrsmitteln für Verteidigungszwecke und ähnliches vor.

Schwerwiegende Folgen hat die Feststellung des Spannungsfalles für diejenigen Wehrpflichtigen, die den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern. Nach § 8 des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes fällt im Spannungsfall zum einen das erleichterte schriftliche Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer vor dem Bundesamt für den Zivildienst weg. Im Spannungsfall ist vielmehr ausschließlich wieder das mündliche Gewissensprüfungsverfahren vorgeschrieben. Noch schwerwiegender ist die Tatsache, daß für den Spannungsfall die aufschiebende Wirkung von Anträgen auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer entfällt.

Das Grundrecht auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe aufgrund Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetz wird damit bis zur Unkenntlichkeit eingeschränkt. Nach dem Wortlaut des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes bedarf es hierfür nicht einmal einer besonderen Anordnung der Bundesregierung. Mit der Feststellung des Spannungsfalles treten vielmehr diese Regelungen automatisch in Kraft.

Die hier aufgezählten Maßnahmen werden für den Fall, daß der Bündnisfall festgestellt wird, nicht automatisch eingreifen. Die Bundesregierung hat aber über die Notstandgesetzgebung praktisch freie Hand.

# 14. Wird die EFTA von der EG geschluckt?

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:01

Als sich Ende der 50er Jahre in Europa einerseits die EWG und andererseits die EFTA bildeten, wollten die EFTA-Staaten ihre politische Eigenständigkeit behalten und "lediglich" eine gemeinsame wirtschaftliche Freihandelszone bilden, die EWG hingegen hatte das Ziel einer supranationalen wirtschaftlichen, politischen und schließlich militärischen Integration. Inzwischen sieht es so aus, daß sich die EG mit ihrer Konzeption aufgrund ihrer ökonomischen Stärkepostion gegenüber den verbliebenen EFTA-Ländern durchsetzen kann. Es gibt aktuell Verhandlungen über die Bildung eines sogenannten "Europäischen Wirtschaftsraumes" zwischen der EG und der Europäischen Freihandelszone (EFTA). Doch diese Verhandlungen drohen aufgrund der kompromißlosen Haltung der EG zu scheitern. Grund hierfür ist aber nicht, daß die EG die EFTA-Staaten nicht integrieren will, sondern die EG weigert sich, den EFTA-Staaten irgendeine Mitsprache im geplanten "Europäischen Wirtschaftsraum" an Gesetzgebungsbeschlüssen der EG einzuräumen. Hierüber sollen nur die EG-Mitglieder entscheiden dürfen. (1) Faktisch läuft das Konzept darauf hinaus, daß die EG erst einmal ihren gemeinsamen Binnenmarkt über die Bühne bringen und die EFTA-Staaten zwingen will, das gesamte EG-Recht zu übernehmen, wollen sie vom zukünftigen EG-Binnenmarkt nicht ausgeschlossen werden. Und tatsächlich scheint das Kalkül aufgehen zu können, es hat jedenfalls den Anpassungsdruck auf diese Staaten gegenüber der EG schon enorm gesteigert. Nachdem Österreich den Übertritt zur EG bereits 1989 beschlossen hatte, gibt es seit Oktober 1990 auch in Schweden, Norwegen und der Schweiz Diskussionen, die auf eine Direktmitgliedschaft in der EG hinauslaufen. Die EG kann in aller Ruhe abwarten. Sie hat beschlossen, vor der Herstellung des Binnenmarktes (nach 1992) keine weiteren Mitglieder aufzunehmen, um das schwierige Projekt nicht durch weitere Konflikte zu gefährden. Der folgende Artikel soll die ökonomischen und politischen Hintergründe ausleuchten, die zu diesem Run der EFTA-Staaten auf die EG geführt hat.

1957 wurde mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) an die 1951 gegründete Montanunion angeknüpft. (2)(3) Ab 1968 begann man damit, die innergemeinschaftlichen Zölle aufzuheben sowie einen gemeinsamen EG-Außenzoll gegenüber Drittstaaten einzuführen. Ab 1970 gab es einen gemeinsamen Agrarmarkt. (4)(5)

Dies führte zu einer starken Außenhandelsverflechtung zwischen den EG-Staaten. Seit 1958 erfolgte eine 36-fache Steigerung des gemeinsamen Handels. Dadurch hat sich für alle Mitgliedstaaten eine immer stärkere Bindung an die EG ergeben. 1958 wickelten sie ein gutes Drittel ihres Außenhandels innerhalb der EG ab, heute sind es um die 60%. (6)

Die EG, bzw. damals die EWG war von Anfang an der Versuch, nicht nur eine Freihandelszone einzuführen, sondern eine Wirtschaftsunion durchzusetzen, der schließlich auch eine gemeinsame europäische "politische Union" mit gemeinsamer Währungs-, Außen- und Verteidigungspolitik folgen sollte. Ziel war es von Anfang an, ein supranationales Gebilde, ein vereinigtes imperialistisches Europa zu schaffen, was durch seinen Zusammenschluß bessere Bedingungen gegenüber den anderen imperialistischen Mächten USA und Japan, als auch gegenüber der Sowjetunion und dem RgW mit sich bringen sollte. Zwar steht das Gebilde einer politischen Union nach wie vor "in den Sternen", die wirtschaftliche Integration der EG ist aber weit vorangeschritten. Ab 1992 soll es einen sogenannten EG-Binnenmarkt geben, für den über 300 Gesetze angepaßt werden, was eine weitgehende wirtschaftliche Freizügigkeit innerhalb der EG erlauben soll.

Die BRD ist in diesem Konzert EG unbestritten zur stärksten ökonomische Macht geworden. Dies zeigt sich u.a. daran, daß die BRD der mit Abstand stärkste Handelspartner der EG ist. 30% aller Exporte in andere EG-Länder kommen aus der BRD, etwa doppelt so viel wie aus Frankreich oder Großbritannien. Seit Jahren verzeichnet die BRD auch anhaltend hohe Exportüberschüsse, ein Zeichen für eine hohe Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Branchen, während andere EG-Mitgliedstaaten seit langen mit empfindlichen Handelsbilanzdefiziten zu kämpfen haben. (7) Auch das Gefälle zwischen einer Reihe von kleinen Staaten wiederum ist sehr groß. Während die Niederlande und Belgien/Luxemburg zusammen rund 19% aller Exporte innerhalb der EG abdecken, sind die übrigen kleinen Staaten Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien und Portugal zusammen nur noch mit 9,2% an den EG-Gesamtexporten beteiligt. (6)

Die EG ist mit einem Anteil von 19% am Welthandel (1986) der größte Handelspartner der Welt, gefolgt von den USA (13%) und Japan (12%). (6) Demgegenüber sind die EFTA-Staaten mit 5,4% weit abgeschlagen. (8)

Die EFTA

Die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) wurde 1959/60 von den Ländern Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz gegründet. (9) Finnland war ab 1961 assoziiertes EFTA-Land und ist seit 1986 Vollmitglied der EFTA. Island trat der EFTA 1970 bei. Großbritannien und Dänemark wechselten 1972 zur EG über, Portugal im Jahre 1986.

Die EFTA strebte im Gegensatz zur EG weder die wirtschaftliche und keinesfalls die politische Integration an. Die EFTA ist eine Zollgemeinschaft. D.h. zwischen den EFTA-Staaten wurden die mengenmäßigen Importbeschränkungen und die Zölle für die in diesen Staaten hergestellten und be- oder verarbeiteten Industrieprodukte abgeschafft. Im Gegensatz zur EG bestimmen die Mitgliedstaaten der EFTA selbst über Zolltarife gegenüber Drittstaaten. Damit Drittstaaten nicht von den unterschiedlichen Tarifen der Mitgliedstaaten profitieren, indem sie ihre Produkte über ein Niedrigzoll-Land einführen und anschließend zollfrei in ein Hochzoll-Land bringen, muß ein sogenannter Ursprungsnachweis erbracht werden. (10)(11)

Die EFTA kennt darüberhinaus keine weiteren Vereinbarungen wie die EG (z.B. für eine gemeinsame Agrarpolitik, Stahl- und Energiepolitik, Strukturfonds o.ä.).

Der Gründung der EFTA gingen Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten der Montanunion über eine gemeinsame westeuropäische "Große Freihandelszone" voraus, die jedoch aufgrund der weitergehenden Integrationsbestrebung der späteren EWG scheiterten. (12)

Bereits damals befanden sich die EFTA-Staaten in dem Dilemma, einerseits eine Annäherung an den EG-Wirtschaftsraum anzustreben und andererseits ihre nationalstaatliche Souveränität und ihre politische Neutralität (dies betraf die Schweiz, Schweden und Finnland) zu erhalten.

Bereits bei Gründung der EFTA waren die Außenhandelsverflechtungen der damaligen EFTA-Staaten mit der EWG sehr hoch; 1958 stammten 44,8% aller Importe der EFTA aus EWG-Staaten und 34,8% der Exporte gingen in die EG. Die Schweiz und Österreich waren bereits damals ökonomisch erheblich stärker in die EWG integriert als in die spätere EFTA. Die Warenexporte der ehemaligen und noch-EFTA Staaten in die EG haben in den letzten 28 Jahren weiter extrem zugenommen. Was ein Blick auf die Tabelle von 1986 belegt.

Warenexporte in die EG (1986)

Anteil am Gesamtexport in Prozent (13)

EG-Länder

1. BRD 50,8%

2. Frankreich 57,8%

3. Italien 53,5%

4. Niederlande 75,7%

5. Belgien/Luxemburg 72,9%

7. Großbritannien 47,9%

8. Irland 71,9%

9. Dänemark 46,8%

10. Griechenland 63,5%

11. Spanien 60.9%

12. Portugal 68,0%

EFTA-Länder

13. Island 54,2%

14. Norwegen 65,1%

15. Schweden 50,0%

16. Finnland 38,3%

17. Schweiz 54,9%

18. Österreich 60,1%

sonstige

19. Türkei 44,0%

20. Marokko 16,5%

21. Tunesien 73,3%

Der Warenexport der ehemaligen EFTA- Staaten Großbritannien und Dänemark (heute sind beide EG-Mitglieder) in die übrigen EG-Länder stiegen bei Großbritannien von 13,1% (1958) auf 47,9% (1986) sowie bei Dänemark 31,7% (1958) auf 46,8% (1986).

Der Exportanteil Norwegens in die EG hat sich mehr als verdoppelt. Österreichs EG-Ausfuhren stiegen von 49,6% (1958) auf 60,1% (1986). Für Schweden schnellten sie von 31% auf 50% empor. Die Schweizer EG-Exporte kletterten von 39,2% auf 54,9%.

Die Handelsverflechtung der EFTA- Staaten mit der EG ist enorm gewachsen. Der Anteil der Importe aus EG-Staaten hat in den EFTA-Ländern von 39,7% (1966) auf 70.5% (1987) zugenommen. Ebenso stieg der Anteil der EG-Exporte bei den EFTA-Ländern von 34,4% (1966) auf 62,8% (1987). (13)(14)

Durch die EG-Erweiterung von ursprünglich sechs auf jetzt zwölf Staaten und durch den Übertritt von EFTA-Staaten in die EG (1972 Großbritannien und Dänemark, 1986 Portugal) erweiterte sich der EG-Handelsraum zuungunsten der EFTA. (15) Deshalb waren die EFTA-Staaten gemeinsam oder bilateral um eine enge Kooperation mit der EG bemüht. 1973 wurden zwischen der EGKS und der EWG einerseits und den einzelnen EFTA-Staaten andererseits Freihandelsverträge für Industrieprodukte mit Ursprungsnachweis (die gleiche Regelung wie sie auch innerhalb der EFTA gilt) abgeschlossen. (20) Durch die Orientierung der EG auf einen gemeinsamen Binnenmarkt ab 1992 ist der Druck auf die EFTA-Staaten noch erheblich gestiegen, zu einer noch engeren Kooperation mit der EG zu kommen.

Einzelaufnahme statt Vertrag

Den EFTA-Staaten wurde von Jacques Delors im Januar 1989 in einer Rede vor dem Europäischen Parlament Hoffnung gemacht, daß es eine "strukturiertere Gestalt" mit gemeinsamen Beschlußorganen geben könne. Konkret sollte ein Globalabkommen über den europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zwischen EG und EFTA abgeschlossen werden, das bis 1993 rechtskräftig sein sollte. Die EFTA müsse allerdings mit einer Stimme auftreten, so Delors.

Es spricht aus heutiger Sicht einiges dafür, daß das Verhandlungsangebot Delors ein Trick war, um Zeit zu gewinnen und um einzelne EFTA-Staaten von EG-Aufnahmeanträgen vorläufig abzuhalten. Schon im September 1989 hatte nämlich die Kommission beschlossen, alle neuen Beitrittsverhandlungen bis nach 1992 hinauszuschieben; die EG wollte erst den Vollzug des Binnenmarktes über die Bühne bringen, um dann alle übrigen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dies konnte nur gelingen, wenn man den möglichen EFTA-Kandidaten eine Alternative anbot. (17)

Die EFTA, bzw. die Schweiz als EFTA-Vorsitzende, nahm die Verhandlungen auf. Sie hoffte, über die von Delors vage versprochenen gemeinsamen Beschlußorgane vom EG-Recht abweichende Sonderregelungen für sich und die anderen EFTA-Staaten durchsetzen zu können. Der schweizerische Staatssekretär Blankart, Direktor des Bundesamtes für Außenwirtschaft und Chef der Schweizer EFTA-Verhandlungsdelegation, legte eine 16 Punkte umfassende Liste von Ausnahmewünschen der Schweizer Regierung vor. Eine völlige Freizügigkeit des Personenverkehrs (bei Arbeit und Niederlassung) komme für die Schweiz nicht in Frage, da dies ihre restriktive Ausländerpolitik tangiere. Im internationalen Straßenverkehr will die Schweiz keine Lastwagen von mehr als 28 Tonnen Gesamtgewicht (EG-Norm 40 t) zulassen. Bei Immobilien soll die Bewilligungspflicht für Käufer aus dem europäischen Ausland als Barriere gegen den "Ausverkauf der Heimat"

bleiben. Und beim Umweltschutz will die Schweiz sich ihre höheren Umweltnormen durch EG-Recht nicht verwässern lassen. (18)

Die EG wies solche Ausnahmewünsche grundsätzlich zurück. (19) Daraufhin zog die Schweiz als EFTA-Vorsitzende den Ausnahmekatalog zurück und ersetzte ihn durch einen zeitlich begrenzten Schutzklauselkatalog, der fast dieselben Forderungen beinhaltete. Desweiteren forderte die EFTA eine grundsätzliche Mitentscheidung beim EWR über gemeinsame Institutionen. Die EG lehnt auch dies ab. Ihr Ziel ist es, daß das EG-Recht fast vollständig für den EWR übernommen wird. (20) In diesem Sinne hat die EG auch die Öffnung der EFTA-Agrarmärkte gefordert. (21)

Das drohende Scheitern der Verhandlungen hat in Schweden und Norwegen, in Österreich und der Schweiz, also fast in allen EFTA-Staaten, zu EG-Direktmitgliedschaftsüberlegungen, bzw. Entscheidungen in diese Richtung geführt, auch wenn in vielen dieser Länder nach wie vor ein großer Teil der Bevölkerung einen EG-Beitritt ablehnt.

Wenden wir uns nun der Situation in den einzelnen EFTA-Staaten zu.

Österreich

Im Juli 1989 hat Österreich die Aufnahme als Vollmitglied in die EG beantragt, allerdings unter dem Vorbehalt, daß Österreich auch weiterhin neutral bleiben könne. In aktuellsten Äußerungen Bundeskanzler Vranitzkys wird dieser Neutralitätsvorbehalt immer mehr ausgehöhlt, im Sinne einer nichtmilitärischen Mitwirkung an einem zukünftigen "Europäischen Sicherheitssystem". (22) Das stärkste Motiv Österreichs für den EG-Beitritt ist der bereits heute sehr hohe Anteil der österreichischen Warenexporte in die EG mit 60,1%. Die ökonomische Ausgangsposition Österreichs ist allerdings denkbar schlecht. Der überwiegende Teil der österreichischen Wirtschaft in der Warenproduktion besteht aus Klein- und Mittelbetrieben, die trotz einzelner herausragender Ausnahmen kaum am internationalen Wettbewerb beteiligt sind. (23)

Die Großindustrie deckt sich in Österreich in hohem Maße mit der verstaatlichten Grundstoffindustrie. Es heißt, daß die verstaatlichte Großindustrie im Vergleich zu den letzten Jahren (24) immerhin wieder schwarze Zahlen schreibe, während andererseits die vergleichbaren Branchen im Ausland von einem Rekordgewinn zum anderen eilten. Die akute Schwächeposition Österreichs schlägt sich auch in einem Vergleich des Bruttoinlandsprodukts mit anderen Industriestaaten in der EG nieder. (25) Österreichs Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist niedriger als das aller anderen Industriestaaten in der EG. Hinter Österreich rangieren - allerdings mit deutlichem Abstand - lediglich die Mittelmeerländer Spanien, Griechenland und Portugal sowie Irland. Erweitert man die Betrachtung auf die übrigen OECD-Länder, darunter auch die anderen EFTA-Staaten, so zeigt sich, daß die österreichischen Werte auch hier niedriger als alle anderen sind, mit Ausnahme von Neuseeland und der Türkei.

Um durch den EG-Binnenmarkt nicht völlig isoliert zu werden, hat sich Österreich für die EG-Vollmitgliedschaft entschieden. Hierdurch verspricht man sich anscheinend einen Konkurrenz- und Modernisierungsdruck, der den Annäherungsprozeß bzw. wenn möglich einen Aufholprozeß bewirken soll. (26) Es sprechen allerdings eine ganze Reihe von Fakten dafür, daß dies nicht einfach klappen wird. In entsprechenden österreichischen Wirtschaftsstudien wird prognostiziert, daß die Importe noch schneller ansteigen werden, als die Exporte. (27) Österreich ist bereits jetzt vom BRD-Kapital sehr stark durchdrungen. Den größten Anteil der 24 größten multinationalen Konzerne in Österreich stellt die BRD mit 45,8%, d.h. 11 der 24 größten Konzerne kommen aus der BRD. Der Anteil des BRD-Kapitals am gesamten Auslandskapital in Österreich ist von 22% (1968) auf 34% (1979) gestiegen und hat damit auch Schweiz/Liechtenstein (32%) überflügelt. Platz 3 halten die USA (11%). (28) Der BRD-Anteil hat weiter steigende Tendenz, denn von den ausländischen Neugründungen in Österreich waren in der zweiten Jahreshälfte 1987 32 von 61, im ersten Drittel 1988 sogar 32 von 37 Gründungen des BRD-Kapitals. (29) Die BRD ist mit Abstand Österreichs wichtigster Handelspartner. (30)

Und auch für die Bauern würde sich mit der EG eher eine Verschlechterung ihres sozialen Standards ergeben. Die Einfuhr von Obst, Fleisch und Gemüse je nach Marktlage ist jetzt noch reglementiert. Gleichzeitig werden landwirtschaftliche Exporte aus der Staatskasse auf Weltmarktpreise heruntersubventioniert. Für die Bauern gibt es Abnahmegarantien für Milch und Getreide. Übernimmt Österreich das EG-Agrarsystem, müßten die Bauern damit rechnen, geringere Preise für ihre Erzeugnisse zu bekommen. (31) Ein Teil der staatlichen österreichischen Industrien stellt sich durch Privatisierung auf die stärkere Konkurrenz und Rationalisierungen

ein. Die bis jetzt staatliche österreichische Mineralölverwaltung soll durch Aktienausgabe bis zu 49% privatisiert werden. Die ebenfalls staatliche Industrieholding OIAG, die über 40% der Siemens-Österreich-Aktien besessen hat, verfügt jetzt nur noch über die Sperrminorität. (32) Mittel zur Sanierung sind Personalabbau und Stillegung einzelner Standorte, die Aufgliederung und Zerschlagung der Großunternehmen in kleinere Einheiten und die "stille" Privatisierung. Stille Privatisierung meint den Verkauf oder Teilverkauf von ausgegliederten kleinen Unternehmen, wie beispielsweise des Präzisionsstahlrohrwerks Krieglach in der Steiermark, das zu 51% an die deutsche Rotec verkauft wurde. Auffällig bei den Umstrukturierungs-und Privatisierungsmaßnahmen ist, daß die Partnerunternehmen fast ausschließlich aus EG-Ländern kommen. So wurde z.B. die ehemals zum Konzernbereich der verstaatlichten Creditanstalt Bankverein gehörige Lamperit AG an den BRD Gummiriesen Conti verkauft. (32)

Das Ziel Österreichs, "alle Rechte und Pflichten" aus den EG-Verträgen einschließlich der einheitlichen europäischen Akte zu übernehmen, gerät in Widerspruch mit dem 1955 in der Verfassung verankerten Neutralitätsstatus sowie dem Staatsvertrag Österreichs mit den Alliierten. (33) Um dieses Dilemma zu umschiffen, hatten sich die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der EG-Länder 1988 auf den Grundsatz geeinigt, daß verteidigungspolitische Fragen nicht Sache der EG, sondern (erst einmal?) in der Westeuropäischen Union geregelt werden sollen. Dies sei der Versuch, so der SPD-Verteidigungsexperte Karsten Voigt, neutralen Ländern wie Österreich und Schweden, die Möglichkeit eines EG-Beitritts offen zu halten. (34)(35)

Schweiz

Die ökonomische Ausgangslage ist in der Schweiz völlig anders als in Österreich. Mit ihren heute rund 6.3 Millionen Einwohnern gehört die Schweiz politisch gesehen zu den Kleinstaaten. Wirtschaftlich betrachtet nimmt die Schweiz mit ihren verschiedenen weltweit tätigen Industriefirmen, Handelsgesellschaften, Banken und Versicherungen eine weitaus bedeutendere Stellung ein, als dies ihrer Bevölkerungsgröße entsprechen würde. In bezug auf die Einwohnerzahl steht die Schweiz etwa auf dem 67. Rang von 150 Staaten. In bezug auf die industrielle Produktion steht sie aber etwa an 20. Stelle und in bezug auf den Weltexport mit Industriegütern etwa an 12. Stelle. (36) Desweiteren gehört die Schweiz nach den USA und Großbritannien und noch knapp vor der BRD zum drittstärksten Auslandsinvestor. (37) Die Multinationalisierung der großen Schweizer Konzerne läßt sich an der Beschäftigungszahl im Ausland belegen. 1978 waren im Ausland beschäftigt: 96% der Belegschaft bei Nestle, 72% bei Ciba Geigy und 78% bei Hoffmann LaRoche. (38) Das Schweizer Kapital hat seine ökonomische Stärke und Expansionsmöglichkeit in einer langen Tradition der politischen Neutralität erworben. (39) Deswegen war man bis vor kurzem nicht so erpicht darauf, diese so schnell durch eine EG-Vollmitgliedschaft aufs Spiel zu setzen. (40)

Gelassener konnte man in der Schweiz mit Isolationsängsten gegenüber dem EG-Binnenmarkt umgehen, da auch relativ große Auslandsdirektinvestitionen in den EG-Ländern durch Schweizer Konzerne bestehen. Hierdurch ließen sich eventuelle EG-Zollschranken nach 1992 umgehen.

Die Schweiz liegt in der EG an zweiter Stelle bei den Direktinvestitionen. (41) Gemäß den neuesten Zahlen der Schweizerischen Nationalbank sind bis Ende 1987 in der EG schweizerische Direktinvestitionen mit einem Buchwert von 27,3 Mrd. Franken getätigt worden. Das entspräche 49,7% sämtlicher Schweizer Direktinvestitionen im Ausland. Das so geschaffene Arbeitsplatzvolumen von 371.636 Stellen entspricht etwa 12% der in der Schweiz bestehenden Arbeitsplätze. Allein die drei großen Baseler Chemieunternehmen beschäftigen in ihren 132 Produktions- und Vertriebsstätten der EG etwa 50.000 Personen und erzielen einen Umsatz von 10 Mrd. Franken. (41) Wichtige Bedeutung haben auch die überseeischen Märkte, die immerhin 37% der schweizerischen Warenexporte ausmachen. An ein alleiniges Setzen auf Europa ist seitens der Exportbranchen nicht gedacht. (42) Die Wirtschaftsverflechtung zwischen der Schweiz und der EG ist aber so groß, daß ein Anpassungsdruck besteht.

Die schweizerischen Importe aus der EG betragen 72,1%. Gleichzeitig gehen 55,7% der schweizerischen Exporte in die EG. Die EG ist also mit Abstand wichtigster Handelspartner der Schweiz. (43) Unter den EG Ländern wiederum steht BRD an erster Stelle. (44)

Demgegenüber sind die Schweizer Importe aus der EFTA mit 7,1% und der Schweizer Exporte mit 7,4% in die EFTA als gering zu veranschlagen. Kein Wunder also, daß die Schweiz schon bisher versuchte, den EG-Zug

nicht zu verpassen und eine weitestgehende Rechtsangleichung an die EG-Normen auch ohne EG-Beitritt betrieben sowie bereits bilaterale und multilaterale Verträge mit EG- Ländern geschlossen hat. Um eigenständige Regelungen für die Schweiz zu erhalten, setzte die Schweiz auf Verhandlungen um den "europäischen Wirtschaftsraum" zwischen der EFTA und der EG. (45) Da sich abzeichnet, daß die EG solch einen Sonderstatus nicht zulassen wird, beginnt die "Heimfront" in der Schweiz in Richtung EG abzubröckeln. U.a. die Sozialdemokratische Partei (SPS), der Schweizerische Gewerkschaftsbund sowie die Vereinigung des schweizerischen Import- und Großhandelsverbandes haben sich inzwischen für eine EG-Mitgliedschaft ausgesprochen. (46) Auf der Schweizer Großhändlertagung Ende November betonte Bundesrat René Felber die grundsätzliche Bereitschaft der Schweiz, bei der Schaffung eines "europäischen Sicherheitssystems" mitzuarbeiten. Damit sind erste Ansätze laut angedacht, die die Neutralität der Schweiz im Sinne der politischen und militärischen Integration der EG aushöhlen. In der Presse wird derweil dann auch schon mal "die Variante des EG-Beitritts" und deren Risiken und Chancen für die Schweiz abgeklopft. Auch der Bundesrat schließt einen EG-Beitritt in seinem neuen Informationsbericht über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozeß längerfristig nicht mehr aus. Die Akzeptanz für einen EG-Beitritt (hierfür müßte ein Volksentscheid durchgeführt werden) dürfte, falls es so weit kommt, noch schwierig werden: Laut einer Meinungsumfrage stehen 43% der Schweizer einem möglichen EG-Beitritt "offen" gegenüber, 38% lehnen ihn ab, 20% bezeichnen sich als noch unentschieden. (47)

Die Skandinavischen Länder: Schweden

Auch Schweden ist wirtschaftlich stärker mit der EG verflochten als mit der EFTA. Die Ausfuhr Schwedens ging 1988 zu 52% in die EG, zu 20% in die EFTA und zu 10% in die USA. Der Import kam zu 56% aus der EG, zu 16% aus der EFTA und zu 7% aus den USA. (48) Unter den EG-Staaten und im Vergleich zu allen anderen Ländern ist die BRD sowohl im Import als auch im Export der wichtigste Handelspartner Schwedens. (49) Schweden hatte sich der EWG aufgrund ihres Neutralitätsstatus nicht angeschlossen und war deshalb Gründungsmitglied der EFTA. Bis vor kurzem glaubte die schwedische Regierung nicht an einen durchschlagenden Erfolg der EG-Integration. Seit etwa Anfang 1988 ist aber ein deutlicher Wandel eingetreten. Seither wird in der schwedischen Öffentlichkeit lebhaft darüber diskutiert, wie man auf den EG-Binnenmarkt reagieren soll, ohne daß Schweden Gefahr läuft, sich wirtschaftlich zu isolieren. (50) Hierzu hat auch das Beitrittsgesuch Österreichs sowie die Beitrittsdiskussion in Norwegen beigetragen. Die schwedische Industrie fordert seit Ende 1987 mit wachsendem Nachdruck den Beitritt Schwedens zur EG. Die regierenden Sozialdemokraten waren bis vor kurzem noch gegen einen direkten EG-Beitritt, orientierten allerdings - neben Verhandlungen im Rahmen der EFTA sowie bilateralen Verhandlungen mit der EG - auf eine weitestgehende Anpassung ("autonomer Nachvollzug") der eigenen Gesetzgebung an EG-Bestimmungen. (51)

Die Verwaltung Schwedens ist bereits seit zwei Jahren angehalten, Vorschriften mit jenen der EG zu vergleichen. Wo Anpassungen problemlos möglich waren, wurden diese durchgeführt. Aufgrund eines Reichstagsbeschlusses vom Herbst 1988 werden alle neuen Gesetze grundsätzlich auf Kompatibilität mit EG-Regelungen überprüft. 130 Direktiven des EG-Weißbuches (von insgesamt 300 geplanten), wurden bis zum Juni 1989 in Gemeinschaftsrecht zur Vorbereitung des Binnenmarktes umgesetzt. An etwa 90 hiervon wurden die schwedischen Gesetze angepaßt, bei rund 30 weiteren ist die Angleichung zu erwarten. (51) Die zahlreichen schwedischen Großkonzerne (Stora, Ericsson, Volvo, Elektrolux, Saab Sconia, SKF, Svenska Cellulosa, Atlas Coprco u.a.) - die es neben einer breiten Basis von Mittel- und Kleinbetrieben gibt und die eh schon multinational agieren, reagieren auf ihre Weise auf den EG-Binnenmarkt. Sie steigerten in den letzten Jahren ihre Netto-Auslandsinvestitionen in die EG. 1988 gingen etwa 70% der schwedischen Auslandsinvestitionen in die EG. 1986 waren es erst 30% gewesen, 1987 schon 50%. (51) Die schwedischen Multis verlagern auch ihre Forschungs-und Entwicklungsarbeit ins Ausland, u.a. in die EG und zwar dorthin, wo die größten Absatzmärkte liegen und wo sie bereits mit Tochtergesellschaften oder im Rahmen von Kooperationen mit ausländischen Firmen präsent sind. Die Klein-und Mittelbetriebe sind angesichts des sich etablierenden EG-Binnenmarktes eher besorgt. Sie bemühen sich um Zusammenschlüsse untereinander oder um "Anlehnung" an einen Großkonzern. (52) Das heißt nichts anderes, daß hier aufgrund der mangelnden Konkurrenzfähigkeit bei den Mittel- und Kleinbetrieben ein Konzentrations- und Ausleseprozeß stattfinden wird.

Das drohende Scheitern der EWR-Verhandlungen löste in Schweden hektische Aktivitäten aus: Im Frühjahr bzw. Sommer 1990 schwenkte die schwedische Sozialdemokratie auf einen EG-Direktmitgliedschaftsantrag

mit Neutralitätsvorbehalt ein. (53) Nachdem sich Ende November die Sozialdemokraten und die drei größten bürgerlichen Parteien (Konservative, Liberale, Bauernzentrum) im außenpolitischen Ausschuß des schwedischen Reichstags geeinigt hatten (unter Ausschluß der EG-Gegner, nämlich: Die Grünen und die Linkspartei/Kommunisten), wurde im Schnellverfahren Mitte Dezember im Reichstag die sozialdemokratischen Regierung ermächtigt, einen EG- Aufnahmeantrag noch 1991 zu stellen, mit dem Ziel, 1992 in die unmittelbaren Verhandlungen einzutreten. Parallel hierzu wurden erste Maßnahmen getroffen, den fünfzigjährigen sozialpartnerschaftlichen Konsens auszuhöhlen, um das Land EG-reif zu machen: Ende Oktober legte die schwedische Regierung ein Sparpaket vor, das im Staatshaushalt ca. 4,1 Mrd. DM (das sind 4,3% des Etats) einsparen soll. (54) "Zu den Maßnahmen gehören eine Senkung des Krankengeldes auf 75% in den ersten Tagen einer Krankheit, eine Senkung des Einschulungsalters, um bei den Kindergärten zu sparen, die Umwandlung der staatlichen Energiewerke in eine Aktiengesellschaft, Einsparungen beim öffentlichen Verkehr und auch Kürzungen der Ausgaben für Verteidigung und Außenpolitik." (55) Desweiteren sollen Schutzzölle für landwirtschaftlichen Produkte gesenkt werden. Die Senkung der Erstattung der Heimversorgung kranker Kinder auf 80% nennt selbst die FAZ "hart". Die bürgerliche Opposition und die Kapitalseite kritisierte das Sparprogramm als "enttäuschend" und "halbe Maßnahme."

Da verwundert es nicht, daß der schwedische Sozialdemokrat und "geistige Vater" der schwedischen Reformpolitik, Rudolf Meidner, feststellt: "Ich beklage aufrichtig, daß das schwedische Modell mit seiner Vollbeschäftigung und seinem Einschlag von Solidarität und Gleichheit eine Integration in Europa nicht überleben wird." (56)

Norwegen

70% aller norwegischen Exporte gehen in die EG. Vor allem die Holz- und Fischereiwirtschaft wären ohne die - aufgrund des Freihandelsabkommens zollfreien - Ausfuhren in den EG-Bereich schon lange nicht mehr lebensfähig. (57) Für Norwegen ist die BRD hinter Schweden zweitwichtigster Handelspartner. (58) Wichtigste Ausfuhrprodukte neben den obengenannten sind Erdöl, Erdgas sowie Wasserfahrzeuge. (59) In Norwegen ist seit 1988 wieder die EG-Beitrittsdiskussion entbrannt. Norwegen hatte bereits 1972 einen EG-Beitrittsantrag gestellt. Dieser wurde dann aber durch einen Volksentscheid gekippt. Auf Neutralitätsbedenken braucht man in Norwegen als NATO- Mitgliedsland keine Rücksicht zu nehmen. Schon 1972 waren die Beitrittsbedingungen ausgehandelt. Meinungsumfragen gehen aber nach wie vor von 35% Pro-, 30% Contra-Stimmen und einem weiteren Drittel Zweifelnder aus. (60)

In Norwegen zerbrach Ende Oktober die bürgerliche Dreiparteienregierung unter dem Konservativen Jan Syse an den EWR-Verhandlungen. Die bäuerliche Zentrumspartei bestand darauf, daß die Konzessionsgesetze im Rahmen des EWR nicht fallengelassen werden. Die Konzessionsgesetze sind ein alter Regelkomplex, mit dem Norwegen den Einstieg ausländischen Kapitals in Norwegen lange Zeit begrenzte. "Er sichert die Wasserkraft ebenso in norwegischen Händen wie lukrative Sonderregeln für die norwegischen Gesellschaften bei der Ölförderung, und er macht den Erwerb von Anteilen an norwegischen Aktiengesellschaften von der Zustimmung der Regierung abhängig, wenn ein ausländischer Interessent mehr als zwanzig Prozent erwerben will - oder mehrere Ausländer mehr als ein Drittel der Aktien." (61) Obwohl die Konzessionsgesetze in den letzten zehn Jahren kaum noch angewandt wurden, ließ hieran das Zentrum die Koalition platzen. Zum schleichenden Weg Norwegens in die EG gehört auch, daß vor kurzem Norwegens Währung dem europäischen Währungssystem angeschlossen wurde.

Finnland

Finnland lehnt nach wie vor die Vollmitgliedschaft in der EG aufgrund seiner Neutralitätspolitik ab. (62) Eng verbunden mit dieser Neutralitätspolitik ist der starke finnisch-sowjetische Handel. Es sieht allerdings so aus, als wenn Finnland dadurch mit in die sowjetische Wirtschaftskrise - verschärft durch die Umstellung auf die Marktwirtschaft - hineingerissen wird. Das finnisch-sowjetische Clearingabkommen mit festgelegten Quoten (z.B. sowjetisches Erdöl gegen finnische Industriewaren) endete am 31.12.90. "Fünfjährige Rahmenverträge regelten bisher den Handel und waren Austauschprotokolle, die jährlich in einer bilateralen Handelskommission festgelegt wurden, sie bestimmten Art und Umfang der Geschäfte." Dieses staatliche Clearingabkommen war für das finnische Kapital als auch für die UdSSR durchaus vorteilhaft: "Die Sowjetunion erhielt westliche Produkte, ohne in harten Devisen zahlen zu müssen. Und Finnland erhielt Zutritt zu einem riesigen Markt, der für einen normalen Warenaustausch nicht zugänglich war." (63)

Der Clearinghandel erlebte seine Blüte nach der zweiten Ölkrise in den frühen achtziger Jahren, als sich die Erdölpreise vervierfacht hatten. Finnland konnte im Unterschied zu anderen westlichen Ländern seine gestiegene Erdölrechnung mit höheren Exporten in die UdSSR bezahlen. Als das übrige Westeuropa in die Rezession rutschte, erlebte Finnland einen Exportboom. Spätestens 1988 war das zu Ende. Zum einen, weil die Erölpreise sanken und hierdurch der Clearinghandel zurückging, und zweitens, weil Finnland inzwischen seine Exporte stärker nach Westen ausgerichtet hatte, um in keine einseitige Handelsabhängigkeit zu geraten. (64)

Alle Handelsbeziehungen zur Sowjetunion bestehen künftig auf marktwirtschaftlicher Grundlage zwischen den verschiedenen Firmen und laufen nicht mehr wie bisher über staatliche Delegationen.

46,7% der finnischen Importe kommen inzwischen aus der EG. 45,7% gehen in die EG. (65) Die Exporte in die EFTA machen nur noch 21,2%, die Importe aus der EFTA 19,2% aus. Der finnisch-sowjetische Handel ist deutlich zurückgegangen. Die Importe betrugen 1989 nur noch 11%, die Exporte 14% des finnischen Gesamtvolumens. (63) Prognosen gehen davon aus, daß der finnisch-sowjetische Handel durch die Umstellung auf die Marktwirtschaft in der UdSSR um weitere 5% schrumpfen wird.

Die Gewinnerin beim Handel mit der Sowjetunion ist wiederum die BRD: "Die einstmalige Stellung als Führung westlicher Handelspartner hat Finnland längst an die BRD verloren." (63) Auch die Handelsverflechtungen zwischen der BRD und Finnland haben zugenommen: Die BRD ist der wichtigste Handelspartner beim finnischen Import noch vor Schweden und der UdSSR und der zweitwichtigste Handelspartner beim finnischen Export, nach Schweden und vor der UdSSR. (65)

Was den EG-Binnenmarkt anbetrifft, setzt ein Teil der exportorientierten finnischen Industrie auf Anpassung der Industrienormen an die EG. Gleichzeitig finden von den kapitalkräftigen Firmen Direktinvestitionen in der EG statt. (66)

Ob angesichts der starken Handelsverflechtungen mit der EG und dem drohenden Scheitern der EWR-Verhandlungen Finnland sich dem EG-Beitrittssog länger entziehen kann, ist sehr zweifelhaft.

Island

Islands Exporte gehen zu 54,2% in die EG. Dies ist überwiegend Fisch. Da Island erstens keine Exportindustrie besitzt, die sich auf EG-Normen einstellen müßte und zweitens bei einem EG-Beitritt eher befürchten müßte, die reichen Fischgründe der isländischen 200 Meilenzone mit den Fischern anderer EG-Länder teilen zu müssen, stünde der EG-Beitritt in Island wirklich zuallerletzt zur Debatte.

Fr., Westberlin

Literatur:

Höpflinger, Francois: Das unheimliche Imperium, Wirtschaftsverflechtungen in der Schweiz, Zürich 1980.

Luif, Paul: Neutrale in die EG? Die westeuropäische Integration und die neutralen Staaten, Wien 1988.

Schauer, Reinbert; Thom, Norbert (Hrsg.): Auf dem Weg nach Europa, Das Problem eines eventuellen Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft aus der Sicht der neutralen Staaten Schweiz und Österreich, Linz 1089.

Senti, Richard: EG, EFTA, Binnenmarkt. Organisation, Funktionsweise, Perspektiven. Zürich 1989.

Ders.: Schweiz - EG, Stimmen der Schweizer Wirtschaft zur europäischen Integration, Zürich 1988.

Uterwedde, Henrik: Die Europäische Gemeinschaft. Entwicklung, Zwischenbilanz und Perspektiven zum Binnenmarkt 1992, Opladen 1992.

Sowie diverse Zeitungsartikel aus FR, taz, "Die Zeit", "Die Welt", ÖPZ, Europa Archiv usw.

Anmerkungen:

1) FR 14.11.90

2) Im Rahmen der Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) wurde die Kohle- und Stahlproduktion (wegen ihrer Bedeutung für die Rüstungsindustrie) von sechs Staaten unter eine gemeinsame

Kontrolle gestellt, die durch Gemeinschaftsorgane ausgeübt wurden. Das Hauptmotiv dabei war damals, die deutsche Rüstungsindustrie in diesem Rahmen zu kontrollieren und zu integrieren.

3) ebenda, S. 11

4) Auf die EG-Agrarpolitik kann an dieser Stelle aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden. Vgl. ausführlich ebenda, S. 9 - 60

5) ebenda, S. 31

6) ebenda, S. 32

7) vgl. ebenda, S. 32/33

8) Richard Senti, Schweiz-EG Stimmen der Schweizer Wirtschaft zur europäischen Integration, 1988, S. 23

9) Richard Senti, EG-EFTA-Binnenmarkt, Organisation, Funktionsweisen, Perspektiven, Zürich 1989, S. 21

10) Senti 1989, S. 93-94

11) ebenda, S. 7-9

12) ebenda, S. 20/21

13) Quelle: eurostat, Brüssel 1988

14) Die Tabelle ist entnommen: Paul Luif, Neutrale in die EG? Die westeuropäische Integration und die neutralen Staaten, Wien 1988, S. 105

15) Senti 1989, S. 21

16) ebenda, S. 12/13

17) Vgl. EG-Magazin Nr. 1/2 1990, S. 18-20

18) FR 5.12.90

19) NZZ, 27.11.90

20) NZZ, 24.11.90

21) NZZ 2./3.12.90

22) FR 18.7.89, "Die Zeit" 26.10.90, NZZ 1.12.90

23) Auf dem Weg nach Europa. Das Problem eines eventuellen Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft aus der Sicht der neutralen Staaten Schweiz und Österreich. Hrsg.: Reinbert Schuster, Norbert Thom, Linz 1989, S. 67

24) Der Beitrag wurde 1988 geschrieben

25) ebenda, S. 70

26) ebenda, S. 71/72

27) ebenda, S. 61

28) Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 82/1, S. 318ff

29) Das deutsche Kapital im zweiten Anlauf auf die "Neuordnung Europas". Hrsg.: Volksfront 1989

30) vgl. Luif, 1988, S.161

31) Die folgenden Fakten sind entnommen "Österreich - Schritt für Schritt, "Zeit" 11.3.88, S. 39, von Irmgard Bayer

32) Privatisierung in Österreich läuft auf vollen Touren, von G. Regenermel und M. Schmidt, taz 5.1.88

33) vgl. Europa Archiv v. 20.4.1956, S. 8741 f

34) EG Erweiterung: Aufnahmestopp von Erich Hauser, FR 1.8.88

35) Österreich sucht Anschluß, von Erich Hauser, FR 3.7.89

36) vgl. Das unheimliche Imperium, Wirtschaftsverflechtung in der Schweiz, Francois Höpflinger, Zürich 1980, S. 10-24

37) ebenda, S. 16

38) ebenda, Tabelle S. 27

39) ebenda, S. 10/11

40) vgl. a.a.O. Deiss, S.52

41) ebenda, S. 40.

42) ebenda, S. 42

43) entnommen: Richard Senti, Schweiz-EG, Stimmen der Schweizer Wirtschaft zur europäischen Integration 1988, S. 24

44) vgl. Luif 1988, S.162

45) vgl. Senti 1988, Mögliche Szenerien der schweizerischen Integrationspolitik, S. 26-41

46) NZZ 20., 23. und 25./26.11.90

47) NZZ 8.12.90 und FR 5.12.90

48) vgl. Auslandskonjunktur Schweden, ifo schnelldienst 32/89. S. 28

49) Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderbericht Schweden 1988, S. 59

50) a.a.O., S. 29

51) ebenda, S. 31

52) ebenda, S. 32

53) NZZ 14.12.90

54) Handelsblatt 31.10.90

55) FAZ 29.10.90

56) zit. nach Arbeiterpolitik Nr. 6/90

57) Skandinavien und die EG: Nein, aber, Reinhard Wolff, taz 2.11.88

58) vgl. bfai Norwegen 1990

59) Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderbericht Norwegen 1986, S. 59

60) Norwegen, hinein in die EG? Hannes Gamillscheg, TA 17.2.89

61) FR 30.10.90

62) Finnland wendet sich stärker dem Westen zu, Hannes Gamillscheg, FR 17.2.88

63) FR 19.12.90

64) laut FR lag Anfang der 80er Jahre der SU-Handelsanteil Finnlands an der 25% Marke.

65) lt. bfai Juli 1990

66) FR 17.2.88

# 15. Türkei: Die Offensive hat begonnen

Rubrik: Golfkrieg; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:50

Entgegen aller Debatten um das Eintreten des NATO-Bündnisfalles läßt sich feststellen, die Türkei hat mit der Erlaubnis von Angriffen der Alliierten von grenznahen türkischen Flughäfen den Angriffskrieg gegen den Irak begonnen.

Von den Militärflughäfen Incirlik, Diyarbakir, Batman und nach unbestätigten Berichten auch aus Mus werden von den USA seit dem 18.1. Luftangriffe auf den Irak unternommen, deren Ziele u.a. Dörfer wenige Kilometer hinter der Grenze im irakischen Teil Kurdistans waren. Hier gibt es keinerlei strategische Ziele (1), d.h. man muß davon ausgehen, daß sich die USA an der Politik der Vertreibung und Vernichtung der Kurden unmittelbar beteiligen. Darauf deuten auch Bomben hin, die in den letzten Wochen aus amerikanischen Flugzeugen, die aus dem Irak zurückkehrten, auf den kurdischen Teil der Türkei "fielen". "Zufällig" landeten vier Bomben, von denen zwei möglicherweise leere Benzintanks sind, in Cucurca und der Region Cudi, Hauptstützpunkten der PKK. Drei weitere Bomben fielen bei dem Dorf Caliskan (Silopi) und in der Gegend von Batman. Einer anderen Quelle zufolge fielen allein in den Cudi-Bergen bei Cizre acht Bomben, eine Delegation der HEP (Partei des Volkes) berichtete von insgesamt 17 abgeworfenen Bomben in der Region. (Pressemitteilung v. Kurdistan Komitee, 31.1.91) Über eine Beteiligung der türkischen Luftwaffe an Bombardierungen kurdischer Dörfer gibt es unterschiedliche Meldungen. Während die einen ein Warten auf Provokationen aus dem Irak als Anlaß zu derartigen Einsätzen erwarten, berichtet die "Türkei-Information" über Bombardements der Luftwaffe gegen vermutete Stellungen der PKK im unmittelbaren Grenzgebiet. (26.1.91) Eines ist für die Menschen in der Region klar:"Wenn ein Krieg ausbricht, wird Özal zuerst uns bombardieren," so ein geflüchteter Bauer. (2000é Dogru 20.1.91, aus Türkei-Information, Sondernummer 2/91)

Seit Wochen marschiert die türkische Armee an der Grenze zum Irak auf. Das Leben im türkischen Teil Kurdistans unterliegt völlig der Logik der bevorstehenden Offensive, die Grenzregion ist zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden. Auf der Straße von Midiat nach Cizre in unmittelbarer Grenznähe finden umfangreiche Truppentransporte mit Leopardpanzern und M-113-Transportern statt. Die Provinzhauptstadt Diyarbakir ist ein einziger großer militärischer Umschlagplatz, die Verlegung der 2. und 3. Armee erfolgt über die Stadt. Auf dem Flughafen wurde nach Informationen der "Türkei-Information" (Berichterstattung vom 20.1.-2.2.1991) beobachtet, "daß chemische und andere Waffen stationiert worden sind. Es wird von modernen Laserwaffensystemen berichtet."

Auch durch die Erdölstadt Batman fahren rund um die Uhr Militärkolonnen. Panzer und Soldaten werden aus dem Zug auf Lastwagen geladen und an die irakische Grenze weiterverfrachtet. Die Ölbohrtürme Batmans, der größten Raffinerie der Türkei, sind mit Flakgeschützen umstellt. Die großen Öltanks werden entleert, das Erdöl wird durch die Pipeline nach Iskenderum gepumpt. In Batman gibt es Öl nur noch für den täglichen Bedarf des Militärflughafens. Seit Beginn der amerikanischen Angriffe steigt die Gefahr eines irakischen Gegenschlages, der die Raffinerie und die ganze Stadt in Brand setzen könnte. An die kurdischen Arbeiter der Raffinerie wurden statt Gasmasken Plastiktüten verteilt, wie man sie in Reinigungen über frischgesäuberte Kleidung zieht. Bei dem Versuch, sich darin zum Schutz einzuhüllen, erstickten bereits zwei Menschen.

Der Aufmarsch der türkischen Armee scheint weitgehend abgeschlossen zu sein, bereits in den letzten Januartagen gab es immer wieder Vermutungen über einen direkt bevorstehenden Angriff. Allerdings herrscht in der Region tiefster Winter, ein Einmarsch in den Irak scheint daher erst mit Einbruch der Schneeschmelze realistisch - doch daß er kommt, ist in Kurdistan unstrittig. Trotz Dementis und der zur Schau getragenen Erleichterung in der BRD, daß die Türkei keine eigenen Kriegsziele im Irak verfolge, werden von der Regierung Özal öffentlich Pläne für die Nachkriegsordnung gewälzt. So beschwor Özal vor kurdischen Abgeordneten der Regierungspartei ANAP die "türkisch-kurdische Brüderlichkeit" und verkündete: "Die Türken waren schon immer die Protektoren der Kurden." (Erklärung der ERNK v. 28.1.91) Im Hintergrund der neuen Sorge für die Kurden stehen Pläne einer regionalen Autonomie für die Kurden im Norden des Irak nach Kriegsende, die dann natürlich "unter dem Schutz der Türkei" stehen würden. Mit der angekündigten Autonomie will Özal Luft aus dem Kampf um die nationale Befreiung Kurdistans lassen, der die Region nach verdeckter Annexion des Nordiraks unregierbar machen würde. Ein Baustein zur Verwirklichung der Absicht, nach diesem Krieg mit Billigung von Nato und EG bei einer Neuverteilung des Nahen und Mittleren Ostens teilzuhaben, dürfte auch

der jüngste Schachzug Özals sein, das Verbot der kurdischen Sprache aufzuheben. Die praktischen Konsequenzen dieser Gesetzesänderung sind minimal (so bleibt Türkisch weiter Amtssprache, obwohl ein Teil der Kurden ihrer nicht mächtig ist, die Verbreitung von Texten in kurdischer Sprache und ihre Verwendung an Lehranstalten bleibt unter Strafe gestellt), doch erwecken sie immerhin den Eindruck, auch die Türkei halte sich an westeuropäische Gepflogenheiten und die Prinzipien der KSZE. Innenpolitisch soll im Hinblick auf eine mögliche Vergrößerung des türkischen Machtbereiches der Eindruck einer kurdenfreundlichen Politik erweckt und der PKK der Boden entzogen werden.

Scharfe Schüsse gegen Antikriegsbewegung

Selbst die mittlerweile unter militärische Zensur gestellte bürgerliche Presse der Türkei schreibt, daß der unerklärte Kriegszustand gelte. Am 25. Januar beschloß das Kabinett, alle Streiks für die Dauer von zunächst zwei Monaten auszusetzen. Hiervon betroffen sind 160.000 streikende ArbeiterInnen der Papier-und Metallindustrie und im Kohlebergbau.

Eine Woche später suchte die Regierung um die Erteilung von Vollmachten nach, mit denen sie im Falle ihrer Verabschiedung in jedem Bereich des Staates und jedem Gesetz Veränderungen vornehmen könnte. Der Regierung wäre damit unmittelbarer Einfluß auf das staatliche Personal und die Verwaltung der staatlichen Betriebe sicher. Dies betrifft u.a. die Tätigkeit von Richtern und Staatsanwälten und gerichtliche Verfahrensabläufe, Abläufe in den Universitäten, Schiedsgerichten, der türkischen Radio- und Fernsehgesellschaft, staatlichen Aufsichtsorganen, dem Finanzmarkt und der Zentralbank.

Trotz verdeckter Einführung des Kriegsrechtes und massiver Repression bis zu Zerschlagungsversuchen gegen die Antikriegsbewegung finden in allen Regionen der Türkei weiterhin Demonstrationen, zum Teil mit wenigen Hundert Menschen, und Aktionen wie Sprengstoffanschläge auf öffentliche oder militärische Einrichtungen statt.

So demonstrierten trotz Verbotes 200 Angehörige des Gesundheitswesens am 28.1. dagegen, daß 4.000 Angestellte aus diesem Bereich zum Zwangsdienst in den Südosten der Türkei abkommandiert wurden. Von betroffenen schwangeren Frauen wurde verlangt, daß sie abtrieben, damit sie den Dienst antreten könnten.

Am 25.1. wurden in Istanbul mehrere Ortsvorsitzende von Gewerkschaften festgenommen, die vor dem US-Konsulat protestieren wollten. Ebenso erging es prominenten Schriftstellern bei einer Demonstration in Istanbul einen Tag später. Auch Veranstaltungen des Menschenrechtsvereins und der Ärztekammer sind verboten. In Adana verbot der Militärgouverneur sogar eine Veranstaltung, auf der Führer aller drei bürgerlichen Oppositionsparteien mit dem Ministerpräsidenten diskutieren wollten. Das Anbringen des von der Sozialdemokratischen Partei herausgegebenen Plakates "Nein zum Krieg - Es lebe der Frieden" wurde vom Gouverneur der Provinz Usak verboten.

In einem medico-Bericht vom 1.2. heißt es: "Heute ist wieder Freitag und in mindestens fünf bis sechs Städten wurden Demonstrationen erwartet. Es ist jedoch nirgends dazu gekommen, denn es gab mehr als extreme Gegenmaßnahmen. In Diyarbakir hatten mehrere tausend Polizisten die Moschee umzingelt, der Vorplatz wimmelte von Zivilpolizisten. In der 20.000-Einwohnerstadt Tatvan patrouillierten seit dem frühen Morgen 3.000 Polizisten, in Siirt und Batman war die Situation ähnlich." Eine Woche zuvor war es in Batman, Tatvan und Bingöl zu Massendemonstrationen gekommen, die von den religiösen Kräften ausgingen. Da der Menschenrechtsverein vergeblich versuchte, die Demonstration anzumelden, blieb nur die Möglichkeit, sich vor den Moscheen zu versammeln. Im Anschluß an die Freitagsgebete bildeten sich in allen drei Städten Demozüge mit bis zu 15.000 Menschen. In Batman und Tatvan griffen Spezialeinheiten die Demonstrationen an und schossen mit Plastikgeschossen, in Batman mit scharfer Munition in die Menge, in Tatvan gab es einen Toten und mehrere Schwerverletzte.

Aus den kurdischen Städten wird eine neue Welle von Verhaftungen und Folterungen gemeldet. In Nusaybin und Idil gab es Ende Januar über 100 Festnahmen, über 20 Personen sind jeweils noch in Haft. In Sirnak wurden fünf Schüler festgenommen, in Cizre wurden die Menschen von der Polizei z.T. nackt in ihren Zellen gehalten.

In Batman erhielten aktive Gewerkschafter und "Separatismus-Verdächtige" den Befehl, die Stadt nicht zu verlassen.

Schutz gegen den Krieg untersagt

Bereits seit dem letzten Herbst wurde die Bevölkerung der Dörfer in der Grenzregion systematisch deportiert und durch Zerstörung von Häusern und Feldern eine Rückkehr verhindert. Als eines der letzten traf es vor zwei Wochen das Dorf Duezova, in dessen Umkreis die Armee Stellung bezogen hat. Die Menschen wehrten sich mit Steinwürfen verzweifelt gegen den Abtransport. Das Ziel der Armee, das Gebiet entlang der irakischen Grenze weitgehend zu entvölkern und unbewohnbar zu machen, ist nahezu erreicht.

Nachdem Mitte Januar in den Zeitungen Berichte über mögliche irakische Giftgaseinsätze erschienen, flohen in Kurdistan ca. drei Millionen Menschen aus den bedrohten Städten in die umliegenden Dörfer oder in den Westen der Türkei. Am Busbahnhof in Diyarbakir drängten sich die Menschen, um von dort fortzukommen, doch Busse konnten nicht mehr als 5000 Menschen aufnehmen, die eigentliche Fluchtbewegung fand mit Privat-PKWs statt. Im Ernstfall wird eine Flucht aus der Region verunmöglicht werden, denn Busse sind mittlerweile beschlagnahmt, in Mitteilungen der Armee wird erklärt, daß im Falle einer Kriegsbeteiligung der Türkei auch Privatwagen beschlagnahmt würden. Mittlerweile ist überdeutlich, daß die Regierung die Bevölkerung Kurdistans bewußt zum Opfer irakischer Angriffe machen will. Gasmasken werden in dieser vorrangig vom Irak bedrohten Region nur an Militärangehörige und Staatsbedienstete verteilt, statt dessen werden der Bevölkerung völlig untaugliche Schutzmaßnahmen gegen Gasangriffe empfohlen. Die noch ausreichend ausgerüsteten Krankenhäuser stehen im Kriegsfall für die Bevölkerung nicht zur Verfügung, sie sind bereits jetzt für militärische Zwecke beschlagnahmt. Per Dekret wurde der kurdischen Grenzbevölkerung die Anlage von Unterständen und Schutzwällen verboten, weil diese auch von den kurdischen Widerstandsorganisationen genutzt werden könnten, Zuwiderhandlungen werden mit Verhaftungen geahndet. Razzien und Verhaftungen beziehen sich nicht mehr nur auf PKK-Mitgliedschaft, sondern auch auf die Selbstorganisationen von Schutzmaßnahmen. Wer unabhängig solche Maßnahmen und Leute für den Ernstfall organisiert, muß mit Verhaftung rechnen.

Trotzdem kam die Fluchtbewegung der Bevölkerung in den letzten Tagen zum großen Teil zum Erliegen. Der Aufruf verschiedener kurdischer Organisationen, in der Stadt zu bleiben, wird befolgt. In Cizre hat eine Rückwanderung der geflüchteten Bevölkerung begonnen, allerdings gibt es kaum noch Nahrungsmittel in der Stadt. Ähnlich ist die Situation in Silopi. Es flüchten kaum noch weitere Menschen, aber die Region ist zur verbotenen Zone erklärt worden. Auf den Feldern stehen Hunderte von Panzern, die die landwirtschaftlich genutzte Fläche unbrauchbar machen. Alle Ein- und Ausfahrten in die Stadt sind verboten, das wirtschaftliche Leben ist zum Erliegen gekommen und die Bevölkerung zum Hungern verurteilt.

In Batman hatten Ende Januar von den 160.000 Einwohnern etwa 60.000 die Stadt verlassen. Einige sind in den letzten Tagen zurückgekehrt, weil sie ihre Fluchtorte Adana und Mersin als nicht weniger gefährdet einschätzen.

In der Gegend von Sirnak leben tausende Menschen in bitterer Winterkälte in Hütten, leeren Geschäften, Verschlägen und Erdhöhlen ohne jeglichen Proviant, die Ausgabe von Banknoten an die fliehende Bevölkerung wurde hier wie auch an anderen Orten gestoppt.

Die Inlandsflüchtlinge sind weitgehend sich selbst überlassen. Der UN- Flüchtlingskommissar drängte die türkische Regierung, an der Grenze ein Zeltlager für 20.000 irakische Flüchtlinge einzurichten. Doch für die kurdischen Flüchtlinge der Türkei sieht er sich erst im Falle des offenen Krieges für zuständig.

nm/sab.

Anmerkung Quellen des Artikels sind, sofern nicht extra gekennzeichnet, Informationen und Übersetzungen türkischer Presse des Kurdistan Komitees in der BRD e.V., von Medico international sowie der Türkei-Information, Hannover.

# 16. Mad dogs and Englishmen Kriegssprache in der britischen Presse

Rubrik: Militarismus; Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:19

We have

Army, Navy and Air Force

Reporting guidelines

Press briefings

We

Take out

Suppress

Eliminate

Neutralise or decapitate

Decapitate

Dig in

We launch

First strikes

Pre-emptively

Our men are ...

Boys

Lads

Our boys are ...

Professional

Lion-hearts

Cautious

Confident

Heroes

Dare-devils

Young knights of the skies

Loyal

Desert rats

Resolute

Brave

Our boys are motivated by

An old fashioned sense of duty

Our boys

Fly into the jaws of hell

Our ships are ...

An armada

Israeli non-retaliation is

An act of great statesmanship

The Belgians are ...

Yellow

Our missiles are ...

Like Luke Skywalker zapping

Darth Vader

Our missiles cause ...

Collateral damage

We ...

Precision bomb

Our PoWs are ...

Galant boys

George Bush is ...

At peace with himself

Resolute

Statesmanlike

Assured

Our planes ...

Suffer a high rate of attrition

Fail to return from missions

They have

A war maschine

Censorship

Propaganda

They

Destroy

Destroy

Kill

Kill

Kill

Cower in their foxholes

They launch

Sneak missile attacks

Without provocation

Our men are ...

Troops

Hordes

Theirs are ...

Brainwashed

Paper tigers

Cowardly

Desperate

Cornered

Cannon fodder

Bastards of Baghdad

Blindly obedient

Mad dogs

Ruthless

Fanatical

Their boys are motivated by

Fear of Saddam

Their boys

Cower in concrete bunkers

Iraq ships are ...

A navy

Iraqi non-retaliation is

Blundering/Cowardly

The Belgians are also ...

Two-faced

Their missiles are ...

Ageing duds (rhymes with Scuds)

Their missiles cause ...

Civilian casualties

They ...

Fire wildly at anything in the skies

Their PoWs are ...

Overgrown schoolchildren

Saddam Hussein is ...

Demented

Defiant

An evil tyrant

A crackpot monster

Their planes ...

Are shot out of the sky

Are Zapped

All the expressions above have been used by the British press in the past week

Mad dogs and Englishmen - tolle Hunde und Engländer - so überschreibt die englische Tageszeitung "The Guardian" (23.1.) eine Gegenüberstellung von Begriffen, mit denen die schlachtenerprobte englische Presse in der ersten Kriegswoche den Feldzug an der Heimatfront führte. "Wir", die "tapferen" britischen "Helden" gegen "sie", die "fanatischen" irakischen "Horden", "Löwenherzen" und "Himmelsritter" gegen "feige Papiertiger": dieser Krieg ist schon gewonnen.

Wir dokumentieren den Text im englischen Original - mit kleiner Vokabelhilfe: press briefings - Presseinstruktionen; to decapitate - enthaupten; cornered - in die Ecke getrieben; ruthless - schonungslos; concrete - Beton; jaws - Klauen; blundering - tolpatschig; dud - Blindgänger; to zap someone - jemandem eine kleben; collateral - zusätzlich; casualty - Opfer; PoWs = prisoners of war - Kriegsgefangene; gallant - tapfer; demented - verrückt; defiant - herausfordernd; crackpot - verrückt; attrition - Zermürbung.

# 17. Deutschland mordet mit

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Golfkrieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:41

Die Bundesrepublik ist in vierfacher Hinsicht an der Kriegsführung gegen den Irak beteiligt: Erstens durch Bereitstellung von Rüstungsgütern und Munition, zweitens mittels infrastruktureller Unterstützung in der BRD, z.B. im Krankenhauswesen, drittens als Kriegsfinanzier und viertens durch die Entsendung von derzeit mindestens 3.200 Soldaten der Bundeswehr. Im folgenden eine Aufschlüsselung.

1. Waffenhilfe

"Die Alliierten bekommen von uns an Munition und Ausstattung alles, was sie wollen", erklärte ein hoher Offizier der Hardthöhe nach Ablauf der ersten Kriegswoche. Zu den bereitgestellten Abwurfwaffen gehören die Streubombe BL-755 zur Bekämpfung von Flächenzielen, die Maverick B, eine optisch gelenkte Abstandswaffen für den Luft-Boden-Einsatz gegen Bunker, die Bombe Mantra gegen leichtgepanzerte Bodenziele sowie die Bombe MK 82 zum Einsatz gegen Oberflächenziele.

Die USA haben 60 ABC-Spürpanzer und 30.000 Schuß Panzermunition für M-1-Kampfpanzer erhalten, ferner u.a. 200 Schwerlastanhänger, 220 Zehntonner-LKW, 250 Fünftonner-LKW, 120 Sattelzugmaschinen mit Zwanzig-Tonnenanhängern, 600 Duschkraftfahrzeuge, 60 Gabelstapler, 25 Planierraupen, 120 Kühlkraftfahrzeuge, 200 Großzelte, 2.000 Funkgeräte, 5.500 Feldbetten, 40.000 Wasserkanister und 450.000 Sandsäcke.

Großbritannien erhält 135.000 Schuß Sprengmunition, mehr als 50.000 Schuß Nebelmunition und 20.000 Schuß Leuchtmunition für 155-Millimeter-Haubitzen sowie 10.000 Schuß Sprengmunition und fast 70.000 Treibladungen für 203-Millimeter-Haubitzen der britischen Artillerie. Für Frankreich hat Bonn 1.700 Panzerabwehrraketen Roland auf Abruf bereitgestellt.

Besonders umfangreich sind auch die kostenlosen Lieferungen an die Türkei: Seit dem 5. November 1990 wurde damit begonnen, ca. 80 Kampfpanzer Leopard I (über die Häfen Brunsbüttel, Emden und Bremerhaven) nach Ankara zu entsenden, sowie 115.000 Panzergranaten für die 10,5 Zentimeterkanone jenes Panzers. Ferner 40.000 Granaten für die 20,3-Zentimeter-Haubitzen der Türkei; 350 gepanzerte Mannschaftstransportwagen vom Typ M-113, zehn Brückenlegepanzer des Typs M-48, zehn Bergepanzer M-88 sowie 175.000 ABC-Schutzmasken, drei Feldlazarette und viele Medikamente.

Last not least stellt die Bundesluftwaffe für die Tornado-Bomber der Briten und Italiener Ersatzteile zur Verfügung. Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr soll trotz jener Mammutexporte in keiner Weise gefährdet sein. Traurig, aber vermutlich wahr. (Nach: Hamburger Abendblatt, 24.1., Süddeutsche Zeitung, 25.1.; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.1.; 6.2.)

2. Krankenhauswesen

Das Ausmaß der medizinischen Vorsorgemaßnahmen verdeutlicht, auf wieviele Opfer sich die USA einstellen. In München, Ulm, Koblenz, Gießen und Hamburg, den fünf größten Krankenhäusern der Bundeswehr, stehen insgesamt 1.000 chirurgische Betten für Verwundete aus dem Golfgebiet zur Verfügung. Die bereitgestellte Gesamtbettenzahl dürfte wesentlich höher liegen. So sollen alleine in Koblenz Plätze für 3.500 GIs freigemacht und Patienten en masse entlassen worden sein. Für die Betreuung der GIs wurden aus den USA 2.000 Ärzte und Helfer eingeflogen. Die amerikanischen Militärkrankenhäuser in der BRD haben ihre Kapazitäten massiv verstärkt; allein in Landstuhl sind 700 zusätzliche Betten bereitgestellt worden. Auf dem Militärflughafen Ramstein wurden sogar Hangars in Notaufnahmelager umgewandelt. In Hessen sind die Kliniken dafür gerüstet, ihre Bettenzahl im Bedarfsfall um 50% zu steigern. In Bayern hat sich die Hälfte aller 400 Krankenhäuser bereit erklärt, amerikanische Verwundete aufzunehmen. Vielfach haben Krankenhausangestellte und Zivildienstleistende erklärt, keine alliierten Streitkräfte im Krankenhaus zu behandeln. Unter der Überschrift "Die Gesinnungslosen" hat die Bildzeitung gefordert, "diese Klinikum-Mitarbeiter - sie verdienen den Namen Mitarbeiter nicht - sofort suspendieren zu lassen." (Nach: FAZ, 6.2.; Hamburger Abendblatt, 1.2.; taz, 21.1.; Bild, 31.1.; Informationsdienst Gesundheitspolitik 3/91)

3. Kriegsfinanzierung

Nach offizieller Darstellung und anderen Angaben summiert sich die Bonner Finanzspritze für die kriegsführende Allianz und einige vom Krieg ökonomisch besonders betroffene Länder der Region bis Ende Januar auf rund 17 Milliarden Mark. Hinzu kommen militärische und andere Hilfsgüter für Israel im Wert von bisher mehr als einer Milliarde.

Den Löwenanteil machen die Zahlungen an die USA sowie an die sogenannten Frontstaaten Ägypten, Jordanien und Türkei aus. Waren dafür bis Ende Januar fast 5,4 Milliarden Mark aufgewendet worden, hat Bonn zur Deckung der amerikanischen Kriegskosten nun zunächst bis zum März und unabhängig von den Material- und Munitionslieferungen weitere 8,25 Milliarden bereitgestellt. Großbritannien erhält 800 Millionen Mark und zusätzliches Ausrüstungs- und Nachschubmaterial im Wert von 170 Millionen. Die direkte militärische Hilfe für die Türkei wird mit 1,5 Milliarden, die für Frankreich mit bisher 118 Millionen angegeben. Die Sonderhilfen an die Frontstaat-Länder schlagen bei Ägypten mit über einer Mrd. Mark, bei Jordanien mit 221 Millionen, der Türkei mit 110 Millionen und Syrien mit 60 Millionen zu Buche. Israel hat eine humanitäre Soforthilfe von 250 Millionen Mark erhalten. (Nach: Zeit, 8.2.91)

4. Einsätze der Bundeswehr

Im türkischen Kurdistan sind inzwischen über 800 Bundeswehrsoldaten im Einsatz. Zunächst die ca. 250 Soldaten der 2. Staffel des Jagdbomber-Geschwaders 43 aus Oldenburg mit ihren bodenkampferprobten Alpha-Jets. Sie sind in Erhac stationiert und Bestandteil der auf Kurdistan-Einsätze spezialisierten Eingreiftruppe der NATO (vgl. AK 326, S.4). Sie werden dort von zwei SAR-Hubschraubern des Hubschraubertransportgeschwaders 64 in Ahlhorn (Kreis Oldenburg) unterstützt. Nach Erhac wurden in den letzten Tagen weitere 220 Soldaten verlegt. Es handelt sich um drei Halbstaffeln des Flugabwehr-Raketengeschwaders 42 aus Schönbeck bei Hanau. Sie sind mit Roland-Lenkflugraketen (Reichweite 6 km) ausgestattet. Weitere 400 Soldaten sind inzwischen etwa 230 km vor der irakischen Grenze im Militärstützpunkt Diyarbakir angelangt. Sie sind Angehörige des Luftabwehr-Raketengeschwaders 36 in Bremervörde und mit Hawk-Raketen (Reichweite 42 km) ausgerüstet. Von beiden Stützpunkten starten ständig Maschinen, um den Nordirak mit Bombenteppichen zu belegen.

2.400 weitere Soldaten befinden auf jenen 18 Kampf- und Versorgungsschiffen der Bundeswehr, die sich im Mittelmeer für den Golfkrieg bereithalten bzw. sich auf dem Weg dorthin befinden. Die deutschen Schiffe sind auf mehrere Verbände aufgeteilt und unterstehen dem NATO-Oberbefehlshaber Süd in Neapel.

In Sardinien ist das Marineflieger-Geschwaders 3 aus Nordholz bei Cuxhaven mit drei Fernaufklären vom Typ Breguet-Atlantik sowie 125 Soldaten stationiert. Die Spezialflugzeuge, die insbesondere zum Aufspüren von U-Booten eingesetzt werden, sollen von hier aus zur Fernaufklärung eingesetzt werden.

In Souda-Bay auf Kreta ist der Stützpunkt des deutschen, ca. 500 Mann umfassenden "Minenabwehrverbandes Süd". Er besteht aus den schnellen Minensuchbooten "Laboe" und "Überherrn", den Minenjagdbooten "Marburg", "Koblenz" und "Wetzlar", dem Tender "Donau" als Führungsschiff und dem Versorger "Westerwald". "Laboe" und "Überherrn" werden demnächst nach Olpenitz in Schleswig-Holstein zurückkehren und durch die Minensucher "Schleswig" und "Paderborn" ersetzt werden.

Von Lissabon aus wird der deutsche Zerstörerausbildungsverband mit den Zerstörern "Mölders" (300 Mann Besatzung) und "Schleswig-Holstein" (300) sowie den Fregatten "Augsburg" und "Köln" mit je 220 Mann Besatzung, dem Tanker "Eifel" (30) und dem Versorger "Glücksburg" (90) in das westliche Mittelmeer verbracht. Sie waren am 21.1. in Wilhelmshaven ausgelaufen um - so die Marineführung - an der Übung "Defex" im Atlantik und östlichen Mittelmeer teilzunehmen.

"Wegen zunehmender Kampfhandlungen im Golf", so die Begründung in Brüssel, wurde die NATO-Streitmacht Mittelmeer zusammengestellt und mobilisiert. Hierzu gehören unter deutscher Flagge die Fregatte "Bremen" (220) und der Tanker "Rhön" (42). Die Fregatte "Lübeck" gehört zu einem Sonderkommando für den Atlantik und liegt zur Zeit zusammen mit einem halben Dutzend weiterer Zerstörer und Fregatten aus mehreren Nato-Ländern in der Nähe der Azoren. Eine Verlegung ins Mittelmeer ist bisher nicht vorgesehen.

Auch der auf Minensuche spezialisierte NATO-Einsatzverband Ärmelkanal ist inzwischen in das Mittelmeer verlegt worden. Kommandeur ist der deutsche Fregattenkapitän Schreck. Eine deutsche Flagge führen hierbei der Minensucher Fulda (35) und der Versorger "Coburg" (90).

Darüber hinaus entsendet die Nato rund 30 Marineaufklärer ins Mittelmeer, die als Vorbeugung gegen Terroranschläge gedacht sind. Unter den Maschinen sind auch deutsche Flugzeuge.

Ohne vorherige Änderung des Grundgesetzes soll die Golfregion von Bundeswehrsoldaten vorläufig freigehalten werden, erklärte selbst Alfred Dregger gegenüber der "Bild". Dem widerspricht, daß bereits seit geraumer Zeit zwischen der BRD und den USA über die Entsendung von ABC-Waffenspezialisten der Bundeswehr nach Saudi-Arabien gesprochen wird. Sie sollen im Falle ihrer Entsendung vor Ort US-Soldaten an den von Bonn gelieferten Fuchs-Spezialpanzern zur Aufspürung von Giftgas ausbilden bzw. diese Panzer selber im Landkrieg gegen den Irak bedienen. Nach Auskunft amerikanischer Regierungskreise wird der Einsatz von bis zu 200 ABC-Waffenspezialisten erwogen. Sie sollen von der ABC-Waffenschule der Bundeswehr in Sonthofen und/oder von den fünf ABC-Einheiten der Bundeswehr abgezogen werden. Es wird gar erwogen, jene Soldaten zur Tarnung in Uniformen der US- sowie der britischen Armee zu stecken. Darüber hinaus plant die Bundesregierung mit Unterstützung der SPD, deutsche Ärzte, Sanitäter und ganze Lazaretteinrichtungen an den Golf zu schicken.

Mit weiteren Truppenverlegungen der Bundeswehr muß gerechnet werden. So wird im NATO-Hauptquartier daran gedacht, auch das Tornado-Geschwader der Bundesmarine aus Jagel und Eggebeck (Schleswig-Holstein) in das Mittelmeer zu verlegen. Im Auftrag des Luftwaffenkommandos wurde darüber hinaus eine interne Studie erstellt, in der die Probleme einer Verlegung des Jagdgeschwaders 71 "Richthofen" im ostfriesischen Wittmund geprüft wird. Das Geschwader verfügt über zwei Staffeln mit je 18 Phantom-Flugzeugen. Im März sollen auch die mehrtausendköpfigen Landstreitkräfte der NATO-Eingreiftruppe im türkischen Kurdistan sogenannte Manöver abhalten. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.1. und 4.2.; Welt 31.1.; Hamburger Abendblatt, 30.1. und 2.2.; Nachrichten- und Informationsdienst gegen Militarismus und Repression 3/91; Informationsdienst Gesundheitspolitik 3/91; Bild, 5.2.; taz, 8.2.91; Frankfurter Rundschau, 1.2.; Nordwestzeitung, 22.1.)

max.

# 18. Das linke Ja zum Krieg

Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/58.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:58

Wer einen Krieg führen will, muß Gründe anführen können, die auch nach Schluß der Kämpfe noch bestehen können. An diese alte Spruchweisheit erinnerten sich Politiker beider amerikanischer Parteien, als im November 1990 eine letzte Besinnungspause vor der definitiven Entscheidung zum Krieg eingelegt wurde. Präsident Bush wurde eindringlich ermahnt, nicht "überstürzt" zu handeln, sondern zuerst einmal plausible, glaubwürdige Kriegsgründe anzugeben. Die als "Befreiung Kuwaits" stilisierte Wiedereinsetzung einer feudalistischen Herrscherclique in ihre Rechte konnte schwerlich ein tragfähiges Motiv abgeben. Daß man sich ganz plötzlich um die Einhaltung des Völkerrechts sorgte, obwohl seit 1945 zig Aggressionen toleriert wurden und sich die USA, offen gesagt, ja auch nicht immer wie Engel aufgeführt haben, ließ sich nur Dummen verkaufen. Schon gar nicht durften Argumentationszusammenhänge in den Vordergrund treten, bei denen eine Flüssigkeit namens Öl die Hauptrolle spielt.

Was war also zu tun? Umfragen im Oktober/November letzten Jahres zeigten, daß eine Mehrheit der US-amerikanischen Bevölkerung gegen einen Krieg mit dem Irak war. Das Ergebnis sah jedoch anders aus, wenn unterstellt wurde, der Irak könnte bereits jetzt oder demnächst Atomwaffen besitzen. Unter dieser hypothetischen Voraussetzung fand es eine deutliche Mehrheit angebracht, dem "Verrückten" durch einen Krieg zuvorzukommen.

Kaum war dieses Resultat auf dem Schreibtisch des US-Präsidenten gelandet, da begann er völlig neue "Erkenntnisse" vorzutragen: es gebe Anhaltspunkte, daß Irak tatsächlich schon Atomwaffen habe oder daß ihre Entwicklung in allernächster Zeit abgeschlossen sein würde. Diese Behauptungen waren allerdings nur für den konkreten politischen Zweck produziert worden und ließen sich nicht lange aufrecht erhalten.

In der These, Saddam Hussein wolle Israel mit Giftgas "vernichten", "ausradieren", wurde schließlich ein idealer Kriegsgrund gefunden. Mit diesem Motiv läßt sich auch ohne weiteres rechtfertigen, daß es keineswegs nur um die Rückeroberung Kuwaits und auch nicht nur um die Kapitulation der irakischen Armee geht, sondern um eine auf Jahre anhaltende Zerstörung der wirtschaftlichen und militärischen Strukturen des Landes.

Daß man mit dieser Umwidmung der Kriegsziele dem Staat Israel und seiner Bevölkerung keinen Gefallen tut, sollte nicht übersehen werden. Mit den Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrats hat das nichts mehr zu tun. Auch nichts mit den begrenzten Absichten, die mehrere arabische Staaten veranlaßten, sich dem Kriegsbündnis gegen den Irak anzuschließen. Die Behauptung, man habe den Irak "entwaffnen", seine Strukturen zerstören, seine Bewohner ins Elend stürzen müssen, um Israel zu helfen, wird an dem Staat kleben bleiben, wenn man nach Ende der Kämpfe die Toten, die Krüppel und die materiellen Schäden zählt.

Deutsche Linke in großer Zahl haben dennoch diese spezifische Variante des uralten Themas vom gerechten Kreuzzug gegen das Böse dankbar aufgegriffen. Nicht etwa verlegen, sondern sichtlich dummstolz platzen sie mit der Neuigkeit heraus, daß sie für den Krieg sind. Ein paar Blicke auf die Kommentarspalten der BILD-Zeitung würden ihnen zeigen, daß sie damit nicht etwa gegen den Strom schwimmen, wie einige von ihnen immer noch zu glauben scheinen, sondern daß sie dabei sind, mit den Wölfen zu heulen. Und schnell soll der Sieg kommen, total soll er sein, aber von den Opfern will man nichts sehen, noch über sie sprechen. Daß eine einzige Bombe einer B-52 mehr Menschen umbringt als Saddam mit seinen Scuds, kann nicht beachtet werden, wenn man "Hände weg von Israel!" als das zentrale Thema dieser Wochen behandelt.

Aber Saddam Hussein hat doch mit der Vernichtung Israels gedroht? Nun, er hat beispielsweise auch angekündigt, die arabische Halbinsel in Blut zu ertränken, oder ein anderes Mal wollte er sie in ein Flammenmeer verwandeln. Er hat davon gesprochen, daß bald Zehntausende amerikanischer Soldaten als Leichen den Wüstensand bedecken werden. Er sprach vom Untergang der US-Armee und von der nahen Befreiung Palästinas, obwohl ihm wahrscheinlich die militärischen Fakten doch nicht ganz so fremd sind wie es gelegentlich scheinen könnte. Mit anderen Worten: hier handelt es sich um Rhetorik, die einer anderen Kultur und im Grunde auch einer anderen Zeitepoche entstammt. Iraks Gegner sprechen maßvoller und vernünftiger, besitzen dafür aber ganz real die überlegenen Vernichtungswaffen und setzen sie ein. In gewisser Weise widerspiegelt sich in diesem Kontrast zwischen "barbarischem", irrationalem Wortgeprassel einerseits und dem auf anstössige Reden verzichtenden Gewalteinsatz andererseits das Gefälle zwischen Dritter Welt und

imperialistischen Metropolen. Wer sich da auf die Seite der Vernichtungspraktiker gegen die Vernichtungsrhetoriker stellt, ist schon in die Falle gegangen.

Seltsam, daß von den Wohlmeinenden, die so "unheimlich betroffen" auf Saddams Drohungen reagieren, anscheinend niemand über die israelischen Antworten erschrocken ist. Nicht einmal zitiert wurden sie in den zahlreichen Kriegserklärungen, mit denen deutsche Linke ihren Abschied von sich selbst bekanntgaben. Holen wir das Versäumte also nach: Wer Israel angreift, dem drohe ein Gegenschlag mit siebenfacher Macht. (Schamir, lt. Schweizer "Tageszeitung" vom 27.12.90). Israel werde alle Schläge hundertfach beantworten. (Außenminister Levy lt. "Süddeutsche Zeitung" vom 3.1.91). "Wenn er es wagt uns anzugreifen, werden wir es ihm tausendfach zurückzahlen." (Levy lt. SZ vom 7.1.91)

Israels Politiker stehen - im Gegensatz zu vielen ihrer arabischen Kollegen - mit Grund in dem Ruf, daß sie zumeist wirklich meinen, was sie sagen, und daß sie nicht leichtfertig Drohungen ausstoßen, die sie nicht realisieren könnten und wollten. Israel ist der einzige Staat des Nahen und Mittleren Ostens, der über ein beträchtliches Potential von Atomwaffen samt überlegenen Trägern verfügt. Und Israel praktiziert seit Jahrzehnten eine Doktrin der "Vergeltung", die tatsächlich darauf beruht, jeden Schlag nicht etwa annähernd adäquat, sondern zumindest im zehnfachen Maßstab zu parieren. Wer Saddam wirklich die Fähigkeit und die Absicht zutraut, Giftgas nach Tel Aviv zu schießen, hätte allen Grund, zumindest nicht weniger auch über Israels Gegendrohung entsetzt zu sein und dazu ebenso kritisch Stellung zu nehmen. Oder wird das Leben Zehntausender zweitrangig, sofern es sich nur um Araber handelt?

Israel ist im Zweiten Golfkrieg selbstverständlich kein neutraler Staat, der von einem "verrückten Diktator" wider Willen hineingezogen wird. Daß Israel sich nicht von Anfang an offen am Kriegsbündnis gegen den Irak beteiligte, war einfach nur die Voraussetzung für dessen Zustandekommen. Das weitverbreitete Vergnügen führender Kreise Israels über die real stattfindende Zertrümmerung des Irak hat der ehemalige sozialdemokratische Verteidigungsminister Rabin trefflich formuliert: "Wir hätten uns nicht im Traum das gegenwärtige Szenario vorstellen können. Eine internationale Konstellation - und nicht Israel selbst - ist dabei, unseren größten und gefährlichsten Feind zu zerstören, und zwar gründlich. Für Israel ist das, sofern man das von einem Waffengang überhaupt sagen kann, ein ‚Krieg de luxe'." (Spiegel-Interview, 4.2.91)

Daß zu diesem Zeitpunkt immerhin ein paar Scuds Israel getroffen hatten und daß 14 Menschen ums Leben gekommen waren, wird der militärische Realist Rabin vermutlich für eine zwar bedauerliche, aber vernachlässigenswerte Größe halten: es hat noch nie einen Krieg gegeben, in dem Israels eigene Verluste annähernd so gering waren wie in diesem, der mit dem Argument gerechtfertigt wird, daß die Existenz des Staates und das Überleben des Volkes auf dem Spiel stünden.

Die maßgeblichen Kräfte Israels haben diesen Krieg von Anfang an gewollt. Schon im August 1990, gleich nach der Besetzung Kuwaits, wurde berichtet, daß israelische Politiker und Militärs die USA zu einem schnellen Schlag gegen den Irak drängten. Israel, das mit den USA seit 1981 durch eine alle militärischen Bereiche umfassende "strategische Zusammenarbeit" verbunden ist, hat im Vorfeld des Krieges mit den USA kooperiert, um die Bombenangriffe optimal vorzubereiten. Sobald sich die kleinste Gefahr andeutete, daß es doch zu einer politischen Lösung statt zum Krieg kommen könnte, äußerten sich Israels Politiker sehr beunruhigt. Das war zum ersten Mal der Fall anläßlich des Genfer Treffens der Außenminister der USA und Iraks Mitte Januar. Das geschah zum zweiten Mal Ende Januar, als eine gemeinsame Erklärung des amerikanischen und des sowjetischen Außenministers veröffentlicht wurde, die eine politische Option offenhielt. Aus Sicht der israelischen Führung wäre ein Rückzug Saddam Husseins aus Kuwait eine sehr unbefriedigende Lösung gewesen, denn, wie es in der Zeitung "Ha'aretz" schon am 31.8.90 formuliert worden war: "Israels Hauptinteresse ist es, daß die Golfkrise mit dem Sturz Saddam Husseins endet, daß die Fähigkeit des Irak, einen konventionellen Krieg zu führen, vernichtet wird, daß der ökonomischen Infrastruktur Iraks großer Schaden zugeführt und die irakische Armee zerstört wird."

Nun ist sachlich jedoch festzustellen, daß der Irak, der übrigens nicht einmal eine gemeinsame Grenze mit Israel hat und der sich an den bisherigen israelisch-arabischen Kriegen nur symbolisch beteiligt hatte, keineswegs ein besonders bedrohlicher Gegner ist. Seine Fähigkeit, dem zahlenmäßig überlegenen, aber desorganisierten Iran jahrelang standzuhalten, hat teilweise zu unrealistischen Vorstellungen über Iraks Stärke geführt. Bodengewinn konnte Bagdad selbst in dieser Konfrontation kaum machen. Iraks Armee mag in der Abwehr in stark ausgebauten Stellungen ein beachtlicher Gegner sein - dies wird sich aber auch erst noch

zeigen müssen -, aber sie verfügt jedenfalls über kein schlagkräftiges Offensiv-Potential, es sei denn gegen ein militärisches Fliegengewicht wie Kuwait. In einem Bewegungskrieg gegen einen modern gerüsteten Gegner hat Irak keine Chance. Die mehrfach zu lesende Behauptung, Saddam Hussein habe eine der stärksten Armeen der Welt, ist schlichtweg lächerlich.

So kann, wenn Irak als (potentielle) Bedrohung für Israel dargestellt wird, nur auf den erwiesenen Besitz von C-Waffen, sowie auf ein unterstelltes Streben nach Atom- und Bio-Waffen verwiesen werden. Daß Israel derartige Waffen in arabischen Händen generell nicht dulden will, war schon im Juni 1981 deutlich geworden, als israelische Kampfflugzeuge den mit französischer Hilfe gebauten Atomreaktor von Osirak bei Bagdad zerstörten. Seither hat es immer wieder Spekulationen gegeben, daß auch die Arbeiten Pakistans an der militärischen Nutzung der Atomkraft irgendwann Ziel eines israelischen Präventivschlags werden könnten.

Die neuere Geschichte kennt wohl keinen ähnlichen Fall, wo ein Staat einen anderen angegriffen hat, um ihn am Erwerb von Waffen zu hindern, die er selbst besitzt. Sie kennt auch keinen Fall, wo gegen einen Staat eine internationale Strafexpedition mit der Begründung gefordert und legitimiert wurde, sein militärisches Potential werde von einem anderen Staat als bedrohlich empfunden.

Nun könnte man argumentieren, daß die Geschichte und die Lage Israels eben auch eine ganz besondere ist, die präventive Angriffe und Entwaffnungskriege immer wieder rechtfertigt. Niemand wird aber Israels Nachbarn überzeugen können, daß es gerecht und erträglich ist, wenn Israel über Atomwaffen verfügt und zum Angriff auf jede Region der arabischen Welt in der Lage ist, der Gegenseite aber eine adäquate Fähigkeit streitig macht. Israel beansprucht ein Recht auf Unverletzlichkeit, das es seinen Nachbarn verweigert. Es sei erinnert an die wochenlange Bombardierung und Beschießung Beiruts 1982, an die häufigen Interventionen im Südlibanon, wo Israel sogar eine permanente "Sicherheitszone" beansprucht, oder an den Angriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis 1985. Erinnert sei auch an die israelische Doktrin, daß die Präsenz ausländischer Truppen in Jordanien als Kriegsgrund angesehen werden würde. Und Israel scheint überzeugt zu sein, daß kein islamisches Land Atomwaffen haben darf - und daß es legitim ist, dafür zu sorgen, daß das nicht geschieht.

Alles das sind nachvollziehbare Vorstellungen und Handlungen für eine kleine Nation mit einer furchtbaren Geschichte und einem relativ winzigen, tendenziell natürlich doch sehr verletzlichen Territorium. Der Wunsch nach einseitiger Sicherheit und nach dem regionalen Monopol über Massenvernichtungswaffen ist aber ohne permanente Spannungen und jederzeitige Kriegsbereitschaft unmöglich zu verwirklichen. Dieser Wunsch selbst wird zur permanenten Konfliktquelle, weil er von der Gegenseite nur als Arroganz und Bedrohung interpretiert werden kann.

Die deutschen Linken, die heute "Solidarität mit Israel", aber keineswegs mit dem zusammenbombardierten Irak verkünden, werden sich zu künftigen Präventivschlägen und Entwaffnungskriegen verhalten müssen. Da ist Schlimmes zu befürchten. Das Bedrohliche der bisherigen Scud-Angriffe liegt ja nicht im realen Schaden, der bei aller menschlichen Tragik vergleichsweise gering ist, sondern in der nicht endgültig zu widerlegenden Hypothese, daß Raketen mit Giftgas ausgerüstet sein könnten. Wenn deutsche Linke schon angesichts der vereinzelten Scud- Angriffe zu Kriegsbefürwortern werden, kann man sich ausrechnen, wie sie reagieren würden, wenn Israel künftig vor weit ernsteren militärischen Problemen stünde als heute. Sie werden Waffenlieferungen für Israel fordern und sich um die heute noch von einigen gepflegte kleinliche Unterscheidung zwischen Defensiv- und Offensivwaffen dann wohl keine Sorgen mehr machen. Sie werden zur Strafexpedition gegen jedes arabische Land blasen, das von Israel gerade als aktueller Hauptfeind angesehen wird. Sie werden sogar den Einsatz der Bundeswehr fordern, falls und sobald Israel selbst diesen befürworten würde. Sie werden sich dabei wieder einmal auf die Lehren der deutschen Geschichte und Auschwitz berufen. Nur daß sie nicht begreifen wollen, daß langfristig das Überleben eines kleinen Landes wie Israel durch noch so viele Atomwaffen nicht gesichert werden kann, sondern nur durch Partnerschaft mit seinen arabischen Nachbarn und Integration in die Region, statt den ewigen Brückenkopf der imperialistischen Metropolen zu spielen.

Neben Leuten, denen es tatsächlich primär um Israel geht, läuft in der jetzigen Kriegskampagne von Links und Halblinks auch viel Gesindel mit, das sich vor allem über den moralisch unantastbaren Vorwand für ein Ja zum Krieg freut. Erstmals beteiligt sich das größer gewordene Deutschland an einem Krieg, und schon steht es auf der richtigen Seite, und man darf als Linker "Hurra!" brüllen.

Es ist zu befürchten, daß jetzt am Einzelpunkt Israel ein Tor in einen weiten Raum aufgestoßen wird. Linke haben in einem Konflikt zwischen dem Imperialismus und einem Staat der Dritten Welt erstmals, aber eben wohl leider nicht letztmals klar für den Imperialismus Partei genommen. Was sich am Beispiel Israels noch mit großem moralischen Anspruch umgibt, wird sich künftig als schiere Verteidigung des eigenen privilegierten Besitzstandes gegen die Hungernden und Ausgebeuteten demaskieren. Das gewaltsam aufrechterhaltene Gefälle zwischen den Metropolen und der Dritten Welt wird ideologisch zur Kluft zwischen Zivilisation und Barbarei, zwischen Gut und Böse, Überlebenswert und Vernichtenswert verklärt. Ein Saddam Hussein, der seine reale Unterlegenheit mit wahnwitzigen Sprüchen kompensiert und der bereit ist, der sauberen technologischen Überlegenheit des Imperialismus mit den schmutzigen Mitteln zu antworten, über die er verfügt, wird immer wieder zur Hand sein.

Kt.

# 19. Wer gegen den Krieg ist, ist auch gegen Israel. Ideologische Offensive gegen die Antikriegsbewegung

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:59

Am 7. Februar kam das Hamburger Abendblatt mit dem folgenden Aufmacher auf den Markt: "Weizsäcker verteidigt deutsche Haltung zu Golf-Krieg: KEIN GRUND FÜR SCHLECHTES GEWISSEN". Die Message des Bundespräsidenten erscheint eindeutig. Zwar werden rund um die Uhr die irakischen Großstädte mit Bombenteppichen belegt, die von Deutschen finanziert, produziert und soldatisch flankiert worden sind; wir brauchen uns deshalb aber noch lange keinen Vorwurf machen: Unser Gewissen ist rein. Erst auf den zweiten Blick wird klar, was der Sohn des Ribbentrop-Vertrauten tatsächlich gesagt hat: Deutschland braucht sich vom Ausland nicht vorwerfen zu lassen, den Krieg zu halbherzig zu unterstützen! Richies Seelenbalsam galt nicht den KriegsgegnerInnen, sondern war auf jene gemünzt, die das Gewissen beißt, weil die Bundeswehr noch nicht in Basra kämpft.

Jene Wendung kennzeichnet den rasanten Stimmungsumschwung in einem Land, das vor ein, zwei Jahren noch meilenweit davon entfernt war, sich als eine kriegsführende Nation zu begreifen.

Zwar hatten die politischen Eliten schon im Prozeß der Wiedervereinigung ihrer Erleichterung Ausdruck verliehen, als Großmacht endlich wieder Weltpolitik mitgestalten zu können. Doch das Tempo, mit dem die Bundesregierung - teils von seinen Verbündeten geschoben, teils den Allianzpartnern vorauseilend - in jene Rolle hineinkatapultiert wird, scheint zuweilen selbst den Herrschenden den Atem zu verschlagen. Der Krieg am Golf ist hierbei der Katalysator. Mit der elementaren Wucht eines Naturereignisses werden durch ihn nicht nur die politischen und territorialen Szenarien der Golfregion durcheinandergewirbelt und die Verhältnisse zwischen den Imperialismen neu bemessen, sondern gerade in der Bundesrepublik auch die inneren Strukturen erschüttert. Denn zur Weltmacht gehört neben dem Geld auch ein Mindestmaß an Bereitschaft in der Bevölkerung, jene Rolle auszufüllen. Diese Anforderung kollidiert jedoch mit der "Gemütsfassung einer Nation..., die in einem der wohlhabendsten, politisch und sozial stabilsten Staaten der Welt lebt und doch in jeder Krisensituation eine Labilität offenbart, die als ‚German Angst' weltweit sprichwörtlich geworden ist", so noch kürzlich der FAZ-Herausgeber Joachim Fest. (FAZ, 24.1.)

Der Stimmungsumschwung

In einer vielbeachteten Infratest-Umfrage hatte noch im November 1990 drei Viertel der Bevölkerung erklärt, daß sich Deutschland aus internationalen Konflikten künftig "eher heraushalten" sollte. Schweden und die Schweiz galten den Befragten als Vorbildnationen, während nur 6% den USA, 8% Frankreich und 2% Großbritannien nacheifern wollten. (SZ, 4.1.91) Daß auch nach dem 15. Januar der Angriff aus Bagdad von 80% der Bevölkerung abgelehnt wurde, ist aus einer anderen Umfrage hervorgegangen. Diese Stimmung hatte sich jedoch beinahe über Nacht in ihr Gegenteil verkehrt. Lt. "Politbarometer" sollen schon Ende Januar 75% der Befragten mit dem Bombenterror einverstanden gewesen sein, 21% dagegen. Den Bundeswehreinsatz im Bündnisfall hatten zu diesem Zeitpunkt 48% (in der männlichen Bevölkerung 57%) befürwortet; 47% waren dagegen. (FAZ, 29.1) Auch wenn derartige Zahlen bekanntlich mit Vorsicht zu genießen sind, sind sie dennoch Ausdruck für einen bestürzenden Trend. In der Tat hatten in nur wenigen Tagen der Vorwurf des Anti- Amerikanismus, die Israel-Solidarität (gekoppelt mit dem Hussein-Hitler-Vergleich), sowie das vielzitierte Drängen der Westverbündeten "in der öffentlichen Meinung einen Umschwung bewirkt, wie man ihn dramatischer und schneller selten erlebt hat."(FAZ, 31.1.) Jener Umschwung zur offenen Kriegsbefürwortung hatte sich insbesondere im alternativ-intellektuellen Milieu mit einer geradezu schockierenden Geschwindigkeit ausgebreitet und auch in der Linken zu Einbrüchen und Verunsicherungen geführt.

Daß jener Umschwung als das Ergebnis einer verlogenen Kriegspropaganda bewertet werden muß, ergibt sich schon aus dem damit verbundenen Wechsel der Paradigmen: Die im weitesten Sinne dem Humanismus verpflichteten Werte scheinen inzwischen in ihr Gegenteil verkehrt und jeder noch so bescheidene analytische Ansatz der erbarmungslosen Unlogik des Krieges geopfert:

- die Position des Pazifismus sieht sich gerade in dem Moment einer Generalkritik unterzogen, in dem ein Krieg bis an den Rand einer Weltkatastrophe zu eskalieren droht;

- die Nein-zum-Krieg-Bewegung wird gerade mit dem Vorwurf des Anti-Amerikanismus attackiert, obwohl jeder sieht, daß derzeit unter der Führung der USA der verheerendste Kriegsgreuel seit Vietnam angerichtet und jedes Plädoyer zugunsten einer Feuerpause oder Verhandlungsoption vom amerikanischen Präsidenten vom Tisch gefegt wird;

- nicht die Verursacher jenes Infernos werden der Irrationalität geziehen, sondern es werden diejenigen, die dagegen spontan auf die Straße gehen, aufgefordert, die Rationalität jener Kriegsführung anzuerkennen;

- nicht den Akteuren und Claqueuren jenes Massakers wird ein schlechtes Gewissen unterstellt, sondern jenen, die noch zögern, daran mitzuwirken.

Zugleich muß bei der Bewertung dieses Umschwunges berücksichtigt werden, daß die herrschende Klasse ebenso unverfroren wie wirkungsvoll den Holocaust und die deutsche Verantwortung für die Ausstattung des Irak mit Massenvernichtungswaffen und Raketen mit Israel-Reichweite in den Dienst ihrer Kriegspropaganda hatte stellen können. Nicht immer ist dies so plump geschehen, wie im Falle des ehemaligen Strauß-Gefährten General Schmückle, der selbst den Bundeswehreinsatz in der Türkei als ein Beispiel für "praktische Trauerarbeit" und Vergangenheitsbewältigung verklärt hatte, weil dieser auch Israel nütze. In der Regel wurde die deutsche Schuld an den Jüdinnen und Juden weitaus subtiler instrumentalisiert und die antifaschistische Linke in ein Dilemma gestürzt: Die Gefahr eines irakischen Giftgas-Einsatzes gegen Israel und die Überlebenden des Holocaust ist nicht nur Bestandteil der westlichen Feindbildproduktion sondern reale Option! Es verbietet sich von selbst, die besondere deutsche Verantwortung gegenüber der jüdischen Bevölkerung zugunsten einer Antikriegs-Agitation zynisch abzustreiten bzw. zu relativieren oder gar eine Ausflucht in das entlastende Feindbild Israel zu suchen, dessen BewohnerInnen weder für den Holocaust noch die erneute Bedrohung durch Giftgas eine Verantwortung tragen. Andrerseits ist es nicht minder notwendig, jegliche Instrumentalisierung dieser Verantwortung zugunsten der verbrecherischen Bombardierung des Iraks zurückzuweisen.

Daß jene Zurückweisung möglich ist, ergibt sich schon aus der Primitivität der Rezepte, mit der die psychologische Kriegsführung agiert. Das wohl wirksamste und zugleich entlarvendste Rezept liegt in der Gleichsetzung Saddam-Hitler.

Adolf Hussein ...

George Bush war in der Anfangsphase des amerikanischen Truppenaufmarschs als erster auf die Idee gekommen, einen ehemaligen Verbündeten gegen den Iran mit Hitler zu vergleichen. In der Bundesrepublik war dieser Faden schon frühzeitig von der taz aufgenommen worden. (taz, 5.1.91) Doch erst seit Kriegsbeginn ist daraus ein Renner geworden.

Die Hitler / Hussein-Gleichsetzung schlägt mehrere Fliegen mit einer Klappe: Sie präsentiert das Superfeindbild in Person, liefert gerade in der Bundesrepublik ein Totschlagargument gegen den Pazifismus (denn dann wäre der deutsche Faschismus schließlich immer noch an der Macht...) und macht plausibel, warum nicht - à la München 1938 - verhandelt werden darf, sondern vernichtet werden muß. Die Absurdität des Vergleichs ergibt sich u.a. aus der Tatsache, daß Hitler kein Entwicklungsland, sondern eine imperialistische Kernmacht mit entsprechender ökonomischer Potenz und der Fähigkeit zum Weltkrieg angeführt hatte. Seine - nicht unwillkommene - Nebenwirkung liegt in der geschichtsrevisionistischen Relativierung des deutschen Faschismus, wobei die Springerpresse jene Analogie durchaus parteilich wendet: Immerhin habe Hitler, bei dem es im Gegensatz zu Hussein auch zum Obergefreiten gereicht hatte (Welt, 4.2.), den Mut, sich selbst zu erschießen, während Saddam nach feiger arabischer Art versuchen werde zu fliehen. (Bild, 28.1.). Ein in seiner Entlastungsfunktion vollkommen eindeutiges Machwerk ist das von Augstein und der französischen Presse vielgerühmte Spiegel-Essay über "Hitlers Wiedergänger" von Hans Magnus Enzensberger. Hitler war ein Todfeind der Deutschen, erfahren wir dort, und die Deutschen somit offenkundig sein Opfer. Der Faschismus habe, wie sein Fortleben im Irak beweise, nichts "mit einer deutschen..., sondern mit einer anthropologischen Tatsache zu tun." Die Bedingung für sein Aufkommen sei jedoch "das Gefühl einer lang andauernden kollektiven Kränkung, die das Selbstwertgefühl von Millionen bis auf den Grund zersetzt.

Auch unter diesem Gesichtspunkt könnten sich die Deutschen, wenn sie ein besseres Gedächtnis hätten, in den Arabern wiedererkennen", wurden sie doch auch immer wie Fellachen behandelt ... (vgl. Spiegel 6/91).

Der Hussein-Hitler hat selbstverständlich auch eine Eigenschaft, die bei früheren Kampagnen immer den Ölscheichs angedichtet wurde: Die Fähigkeit, die ganze Welt, also uns bis in das Schlafzimmer hinein zu bedrohen. So hatte der Auftragsschreiber Enzensberger herausgefunden, daß Saddam "ein Feind der Menschheit" sei, dessen einziges Ansinnen darin liege, "die ganze Welt als Geisel zu nehmen" und "einen Atomkrieg anzuzetteln." Was dem Iraki hier an Omnipotenz zugeschrieben wird, erinnert an den Bösewicht aus dem Batman-Comic. In den Hussein/Hitler-Beiträgen wird jene Superkraft in der Regel mit einer ebenso totalen Hilfslosigkeit Israels kombiniert und im Ergebnis eine erneute "Massenvernichtung von Juden" prognostiziert. Der Hitler/Hussein-Vergleich liefert zugleich das Strickmuster für eine Hetzpropaganda, wonach, wer Hussein nicht wirklich bekämpft, in Wirklichkeit mit ihm paktiert. Wer gegen den Krieg sei, so Hendryk A. Broder, unterstütze Saddam mit moralischen Mitteln. (taz, 19.1.) Und wer, wie etwa Ekkehard Krippendorf, die israelische Politik durchaus maßvoll kritisiert, hat - so Eike Geisel - in Wirklichkeit nur "die irakische Propaganda in die Sprache der Betroffenheit übersetzt." (taz, 22.1. und 25.1.)

... das bedrohte Israel ...

Der "Anti-Amerikanismus" der bundesdeutschen Friedensbewegung wurde besonders scharf von Angehörigen jüdischer Gemeinden und Arbeitskreise in der Bundesrepublik sowie in Israel selbst kritisiert. "Wenn die Friedensbewegung Krieg ausschließe, hat sie von Auschwitz nichts begriffen" erklärte etwa Benny Peiser (taz, 14.1.). Die heute gegen den Golfkrieg demonstrierten, "ließen morgen auch wieder Auschwitz geschehen", so der bittere Kommentar eines israelischen Studenten in Jerusalem, wo auch nicht versäumt wurde, darauf hinzuweisen, "daß es wieder so eine Art Koalition gibt wie im Zweiten Weltkrieg ... Die Amerikaner und Engländer kämpfen zusammen, die Franzosen streiten halbherzig mit, wohingegen viele Deutschen auf der anderen Seite vertreten sind." (FAZ, 24.1.91) Heinz Galinski, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden Deutschlands, brachte sein - für sich genommen unbedingt berechtigtes! - Bedauern zum Ausdruck, "das gerade in Deutschland ‚der laute Aufschrei: Hände weg von Israel' ausgeblieben sei" (19.1.91), während Klaus Hartung den gemeinsamen Nenner auf die Formel brachte: "Frieden oder rettet Israel". Auf einer Landesversammlung der hessischen Grünen hatte dieses Dilemma, gegen den Krieg, aber nicht gegen Israel Stellung beziehen zu wollen, die folgende, widersprüchliche Beschlußlage zur Folge:

1. Sofortiger Rückzug der deutschen Soldaten und Waffen aus der Türkei. 2. Die Aufforderung an alle am Krieg beteiligten Soldaten, die Waffen niederzulegen. Krieg sei "kein Mittel der Politik, sondern die Verabschiedung aus der Politik." 3. Die Anerkennung des israelischen "Rechts auf Selbstverteidigung gegen den irakischen Raketenterror" und die Billigung seines Anspruchs auf Hilfe zu dessen Abwehr. Die verlangte Entsendung von Patriot-Raketen bundesdeutscher Provenienz könne "in dieser lebensbedrohenden Situation nicht verweigert werden." (FR, 28.1.91)

Auch wenn Joschka Fischer sogleich versuchte, dies zu dementieren, wurde damit selbstverständlich der Pazifismus der grünen Partei gekippt. Die Bereitstellung von Verteidigungswaffen konterkariert nicht nur die Aufforderung, alle Waffen niederzulegen, sondern hierdurch "gerät man in der Tat in die Logik des Krieges." (D. Claussen in: taz, 4.2.)

Selbstverständlich ist positiv anzuerkennen, daß auf jener Versammlung überhaupt der Versuch unternommen wurde, eine Politik jenseits von Antisemitismus und Antipazifismus zu thematisieren. Zugleich kursieren jedoch in der innerlinken Israeldebatte auch vollkommen inakzeptable Denkmuster.

So wird man kaum dem Interesse "Israels" gerecht werden können, ohne zuvor zu erklären, wie man jenes definiert: Nach Art der israelischen Regierung, oder im Sinne der jüdischen Linken, die diese kritisiert? Daß diese Stimmen nach wie vor existieren, beweisen etwa das Gespräch mit Alisa Fuss (taz, 28.1.) oder das Interview mit Yeshayahu Leibowitz. (Ha'aretz Weekend, 18.1.) Nicht hingenommen werden kann auch die selektive Sichtweise, die die dunkelhäutigen, da arabischen Opfer des Golfkriegs unter den Tisch fallen läßt. Zu welch abgrundtiefen Zynismen jene Denkungsart in der Lage ist, hat insbesondere Konrad Weiß (Grüne/Bündnis 90) demonstriert. Mit seiner lockeren Formel, wonach die Massenbombardements gegen die irakische Bevölkerung nichts weiter darstellten, als "so etwas wie eine Zwangsabrüstung", hat er die euphemistische US-Propaganda noch in den Schatten gestellt und sich in Sachen Doppelmoral zweifellos den

Siegerpokal erobert. Auch die Ablehnung von Rassismus, wie abgeleitet und begründet er auch immer erscheinen mag, muß eine Lehre aus dem deutschen Faschismus sein.

... und der deutsche Weltpolizist

Dennoch bleibt selbstverständlich richtig, daß der Sturz oder die Beseitigung des irakischen Diktators nicht betrauert sondern nur begrüßt werden kann. Erstaunlich ist nur die in Teilen der Linken neu entwickelte Bereitschaft, diese Aufgabe durch die Imperialismen und mit Hilfe eines Krieges zu bewerkstelligen. Hätte dann nicht auch der amerikanische Angriff auf Libyen, dessen antiisraelische Rhetorik nicht minder vollmundig klingt, verteidigt und ein Angriff gegen Khomeini oder Idi Amin zumindest gefordert werden müssen? Daß die "linke" Identifikation mit der Rolle eines Weltgendarms den Golfkrieg überleben wird, ist absehbar. Bei denen, die wie Klaus Hartung schon heute sorgenvoll darauf verweisen, daß "das Schreckensszenario eines Krieges der arabischen Nation mit den Industrieländern droht" (taz, 29.1.91), dürfte es auch im Golfkrieg weniger um die Interessen Israels, denn die eigenen gehen. Zu welch' groteskem Übereifer sich jene "Freunde Israels" zuweilen versteigen, belegt das traurige Beispiel des taz-Redakteurs Klingelschmitt, der - als mutmaßlich einziger Schreiberling dieses Landes - den unbedachten Vorschlag des Wiesbadener Bürgermeisters Exner, ausgerechnet Deutsche in Knobelbechern zu dessen Schutz nach Israel zu entsenden, aufgegriffen und unterstützt hatte. (taz, 26.1.) Für "Bellizisten" (K.P. Klingelschmitt), die wie Udo Knapp durch die Gegend reisen, um der Forderung Gehör zu verschaffen, "daß deutsche Truppen jetzt am Golf den Krieg ‚mitbeenden'. Demokratie und Zivilisation durchsetzen müssen" (FR, 2.2.) ist ebenso wie für die Herrschenden die "Verantwortung" gegenüber Israel nur ein Vorwand, aus dem Schatten Hitlers auch als Weltpolizist heraustreten zu können. Doch auch bei den übrigen Kritikern der Nein-zum-Krieg- Bewegung wird gerne darauf verzichtet, sich von den gleichlautenden Parolen der Bundesregierung zu distanzieren, geschweige denn auch einmal die eigene objektive Funktion in diesem Zusammenhang zu beleuchten. Wer heute behauptet, daß nicht die Durchführung, sondern der Verzicht auf den Krieg gegen den Irak einer "Beihilfe zum Völkermord" gleichkomme (T. Voss in: links 2/91) muß sich zudem die Frage gefallen lassen, warum er nicht bereits im August 1990 oder vielleicht ein Jahr zuvor den antiirakischen Angriff von NATO und Bundeswehr auf seine Fahnen geschrieben hatte. Daß all jene bellizistische Begeisterung genau in dem Moment erklingt, wo sie zur Legitimierung des eigenen Kriegseintritts auch von der Hardthöhe erschallt, ist offenbar nicht nur ihre Funktion sondern zugleich auch die subjektive Intention ihrer Urheber. Man will, wenn Deutschland in den Krieg zieht, eben nicht beiseite stehen, sondern mitmischen. Was 1914 gegen die "russische Despotie" in Gang gebracht wurde, hat heute seinen "Hitler Hussein" gefunden und wird morgen in dem erneut mit auch deutschen Waffen hochgerüsteten Saudi-Arabien oder der Türkei ein weiteres, wohlfeiles Opfer finden.

Die ideologische Offensive gegen Pazifismus und Friedensbewegung ist ein Teilabschnitt der Kriegsführung gegen den Irak und dessen Verbündete. Die Wucht, mit der sie wie ein Trommelfeuer gegen jene Bewegung angelaufen ist, entspricht der Totalität des Krieges, wo nur überlebt, wer als erster schießt.

Schon die Annexion der DDR hatte die BRD-Linke zerzaust und zu Umgruppierungen geführt. Die für uns neuartigen und ungewohnten Folgen der deutschen Kriegsunterstützung werden diesen Prozess sowohl vertiefen, wie auch beschleunigen. Im Unterschied zu Großdeutschland hatte der Golfkrieg immerhin auch eine Massenbewegung provoziert. Was davon übrig bleibt, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, ob und wie die radikale Linke diesbezüglich interveniert. Noch ist nicht alles verloren.

max.

# 20. Ohne Wenn und Aber: Nein zum Krieg!

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:48

Wie zu befürchten, aber auch zu erwarten war, begann mit dem Angriff der unter dem Oberkommando der USA stehenden UN-Truppen in der Nacht vom 16. auf den 17. Januar 1991 der Krieg gegen den Irak. "Kein Blut für Öl!" und "Kein Krieg!" waren die Parolen, unter denen vor Ausbruch des Krieges Hunderttausende in der BRD auf die Straßen gingen. Es gab fast einen "nationalen Konsens", will man denn diesen Begriff überhaupt positiv gebrauchen, gegen diesen Krieg zu sein: 80% der Bundesbürger sprachen sich so aus, und die Demonstranten hatten in seltener Einträchtigkeit einen großen Teil der Massenmedien hinter sich. Dieser Konsens brach mit dem Beginn des Krieges. Hieß es vorher, mensch wolle diesen Krieg nicht, heißt es jetzt, wenn er denn da ist, müsse Partei für die "gerechte Seite" ergriffen werden. Dies gilt selbstverständlich für die herrschenden Kräfte und den größten Teil der Massenmedien, aber eben nicht nur für diese, sondern die gleiche Haltung wird massiv in die linke, antiimperialistische und die Friedensbewegung hineingetragen. Historische Vergleiche hinken vielleicht mehr noch als andere, aber erinnert sei daran, daß die SPD bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs gegen diesen Stellung genommen hat und erst mit dem Beginn auch in politisch praktischer Hinsicht auf die Position der "gerechten Verteidigung" übergegangen ist. Dies ist in der linken Debatte als der "Sündenfall der SPD" bezeichnet worden, es hat historisch gesehen zum Übergang der Sozialdemokratie zur herrschenden bürgerlichen Politik geführt und gleichzeitig die Herausbildung der kommunistischen Bewegung hervorgerufen, die den "revolutionären Defätismus" gegenüber dem imperialistischen Krieg, das Nein-Sagen zum Kriegsführen der eigenen Nation, auf ihre Fahnen schrieb. Sie sprach allen kriegsführenden Nationen ab, einen "gerechten" oder auch nur einen "Verteidigungskrieg" zu führen, sondern hob hervor, daß es in allen beteiligten Staaten die herrschenden bürgerlichen Kräfte waren, die mit diesem Krieg eine Neuaufteilung der Welt anstrebten. Das klare NEIN zum Krieg wurde nicht abhängig gemacht von der Frage, ob die eine oder die andere Nation mehr oder weniger kriegstreibend gewesen ist, sondern allein davon, daß es nur um die imperialen Machtinteressen, nicht um die Interessen der Menschen ging.

"Nie wieder Krieg"

Die Friedensbewegung steht heute vor einer ähnlich entscheidenden Frage. Spontan entstanden ist sie aus der Furcht, der Startschuß für diesen Krieg könne der Beginn für einen weltweiten kriegerischen Zustand werden. Unabhängig von der Frage der Schuldzuweisung, wer der Hauptbetreiber für den Beginn der militärischen Auseinandersetzung ist, wurde die Forderung erhoben, den Krieg als Mittel der Politik auszuschalten. Dies fußt auf einer weit verbreiteten Stimmung, den Krieg generell zu ächten. "Nie wieder Krieg!" ist eine Lehre aus dem deutschen Faschismus, und es ist einer der positivsten Aspekte, daß sich nicht nur die Linke dieser Lehre bemächtigt hat, sondern daß sie über sie hinaus trägt. Diese Parole ist von der Linken, vor allem von der Neuen Linken, seit 1968 zu einem zentralen Gegenstand der Politik gemacht worden. Und genau diese Haltung, die in den spontanen Aktionen heute auf der Straße umgesetzt wird, ist jetzt Gegenstand des Angriffs. Nicht die vor allem jungen Menschen in den Aktionen werfen stellen das NEIN zum Krieg in Frage, sondern die Träger der 68er-Generation, aus deren Reihen heute der Krieg der USA und der NATO gegen den Diktator aus dem Irak als "gerechter", als Krieg für die "Menschenrechte" deklariert wird. Und mit Schrecken stellen wir fest, daß nicht wenige von denen, die eine ganze politische Generation mit der Parole "Nie wieder Krieg!" (unter Beteiligung Deutschlands) geprägt haben, heute diese Parole vergessen machen wollen, indem die Anti-Hitler-Koalition als Begründung herangezogen wird, daß Deutschland diesmal auf der "richtigen" Seite in den Krieg einsteigen solle.

Die Linke hat richtigerweise immer einen Unterschied zwischen "gerechtem" und "ungerechtem" Krieg gemacht, zwischen moralisch zu rechtfertigendem Griff zum Mittel der Gewalt und zu verurteilendem. Keine Frage ist für uns deshalb, daß wir auch kriegerische Mittel einer unterjochten Minderheit gegen eine brutal herrschende Mehrheit oder den Kampf gegen koloniale Herrschaft rechtfertigen. Es kann und darf nicht sein, daß die Militärgewalt der Herrschenden die Wahl der Mittel der Beherrschten allein bestimmt. Insofern halten wir beispielsweise die Befreiungskriege in Vietnam gegen die USA, in Angola gegen Portugal und in Algerien gegen Frankreich für gerecht, auch wenn diese in der nachkommenden Gesellschaft nicht die Ergebnisse gebracht haben, die wir bei der Unterstützung des Befreiungskampfes mit diesem verbunden haben.

Wer ist im Recht?

Was soll aber an dem jetzt begonnenen Krieg "gerecht" sein?

Fangen wir mit dem Einfachem an. Der Irak besetzt Kuwait und erklärt es zum Territorium seines eigenen Staates. Das war eine kriegerische Handlung. Gerechtfertigt wird diese damit, daß das Territorium Kuwait durch einen kolonialen Akt Großbritanniens vom Irak getrennt wurde und daß dieser Staat sich verbündet hat mit den Interessen der USA und der EG gegen die arabischen Staaten. Weiter wird angeführt, in Kuwait habe eine schmarotzende Scheichclique geherrscht, der arabischen Welt das Öl gestohlen und dem Westen hinterhergeschmissen habe. Wenn dies allein eine rechtfertigende Begründung für kriegerische Einverleibung eines anderen Staates wäre, würde die Welt heute nur noch aus Kriegen bestehen. Und zwar unausweichlich in einem sich ständig wiederholendem Zirkel, da jede Neuordnung die nächste nach sich ziehen würde. Der Anspruch des Irak auf Kuwait hatte keine Basis in der Bevölkerung Kuwaits und die veröffentlichten Proklamationen erinnern fatal an die "Hilferufe" sich eigenständig orientierender Nationen des realsozialistischen System nach Eingreifen der UdSSR. Diese Rechtfertigung wäre dann, und nur dann zu akzeptieren, wenn in Kuwait eine Mehrheit der Bevölkerung einen Anschluß an Irak gewollt hätte und dieser Wille durch Gewalt verhindert worden wäre. Eine solche Legitimation konnte der Irak nicht vorweisen. Es ging und geht ihm um eigene Interessen in der Region, der Beherrschung dieses Raumes als imperiale Regionalmacht. Unterstützt wurde er im Krieg gegen den Iran von genau den Kräften, die ihn jetzt bekämpfen. Als der Iran sich anschickte nach dem Sturz des westhörigen Schah-Regimes zu einer Macht gegen die Vorherrschaft der abendländischen imperialistischen Mächte zu entwickeln, zog der Irak unter Beifall der westlichen Länder und mit deren Unterstützung gegen ihn in den Krieg. Die "Weltöffentlichkeit" hat diesem Krieg gerade mal in stillem Grausen zugesehen, selbst als das irakische Regime Giftgas gegen Iran und gegen die auf dem "eigenen" Territorium lebende kurdische Bevölkerung einsetzte. Auch damals war es schon deutsches Giftgas, das 40.000 Iranern und 5.000 Kurden den Tod brachte. Man würde sich wünschen, daß wenigstens nachträglich dieses verbrecherische Treiben für seine Nutznießer Folgen hätte. Und in diesem Zusammenhang sollte auch einmal erwähnt werden, daß es die USA waren, die im Vietnamkrieg tonnenweise Giftgas eingesetzt haben, das heute noch katastrophale Auswirkungen in der vietnamesischen Bevölkerung zeigt.

Auch die Linke hatte ihre Schwierigkeiten mit diesem Krieg, denn den angegriffenen Iran konnte sie aus politischen Gründen nicht unterstützen. Für die Friedensbewegung war es ein Randthema, weil es sich (scheinbar) um einen "Regionalkonflikt" handelte, von dem anders als heute (scheinbar) keinerlei Gefahr außerhalb dieser Region ausging.

Die Golfkrise ist kein Regionalkonflikt. Das aber vor allem deshalb, weil sie von den USA zu einer Auseinandersetzung zwischen "Gut und Böse" gemacht wurde. Ähnlich wie in der Reagan-Ära die Hochrüstungspolitik mit dem Kampf gegen das "Reich des Bösen" (der UdSSR) gerechtfertigt wurde, wurde dieser an sich regional begrenzte Konflikt zu einer Auseinandersetzung um die "gerechte Sache an sich" hochstilisiert. Politisch kann heute jeder an sich begrenzte Konflikt aufgrund der internationalen Verpflichtungen zu einem Weltkonflikt gemacht werden, wenn es denn die Weltmächte wollen. Die Betonung liegt auf wollen. Denn auch dieser Konflikt hätte regional mit politischen Mitteln ausgetragen werden können, zumal fast die gesamte arabische Welt sich einig gegen die Okkupation gewesen ist, anders wäre das Eintreten der Mehrheit der arabischen Staaten in die Kriegskoalition auch nicht zu erklären. Aber die Westmächte, allen voran die USA, haben auf einer bedingungslosen Kapitulation des Irak bestanden, wohl wissend und einplanend, daß es diese nicht geben würde, und wohl kalkulierend, daß die Folge dieser Krieg sein würde. Alles spricht dafür, daß die USA den jetzt begonnenen Krieg seit August 1990 vorbereiteten und nicht nur nichts getan haben, den Konflikt politisch zu lösen, sondern alle Initiativen, die dies zum Inhalt hatten, torpedierten.

Die Welt neu ordnen

Busch hat in seiner "Ansprache an die Nation" das eigentliche Motiv für die Haltung der USA offengelegt. Es geht um die Neuordnung der Welt nach der "Beilegung" des Ost-West-Konflikts; es geht um die Rolle der USA, die diese in der Beherrschung der Welt spielen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die USA die Rolle der westlichen Führungsmacht inne. Sie hatten diese Rolle, weil sie den Systemkonflikt mit der UdSSR zu einem militärischen Bedrohungskonflikt gemacht hatten und gleichzeitig die einzige Macht waren, die als

militärische "Schutzmacht" für die westliche Welt auftreten konnten. Durch die Beilegung des Ost-West-Konflikts ist diese Vormachtstellung der USA zwangsläufig in Frage gestellt worden. Nur eine militärische Bedrohung der westlichen Welt durch einen neuen Gegner kann heute die Rolle der USA rechtfertigen. Dafür war die irakische Aggression gegen den Kuwait ein Mittel, dafür wurde diese Invasion gleichgesetzt mit der Aggression des deutschen Faschismus, dem dann die ganze "gute Welt" entgegentreten müsse, selbstverständlich unter der Führung der USA. Dies ist der Grund dafür, daß nicht bis zum Letzten politische Mittel zur Beilegung des Konflikt gesucht wurden, sondern von Anfang an die militärische Auseinandersetzung gesucht wurde. Die USA wollten beweisen, daß militärische Potentiale in der gegebenen Größe aufrecht erhalten werden müssen, wofür dann der Irak entgegen allen besseren Wissens zu einer fast überlegenen Militärmacht hochstilisiert wurde.

Dies ist aber auch der Grund weshalb die Politiker der BRD, einschließlich der der CDU/CSU, so wenig Begeisterung für den Kriegseintritt zeigen. Sie haben keinen Vorteil von einem Sieg der UN-Truppen unter Führung der USA. Es verfestigt die Stellung der USA im Nahen Osten und wirft alle Anstrengungen einer eigenständigen Politik in diesem Raum zurück. Die heute unter moralischen Gesichtspunkten angegriffene Rüstungsexportpolitik gegenüber dem Irak ist ein Teil dieser Politik, eine Politik des Einkaufens. Und wenn jetzt die Tränen über die Rüstungsexporte an den Irak vergossen werden, geht es doch nicht ums Prinzip, nicht darum, die Rüstungsproduktion zu reduzieren, sondern darum, sie woanders hinzuleiten. Heute ist der Irak der Bösewicht, und die Türkei soll die Waffen haben. Morgen?

Diese also keineswegs aus Gründen des Pazifismus begründete Zurückhaltung der BRD-Politiker gegenüber einem unmittelbaren Kriegseintritt bröckelt schnell an den eigenen Begierden. Die USA haben der Welt vor Augen geführt, daß ohne Gewicht auf der militärischen Ebene eine Großmachtrolle in der Welt nicht einzunehmen ist. Und die will die BRD allemal einnehmen. War es früher der Spruch von FJS, die BRD müsse von einer ökonomischen zu einer politischen Macht werden, drängt jetzt alles danach, nach der ökonomischen, die unbestritten ist, über die politische, die der BRD durch die Einverleibung der DDR ohne Widerstände zugestanden wurde, jetzt auch die militärische zu erlangen. Wohl kaum, weil sich ein bundesdeutscher Politiker verspricht, eine wichtige militärische Rolle im Golfkonflikt spielen zu können. Dieser Nahe Osten ist ein Pulverfaß, und nach diesem Krieg wird eine "Befriedung" nur gewaltsam herzustellen sein. Dazu reichen die militärischen Mittel der BRD nicht aus. Und dieser Raum ist nicht das traditionelle Hinterland der BRD. Zwei andere Gründe sprechen für das militärische Eingreifen der BRD auf niedriger Flamme: Erstens, weil man auf Seiten der Sieger stehen will. Dafür hat beispielsweise England ein gutes Beispiel gegeben, das, im Weltreigen eigentlich unbedeutend geworden, durch die Bündnistreue zur USA immer noch eine gewichtige Rolle spielen kann. Zweitens, weil nach diesem Beweis, daß Weltpolitik wieder mit militärischer Gewalt entschieden werden kann, auch die Neuverteilung Europas, des Balkans und der zur SU gehörenden Teile, nicht allein politischen Entwicklungen überlassen werden sollte. Und hier würde die BRD eine andere Rolle spielen. Denn dies ist ihr "Hinterhof", hier würde sie Machtpolitik machen, hier wäre sie gefordert, die "Befriedung" auch gewaltsam herbeizuführen.

Der Krieg gegen das "Barbarentum"

Der Krieg gegen den Irak wird wieder einmal als Krieg gegen das "Barbarentum" geführt; es steht schon heute fest, daß das Ende des Krieges und die nachfolgende Ordnung genau den "Beweis" für die "Richtigkeit" dieses Feldzuges bringen. Sollte dieser Krieg mit einem Sieg der USA und ihrer Verbündeten enden, was anzunehmen ist, wird er unweigerlich den nächsten nach sich ziehen, denn er wird die Demütigung der arabischen Welt nach sich ziehen, denn der Sieger wird den Sieg auskosten wollen, und er wird ihn sich bezahlen lassen wollen. Es wird zwangsläufig eine Solidarisierung der arabischen Welt geben, und es wird fatalerweise eine Solidarisierung gegen den einzig in der Region lebenden Repräsentanten, Israel, geben. Und mit dieser Frontstellung gegen Israel wird es wiederum einen weiteren Grund geben, einen Krieg gegen die gesamte arabische Welt zu führen usw. usf.

Die Drohung gegen Israel: Das ist die Waffe, die gegen die hiesige Friedensbewegung eingesetzt wird. Niemand in Deutschland kann und darf sich der Frage entziehen, wie das Leben der Menschen in Israel gesichert werden kann. Dies darf jedoch keine speziell deutsche Frage bleiben, da sonst nicht mehr erreicht würde, als daß aus besonderer geschichtlicher Verantwortung hier ein aktueller Konflikt anders behandelt würde als von Linken in anderen Teilen der Welt. Es ist auch eine Anforderung an die Linke der arabischen Welt, eine klare Antwort auf die Lebensinteressen der in Israel lebenden Menschen in einem eigenen

Staatsverband zu geben. Mit dem Beginn der Intifada, der Ausrufung der palästinensischen Staates auf dem eingeschränktem Gebiet der von Israel besetzten Gebiete ist dies von der PLO in politischer Hinsicht geschehen. Es wäre zu fordern, daß diese politische Haltung trotz der Weigerung der israelischen Regierung als politische Linie beibehalten wird. Es wäre zu fordern, daß eine Anerkennung der Existenz Israel ohne wenn und aber durch die arabischen Staaten zustande kommt.

Das Existenzrecht Israels ist nur im Frieden zu erreichen

Aber es bleibt festzuhalten: Dieser Krieg wurde nicht gegen Israel begonnen. Der Überfall des Irak auf Kuwait wurde nicht mit dem Ziel der Vernichtung Israels durchgeführt. Anderseits hat die Regierung Israels sofort Partei ergriffen und alle Schritte der USA auf den Krieg zu unterstützt, hat diese Regierung jede Möglichkeit der Verhandlungslösung als nicht akzeptabel erklärt. Wenn sich heute große Teile der israelischen Linken und der israelische Friedensbewegung aus den Zeiten des Libanonkriegs für den Krieg gegen Irak aussprechen, dann müssen wir fragen, weshalb sie nicht ihre eigene Regierung wegen ihres Konfrontationskurses gegen die arabischen Nachbarn angreifen. Warum hat die israelische Regierung in den vergangenen Jahren kein Entgegenkommen gegenüber der PLO gezeigt und diese damit in die Koalition mit dem Irak getrieben? Warum hat die israelischen Friedensbewegung in der Vergangenheit die eigene Regierung angegriffen, weil sie zu keinen Gesprächen bereit war, um sich jetzt der Kriegslogik des eigenen Regimes zu unterwerfen und der PLO vorzuwerfen, sie verbünde sich mit den Gegner Israels? Wäre es nicht logischer, jetzt der eigenen Regierung vorzuwerfen, daß dies die Früchte dieser Konfrontationspolitik ist und daß sich jetzt mehr denn je beweist, daß die Palästinafrage nur durch eine politische Lösung mit der PLO zu einem friedlichen Ende führen kann? Mehr denn je muß jetzt gefordert werden, daß ein politischer und damit friedlicher Ausgleich zwischen Juden und Palästinensern geschaffen werden muß, auch wenn die Verbitterung der Palästinenser diese gegenwärtig an die Seite Husseins treibt.

An die israelische Friedensbewegung ist die Frage zu stellen, weshalb sie beim ersten ernsthaften Frontenwechsel der PLO ebenfalls sofort die Fronten zum Regierungslager wechselt, ohne zu bedenken, wie oft die Palästinenser für ihre politische Offensive in den vergangenen Jahren bestraft wurden. Was können sie denn an ernsthaften Ergebnissen vorweisen, worin sich die israelische Politik gegenüber den Palästinensern und der PLO geändert hat, um jetzt diesen "Verrat" und Heuchelei vorzuwerfen?

Gerade weil von der israelischen Linken und der Friedensbewegung in den vergangenen Jahren propagiert worden ist, daß eine Lösung der Palästinafrage nur durch eine Verständigung zwischen Israel und der PLO zu erreichen ist, ist es jetzt um so notwendiger, an diese Erkenntnis zu erinnern, und es ist anzugreifen, daß sie jetzt fallengelassen wird, weil dies ein Eingehen auf die Regierungspolitik ist, die jetzt die Möglichkeit sieht, diese Frage durch militärische und gewaltsame Lösungen zu erledigen.

Dessen unbenommen ist, daß die Raketenangriffe auf die israelische Zivilbevölkerung zu verurteilen sind. Zu verurteilen ist, daß der Irak Israel als Geisel gebraucht, unabhängig davon, ob dieser Staat in den Krieg eingreift oder nicht. Die Verteidigung Israels gegen diese Raketenangriffe ist deshalb nicht zu diskutieren. Wir fordern von der israelischen Linken jedoch auch, daß sie sich nicht nur wohlwollend zur bisherigen Nichtteilnahme Israels am Krieg ausspricht, sondern daß sie aktiv gegen die Beteiligung und gegen die Kriegshetze der eigenen Regierung eintritt. Wenn sie nicht erkennt, daß die Gefahr für die Lebensintressen der Menschen in Israel mindestens ebenso von der Politik der eigenen Regierung ausgeht wie von der des Iraks, wird sie sich unweigerlich immer wieder der Kriegslogik der eigenen Regierung unterwerfen. In der israelischen Linken ist selbstkritisch festgestellt worden, daß eine breite Friedensbewegung, eine Bewegung für ein friedliches Zusammenleben mit den arabischen Nachbarn, erst dann möglich war, als sich im Krieg im Libanon 1982 herausstellte, daß Israel nicht in der Lage ist, die Probleme der Region militärisch zu lösen. Jetzt erleidet diese Erkenntnis einen scheinbaren Rückschlag, weil mit dem militärischen Einreifen der USA die alten Konstellationen wieder hergestellt werden.

Es gibt nur eins: Sag NEIN!

Die spontan entstandene Friedensbewegung in der BRD steht vor schwierigen Fragen und einer grundsätzlichen Entscheidung. Wird das NEIN ZUM KRIEG ohne Wenn und Aber beibehalten, oder wird den Stimmen gefolgt, die behaupten, jetzt wo der Krieg ausgebrochen ist, müsse man sich auf eine Seite schlagen. In der öffentlichen Meinung ist diese Entscheidung gefallen. Waren vor Ausbruch des Kriegs 80% gegen den

Krieg, sind es jetzt noch 20%. Dies könnte entmutigend sein, würde man nicht berücksichtigen, daß in den 60% "Umfallern" ein Potential von zu Überzeugenden steckt. Und für einen linken bis radikal linken Ansatz sind ja selbst die verbliebenen 20% sehr viel.

Den klassischen Eiertanz führt in dieser Hinsicht die SPD-Führung vor. Sie möchte nicht JA zu diesem Krieg sagen, aber sie will auch nicht NEIN sagen. Ein NEIN zur direkten Beteiligung der BRD aber ein JA zur Bündnistreue. Wir können sicher sein, daß sie in Regierungsverantwortung keine andere Politik als die CDU/CSU/FDP machen würde. Aber wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß die Differenzen innerhalb der SPD nicht nur kosmetischer und taktischer Natur sind, sondern reale Widersprüche widerspiegeln. Wenn Lafontaine im Präsidium der SPD fordert, bedingungslos Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen, ist dies existenziell eine andere Position als die von Vogel, der diese an einen Rückzug des Iraks aus Kuwait bindet. Es drückt sich darin auf einer anderen Ebene der gleiche Widerspruch aus, der sich in der linken und Friedensbewegung auch artikuliert. Aber wir haben es anderseits auch mit Personen wie dem DGB-Vorsitzenden Meyer zu tun, der auf der Antikriegs-Demonstration in Bonn redet und noch ein paar Tage vorher die Kriegssteuer befürwortet, wenn sie denn nur sozial gerecht verteilt würde.

Auch wenn die SPD wieder einmal mit allen Bauchschmerzen Gewehr bei Fuß stehen wird, sollten diese Widersprüche durchaus ernst genommen werden, nicht vordergründig als mögliche Spaltungslinie in der Partei, sondern als Möglichkeit, andere und bessere Verhältnisse für die Kriegsgegner in der Gesellschaft herzustellen.

"Germans to the Front" ist eine Forderung, die heute vor allem aus dem Ländern der NATO-Partner gestellt wird. Speziell in englischen, französischen und amerikanischen Zeitungen wird die "Feigheit der Deutschen" angeprangert. Auch der türkische Ministerpräsident Özal schließt sich dem an: Die Deutschen wären zu satt geworden, um für den Wohlstand zu kämpfen. In Großbritannien wird wieder das Bild der erfolgreich kämpfenden englischen Jungs geschürt.

In der BRD steigt statt dessen die Verweigerungszahl. Allein im Januar sagten 22.000 Nein zum Kriegsdienst, im Vergleich zu 70.000 im gesamten Vorjahr. Feigheit? Warum nicht? Warum den Helden spielen und für wen? Warum sollten wir nicht den Mut haben, uns zur Angst zu bekennen, NEIN zu sagen zum Krieg, NEIN zu sagen zu dem verlogenen Heldenmut? Warum sollte es nur rational übergeordnete Gründe geben, nicht zum Militär zu gehen? Warum reicht nicht einfach, daß man keine Lust hat, für eine Sache zu sterben, die nicht die eigene ist?

Die 68er Bewegung hat neben dem politischen Schub über die Antinotstandbewegung und die Antivietnamkriegsbewegung einen wesentlichen Schub über einen politisch-moralischen Rigorismus erhalten, der sich in der Parole "Make Love not War" ausdrückte. Das waren die Blumenkinder. Von manch einem der Politischen belächelt, von nicht wenigen sogar verachtet, aber sie haben eine andere Moral geprägt, die sich heute widerspiegelt in dem klaren NEIN zum Krieg. "Nie wieder Krieg!" war eine politische und eine moralische Parole, und erst in der Vermischung hat sie hier in diesem Land die Bedeutung gewonnen, die sie heute gegenüber anderen Ländern in Europa hervorhebt.

Die radikale Linke würde gut daran tun, dieses Element aufzunehmen und sich nicht erschreckt zurückzuziehen, da es erkennbar keinen wirklich linken Flügel in dieser Bewegung gibt. Wenn Michael Brumlik, Frankfurter Grüner, der aufgrund einer auf der hessischen Landesversammlung der Grünen verabschiedeten Resolution gegen den Krieg am Golf, sein Abgeordnetenmandat niederlegte, sich darüber beschwert, daß die "Altlinke" versuchen würde, in der Friedensbewegung ihre "alten Parolen" durchzusetzen, dann irrt er insofern gewaltig, als diese Bewegung wirklich neu ist und wenig von "alten" linken Ideen beseelt ist. Umgekehrt stünde es gerade an, diese "alten" Erkenntnisse zu vermitteln. Auf den jetzt begonnenen Krieg wird die Linke in diesem Land nur wenig Einfluß nehmen können. Sie wird sich deshalb darauf konzentrieren müssen, alles zu tun, der Rechtfertigung des Krieges in diesem Land entgegenzutreten, alle Aktivitäten zu unterstützen, die sich gegen diese Krieg richten. Und sie wird ihr Augenmerk darauf richten müssen, welche Bestrebungen von diesem Staat ausgehen, selbst militärischer Faktor im nächsten zu "bereinigenden" Konflikt zu werden.

Noch sind die Reaktionen auf die Friedensbewegung und die Kriegsdienstverweigerungen zahm. Geht es aber um deutsche Machtinteressen, wird sich dies schlagartig ändern. Dann wird es kein Verständnis für verweigernde Soldaten geben, kein Verständnis für Aktionen gegen Militärtransporte. Es wird auch keine

wohlwollende Begleitung des NEIN zum Krieg durch die Massenmedien geben. All das wird jetzt vorbereitet und die Friedensbewegung muß diesen Ball aufnehmen, um im Ernstfall beim konsequenten Ball zu bleiben.

he.

# 21. Antiimperialismus als Feind des Internationalismus

Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/s1e.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:s1e

Szenarion für den Golfkrieg schon 1975 entwickelt. 3

Saddam, die USA, Israel und wir. 6

Die PLO und der Golfkrieg. 8

Neues Deutschland: Von der Provinz zur Kriegsmacht.10

Die SPD, der Pazifismus und der Bündnisfall.11

Das linke Ja zum Krieg.14

"Wer gegen den Krieg ist, ist gegen Israel" - Eine Kritik der Kriegsbefürwortung aus linken Reihen.15

Ohne wenn und Aber: Ein NEIN zum Krieg!.16

Der Antiimperialismus als Feind des Internationalismus.17

Dokumentation verschiedener Stellungnahmen zum Thema: Israel, der Golfkrieg und die deutsche Linke.18

Aktionen gegen den Golfkrieg.20

# 22. Dokumentation der Debatte zu Golfkrieg und Israel: RATZ (Israel), DIAK, Benny Peiser, Grünes Forum, Klaus Hartung, KB Frankfurt

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/doku-vor.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:doku-vor

Auf dieser und der folgenden Seite dokumentieren wir verschiedene Texte, die geeignet sind, einen Eindruck von der mittlerweile entbrannten Debatte "Linke/Friedensbewegung, Golfkrieg und Israel" zu bekommen: Die Beiträge von RATZ und DIAK beziehen sich direkt aufeinander; mit den drei Kommentaren Peisers kann die Entwicklung eines Autors verfolgt werden, der selbst in der Arbeit gegen Antisemitismus in der Bundesrepublik steckt; der Rechts-Alternative Hartung formuliert die weitgehende Pro-Kriegsposition dieser Strömung; mit dem Flugblatt des "Hamburger Forums" läßt sich exemplarisch die Haltung grüner Realos nachlesen; der Aufruf des Frankfurter KB formuliert eine exponierte Anti-Kriegsposition anläßlich der irakischen Bombardierungen Israels und der Mithilfe der BRD dabei; die Erklärung der Westberliner Gruppe "L'Chaim" schließlich steht für die kleinen, linken jüdischen Gruppen, die sich darum bemühen, nicht nur eine differenzierte Stellung zu Israel, sondern genauso eine gegen den Krieg zu entwickeln.

Red.

# 23. Hamburger SchülerInnen: Direkte Aktionen gegen den Krieg

Rubrik: Golfkrieg; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:34

Seit Ausbruch des Krieges stürzen sich Horden von JournalistInnen, SoziologInnen, PsychologInnen und anderen WissenschaftlerInnen auf die SchülerInnen, die eine erstaunliche Aktivität gegen den Krieg an den Tag legen. Die Erklärungen für den spontanen Protest - eine dümmer als die andere - reichen von "Friedenstrauma" über "Kompensation jugendlicher Existenzängste" hin zu den "linken LehrerInnen", die ihre Schützlinge auf die Straße "zwingen" (Bild). Bei diesen Erklärungsversuchen wird von taz bis Bild eines regelmäßig ausgeklammert: die Möglichkeit der eigenen, bewußten Entscheidung, des Versuchs, zumindest in einer so existenziellen Situation einzugreifen.

Anfangs fand das auch die Hamburger Schulsenatorin Raab noch gut und sie verteidigte die LehrerInnen und SchülerInnen gegen Anwürfe aus der CDU. Schon die Demos am 12.1. waren in der Mehrzahl von SchülerInnen besucht, aber es war so, daß sie ihre Angst und Ohnmacht auf die Straße getragen haben: Kein Wort über die Verantwortlichen und Profiteure des Krieges, kein Wort über mögliche direkte Aktionen zur Beendigung des Krieges.

Mit dem Ablauf des Ultimatums änderte sich jedoch die Stimmung: am 16.1. demonstrierten in Hamburg spontan über 10.000 SchülerInnen vor dem US-Konsulat. Damit wurden erstmalig die Verantwortlichen direkt benannt. GEW und Schulbehörde versuchten zuerst zwar noch, die Demo zu verhindern, äußerten dann aber "Verständnis". Am 17.1., dem Tag des US-Angriffs auf den Irak, ging es so weiter: Unterricht fand nicht statt.

Auf der Demo am Abend wurden die SchülerInnen dann vom Antifaschistischen Arbeitskreis der SchülerInnenkammer zur Blockade des Flughafens aufgerufen.

Die erste Blockade des Flughafens

Am 18.1. trafen sich gegen 10 Uhr am Bahnhof Ohlsdorf etwa 1.000 SchülerInnen und andere. Wir gingen geschlossen zum Flughafen. Von Anfang ging es uns darum, den Flughafenbetrieb zu blockieren, weil hier vor allem Soldaten an den Golf geflogen werden. Hier ist praktisch der Wartime Host Nation Support-Vertrag schon in Kraft.

Um 10.30 Uhr begann dann die Blockade. Zuerst standen alle am Frachttor. Dort standen schon Polizisten, die den Eingang mit einem Wagen blockierten. Ein Teil der Demo ging dann zu den Personenterminals. Die Straße vor dem Frachttor wurde dicht gemacht, und nach und nach alle anderen Eingänge auch. Gegen 12 Uhr war dann schließlich alles blockiert (die Behauptung, es wäre nicht zu einer Störung des Flugplans gekommen, ist auch so eine Lüge: ein Blick in den Flugplan genügt).

Während der nächsten eineinhalb Stunden kam es dann zu Rangeleien, als aufgebrachte Fluggäste oder nervöse Polizisten ab und zu die Kontrolle verloren.

Um 13.30 Uhr wurden wir aufgefordert vom Frachttor wegzugehen. Als wir nicht gingen, wurden wir abgedrängt. Es gab dann ein Hin und Her, dessen Höhepunkt war dann der Wasserwerfereinsatz und eine Knüppelei. Um eine Eskalation zu verhindern, sammelten wir uns geschlossen am Personenterminal. In dieser Situation kamen dann aus allen Richtungen MEK, BGS und andere Polizisten und knüppelten auf alles ein, was sich bewegte.

Sie schmissen einzelne die Treppen runter, Kleinere wurden einfach durch die Luft geschmissen. Das fanden einige Beamte so amüsant, daß sie die ganze Zeit höhnische Bemerkungen machten. Wir wollten dann wieder geschlossen gehen. Daraufhin kam es erneut zu einem Wasserwerfereinsatz und wir wurden eingekesselt. Wir bildeten Ketten und sind dann zusammen in Richtung Erdkampsweg gegangen. Viele riefen spontan: "Wir haben euch was mitgebracht: Haß! Haß! Haß!" - unter dem Eindruck dieser Ereignisse braucht mensch nicht mal das zu sein, was sich die Schulsenatorin unter einer Autonomen vorstellt ...

Zu keinem Zeitpunkt wurden Flaschen geworfen oder Polizisten angegriffen. Klar war allerdings auch, daß es sich um eine Blockade handelte und wir nicht bereit waren, freiwillig zu gehen oder uns wegtragen zu lassen.

Wir gingen zurück zur Alsterkrugchaussee und standen auf der Kreuzung am unteren Teil der Zeppelinstr. Die Polizei kündigte an, uns nach sieben Minuten zu räumen. Während dieser Zeit sammelten sich in kleinen Gruppen wieder welche von uns und von den StudentInnen vor den Terminals und versuchten Blockaden. Ein Teil ging dann geschlossen nach Ohlsdorf, der andere Teil stand weiter an der Kreuzung.

Es gab nach unserem Wissen über 20 Verletzte, zwei davon schwer. Bei den Schwerverletzten handelt es sich um eine zehnjährige Schülerin mit einer Kopfverletzung und um eine Frau, die versuchte, die Schülerin aus dem Polizeizugriff rauszuholen. Daraufhin wurden beide nochmal zusammengeschlagen. Die Frau hat jetzt Lähmungserscheinungen an einem Arm und einem Bein. Die anderen Verletzungen sind leichte Gehirnerschütterungen, Platzwunden und Prellungen.

Alle, die da waren, wollten die Blockade durchsetzen. Und das waren hauptsächlich SchülerInnen. Und das war unser Erfolg: Kein Flugzeug ist gestartet, der Flughafen war real blockiert.

Rosi weint: Schüler fast so schlimm wie Saddam!

Kurz vor dem Polizeieinsatz erklärte Raab, jetzt wäre Schluß mit schulfrei und Friedensaktionen. In den Schulen sollten die LehrerInnen jetzt ausgewogen und objektiv den SchülerInnen klar machen, daß Saddam Hussein schuld am Krieg sei. Wir nehmen an, daß dieser Polizeieinsatz unmittelbar mit dieser Erklärung zusammenhängt, da bekannt ist, daß Polizeieinsätze gegen unsere (SchülerInnen-)Aktionen mit der Schulbehörde abgesprochen werden. Das heißt, Raab ist politisch mitverantwortlich für den Polizeieinsatz.

Ihre Behauptung, wir wären manipuliert und antiamerikanisch aufgehetzt - also wir hätten die Aktion nicht selbstbestimmt - soll die Rechtfertigung dafür sein. Die Behauptung, es wäre zu "Gewalt" gekommen, soll jetzt im nachhinein für diese Dummheit herhalten: Es war klar, gegen wen sich der Polizeieinsatz richtete und genau deshalb hat es ihn gegeben. Wir sind am Flughafen mit dem konfrontiert worden, was es heißt, nicht bei "Betroffenheit" und Angst stehen zu bleiben, sondern anzufangen, Widerstand gegen diesen Krieg zu leisten.

Zweite Blockade: Polizei setzt Grundgesetz außer Kraft

Für den 29.1. rief der Antifa-AK erneut zu einer Blockade auf. Es waren ca. 700 Menschen, vor allem SchülerInnen da, die zum Flughafen ziehen wollten. Am Frachttor wurde diesmal die Demo von einem großen Polizeiaufgebot gestoppt. Die Polizei gab bekannt, daß wir zwar demonstrieren dürften, aber nicht am Flughafen.

Die Demo zog dann Richtung City Nord (Stadtteil mit vielen Konzernbüros). Viele waren enttäuscht, daß die Blockade nichts geworden ist. Trotzdem war der zweite Versuch wichtig, weil er eine neue Qualität polizeilichen Vorgehens gegen die Proteste aufzeigte.

Die Sozialdemokratie setzt sich an die Spitze der Bewegung

Für den 25.1. rief die GEW zusammen mit dem Landesvorstand der SchülerInnenkammer und dem Landesjugendring zu einer Großdemonstration auf. Hier ein Zitat aus dem originellen und inhaltsreichen Aufrufflugblatt: "Wir alle meinen: Auch nach dem Kriegsbeginn am 17. Januar um 0.45 Uhr ist es nötig und unvermeidlich, unsere Angst und unseren Wunsch nach sofortiger Beendigung des Krieges offen zum Ausdruck zu bringen." Die 7 (in Worten: sieben!) anderen Sätze sind ähnlich inhaltsleer. Befragt nach den Gründen dieser Inhaltsleere sagte ein Landesvorstandsmitglied der SchülerInnenkammer, daß sei so, damit sich alle damit identifizieren können und weil die Inhalte auf der Demo nachgeliefert würden. Der Antifa-AK erhielt dann auch konsequenterweise Redeverbot für die Kundgebung, Überraschungsgast sollte Raab sein! Die sagte natürlich ab und der Landesvorstand war bitter enttäuscht.

Dabei hätte der Landesvorstand der SchülerInnenkammer es verdient, daß Raab geredet hätte: So fleißig distanzierten sie sich von unseren Aktionen, so eifrig sind sie bemüht uns aus der SchülerInnenkammer rauszuschmeißen. Raab will, daß die Kammer sich vom Antifa-AK trennt. Diesem Parteiauftrag bemüht sich der Landesvorstand nachzukommen.

Wir sehen darin einen ersten Schritt in Richtung auf eine Kriminalisierung. Der Schulbehörde ist die Politik des Arbeitskreises schon länger ein Dorn im Auge, z.B. unsere Aktionen zum Hungerstreik der Gefangenen aus GRAPO und PCE-r in Spanien oder die Aktivitäten zum 52. Jahrestag des Novemberpogroms. Verschiedene

Gruppen, wie die VVN Hamburg und das Auschwitz-Komitee, haben angekündigt, mit Briefen an Raab gegen dieses Vorgehen zu protestieren.

Wir lassen uns weder einschüchtern noch spalten!

In den Überlegungen, wie es jetzt weitergeht, spielt natürlich eine Rolle, daß wir gezielter und wirkungsvoller eingreifen wollen. Konkret geht es um Rüstungsbetriebe, die Profiteure des Krieges. Es gibt Ideen, einen bundesweiten Aktionstag gegen einen Rüstungskonzern durchzuführen.

Ein weiterer Punkt ist, daß wir uns besser koordinieren wollen, um so zu verhindern, daß nochmals Aktionen stattfinden, ohne daß die AktivistInnen der Bewegung miteinbezogen sind.

Die Luft ist im Moment etwas raus aus der Mobilisierung, was auch an dem Fehlen konkreter Ansatzpunkte für weitere Aktionen liegt, die dem Krieg real etwas entgegensetzen. Deswegen ist uns jetzt die inhaltliche und politische Diskussion an den Schulen wichtig.

Unser Ziel ist es, eine Kontinuität von SchülerInnenaktionen zu entwickeln, oder anders: vom Protest zum Widerstand zu kommen.

Direkte Aktion gegen den imperialistischen Krieg!

Menschen aus dem Antifa-AK der SchülerInnenkammer Hamburg

# 24. (K)ein bißchen Frieden SchülerInnenprotest gegen den Golfkrieg

Rubrik: Golfkrieg; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:33

Vor dem 15. Januar hätte wohl niemand darüber nachgedacht, die heilige Prozedur der Abiturprüfungen zu verlegen. Mit dem Kriegsausbruch am Golf fand der gewohnte Unterricht nicht mehr statt. Die Hamburger Schulsenatorin Raab persönlich forderte die SchülerInnen auf, in der nächsten Woche doch bitteschön den normalen Betrieb wieder aufzunehmen. Beim Neujahrsempfang der Handelskammer Frankfurt warf deren Präsident Niethammer den SchülerInnen vor, ihre Ängste auf die Straße zu tragen, Unternehmer und Manager aber müßten "ihr Tagesgeschäft auch in schwierigem Umfeld erledigen."(1). Ein Handelskammerpräsident, der sich bei SchülerInnen für seine Terminplanung rechtfertigt - die Proteste der SchülerInnen kamen ebenso geballt wie plötzlich.

"Wir lernen nicht für den Tod" stand auf einem Transparent in Frankfurt bei der Demo von 10.000 SchülerInnen am Donnerstag vormittag nach Kriegsausbruch. Spontan und unmittelbar reagierten am ersten Kriegstag überall bis in kleine Orte vormittags gerade SchülerInnen auf den blutigen Auftakt des monatelang angekündigten Showdown. Bei den Demos bot sich ein ungewohntes Bild: So lieh sich der Frankfurter StadtschülerInnenrat den Lautsprecherwagen der Polizei für seine Durchsagen aus, um durch das Riesengewusel auf dem Römer durchzukommen.

Die ersten Kriegstage sind von Spontandemos und Verkehrsblockaden am Vormittag dominiert, die im weiteren Verlauf oft in Blockaden von Rüstungsbetrieben und US-(Militär-)Einrichtungen übergehen. Hier ein paar Einblicke, was in einzelnen Orten gelaufen ist.

Köln

"Nie, nie woll'n wir Waffen tragen, nie nie woll'n wir wieder Krieg! Laßt die hohen Herrn sich selber schlagen, wir machen einfach nicht mehr mit."

Ein Lied, daß unter den Kölner SchülerInnen derzeit sehr beliebt ist. Sie trugen die Bewegung am Anfang fast alleine und setzten sich auch bei den Donnerstagdemos als loser Block an die Spitze. Selbst ein Teil der Autonomen singt das Lied mittlerweile mit. Diese haben dafür den SchülerInnen vor allem jene Parolen vererbt, die sich gegen die BRD und ihre Kriegsbeteiligung richten.

"Amis aus der Wüste raus - Bomben auf das Weiße Haus" kommt dagegen nicht so gut an, und sobald irgendwo Steine fliegen, kommt garantiert die Parole "Keine Gewalt". Der Grundtenor ist ein radikal pazifistischer.

An der Organisation der Demos und Aktionen, die jetzt (Anfang Februar) stattfinden, sind sie nicht mehr aktiv beteiligt. Eine wichtige Rolle in den ersten Tagen hat die BezirksschülerInnenvertretung gehabt (Jusos). Am Tag nach Kriegsausbruch hat sie die Vormittagskundgebung organisiert, auf der zum Generalstreik aufgerufen wurde und von der dann eine Demo mit 20.-30.000 Menschen ausging. Am 24.1. macht die BSV nochmal eine Kundgebung mit allgemeinem Rederecht, an der 2.000 SchülerInnen teilnehmen.

Um die Abfahrt deutscher Soldaten in ihre Kasernen zu behindern, wird der Hauptbahnhof am Abend blockiert. 300 Leute legen Gleis 3 und 4 still, 11 Menschen werden vom SEK rausgegriffen. Es wird versucht, Haftbefehle zu erwirken, auch gegen einige SchülerInnen. (2)

München

Bereits bei der zweiten großen Demo (16.1.) von 15.000 SchülerInnen werden viele von Direktoren an der Teilnahme gehindert und Schulen abgesperrt. "Der Bayerische Kultusminister Sehntmeyer droht schärfste Konsequenzen an", titelt die Münchener Abendzeitung dazu. In vielen Schulen finden Aktionen statt. Freitag demonstrieren nochmal 2.000, trotz des Verbots. Organisatorische Trägerin ist eine SchülerInnenkoordination, die bereits ein paar Monate vorher gegründet wurde. SchülerInnenaktionen gegen Rüstungsbetriebe gab es, z.B. blockierte eine Schule Dornier in Gilching. (3)

Berlin

"Zwar waren schon Wochen vor dem 15.1.91, dem Ablauf des Ultimatums, Aktionen für den Tag des Kriegsausbruches geplant, was aber eher als Abfinden mit dem Status quo gedeutet werden muß, als als Kampf gegen ein Blutvergießen am Golf.

Aus dieser Situation heraus ergriff eine Gruppe von SchülerInnen die Initiative. Im privaten Kreis wurden Flugblätter erstellt, die am Dienstag dem 14.1.91, an einigen Steglitzer und Zehlendorfer Schulen SchülerInnen zum Unterrichtsboykott aufrufen sollte. Als Koordination wurde das ISKRA, ein Falkenladen in Steglitz, gewählt. Die SchülerInnen wurden aufgefordert, sich an den bisher sehr mager besuchten Protestaktionen vor dem Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in der Clayallee oder an den Mahnwachen auf dem Breitscheidplatz zu beteiligen. Das Bedürfnis unter den SchülerInnen, ihre Ohnmacht auf die Straße zu tragen, war groß. Im ISKRA klingelte das Telefon ununterbrochen ... Trotz restriktiver Anweisungen einiger Schulleitungen (in einer Weddinger Oberschule wurden auf Anweisungen der Schulleiterin die Ausgänge abgeschlossen, in Steglitz drohte ein Schulleiter den Flugblattverteilern mit Schulverweis) waren etwa 30.000 Menschen gegen 12 Uhr auf dem Breitscheidtplatz. Positiv ist der friedliche Verlauf aller Aktionen... Dies liegt sicher auch am Verhalten der Polizei, die auf uns Schüler kooperativ zuging". (4)

In einem Interview sagte einer der OrganisatorInnen auf die Frage: "Wie seht ihr die inhaltliche Ausrichtung des Protests? Geht es ‚nur` gegen den Krieg oder noch um etwas mehr?"

Carsten: Es gibt Gruppen von SchülerInnen, die sich intensiver mit den ökonomischen und politischen Hintergründen beschäftigen und ihr Wissen auch weitervermitteln. Aber die Grundhaltung ist, wie schon gesagt, ‚Gegen den Krieg`, ‚Gegen das Massenmorden`. Ich denke, es ist zur Zeit wichtig, in dem Ruhepunkt der Bewegung, an dem wir jetzt stehen, auf keinen Fall zu erlahmen. Dieses Risiko besteht nach wie vor. Dieser starke Schock, die Schocksituation der SchülerInnen, ist langsam vorbei ... In den Grundschulen, die auch an Protesten und Kundgebungen beteiligt sind, sind die Sichtweisen natürlich etwas naiver, einfach kindlicher." (5)

Die spontane Bewegung ist abgeflaut, aber es gibt weiter Aktionen. "Mit Verkehrsblockaden haben Jugendliche in Berlin gestern morgen gegen eine deutsche Beteiligung am Golf und gegen die Medienzensur protestiert. Zu der Aktion hatten Schüler- und Studentengruppen aufgerufen" (taz 7.2.).

Reaktionen und Repressionen ...

Die Situation für demonstrierende SchülerInnen ist sehr verschieden, je nach Bundesland und Haltung der Schulverwaltung; und je nach dem, ob ein Flughafen blockiert oder in einer Kirche für den Frieden gebetet wird, reicht die Palette der Polizei vom Wasserwerfer bei Minustemperaturen bis zum freundlichen Gespräch.

In Schleswig-Holstein kommt es schon vor, daß SchülerInnen eine Info-Friedenswand mit Verbot des politischen Mandates abgeschlagen wird. Oder: "Die sächsische Regierung hat der Schulbehörde des Landes aufgetragen, Anti-Kriegsdemonstrationen von Schülern während der Unterrichtszeit zu unterbinden ... Seit Beginn des Golfkrieges vor einer Woche demonstrieren ganze Schulklassen regelmäßig in den Zentren der sächsischen Großstädte ... Will die Regierung solche Kundgebungen unter keinen Umständen mehr zulassen. ‚Die Regierungen legt Wert darauf, daß die Jugend an eine differenzierte Bewertung des Golfkrieges herangeführt wird.`" (6)

Bei aller Unterschiedlichkeit der Bildungsverwaltung der Länder gibt es einen schwarzen Faden in der Reaktion der Schul- und Kultusbehörden. Am Anfang wurde der normale Schulbetrieb von den spontanen Ängsten und Aktionen der SchülerInnen einfach überrannt. In vielen Fällen entstanden ja auch mit den Aktionen erst die Strukturen, die sie organisierten. Nach einigen Tagen voller Mahnwachen, Demos, Schulprojektwochen zum Thema Golfkrieg versuchten sowohl die SPD-Schulsenatorin Raab aus Hamburg wie auch ihr CDU Kollege in Hessen den SchülerInnen reinzudrücken, daß der normale Alltag mit Zeugnissen, Abitur und Schulpflicht weitergehen wird. Der GEW-Vorsitzende Wunder erklärte dagegen: "Wer Schüler und Lehrer jetzt unter Druck setzt, weil sie während des Unterrichts gegen den Krieg demonstriert haben, ist unfähig, Verantwortung für die Jugend zu tragen." (7)

In vielen CDU-Schulverwaltungen sollen SchülerInnen für ihr Fehlen diszipliniert werden. Das ist in SPD-Ländern anders, wo die spontanen Aktionen der ersten Tage nicht als Schwänzen bestraft werden.

Zum Teil kriegen SPD-Politiker hier deswegen Kritik von rechts: In Bremen warf die CDU dem SPD-Bildungssenator Henning Scherf vor, "parteipolitische Indoktrination" zu betreiben, weil er in einem Rundschreiben an alle Schulen gegen die Stationierung der Bundeswehrsoldaten in der Türkei Position bezog. Und: Die Geschäftsführung von MBB/ERNO hat jetzt Scherf in einem offenen Brief gebeten, gemeinsam mit dem Unternehmen dafür zu sorgen, daß insbesondere die Bremer SchülerInnen "ein sachliches Bild des Geschehens am Golf" vermittelt bekommen. Firmenchef Heinzmann reagierte damit auf die SchülerInnendemos vor seinen Werkstoren. (8)

Der CDU-nahe Bundeselternrat hat die Anti-Kriegs-Demos von SchülerInnen und LehrerInnen während der Unterrichtszeit als "Rechtsbruch der Schulordnung" kritisiert. (9) Dagegen gibt es aus Hannover bereits das erste brauchbare Urteil: "Eine Schule muß einen volljährigen Schüler vom Unterricht befreien, wenn dieser für den Frieden demonstrieren will. (Az: 6 B 823/91)" (10)

Neue SchülerInnenbewegung?!

Ganz überaschend? Parallel zur Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung haben sich die Proteste und Friedensbegehren bei SchülerInnen am deutlichsten und zahlreichsten ausgedrückt. Das hat viel damit zu tun, daß die Schule als Ort des massenhaften Zusammenseins zum Austausch der Gefühle und Gedanken über den Krieg besser anbot als andere. Es gab auch früher schon vergleichbares, wo SchülerInnen öffentlich demonstrierten, was eine breite Proteststimmung ist. Mir fällt der SchülerInnenstreik in Freiburg und Umgebung gegen das Atomkraftwerk Wyhl Anfang der 80er ein. Während massenhafte SchülerInnenproteste wie gegen die Abi-Deform 87 isoliert geblieben sind, weil es kaum Reaktionen in anderen sozialen Bereichen gab, gibt es ja jetzt eine Anti-Kriegs-Stimmung, die bis in die Bundeswehr reicht. Das ist ein guter Rückenwind für SchülerInnen, um Aktionen zu machen. Was davon bleibt, wird sich zeigen. Aber unbestreitbar sind die guten Erfahrungen, die damit gemacht wurden, die Interessen in die eigene Hand zu nehmen. Selbst wenn von den massenhaften spontanen Protesten nicht viel bleibt, so haben sich doch Gruppen gebildet, die auch inhaltlich weitermachen wollen. Dabei trennen sich auch die Wege: "Manche hat die Medienberichterstattung über die Demos ziemlich erschreckt, weiß Elke Kayser vom Stadtschülerrat Marburg. Stichwort Antiamerikanismus. Der Spaltpilz tut seine Wirkung." (7)

Noch ist es schwierig, einen Überblick über die Auswirkung der zum Teil harten Repression gegen SchülerInnen, die anderes als nur Demos machten, zu bekommen. Wie in Frankfurt am 23.1.: "Blockade am Ordnungsamt zusammen mit dem SchülerInnenrat: Aktion Chaos; Leute werden eingekesselt und 130 festgenommen; Knüppeleinsätze. Dabei wurden viele SchülerInnen festgenommen, deren Eltern benachrichtigt wurden, damit sie ihre Kinder aus dem Knast holen konnten." (11)

Aber die Opfer solcher Polizeiaktivitäten sind nicht wie sonst oft isoliert an den Schulen. Die Anti-Kriegs-Stimmung ist nach wie vor da, eine mögliche massive Beteiligung der Bundeswehr am Golfkrieg stellt sich an Schulen viel konkreter als in anderen gesellschaftlichen Bereichen: Alle Kerle unterliegen ja der Wehrpflicht und müssen sich entscheiden, ob sie verweigern.

Bei der Bundeswehr gibt es bereits seit einigen Jahren Gejammer über den zunehmenden "Wehrunwillen". Etwa 80% gehen eh nur zum Bund, um dort die Monate abzusitzen. Gestritten wurde höchstens darum, ob es bei der Bundeswehr eine gute Berufsausbildung gebe, aber kaum um die Verteidigung des Vaterlandes mit dem eigenen Blut.

Eine erste Studie über die SchülerInnenmeinungen haben die Göttinger Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) gemacht: 250 SchülerInnen eines Göttinger Gymnasiums wurden anonym befragt. Die Mehrheit der Schüler ist für sofortigen Stopp des Golfkrieges, aber Mädchen und Jungen haben darüber sehr unterschiedliche Ansichten. 61% der Schülerinnen sind für einen Kriegsstopp, aber nur 48% der Schüler. Während sich nur jedes 17. Mädchen für eine Fortsetzung des Krieges aussprach, ist bei den Jungen jeder vierte für den Krieg. 25% der Befragten wollten auf die Frage nur "differenzierter" eingehen. 7% meinten, diese Entscheidung könne nur von Experten gefällt werden. (12)

moritz

Anmerkungen:

Der sozialistische Jugendrundbrief "piranha" sammelt Infos/Material zu den SchülerInnenaktionen (auch Azubi/Zivildienst/w12er) zum Golfkrieg, um daraus die nächste Ausgabe der "piranha - sozialistischer Jugendrundbrief" zu machen. Schickt möglichst Artikel bis 22.2. an piranha, Karolinienstraße 21, Haus 2, 2 Hamburg 36.

1) FR 1.2.

2) Bericht Jan/Köln

3) Bericht Andi/München

4) KITT, Hrsg. Falken Berlin Steglitz

5) "Gegen den Krieg" 24.1.

6) Junge Welt 24.1.

7) FR 31.1.

8) Weserkurier 31.1.

9) FR 30.1.

10) FR 1.2.

11) Anti-Kriegs-Info Wiesbaden

12) FR 4.2.

# 25. Bremerhaven am 26.1.91: "Sand im Getriebe" Demonstration gegen die Kriegslieferungen

*Bremerhaven am 26.01.91:*

Rubrik: Rüstungsexport; Golfkrieg; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:35

Der Versuch ist gelungen, den Protest gegen die Kriegsvorbereitungen bzw. den Krieg am Golf "vor Ort" zum Ausdruck zu bringen. Sand im Getriebe wollte man am Hauptumschlagplatz amerikanischer und englischer Kriegslieferungen für den Golfkrieg sein. Mehr als 10.000 Menschen kamen zu einer Kundgebung und Demonstration nach Bremerhaven, an deren Ende "direkte Störaktionen" stehen sollten. Diese Formulierung, die - so die ursprüngliche Intention der vorbereitenden Gruppen - "bündnisfähiger" als das Wort "Blockaden" sein sollte, führte zu einigen Verwirrungen und Irritationen in den letzten Vorbereitungen.

Der DGB hatte aufgrund dieser Formulierung offiziell "nur" zur Kundgebung aufgerufen und es seinen Mitgliedern freigestellt, persönlich an der Demonstration teilzunehmen. Mit dieser Haltung kam er allerdings durch die Stimmungsmache der örtlichen Zeitung in einen Abgrenzungsdruck. Nachdem die "Nordsee-Zeitung" im Lokalteil fast zwei Wochen lang jede Pressemitteilung zur Demonstration unterschlagen hatte, begann sie die Vorberichterstattung mit der Überschrift: "Gewaltaktionen bei Großdemo befürchtet".

Trotzdem ist es gelungen, in Bremerhaven eine Aktion zu organisieren, die die gesamte Breite der neuen Anti-Kriegs-Bewegung widerspiegelt. Von einzelnen Friedensinitiativen und Kirchenkreisen über die Gewerkschaften, Jusos und Grüne bis hin zu Sozialisten, Kommunisten, Graswurzelanhängern und Autonomen waren rund 5.000 Menschen beim pünktlichen Beginn der Kundgebung anwesend, so waren es mehr als doppelt so viele bis zum Beginn der Demonstration. Es hat eine gemeinsame und geschlossene Demonstration ohne Absetzbewegung von irgendeiner Seite gegeben.

So viel Einigkeit in der Feststellung, daß mit der US-Regierung der Hauptschuldige für das Massaker am Golf genannt werden muß, war an diesem Wochenende nicht überall zu finden. Und dies bei einem Spektrum, das Ex-Admiral Schmähling, Angelika Beer, IG Metall Bezirksleiter Teichmüller aus Hamburg, den Kurden Erol Serin und Ibrahim als Vertreter der Irakischen Opposition allein bei der Auftaktkundgebung umfaßte.

Die Demonstrationsroute war von der Polizei - wie schon einmal 1983 - mit großem Einsatz an Menschen und Material vorbereitet worden. Neben NATO- Draht und von der Polizei bewachten Sperren wurden mehrere Panzerwagen und Wasserwerfer aufgeboten, um das so zur Festung ausgebaute amerikanische Wohngebiet vor übelwollenden Demonstranten zu schützen. War doch dieser Teil der geplanten Route verboten worden, da die psychische Gesundheit der Bewohner nicht gewährleistet werden könne. Die geplante Information über amerikanische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure fand daher auf der Straße vor dem Wohngebiet statt. Hier berichtete Gaby Neumann davon,wie ihr Verlobter gegen seinen Willen mit Handschellen gefesselt nach Saudiarabien transportiert wurde - trotz seines Antrages auf Kriegsdienstverweigerung.

Auf der Abschlußkundgebung berichtete Herrmann Weibel, Hafenarbeiter und Betriebsratsmitglied, daß die Kollegen im Hafen außer einem Haufen Ärger nur wenig vom Militärumschlag gehabt hätten. Die abschließenden Redebeiträge wurden danach von Jutta König für die FÖGA und von einem Vertreter des Hamburger Arbeitskreises gegen Imperialismus gehalten.

jo./KB-Gruppe Bremerhaven

Auszüge aus den Reden

Ex-Admiral Elmar Schmähling:

"... Was soll denn schlimmer als die Vernichtung von Menschen und dauerhafte Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen sein? Auch Israel, das sich jetzt in der Opferrolle gefällt, selbst seit Jahren die Vereinten Nationen verhöhnt und Amerika auf Kriegskurs gepreßt hat, erleidet Schlimmeres durch diesen Krieg und seine absehbaren Folgen für den ganzen Mittleren Osten.

Die Welt durfte nicht tatenlos zusehen, wie der Tyrann die Atomwaffe erwarb? Er war der skrupellose Menschenrechtsverletzer, schon als er noch ‚der gute Agressor` war.

Dieselben, die ihm damals ohne Bedenken die Giftküchen und Waffenarsenale auffüllten, die ihm Atomreaktoren bauten, opfern heute bedenkenlos Hunderttausende von Menschen, um diesem Mann die Waffe aus der Hand zu schlagen, an der sie selbst wie Süchtige hängen. Sie tragen das Völkerrecht wie eine Monstranz vor sich her, solange es den eigenen Interessen nutzt.

Ansonsten gilt das Rambo-Faustrecht. Dieser Krieg ist auch ein Krieg der Bundesrepublik Deutschland.

Wie die anderen der sogenannten Anti-Bagdad-Koalition tragen wir Deutsche die volle Mitverantwortung für die Folgen dieses Wahnsinns der verbrannten Erde. Mit Krokodilstränen werden die Schandtaten der deutschen Rüstungsmafia beklagt.

Wo bleibt das totale und sofortige Verbot für das Geschäft mit dem Tod? ..."

Ex-MdB Angelika Beer:

" ... Während sich der Warschauer Vertrag, der Militärblock Ost, faktisch aufgelöst hat, ist die NATO stärker denn je. Erweitert um das Territorium der ehemaligen DDR, ist ein neues Feindbild gefunden: es ist nur ein Stück gewandert vom Osten in den Nahen Osten. (...)

In Kurdistan hat der Krieg längst begonnen. Nordwest-Kurdistan ist seit langem ein militärisch besetztes Gebiet. (...)

Die Verlegung der AMF Einheiten hat nicht nur den Golfkrieg verschärft, sondern mit ihr wird zugleich auf der Seite der türkischen Kolonialmacht in den Krieg zwischen der kurdischen Bevölkerung und dem türkischen Regime militärisch eingegriffen. Im Schatten der Golfkrise wurden kurz nach dem 2. August, die Menschenrechte in den elf kurdischen Provinzen in der Türkei offiziell aufgehoben; eine Politik der verbrannten Erde betrieben. Heute wird unter dem Deckmantel der Befreiung Kuwaits der kurdische Aufstand mit Bombenattacken der amerikanischen B-52-Bomber auf kurdische Provinzen im Norden Iraks beantwortet. (...)

Der Schwur des deutschen Bundeskanzlers: ‚Vom deutschen Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen` ist längst gebrochen. Wer keinen Krieg will, darf nicht in den Krieg ziehen! (...)

Wo waren die Alliierten-Verbände und UNO-Sanktionen als Panama, Grenada, Libyen oder Vietnam überfallen wurden? Wo sind sie, um Israel zu zwingen, die okkupierten Gebiete der Palästinenser endlich freizugeben? Wo sind sie, um den Vernichtungsfeldzug der Türkei und des Iraks gegen das kurdische Volk zu beenden? Der Krieg ums Öl kennt keine Unschuldigen! Und deshalb sagen wir: Soldaten, wenn man Euch sagt, Ihr sollt kämpfen, dann sagt nein. Laßt Euch nicht zum Kanonenfutter machen. Verweigert den Kriegsdienst, verlaßt die Truppe. Kriegsdienstverweigerung und Desertion ist das Gebot der Stunde. Der Schutz für Deserteure vor Repression der kriegswilligen Regierung ist unsere Aufgabe. (...)"

Hermann Weipel, BLG-Betriebsratsmitglied:

" ... Seit Monaten wird hier im Hafen für den Golfkrieg Kriegsgerät umgeschlagen, zuerst die Engländer, dann die Amerikaner, jetzt seit einigen Wochen Gerät aus alten NVA-Beständen. (...)

Nun gibt es ja genügend Stimmen, die die Hafenarbeiter kritisieren, daß sie scheinbar kritiklos mit diesen zusätzlichen Umschlagsaktivitäten nichts weiter als eine schnelle Mark verdient hätten. Diese Sichtweise wurde dadurch noch provoziert, daß sich der Vorstand der BLG öffentlich bei den Kollegen für den Arbeitseinsatz bedankte. Das kann man nur so verstehen, daß die BLG und damit vor allen Dingen das Land Bremen die Hauptverdiener an diesem Umschlag waren und sind.

Die Kollegen aus dem Hafen haben außer einem Haufen Ärger nur wenig davon gehabt; im Gegenteil. Ein Großteil des Hafens ist dadurch zum militärisch besetzten Gebiet geworden. Kollegen aus dem Gesamthafenbetrieb berichteten mir, daß sie sich vorkamen wie mitten im Krieg; als sie z.B. von Militärpolizisten, welche teilweise mit vorgehaltener Waffe die Arbeit beaufsichtigten, kontrolliert wurden. Dabei wurden fundamentale Sicherheitsbestimmungen außer Acht gelassen. U.a. wurden mit den Panzern scharfe Munition, für jeden zugänglich, verladen. (...)

Die moralische Empörung unserer Landespolitiker ist vor diesem Hintergrund eigentlich nicht das Papier wert, auf dem dieses steht. (...)

Vor diesem Hintergrund wäre es sicherlich falsch und viel zu einfach, den Militärumschlag im Hafen den abhängig Beschäftigten anzulasten. Vielmehr sollten wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir in Zukunft einen wirksamen Beitrag für die Wiederherstellung des Friedens leisten können. (...)"

# 26. Einladung zu einer Diskussions- und Aktionskonferenz gegen den Golfkrieg

Rubrik: Golfkrieg; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:36

In den letzten Wochen sind Millionen Menschen in aller Welt auf die Straße gegangen und haben mit den verschiedensten Aktionsformen deutlich gemacht: Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein.

Sehr viele haben spontan ihre Wut und Trauer darüber geäußert, daß die maßgeblichen Politiker die Warnungen über die unabsehbare Zahl der Opfer und die irreparablen ökologischen Folgen, die dieser Krieg fordern würde, in den Wind geschlagen haben.

Auf diesen Protest haben die meisten Regierungen mit Unverständnis und harscher Kritik reagiert. Sie wollen kein öffentliches Nachdenken über Alternativen zum Golfkrieg.

Statt dessen hat man nun auch in Deutschland begonnen, die Bevölkerung auf die Notwendigkeit dieses Krieges einzuschwören. Noch 1991 sollen wir eine Kriegssteuer bezahlen. Zunehmend wird die Bereitschaft, ja die Forderung laut, nach einem sogenannten Bündnisfall auch deutsche Soldaten in den Krieg an den Golf zu schicken. Eine schnelle Grundgesetzänderung soll den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes ermöglichen.

Die Friedensbewegung muß sich auf einen langen Krieg, auch unter direkter deutscher Beteiligung einstellen.

Wir halten es in dieser Situation für sinnvoll, unsere politischen Forderungen zu diskutieren, unsere Aktionen besser zu vernetzen und gemeinsame Vorschläge für ein koordiniertes Vorgehen zu entwickeln.

Deshalb laden wir euch ein für Samstag, den 23. Februar 91 von 10 - 19 Uhr

nach ...

zu einer Diskussions- und Aktionskonferenz

gegen den Golfkrieg.

Dieses Forum soll nach unseren Überlegungen vor allem zwei Zielen dienen:

1.Dem politischen Austausch innerhalb der Antikriegsbewegung über die Erfahrungen der letzten Wochen, der Einschätzung der gegenwärtigen Situation und der Verständigung über notwendige politische Kernforderungen.

2. Der Koordination unserer Aktionen vor allem im Hinblick auf eine deutsche Beteiligung am Golfkrieg.

Für das Golf-Forum schlagen wir Euch folgenden

Ablauf vor:

10-11 Uhr

Einführende Beiträge (u.a. Vertreter der US-Friedensbewegung)

11-13 Uhr

Arbeitsgruppen (u.a. zu Konfliktursachen, Alternative Konfliktlösungen, Rüstungsexport, GG-Änderung "out of area", Medienzensur, ökologische Kriegsfolgen, Solidarität mit betroffenen Völkern, was heißt Solidarität mit Israel?) Bei Bedarf Arbeitsgruppen zu den Aktivitäten in Betrieb, Schule und Hochschule; Frauen-AG und AGs zu Aktionsformen, zu Aktivitäten im Bündnisfall.

14-19 Uhr

Plenumsdiskussion zu den politischen Kernforderungen und Aktionsvorschlägen (gegebenenfalls Beschlußfassung).

Büro des Netzwerk Friedenskooperative nach dem Beschluß des Auswertungstreffens zur Großdemonstration vom 26.1.91, Römerstraße 88, 5300 Bonn 1, Telefon 0228/692904 o. 05, Fax:0228/692906

# 27. Die Nazi-Saddam-Connection Die rechte Szene auf der Seite des Irak

Rubrik: Golfkrieg; Rechtsradikale, Neonazis; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:23

Kuwait ist das Schlesien des Irak, darin ist sich das braune Lager endlich einmal einig, von den rechtskonservativen "Geopolitikern" über alle Vereinigungen der Altnazis und "Neu"-Rechten bis zum antisemitischen "Freiheits-Korps"-Tromm- ler Michael Kühnen.

An der quasi-heiligen Sache, der deutschen Wiedervereinigung, haben sie nicht mal die Rolle eines fünften Rades am Wagen spielen können und auch bei allen letzten Wahlen in deutschen Landen ist ihnen ihre Art des Eintretens für die "Deutsche Sache" nicht gedankt worden.

So blieb der extremen Rechten die Selbstzerfleischung (gefolgt gerade vom Neugründungsfieber um die Rep-Abspaltung "Deutsche Allianz"), faschistische Propaganda und vermehrte Überfälle auf Ausländer und politische Gegner, die gar in mehreren (mutmaßlichen) Totschlägen oder Morden der letzten Zeit endeten.

Nun aber sehen sie die Gelegenheit mitzukämpfen, neu zu "ordnen" oder zumindest sich und ihren Gröfaz Hitler geschichtlich zu entlasten (daß sie nicht einer durchgehenden Logik in der Argumentation folgen, ist ein anderes Problem).

"Völkermord am Golf" schreit die "Deutsche Nationalzeitung" den Amerikanern entgegen. Mit "Deutsche waren, Iraker sind Opfer", propagiert sie auch eine entsprechende Leidensgemeinschaft. So weiß Frey jr., Sohn des DNZ- Chef, aus Schlesien über "Erinnerungen" zu berichten, die die Menschen dort beschlichen, "die alliierten Angriffe auf Bagdad" werden mit "den Terrorbombardements auf Dresden" verglichen. Woraufhin die dem Antisemitismus frönende NPD-Stadtparlamentsfraktion in Frankfurt gleich eine Städtepartnerschaft mit Bagdad fordert. Das rechtsintellektuelle Blatt "Europa vorn" ließ im November den Presseattaché der irakischen Botschaft in Bonn, Alubaidi, über drei Seiten zu Wort kommen. Vergleicht dieser doch die "berechtigte Wiedervereinigung des deutschen Volkes" mit den "Rechten der Araber auf Einheit". Der Exchef der "Freiheitlichen Arbeiterpartei", M. Pape, gibt in seinem "Deutschen Standpunkt" (12/90) zustimmend den amerikanischen Präsidenten über Saddam Hussein wieder, "solch ein Spiel mit Geiseln habe nicht mal Hitler gemacht. Der ist in den USA von den Jesuiten und Juden gewiß als letztes Monster verschrien. Kaum ein anderer Präsident nach dem Krieg hätte auch nur dies sagen können." Im selben Atemzug gibt Pape dem "klugen Kopf" Hussein gute Ratschläge ...

Insgesamt wird über die Sympathien für Husseins Kuwait-Aggression der großdeutsche Anspruch auf Teile Polens propagiert und der Austritt der BRD aus der Nato gefordert. Das Bündnis wird als Fessel für die deutschen Interessen betrachtet. So auch von Harald Neubauer (Ex- NPD, Ex-DNZ, Ex-Zweiter der Rep, nun frischer Chef der DA), der Deutschland immer noch "unter der Kuratel ihrer vormaligen Kriegsgegner" sieht und das Schicksal Kuwaits "mit der Abtrennung Oberschlesiens und Südtirols von ihren Stammländern" vergleicht.

In größeren ordnungspolitischen Zusammenhängen wird von den Kreisen gedacht, die oft fälschlicherweise einer "Neuen" Rechten zugerechnet werden. So findet der Herausgeber der "Staatsbriefe", H. Sander, eine Vereinigung Iraks und Kuwaits "geopolitisch und ethnisch einleuchtend". Sander, der frühere "Welt"-Redakteur und ehemalige Chef der inzwischen mit "Nation Europa" zusammengeschlossenen "Deutsche Monatsblätter", sieht für Hussein die "große Chance, die fremden Einflüsse zu beenden". Der deutsche "Staatsbriefler" ruft die "Völker der westlichen Welt auf, sich von den USA zu trennen", denn die "verfaulende Nachkriegsordnung, die die Erde in einen Augiusstall verwandelt hat" müsse einer "Ordnung konkreter Großmächte, die auf dem Interventionsverbot für raumfremde Mächte fußt" weichen! So setzt Sander darauf, daß "der Irak sich in der jüngsten Golfkrise durchsetzt". (Sept. '90)

In der "Nation und Europa" (das "und" ist neu) heißt es einfacher: "Arabien den Arabern (und dem Islam), Europa den Europäern und ganz Deutschland den Deutschen! Die Türken versammeln sich wieder in der Türkei." (S. auch B.S. in "Blick nach rechts" Februar 91)

Über eine Vertiefung der traditionel- len "deutsch-arabischen Freundschaft" möchten diese Deutschen nicht mehr als "raumfremd" gelten, da sie dann ja "Brüder" sind ...

In diesem Sinne sind auch die Besuche von Emil Schlee, Le Pen, dem britischen "National Front"-Chef Colin Todd, u.a. bei Saddam Hussein zu verstehen (Schlee gehört der Rep-Fraktion im Europaparlament an, ist aber auch Konkurrent seines Parteivorsitzenden). Schönhuber erklärte schon vorher für sie alle an die irakische Adresse, deutsche Soldaten sollten nicht als "Kanonenfutter für Wallstreet" verheizt werden.

Auf zu Taten?

"Raumfremde Mächte" haben die neu-alten Nazis schon klar ausgemacht: Israel. Von Kühnens wiederbelebter "Anti-Zionistischen Aktion" wird der Krieg zum "Befreiungskrieg der Palästinenser" erhoben. Hiermit geht "Kommandant Kühnen" kaum einen Schritt weiter als die DNZ, die Alarm schlägt: "Noch mahnt der Volkswille: kein deutsches Blut für Amerika und Israel!" (1.2.91) In derselben Ausgabe des Frey-Blatts wird unkommentiert, unter einem Bild des betenden Saddam Hussein, dessen Botschaft zum Kriegsbeginn wiedergegeben. U.a. heißt es darin: "Mit dem Beginn der Konfrontation und dem Widerstand der Gläubigen rückt der Tag des Heils der arabischen Nation näher, der Tag, an dem die auf der Verderbnis gebauten Throne der Verräter (gemeint sind die mit den USA verbündeten arabischen Herrscher; Anm. des Verf.) fallen werden, wenn der Willen des Satans im Weißen und der des Wespennestes von Kriminellen in Tel Aviv zerschlagen sein wird.

Das teure Palästina und seine geduldigen und kämpfenden Söhne werden befreit, Golan und Libanon werden befreit, die Araber werden auf ihrem Boden frei sein und die Völker werden überall dort, wo sie unterdrückt worden waren, frei sein. Gott ist groß, Gott ist groß, Gott ist groß."

Muß über S. Hussein, der nur mühsam verbirgt, daß er die Freiheit der arabischen "Nation" über den Gräbern der Israelis errichten will, noch gesagt werden, daß er ein Verehrer Hitlers ist und daß dessen "Mein Kampf" in Irak höchste Auflagen erreichte?!

Unter S. Husseins "Hilferuf an die arabische Nation" - so die DNZ - ,plazierte sie eine Eigenwerbung: "National-Zeitung, das Gewissen der Nation".

Einen Alptraum haben Kühnen und Co.: Ein Vernichtungsfeldzug gegen das jüdische Volk wird ausgerufen und sie sind nicht dabei. Kühnens "Gesinnungsgemeinschaft" und seine antisemitische Aktionstruppe ruft "Freiwillige" unter ihre und Husseins Fahne.

Auf Flugblättern der "AZA" (unterzeichnet von einer Ingrid Weckert aus München), die bislang zumeist wohl in Oberfranken auftauchten, heißt es: "Sterben für Amerika? Zahlen für Amerika? Zionistischen Interessen dienen? - Nein!" Der irakische Staatschef wird zum "Kämpfer für arabische Freiheit und Unabhängigkeit von zionistischen Machtansprüchen" erklärt, dem Kühnen nun sein "internationales Freiheits-Korps" an die Seite stellen will. Auf einer vom Hessischen Rundfunk gefilmten Versammlung bei Frankfurt/Main Ende Januar erklärte er, der harte Kern des Korps von 150 Mann sei deutsch und verstünde den gegenwärtigen Golfkrieg als "Befreiungskrieg der Palästinenser". "Schon über 500 Freiwillige aus verschiedenen Ländern, darunter auch Deutschland, USA, Niederlande und Frankreich" seien beisammen, um "den US-Imperialismus zu bekämpfen". Ein enges Bündnis strebten seine NS-Krieger zwischen arabischen und europäischen Nationalisten an. Jetzt schon befänden sich u.a. ehemalige Angehörige der Bundeswehr, von Söldnertruppen, die im Ausland gekämpft hätten und der Nationalen Volksarmee der Ex- DDR im Korps. Eine Einschränkung nahm Kühnen jedoch vor, nachdem er sein Vorhaben vermutlich mit der irakischen Botschaft in Bonn abgesprochen hatte: Die Truppe verstünde sich "nicht so sehr als Kämpfer", sondern zur "propagandistischen Unterstützung" befähigt, was u.a. wohl dazu dienen soll, nicht sofort auf das Verbot des Werbens für eine fremde Armee aufzulaufen. Auszuschließen ist auch nicht, daß die Bande ihre Mäuler anfangs zu voll genommen hat.

Gerade die bayerische Polizei schickt sich nun an, gegen die Nazi-Söldner zu "ermitteln". In den vielen Wochen (oder gar Monaten?) des Organisierens der NSler für ihr Unternehmen haben bundesdeutsche Behörden jedenfalls nichts vorgewiesen, um dem Treiben Einhalt zu gebieten. Jedem Eierdieb passiert in diesen Breiten häufig mehr als den Nazis.

Ob Antifaschisten in der BRD dem Fascho-Korps Knüppel zwischen die Beine zu werfen vermögen, darf (leider!) bezweifelt werden. So besteht die Möglichkeit, daß die Nazibande in Nah- und Mittelost gezielt oder durch die "Wirren des Krieges" ihr Ende findet. Es ist anzunehmen, daß "Führer Kühnen" genau davor Angst

hat, einen Kern seiner Truppe dort zu verlieren und ihm zudem Erfahrungen und Urteile des K.H. Hoffmann, eines ehemaligen Lehrmeisters der NS-Szene, zu denken geben.

Wir müssen uns zumindest darauf einstellen, daß Kühnen, eventuell auch in "Beratungen" mit dem Staatsschutz, seine Pläne "modifiziert".

1980 wurde die "Wehrsportgruppe Hoffmann" verboten, nachdem sie sich über Jahre hinweg zur damals gefährlichsten Neonazivereinigung der BRD hatte entwickeln können. Das Verbot (30.1.80) wurde erst ausgesprochen als "Wehrsport"-Übungen inzwischen Selbstläufer unter den Neonazis geworden waren und neue Organisationsstrukturen schon entstanden.

Hoffmann war nach dem WSG-Verbot durch den rechtsextremen, mutmaßlichen VS- und Stasispitzel Udo Albrecht (1) über das Verschieben alter Bundeswehrfahrzeuge mit der palästinensischen Al Fatah im Libanon in Verbindung gebracht worden.

Trotz Verbot und der Verantwortung und Verwicklung etlicher WSGler, einschließlich Hoffmanns selbst, konnte dieser die "WSG-Ausland" im Libanon mit ca. einem Dutzend "Kämpfern" unter Fatah-Obhut unterhalten, ohne je dafür vor den Kadi gezogen zu werden. Dafür brachte die Justiz ein besonderes Konstrukt hervor: die "WSG-Ausland" wurde als alleinig im Libanon existierend sowie als eigenständige Truppe Hoffmanns "erkannt", so daß bundesdeutsche Gesetze, wie Verstoß gegen das Vereinsgesetz und Werbung für eine fremde Armee, keine Anwendung finden konnten ...

Die Hoffmannsche WSG hat also mehrere Vorbild- und Lehrfunktionen für Kühnen und Co.

Hoffmann hat über die Zeit vom Januar 1980 bis zu seiner Verhaftung am 16.6.81 einen antisemitischen "Roman" geschrieben. In "Verrat und Treue" (Themis Verlag, fast 800 Seiten) zeigt er sich besonders über die harten NSler der Truppe maßlos ent- und getäuscht. Sein Machwerk ist u.a. eine Hymne auf ihn, den "Chef" selbst, der sich quasi als einziger weiser und guter Mensch unter lauter Folterern, Mördern, Verrätern, Deppen u.ä. hatte durchbeißen müssen...

Die Erfahrungen mit sich "antiimperialistisch" oder propalästinensisch gebenden Nazis ist mit dem WSG-Kapitel jedoch noch nicht zu Ende gegangen.

Unter der Führung von Ottfried Hepp, einem der "Harten" aus Hoffmanns Libanonkriege, bildete sich 1982 im Rhein- Main-Gebiet eine spezielle Bande (u.a. mit den damaligen Neonazigrößen Kexel und Blasche). Sie gaben vor, "Abschied vom Hitlerismus" genommen zu haben und den "Kampf gegen die US-Besatzer in Deutschland" zu führen. Nach mehreren Banküberfällen und gelegten Bomben in Fahrzeugen amerikanischer Soldaten wurde die Truppe ausgehoben und z.T. zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Hepp selber war frühzeitig abgetaucht und konnte sich der PLO-Gruppe PLF anschließen (2). Als er später in Frankfurt/M. vor Gericht stand, bastelten alle Beteiligten an einer Legende: Mit dem Neonazismus hätten sie nur noch wenig bis gar nichts mehr zu tun gehabt, sie hätten einfach kriminell, ja z.T. gar anarchistisch gehandelt. Fragen nach Verbindungen in die NS-Szene unterblieben weitgehend. Der Prozeß wurde entpolitisiert.

Wenn nun aber der hessische CDU-Innenminister Nassauer am 12.1.91 vor den Gefahren einer Zusammenarbeit von "linksextremistischen Palästinensergruppen" mit hiesigen Nazis warnte, so ist das eine bewußte und immense Verdrehung. So etwas soll dazu dienen, weiterer Hetze gegen Araber Vorschub zu leisten sowie über die praktische Nichtverfolgung vieler Neonazistraftaten den Mantel des Vergessens zu decken. (3)

Ein Antifagenosse aus Frankfurt/M.

Anmerkungen:

1) Albrecht gilt noch als in Osteuropa oder Nahost untergetaucht

2) Die relativ kleine PLF unter Abul Abbas ist jene Gruppe, die 1985 das Schiff "Achille Lauro" entführte. Gerade sind daran Beteiligte aus italienischer Haft entlassen worden, taz 7.2.91

3) Die neueste rechte Parole an der Uni Frankfurt/M. lautet: Kuwait dem Irak, Palästina den Palästinensern, Deutschland den Deutschen"

Zu allem, was die WSG-Hoffmann betrifft, finden sich vorzügliche Artikel in damaligen Aks!

# 28. Die NATO - Militärpakt mit Zukunft

Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:03

Am 15.10.1990 erschien im "Spiegel" ein Artikel mit der Überschrift: "Geschenk des Himmels", und im Text wurde auf diese Überschrift folgendermaßen bezug genommen: "Die Krise am Golf gilt manchen Strategen in der Brüsseler NATO-Zentrale gleichwohl als ein ‚Geschenk des Himmels`", spottet ein deutscher NATO-Diplomat. Nach dem Verlust des bisherigen Feindbildes komme den Soldaten der Konflikt am Rande des NATO- Vertragsgebiets "wie gerufen`, um auch künftig ihre Existenz zu begründen." (1). In der Titelgeschichte der jüngsten "Spiegel"-Ausgabe vom Januar 1991 wird dieser Gedanke wieder aufgegriffen: "Die Westallianz, noch vor Monaten in ihrem Bestand gefährdet, weil das Feindbild abhanden kam, hat mit dem Golfkrieg wieder Konjunktur bekommen. Die neue Bedrohung kommt von unberechenbaren Potentaten aus dem Süden". (2) Die "Gefahr", daß nach dem Feindbild auch die "Westallianz" "abhanden" kommen könnte, ist mithin gebannt - die NATO wird der Welt erhalten bleiben, und sie macht sich - wie im folgenden gezeigt werden soll - auf zu neuen Ufern.

Die NATO wird sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht auflösen. Zwar wurde ihre Daseinsberechtigung in den letzten Jahrzehnten primär aus der angeblichen militärischen "Bedrohung aus dem Osten" hergeleitet, also aus der Notwendigkeit, gegen das von der UdSSR geführte Lager des "real existierenden Sozialismus", das in Gestalt der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) als Militärpakt organisiert war, militärische Vorsorge (Abschreckung und gesicherte Verteidigungsfähigkeit) zu organisieren, wurden der UdSSR/WVO doch gegen das Lager des "freien Westens" gerichtete aggressive Absichten - oder zumindest die Fähigkeit zur militärischen Aggression - unterstellt. Gegenwärtig zeigt sich, daß die NATO nicht daran denkt, nach dem Zerfall des "realsozialistischen" Lagers und seiner Militärorganisation WVO und nach dem offensichtlichen Fortfall einer "Bedrohung aus dem Osten" sich ihrerseits selbst infrage zu stellen. Im Gegenteil: gestärkt aus dem Ende des Ost-West-Konflikts hervorgehend, bereitet sie sich auf neue Aufgaben vor. Nicht Selbstliquidation, sondern Reorganisation und Neuorientierung stehen auf der Tagesordnung etablierter NATO-Politik.

Es lassen sich zwei Ereignisse des Sommers 1990 anführen, die den Abschluß einer Epoche des NATO-Wirkens - nämlich der Epoche der auch militärischen Ausformung des Ost-West-Systemkonflikts - und den Beginn einer neuen Epoche markieren: die Kaukasus-Übereinkunft Kohls mit Gorbatschow vom 16.7.1990 über die Vollmitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO und die NATO-Gipfelkonferenz vom 5./6.7.1990 in London.

Mit der Kohl-Gorbatschow-Übereinkunft hat der Westen seine Positionen in der Frage des Bündnis-Status eines vereinten Deutschlands vollständig durchsetzen können. Im Kaukasus erreichte Kohl die Zusicherung Gorbatschows, daß das neue große Deutschland NATO-Mitglied ohne Einschränkungen würde sein können (3). (Das war mehr, als westlicherseits ursprünglich für möglich gehalten worden war: zu Beginn des deutschen Vereinigungsprozesses hatte man noch eine NATO-Mitgliedschaft Deutschlands ohne militärische Integration des DDR-Gebiets für das Höchste des Erreichbaren und auch für durchaus akzeptabel gehalten). Dieses Ergebnis wurde dann völkerrechtlich verbindlich im 4-plus-2-Vertrag festgeschrieben. Artikel 6 dieses Vertrags formuliert das "Recht des vereinten Deutschlands, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören". (4) Nach Lage der Dinge sind diese "Bündnisse" NATO und WEU. Ferner ermöglichten die Kohl-Gorbatschow-Übereinkunft und der 4-plus-2- Vertrag, daß Einheiten der Bundeswehr, die nicht in NATO-Strukturen integriert sind, sofort nach der Vereinigung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und in Berlin stationiert werden konnten und daß nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR - also spätestens in drei bis vier Jahren - die NATO-Integration auf dieses Gebiet ausgedehnt werden kann. Schon heute sind die Bundeswehrverbände im Osten Deutschlands als Streitkräfte eines NATO- Staates auch voll an NATO-Planungen angepaßt, und seit dem Beitritt der DDR zur BRD gelten die Beistandsverpflichtungen des Nordatlantikvertrags und des WEU- Vertragswerks selbstverständlich auch für das ehemalige DDR-Gebiet. Die NATO hat sich mithin nach Osten ausgedehnt, ohne daß sie einen Schuß hat abfeuern müssen. Dieser Zugewinn stärkt die NATO und die Position Deutschlands in der NATO. Auf der anderen Seite hat die UdSSR ihren Verzicht auf eine militärpolitische Abstützung ihrer Interessen in Europa mit ihrem Nachgeben in der Frage der NATO-Vollmitgliedschaft Deutschlands und mit der Zulassung des faktischen Zerfalls der WVO dokumentiert. Die UdSSR zieht sich militärisch vollständig aus den von ihr

ehemals dominierten osteuropäischen Vorfeldstaaten zurück und entläßt sie aus der Zwangsgemeinschaft WVO. Der Wechsel einzelner ehemaliger WVO-Mitgliedstaaten zur NATO und damit einhergehend eine weitere Vorverschiebung der NATO nach Osten sind für die nahe Zukunft nicht auszuschließen. Mit der Vereinigung Deutschlands im Rahmen des westlichen Allianzsystems, mit dem Verschwinden der WVO und mit dem militärischen Rückzug der UdSSR hinter ihre eigenen Grenzen hat die NATO alle wesentlichen selbstgesteckten Ziele aus der Ära der Ost-West-Konfrontation erreicht.

Die Londoner Erklärung der NATO- Gipfelkonferenz vom Juli 1990 feierte die NATO als "das erfolgreichste Verteidigungsbündnis der Geschichte" und machte unzweideutig klar, daß auch weiterhin nicht auf die NATO verzichtet werden könne (5). Denn auch wenn man in der Erklärung den Ländern Mittel- und Osteuropas "die Hand zur Freundschaft" reichte und den WVO-Mitgliedern eine gemeinsame Erklärung vorschlug, mit der feierlich bekundet werden sollte, "daß wir uns nicht länger als Gegner betrachten", so hielt man andererseits doch daran fest, daß die NATO "auch künftig die gemeinsame Verteidigung gewährleisten" und "am Bau der Strukturen eines einigeren Kontinents mitwirken" müsse. Seither wird von NATO-Seite intensiv an einer Reorganisation und Neuorientierung des Militärpakts gearbeitet, womit die NATO legitimiert werden soll als eine auch in der Ära nach dem Ost-West-Konflikt notwendige Organisation und womit ihre Strukturen, Politiken, Doktrin und Strategie an die neuen weltpolitischen Verhältnisse angepaßt werden sollen.

Konkret wird z.Z. in der Brüsseler NATO-Zentrale auf drei Planungsebenen daran gearbeitet, die operativen Vorgaben der Londoner Erklärung umzusetzen:

- der ständige NATO-Rat befaßt sich mit Grundsatzfragen, insbesondere der künftigen "raison d'^etre" des Militärpakts;

- eine high-level-group (die "Legge-Group") von Diplomaten und Soldaten arbeitet an einem neuen strategischen Konzept der NATO;

- und in einer militärischen Arbeitsgruppe in Verantwortung des Militärausschusses schließlich werden spezifische Beiträge zu einzelnen Fragen des neuen NATO-Konzepts erarbeitet. Erste Ergebnisse dieser Arbeiten und erste politische Entscheidungen hierüber sind für die Frühjahrstagungen 1991 der NATO-Gremien zu erwarten (6).

Es zeichnet sich ab, daß die NATO auch weiterhin ihre Existenz mit der Notwendigkeit der militärischen Vorsorge gegen äußere Bedrohungen (oder - wie es jetzt vornehmer heißt - Risiken) rechtfertigen wird. Dabei scheint man sich insbesondere auf drei Risikofaktoren zu konzentrieren: 1. Die UdSSR; 2. Instabilitäten in (Süd-)Osteuropa; 3. Risiken aus dem Süden (7).

Zu 1.: Die UdSSR wird weiterhin als Risikofaktor dargestellt, und zwar mit unterschiedlichen Begründungen: einmal als militärische Großmacht, die sie aufgrund ihres Nuklearstatus und der zahlenmäßigen Größe ihrer Streitkräfte nun einmal nach wie vor sei - zudem könne ein Scheitern Gorbatschows und seines Reformkurses nicht ausgeschlossen werden und womöglich könne es gar zur Errichtung einer nach außen wieder aggressiver auftretenden Militärdiktatur kommen; zum anderen als instabiles Gebilde, das aufgrund innerer Widersprüche auseinanderzubrechen drohe, was neue Gefahren heraufbeschwöre.

Zu 2.: Instabilitäten in Ost- und Südosteuropa aufgrund von Nationalitäten-und anderen Konflikten mit unkalkulierbarem gewaltträchtigem Potential würden ebenfalls zu neuen Risikoquellen für den Westen werden - wie man etwa am Falle Jugoslawiens sehen könne; die NATO müsse sich folglich als Ordnungsmacht für ganz Europa bereithalten.

Zu 3.: Schließlich erwachsen angeblich neue Bedrohungen aus dem Süden, gegen die man militärisch gewappnet sein müsse. Stichworte, die in diesem Zusammenhang in jüngster Zeit immer wieder fallen, sind: islamischer Fundamentalismus, Gaddafi, Saddam Hussein u.a. "verrückte" Diktatoren aus der Dritten Welt, Drogen, Terrorismus, umfassende Migrationsbewegungen von Süd nach Nord. Es zeichnet sich ab, daß die bisherige Südflanke der NATO zur neuen Zentralfront in der Nord-Süd-Auseinandersetzung wird. In diesem Zusammenhang kamen Golfkrise und -krieg dem NATO-Establishment wie gerufen. Sie sind willkommener Anlaß, die Notwendigkeit der Beibehaltung des Militärpaktes zu beschwören und die Ausweitung seiner Aufgabenstellung auch auf die Dritte Welt zu propagieren. Offen wird z.Z. wieder die Aufhebung der

geographischen Beschränkung des NATO-Vertragsgebiets gefordert - eine entsprechende Diskussion im Gefolge des Golfkriegs steht an. (8)

Der veränderten Lage mit den neuen "Bedrohungen" aus dem Süden und den Instabilitäten in (Süd-)Osteuropa wird die NATO ihre militärischen Instrumente, ihre "posture" (Doktrin, Streitkräfte, Beschaffungsvorhaben) anpassen. Das wird wohl auch bedeuten: Reduzierung von mittlerweile dysfunktionalen Potentialen an der ehemaligen Zentralfront zugunsten des Aufbaus kleinerer hochmobiler feuerkräftiger (multinationaler) Verbände als flexibel einsetzbare Instrumente für "Eventualfälle" verschiedenster Art an verschiedensten Orten. In der bereits erwähnten Londoner Erklärung des NATO-Gipfels vom Juli 1990 heißt es: "Das Bündnis wird über kleinere und umstrukturierte aktive Streitkräfte verfügen. Diese Streitkräfte werden hochmobil und anpassungsfähig sein, so daß den Verantwortlichen der Allianz bei der Entscheidung über die Reaktion auf eine Krise ein Höchstmaß an Flexibilität gegeben ist." (9) Und das wird ferner bedeuten: Veränderung der Militärstrategie, insbesondere Aufgabe der "Vorneverteidigung", stattdessen Einsatzplanungen nach dem Motto: "Überall ist vorn". Eine solche Veränderung wird ebenfalls in der Londoner Erklärung angekündigt, wobei auf die Präsenz US-amerikanischer Streitkräfte in Europa sowie auf die Bereithaltung von Nuklearwaffen auch in Europa und damit auf die Fähigkeit zur nuklearen Abschreckung inklusive der Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen keineswegs verzichtet werden soll.

"Europäisierung" der NATO

Neben der Beibehaltung ihrer - in wesentlichen Elementen neubestimmten - militärischen Funktionen wird die NATO sich künftig wohl verstärkt der politischen Aufgabe der Reorganisation des transatlantischen Verhältnisses widmen. (Nur) so - bezogen auf die Binnenstrukturen - ist die in der etablierten Politik in letzter Zeit immer wiederkehrende Rede davon, daß die NATO von einem militärischen zu einem mehr politischen Bündnis werden müsse, zu verstehen. Die NATO wird sich verstärkt zur Institution der Abgleichung von Interessen über den Atlantik hin ausbilden.

Dabei sehen die USA die NATO weiterhin als zentrale Institution für amerikanische Einflußnahme auf europäische Sicherheitsfragen an; eine gewisse "Europäisierung" der NATO im Sinne einer "gerechteren Lastenteilung" (sprich: einer Lastenteilung, die den Europäern mehr aufbürdet als bisher) zwischen USA und NATO-Europa würde von den USA zweifelsohne begrüßt (solange sie nicht zur Minimierung des US-Einflusses führt).

Die NATO-Europäer hingegen werden aus der Übernahme von mehr Lasten und Pflichten auch mehr Rechte und Mitentscheidungsmöglichkeiten ableiten wollen.

Wenn also von beiden Seiten in naher Zukunft wohl die seit Jahren beschworene "Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz" und die Herstellung der "Gleichgewichtigkeit" und "Gleichberechtigung" der nordamerikanischen und europäischen Bündnis-Komponente zügiger als bisher realisiert werden wird, so stehen dahinter z.T. doch divergierende Interessen, die ausbalanciert und gegeneinander abgeglichen werden müssen. Insofern steht etablierte NATO-Politik vor der Aufgabe, eine neue transatlantische "Geschäftsgrundlage", einen neuen allianzpolitischen Konsens, d.h. neue Bewegungsformen für die Austragung innerwestlicher Konflikte zu finden und zu organisieren. Vorschläge zur Reorganisation des westlichen Allianzsystems haben daher gegenwärtig Konjunktur und werden für die "NATO-Innenpolitik" der nahen Zukunft eine große Rolle spielen.

Sicher scheint, daß die Entwicklung auf eine stärkere Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik zuläuft. Damit ist eine Verstärkung des westeuropäischen Elements im Rahmen des westlichen Allianzsystems gemeint, die Übernahme neuer Aufgaben durch die westeuropäischen Staaten in diesem System, die Intensivierung der militärischen und sicherheitspolitischen (parallel zur wirtschaftlichen) Integration der westeuropäischen Staaten einerseits und die Entwicklung einer relativ größeren Eigenständigkeit gegenüber den USA andererseits, kurz: die Herausbildung einer eigenen sicherheits- und militärpolitischen (west-)"europäischen Identität".

Der "europäische Pfeiler" des westlichen Allianzsystems soll perspektivisch die Gestalt einer Europäischen Sicherheits- / Verteidigungsunion bekommen, womit die Europäischen Gemeinschaften dann auch sicherheits- und militärpolitisch komplettiert würden (in der Erklärung des Londoner NATO-Gipfels heißt es: "Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer politischen Union, einschließlich des Entstehens einer europäischen

Identität im Bereich der Sicherheit". (10)) Auch die reaktivierte WEU wird in diesem Kontext auf spezifischen Aufgabenfeldern - insbesondere "out of area", außerhalb des NATO-Vertragsgebiets in der Dritten Welt - zumindest für eine Übergangszeit (als militärischer und militärpolitischer Arm der EG bis zur Herausbildung einer Europäischen Sicherheitsunion) eine größere Rolle spielen - wie das intensive WEU-Engagement in Golfkrise und -krieg bereits gezeigt hat.

Die NATO - Ordnungsmacht mit Zukunft

Gegenüber dieser intensivierten westeuropäischen sicherheitspolitischen Kooperation und gegenüber einer aufgewerteten und reorganisierten NATO werden gesamteuropäische Ansätze zur Schaffung umfassender europäischer Sicherheitsstrukturen und einer neuen gesamteuropäischen Friedensordnung ins Hintertreffen geraten. Das friedenspolitisch traurige Schicksal des KSZE-Prozesses in den letzten Monaten kann als Beleg dafür gelten. Hoffnungen, die KSZE zu einer gesamteuropäischen Sicherheits- und Friedensstruktur fortzuentwickeln, die das Blocksystem in Europa - also WVO und NATO - ersetzt, haben sich nicht erfüllt, weil der Westen das offensichtlich nicht wollte. Der Pariser KSZE-Gipfel vom November 1990 ist nicht über die äußerst bescheidenen Vorschläge der NATO-Erklärung vom Juli 1990 zur Institutionalisierung und Stärkung der KSZE hinausgegangen (11). Etablierte westliche Politik weist der KSZE nach wie vor nur eine der NATO und der EG nachgeordnete Rolle in Europa zu. Die KSZE wird - wie die Sprachregelung offizieller westlicher Politik lautet - lediglich als "komplementär" zur NATO verstanden; sie könne diese aber keinesfalls ersetzen. Nicht die KSZE, sondern die (stärker "europäisierte" - s.o.) NATO solle Kern eines künftigen europäischen Sicherheitssystems werden. Die ehemaligen nichtsowjetischen WVO-Staaten sowie die neutralen europäischen Staaten müßten sich um diesen Kern herumgruppieren. Osteuropa würde so vom Glacis der UdSSR zum Glacis der NATO - und die nach Osten vorgeschobene NATO wird zu der ganz Europa sicherheits- und militärpolitisch dominierenden Ordnungsmacht.

Solange aber der Militärpakt NATO, der weiterhin militärisch abgestützte Machtpolitik betreiben wird, Hauptbezugspunkt von Sicherheitspolitik bleibt - und die KSZE lediglich als Appendix dieses Militärpakts geduldet wird -, wird man einer wirklichen europäischen Friedensordnung nicht näher kommen. Eine schwache KSZE als Appendix einer starken ("europäisierten") NATO und einer starken (sicherheits- und militärpolitisch komplettierten) EG - das aber wird voraussichtlich die Realität sein, mit der sich Friedenspolitik in den letzten Jahren dieses Jahrtausends in Europa wird auseinandersetzen müssen.

Die Ausgangslage der NATO zu Beginn der Post-Ost-West-Konflikt-Ära läßt sich mithin wie folgt zusammenfassen: Die NATO bleibt - in stärker "europäisierter" Gestalt - erhalten und wird reorganisiert

- als Institution der Abgleichung von sicherheitspolitischen Interessen zwischen den Verbündeten diesseits und jenseits des Atlantik,

- als Ordnungsmacht für Europa, insbesondere um "nötigenfalls" in Ost- und Südosteuropa für "Ordnung" zu sorgen,

- und als militärisches Droh- und Einsatzinstrument gegen die Völker des Südens.

Ein solches Ergebnis hatte die Friedensbewegung nicht im Sinn, als sie in den 80er Jahren für die "Überwindung der Blockkonfrontation" in Europa eintrat. Nun ist zwar die "Blockkonfrontation" in Europa überwunden, weil der eine Block zusammengebrochen ist, aber dem Frieden sind wir dadurch nicht näher gekommen - wie gerade der gegenwärtig tobende Golfkrieg in aller Deutlichkeit zeigt. Die Friedensbewegung wird sich neuen Aufgaben stellen müssen - und sie täte gut daran, sich dabei klarer als früher auch als Anti-NATO-Bewegung zu begreifen und zu äußern.

Vo

Anmerkungen:

1) Der Spiegel, 15.10.1990, S. 27.

2) Der Spiegel, 28.1.1990, S. 23.

3) Vgl. Die acht Punkte der Übereinkunft Kohls mit Gorbatschow, FAZ vom 17.7.1990.

4) Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, zit. n. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; Bulletin Nr. 109, 14.9.1990, S. 1155.

5) Londoner Erklärung, zit. n. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin Nr. 90, 10.7.1990, S. 777, die folgenden Zitate im Text ebd.

6) Vgl. Hallerbach, Rolf: Suche nach einer neuen Strategie. Die NATO-Politik des beschützten Friedens, in: Europäische Wehrkunde/WWR, 39. Jg., 1990, H.12, S. 694-697.

7) Vgl. zum folgenden den äußerst aufschlußreichen Beitrag Enders, Thomas: Militärische Herausforderungen Europas in den neunziger Jahren, in: Europa-Archiv, 45. Jg., 1990, H.10, S. 321- 329, der in einer sehr frühen Phase der NATO-Neuorientierung bereits umfassend und relativ detailliert die Rechtfertigungen für den NATO-Erhalt nach dem Sieg im Ost-West-Konflikt und die neuen Aufgaben für die NATO formulierte.

8) Der NATO-Oberbefehlshaber Europa J. Galvin eröffnete diese Diskussion mit entsprechenden Bemerkungen in einem "Spiegel"-Interview im September 1990, s. Der Spiegel, 10.9.1990, insbesondere S. 162.

9) Londoner Erklärung, a.a.O., S. 778.

10) Ebd., S. 777.

11) Mensch vgl. die Vorschläge in der Londoner Erklärung, a.a.O., S. 779 und die Ergebnisse des KSZE-Gipfels vom November 1990: Charta von Paris für ein neues Europa. Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; Bulletin Nr. 137, 24.11.1990, S. 1409-1421, insbesondere S. 1414 und S. 1416f.

# 29. Wo bitte ist der Ausweg? Gorbatschows Versuch, die Einheit der UdSSR mit allen Mitteln zu wahren

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:42

Die Auseinandersetzung in der UdSSR um den Status der Republiken wird immer härter. So intervenierten in den ersten Januartagen Truppen des Innenministeriums in Litauen und Lettland, um die baltischen Republiken zur Räson, zurück zur Union zu bringen. Gorbatschow will von diesem Einsatz, bei dem es zahlreiche Tote und Verletzte gab, nichts gewußt haben. Gleichzeitig haben fast alle ehemaligen Mitstreiter in Sachen Glasnost und Perestroika den Präsidenten verlassen. An ihre Stelle traten Leute aus dem Apparat, die für ihre traditionelle Auffassung bekannt sind. Die Nachrichtenagentur TASS berichtet in einer Art und Weise über die Ereignisse, wie sie seit dem Antritt von Gorbatschow kaum noch zu hören war. Derweil bilden sich landauf, landab sogenannte Komitees zur nationalen Rettung, bereit - wie in Litauen - nach der Macht zu greifen. Dem Militär soll damit Gelegenheit gegeben werden, gegen die renitenten Republiken vorzugehen. Und Gorbatschow? Er verteidigt den Einsatz und fordert von den Republiken, auf keinen Fall die Union zu verlassen, da dann ein Bürgerkrieg drohe. Quo vadis UdSSR?

Die Ereignisse in Vilnius und Riga, den Hauptstädten Litauens und Lettlands, werfen dunkle Schatten auf Präsident Gorbatschow. Er, der mit den Anspruch angetreten war, die UdSSR in einen modernen, demokratischen und sozialistischen Staat umzuwandeln, greift auf die Mittel traditioneller Machterhaltung zurück, um den Erhalt der UdSSR zu sichern. Gleichzeitig ist nach wie vor vom Ausbau der Perestroika und der Umgestaltung der Gesellschaft die Rede. Doch wie das angesichts einer Regierungsmannschaft, die ausschließlich aus Apparatschiks besteht, geschehen soll, wird immer unklarer. Durch die Ereignisse in den Ostseerepubliken hat Gorbatschow wahrscheinlich den Rest an Vertrauen in seinem Land verloren. Aber auch die Staaten des Westens äußern zunehmend Kritik und Warnungen. Allerdings vermeiden sie eine offene Distanzierung, da alle eine nachhaltige Destabilisierung der UdSSR fürchten. Doch betrachten wir die Dinge noch einmal der Reihe nach.

Absehbare Eskalation

Die Auseinandersetzung mit den baltischen Republiken hat mit dem letzten Herbst eine Zuspitzung erfahren, die einen Militäreinsatz befürchten ließ. Bereits am 13. November letzten Jahres warnte Gorbatschow: "Jeder Versuch einer Trennung von Völkern, die jahrhundertelang Seite an Seite gelebt haben, könnte mit einem Blutbad enden." Diese Worte stießen bei den Zuhörern, 1.100 Militäroffiziere, auf offene Ohren und lebhaften Beifall. Der engste Militärberater Gorbatschows, Marschall Achromejew, erklärte tags darauf, daß ein Eingreifen der Streitkräfte zur Sicherung des Zusammenhalts der Sowjetunion nicht länger ausgeschlossen werden könne. Am gleichen Tag wurde der bisherige Chef der Nachrichtenagentur TASS, Krawtschenko, zum Chef für das sowjetische Fernsehen ernannt. Seitdem ähnelt die sowjetische Nachrichtensendung "Wremja" wieder den frühen achtziger Jahren: Unter der Überschrift "TASS teilt mit" werden von den Sprechern der Sendung die politisch gewünschten Nachrichten verbreitet. Die Ernennung Krawtschenkos ist von allen reformfreudigen Medien kritisiert worden und als Schritt in Richtung bekannter Verdunkelung der Gesellschaft charakterisiert worden. Angesichts dieser Maßnahmen treten bekannte Traditionalisten und Konservative immer offener auf.

Am 17.11.1990 forderte Oberstleutnant Alksnis den Präsidenten heraus: "In jedem anderen politischen System werden Führer ersetzt, die nichts zum Besseren zu wenden verstehen oder gar offenkundig Fehler machen." In der reformfeindlichen "Sowjetskaja Rossija" verlangte er, daß diese Regel auch endlich in der Sowjetunion angewendet werden müsse. Alksnis ist für seine großrussischen Ambitionen bekannt, er steht im Kongreß der Volksdeputierten der konservativen Sojus-Fraktion vor und wird häufig als "schwarzer Obrist" bezeichnet.

Gorbatschow wurde am 26.11.90 vom Kongreß mit Befugnissen ausgestattet, die ihn zum mächtigsten Mann der UdSSR machen. Er ist jetzt Staatspräsident, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Generalsekretär der KPdSU, und er hat die Oberaufsicht über die Regierung. Boris Jelzin warnte noch in der gleichen Sitzung vor einem Rückfall in diktatorische Verhältnisse. Verteidigungsminister Marschall Jasow trat am nächsten Tag vor die Fernsehkameras und erklärte "im Namen des Präsidenten", daß "Ehre und Würde der Offiziere und Soldaten notfalls mit militärischer Gewalt verteidigt würden." Jasow, der erst kurz vorher zum Marschall

befördert worden war, begründete diese Warnung: "Durch rechtswidrige Handlungen in einer Reihe von Unionsrepubliken sei die Verteidigungsfähigkeit des Landes gefährdet." Er spielte damit auf die Ankündigungen der baltischen und der transkaukasischen Republiken an, eigene Militäreinheiten aufstellen zu wollen. Aber auch die übrigen Republiken sind gemeint, die fordern, daß die Wehrpflichtigen ihres Landes nur noch in den jeweiligen Staaten Dienst leisten müssen.

Der damals noch amtierende Ministerpräsident Ryschkow versicherte bei einem Besuch von Rüstungsbetrieben, daß es "eine Verringerung des militärisch-industriellen Komplexes nicht geben" werde, solange er im Amt sei. Nach einer schweren Herzattacke wurde er zwar vom bisherigen Finanzminister Pawlow abgelöst, was aber keineswegs das Ende der Ryschkowschen Zusicherung bedeutet, da Pawlow ebenso aus dem Apparat stammt wie Ryschkow selbst.

Anfang Dezember startete die Sojus-Fraktion des Kongresses - unter der Führung der "schwarzen Obristen" Alksnis und Petruschenko - einen Angriff auf den als liberal geltenden Innenminister Bakatin. Sie forderten seinen Rücktritt, da er zu nachsichtig mit den aufsässigen Republiken umgehe. Gorbatschow entsprach dieser Forderung: Bakatin wurde am 2.12.90 durch den Letten Pugo ersetzt, der eine lupenreine Apparat- und insbesondere KGB-Karriere hinter sich hat. Entscheidender ist jedoch die Ernennung eines aktiven Generals, der konkrete Kampferfahrung hat, zum stellvertretenden Innenminister. Mit dem ehemaligen Befehlshaber der sowjetischen Truppen in Afghanistan und jetzigen Chef des Militärbezirks Kiew, General Gromow, wird die Position des Militärs bei der Ausrichtung der Politik gestärkt. Die Militarisierung der Gesellschaft schreitet voran.

Auch der Präsident selber schlug im Dezember schärfere Töne gegenüber den Republiken an: "Es gibt heute im Land keine größere Gefahr als den extremistischen Erznationalismus." Auf der Sitzung des ZK der KPdSU am 10.12.90 wurde deutlich, daß Gorbatschow wenig Verständnis für die Unabhängigkeitsbestrebungen der fünfzehn Republiken hat. Er betonte statt dessen, daß es niemandem gelingen werde, "einen Schatten auf die enormen Errungenschaften zu werfen, die unsere Völker im Zuge ihres Zusammenschlusses in der UdSSR erzielt haben. Und niemand kann dem russischen Volk vorwerfen, es habe über andere Völker eine Imperialherrschaft ausgeübt." Genau dies aber wird von vielen Völkern der UdSSR der Zentralregierung vorgeworfen.

General Krjutschkow, Chef des KGB, behauptete am nächsten Tag im Fernsehen, daß sich die UdSSR im Griff extremistischer radikaler Gruppen befinde und daß diese aus dem Ausland politische und moralische Unterstützung erhielten. Solche Töne waren seit dem Ende der Breschnew-Ära kaum noch zu hören. Krjutschkow machte seine Äußerung im Namen des Präsidenten, und der "Rote Stern", das Organ des Verteidigungsministeriums, zollte ihm Beifall.

Am 19.12.90 - zwei Tage nach Beginn der Tagungen des Kongresses der Volksdeputierten - wurden Forderungen nach einer härteren Gangart seitens des Präsidenten laut. Eine Gruppe aus hohen Militärs, orthodoxen Parteimitgliedern, großrussisch-chauvinistisch orientierten Schriftstellern und dem Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Alexij verlangte vom Präsidenten, daß Unruhegebiete unter Präsidialverwaltung gestellt werden sollten. Dies sei nötig, um den Zusammenhalt der UdSSR zu gewährleisten, da dieser von volksfeindlichen, antisozialistischen Kräften unterminiert würde.

Mit der Warnung vor der heraufziehenden Diktatur trat am 2.12.90 Außenminister Schewardnadse zurück. Gorbatschow bezeichnete dies als verantwortungslos, schweigt aber dazu, daß der Außenminister wegen seines Kurses in der Golf- und Deutschlandpolitik seitens der Militärs rüde attackiert worden war. Das ehemalige Politbüromitglied und einstige Mitstreiter Gorbatschows, Jakowlew, äußerte dagegen Verständnis für den Schritt Schewardnadses. "Die konservative Welle bricht herein. Es handelt sich um reaktionäre Kräfte, die rachsüchtig und gnadenlos sind." Oberst Alksnis, der den Rücktritt Schewardnadses lautstark im Kongreß begrüßt hatte, erklärte mit Stolz in der Stimme: "Ja, ich bin ein Reaktionär."

Der Oberkommandierende der Baltischen Sowjetflotte, Iwanow, wies am 26.12.90 daraufhin, daß die Spannungen in den drei Republiken zwischen der Bevölkerung und den Streitkräften zunähmen, und er sprach von der Notwendigkeit einer militärischen "Selbstverteidigung". Das war eine von vielen Drohungen der Militärs am Ende des letzten Jahres in Richtung baltische Staaten. Der dortigen Bevölkerung, aber auch der gesamten UdSSR soll zu verstehen gegeben werden, daß die Geduld der Militärs langsam zu Ende ginge.

"Janajews Wahl zum Vizepräsidenten ist eine prächtige Wahl." Diese Worte Jegor Ligatschows charakterisieren am auffälligsten, wie die Entscheidung des Kongresses vom 27.12.90 zu verstehen ist. Die Apparatschiks aller Couleur sind zufrieden, während den reformwilligen Politikern immer unklarer wird, wie Gorbatschow mit diesen Leuten seine Perestroika weiterführen will resp. kann.

Mit Beginn des neuen Jahres folgten Taten: Am 7.1. gab das Verteidigungsministerium die Entsendung von Luftlandetruppen bekannt. Diese sollten in den Republiken des Baltikums, der westlichen Ukraine, Armenien, Georgien und Moldova die Festnahme von Soldaten gewährleisten, die sich unerlaubt von der Truppe entfernt haben oder nicht zum Antritt des Wehrdienstes erschienen sind.

Am 10.1. forderte Gorbatschow Litauen ultimativ auf, alle "verfassungswidrigen Akte" umgehend aufzuheben. Damit sind sowohl die Unabhängigkeitserklärung gemeint, als auch Verträge mit anderen Unionsrepubliken. Bereits am nächsten Tag rollten durch Vilnius und Kaunas Panzer; die ersten Regierungs- und Parteigebäude werden gestürmt.

TASS meldete am 12.1., daß mit Zustimmung der Militärs ein "Komitee zur nationalen Rettung" die Macht in Litauen übernommen habe. Die bisherige Regierung sei solange suspendiert, bis Ruhe und Ordnung wiederhergestellt wären. Am gleichen Tag traf eine Delegation des Föderationsrates - ihm gehören alle Republikpräsidenten an - in Vilnius ein, um über eine nichtmilitärische Lösung zu verhandeln. Gorbatschow hatte dem Gremium zugesichert, daß keine weiteren Militäraktionen erfolgen würden, solange die genaue Sachlage nicht geklärt sei.

Zwölf Stunden nach dieser Äußerung des Präsidenten stürmten in der Nacht zum 13.1. Mitglieder einer Sondereinheit des Innenministeriums das Presse- und Fernsehzentrum in Vilnius. 14 Menschen wurden dabei getötet. Die anscheinend gleichfalls beabsichtigte Stürmung des Parlamentes fiel aus, da dieses mit Panzersperren und durch Tausenden von Menschen gesichert und beschützt war.

Pugo und Jasow verteidigten am 14.1. vor dem Obersten Sowjet das Vorgehen der bewaffneten Einheiten, da die Streitkräfte angegriffen worden und zur Selbstverteidigung gezwungen gewesen seien. Gorbatschow selber schwieg in dieser Sitzung.

Eigendynamik der Verhältnisse

Das Verhältnis zwischen den baltischen Republiken und der Moskauer Zentrale war nach der Unabhängigkeitserklärung der drei Republiken alles andere als gut, und das letzte Jahr war durch eine Verhärtung der Fronten gekennzeichnet. In Litauen mußte im Herbst 1990 die bisherige Präsidentin Prunskiene zurücktreten. Sie hatte den Versuch zu verantworten, die Preise für Güter des täglichen Bedarfs zu heben. Das scheiterte am Widerstand des Parlaments und der Bevölkerung. Allerdings war dies für Landsbergis nur ein willkommener Anlaß, Frau Prunskiene loszuwerden. Diese allseits geachtete Politikerin war bereit, die Unabhängigkeit des Landes auch auf dem Verhandlungswege mit Moskau zu erreichen, ohne daß die Unionsregierung die Souveränität des Landes vor Beginn von Verhandlungen anzuerkennen habe. Demgegenüber betrachtet Landsbergis Litauen als einen eigenständigen Staat, der nichts mehr mit Moskau gemein hat. Demzufolge seien alle Unionsgesetze in Litauen nicht mehr gültig, die im Land stationierten Sowjettruppen seien eine Besatzungsarmee. Auch die Politik der russischen Minderheit - soweit sie als moskautreu einzustufen ist - erleichtert es den Litauern, sich radikal abzugrenzen. Denn die Organisation "Jedinstwo" (Einheit) versteht es sehr gut, an die konservativen Politiker in Partei und Apparat zu appellieren, um ihre angeblich bedrohten Rechte zu schützen. Es werden Demonstrationen organisiert, auf denen die Einführung des Präsidialsystems gefordert wird; Betriebe, die der Zentralregierung unterstehen und in denen mehrheitlich Russen arbeiten, streiken schon mal für dieses Ziel. Auch die Proklamation des "Komitees zur nationalen Rettung" wird von Jedinstwo unterstützt. Das schafft nicht gerade Vertrauen zwischen den Bevölkerungsteilen.

In den beiden anderen Republiken des Baltikums sieht die Situation etwas anders aus. Zum einen sind dort die Russen in der Mehrzahl; zum anderen treten die Führer dieser Staaten wesentlich moderater auf. Daher ist es nicht verwunderlich, daß in Estland und Lettland sehr viele Russen die Politik der Unabhängigkeit von der UdSSR auch bei den letzten Wahlen unterstützt haben.

Doch dies allein ist noch keine Erklärung für den bewaffneten Einsatz Anfang Januar. Läßt mensch hingegen noch einmal die obige kleine Chronologie Revue passieren, so drängt sich der Eindruck auf, daß sich die an den Begriffen Ruhe und Ordnung orientierten Kräfte durch die Verschiebung der Politik Gorbatschows nach rechts, zum Handeln ermutigt fühlen.

Auf einem "Kongreß der demokratischen Kräfte Litauens" am 11.1. wurde die Bildung des schon erwähnten "Komitees zur nationalen Rettung" beschlossen. Dieses sandte dann eine Art Hilfeersuchen an die Zentralgewalt; die schickte daraufhin Soldaten. Das "Komitee" beansprucht die Macht in Litauen, da die bisherige Regierung das Land in Reaktion, Armut und nationalen Streit geführt habe. Darüber hinaus sei es zwingend erforderlich, die Verfassung der UdSSR wiederherzustellen. Prompt erscheinen nach dieser Erklärung bewaffnete Kräfte und gehen gegen die bisherige Regierung vor.

Die Anfang Januar u.a. nach Litauen verlegten Luftlandeeinheiten sind es nicht, die da in Vilnius vorrücken. Vielmehr kommt eine Sondertruppe des Innenministeriums zum Einsatz, die 1989 von Gorbatschow gebildet wurde. Unter dem Befehl des Innenmisters soll sie zur Verbrechensbekämpfung im Bereich organisierte Kriminalität herangezogen werden, aber auch zur Niederschlagung lokaler Aufstände eingesetzt werden. Sie setzt sich aus Freiwilligen zusammen, die eines gemeinsam haben: sie sind alle Afghanistan-Veteranen und für ihre Brutalität, aber auch Loyalität zur Führung der UdSSR bekannt und gefürchtet. Nach ihrer Kopfbedeckung werden sie "Schwarze Baretts" genannt. Sie waren es beispielsweise, die in Tbilissi, Georgien, das Blutbad unter friedlichen DemonstrantInnen anrichteten. Angehörige dieser Truppe waren auch am Massaker in Baku (Aserbaidschan) beteiligt.

Doch den Befehl zum Einsatz dieser Soldateska in Litauen will niemand gegeben haben. So sagen sowohl der Innen-wie der Verteidigungsminister, daß der Einsatz notwendig und gerechtfertigt war, doch befohlen haben sie ihn nicht. Auch der Oberbefehlshaber über die Streitkräfte, Präsident Gorbatschow, hat angeblich nichts gewußt. Er weist alle Verantwortung von sich und benennt den Oberbefehlshaber des baltischen Militärbezirks, Generaloberst Kusmin, und das "Komitee zur nationalen Rettung" als die Verantwortlichen.

Mit Verlaub - diese Art der scheinbaren Nichtverantwortung der Mächtigen stinkt zum Himmel. Entweder hat Gorbatschow mit seiner Zusicherung gegenüber dem Föderationsrat alle Republikspräsidenten hinters Licht geführt. Dann ist er wohl endgültig kein ernstzunehmender Verhandlungspartner mehr für die Republiken in Sachen neuer Unionsvertrag. Oder aber er ist nicht mehr Herr der Lage. So jedenfalls sieht es der Außenminister Litauens, Saudagas. So widersinnig es klingen mag, aber diese Vermutung ist nicht ganz von der Hand zu weisen.

Nach der Brüskierung des Föderationsrates kann er dort wohl nicht mehr mit Unterstützung rechnen. Der Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, und seine Kollegen von Armenien, Georgien, Moldova und der Ukraine verurteilten gemeinsam mit den drei baltischen Staaten den Militäreinsatz aufs schärfste.

Der Rückzug der Reformer

Vor allem aber ist für viele Beobachter eines alarmierend: In Gorbatschows jetziger Beraterriege ist niemand mehr aus den Anfangstagen der Perestroika, er ist umgeben von Apparatschiks, Militärs und Politikern, die der Sojus-Fraktion im Kongreß nahestehen. Nach den schon erwähnten Rücktritten von Schewardnadse, Bakatin und Ryschkow setzte sich Ende Januar die Reihe fort. Neben dem ehemaligen Wirtschaftsreformer Stanislaw Schatalin erklärte der Ökonom Nikolaj Petrakow seinen Rückzug aus dem Beraterstab des Präsidenten. Auch Jewgeni Primakow, er wurde als Schewardnadse Nachfolger gehandelt, zog sich wegen der Machtanhäufung in Gorbatschows Händen zurück. Juri Ossipian, Stepan Sitarian und Leonid Abalkin, allesamt ehemalige Wirtschaftsberater, verließen den Präsidenten.

Nicht nur die präsidiale Machtfülle ist einer der Gründe für die Demissionen, auch die konkreten Fehler und Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Reformpolitik führten zu diesem Schritt. So kritisierte beispielsweise Petrakow, daß er schon seit langem mit seinen Vorschlägen kein Gehör mehr beim Präsidenten finde. Obendrein betreibe die Regierung im Bereich der Finanzen "eine Politik der verbrannten Erde". Man könne nicht auf der einen Seite eine neue Finanzordnung einführen wollen und auf der anderen Seite neues Geld drucken und die in Umlauf befindliche Geldmenge ständig erhöhen.

Die jüngsten Ereignisse im Baltikum runden für viele ehemalige Mitstreiter Gorbatschows das Bild ab: der Präsident sitzt als liberales Aushängeschild in den Reihen, die sich im wirtschaftlichen Zusammenbruch und politischem Durcheinander anschicken, mit oder ohne ihn Revanche zu nehmen für die Demontage des Parteistaates und seiner Macht.

Der Westen hält sich zurück

Wer angesichts der Panzer in Vilnius erwartet hatte, daß der Westen den Balten zu Hilfe eilt - wenigstens politisch und moralisch - sah sich getäuscht. Zwar wurde überall in Europa gegen das Vorgehen der Zentralregierung in Moskau protestiert, gleichzeitig aber die Hoffnung geäußert, daß Präsident Gorbatschow weiter auf dem Kurs der Perestroika Politik machen werde. Denn nur diese könne die politische Stabilität des von allen gewollten gemeinsamen Hauses garantieren. Die EG spielt zwar im Moment mit dem Gedanken, die beschlossenen Hilfsmaßnahmen und Lebensmittellieferungen an die SU zu stoppen, wollte sich aber noch nicht zu einer derartigen Maßnahme durchringen. Insgesamt herrscht in Europa, bei aller Besorgnis, die Meinung vor, daß Gorbatschow trotz der Toten von Vilnius weiterhin zu unterstützen ist. Vielfach wird sogar leichtes Verständnis für den Einsatz der Militärs geäußert, da sich der Präsident in einer äußerst gefährlichen Zwangslage befinde. Wie dem auch sei, Europa will, daß Gorbatschow weiter für den Zusammenhalt der UdSSR sorgt, auch wenn dabei der freiheitliche Anspruch des Westens Kratzer bekommt. Denn gerade die Staaten der EG haben ein Interesse an einer stabilen UdSSR. Erstens lassen sich unter politisch stabilen Verhältnissen besser Geschäfte machen, und zweitens könnte ein Zerfall des größten Staates der Erde auch auf die intakten Staaten Westeuropas überschwappen. Gorbatschow erhält in dieser Phase der Weltgeschichte einen Vertrauensvorschuß seitens seiner Finanziers in Westeuropa. Doch im Lande selber hat er das Vertrauen verloren.

Dekrete über Dekrete

In dieser Situation erläßt Gorbatschow ein Dekret nach dem nächsten. Viele richten sich gegen die Republiken und fordern sie auf, zur Verfassung der UdSSR zurückzukehren. Vergeblich, da diese die Erlasse aus Moskau ignorieren. Bei den zentralen Behörden des Landes greifen allerdings die Dekrete des Präsidenten noch. So wurde am 23.11. dem KGB weitgehende Kompetenzen im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität, Sabotage und Spekulation übertragen. Ende Januar folgte ein weiteres Dekret, das die Machtbefugnisse des KGB und der Milizen erheblich erweiterte. Sie haben jetzt das "Recht auf ungehinderte Inspektion von Betriebsräumen". Die Organe des KGB erhalten damit ungehinderten Zugang zu allen Betrieben (auch zu Joint ventures und westlichen Unternehmen), Banken, alle Bereiche des Handels etc. Sie können alle betrieblichen Unterlagen verlangen und kontrollieren und auch Beschlagnahmungen vornehmen. Der KGB wird damit zur obersten Überwachungsinstanz aller wirtschaftlichen Bewegungen in der UdSSR.

Im Namen der Bekämpfung von Schwarzhandel, Sabotage, Spekulation und Wirtschaftskriminalität wurden am 23.1. per Dekret alle 50- und 100-Rubel-Scheine konfisziert. Alle Bürger des Landes mußten binnen drei Tage ihre Scheine eintauschen, was zu chaotischen und panischen Rektionen führte. Maximal durfte 1.000 Rubel (RentnerInnen nur 200) umgetauscht werden. Die Geldabhebungen von Sparkonten sind seitdem auf monatlich 500 Rubel beschränkt.

Die Kreise, die in der Begründung des Dekretes angeführt sind, waren jedoch von dieser mehr als halbherzigen Aktion kaum betroffen, da sie bereits im Dezember letzten Jahres von der Sache Wind bekamen und ihre Rubelscheine in teure Westwaren oder westliche Devisen tauschten. Die Währungsreform diente der Kaufkraftabschöpfung, denn einem sowjetischen Rubel stehen im Schnitt Warenangebote von 13 Kopeken gegenüber. Es ist anzunehmen, daß durch diese Maßnahme etwa 15% der gesamten Geldmenge abgeschöpft wurden. Die im Grunde genommen unsinnige Währungsreform beinhaltete im Kern nichts anderes als eine staatliche Konfiszierung von Geldnoten, ohne daß diese Maßnahme erkennbar in eine umfassende Wirtschaftsreform eingebettet gewesen wäre. Zum einen steht dieser Schnitt der Privatisierung von Betrieben entgegen, die dringend vorgeschossenes Kapital für Investitionen benötigen würden; zweitens wird zwar ein gewisser Geldüberhang, Kaufkraft abgeschöpft. Damit ist aber die Gefahr der Inflation längst nicht gebannt, denn solange das Warenangebot knapp ist und knapp gehalten wird, werden die Preise trotzdem steigen.

Da bis Anfang Januar die Notenbank nach wie vor Geld druckte und in Umlauf brachte, wird die inflationsdämmende Wirkung des Kaufkraftabschöpfens nicht lange anhalten. Darüber hinaus ist bekannt, daß Gorbatschow beabsichtigt, die Preise für Konsumgüter und Lebensmittel zu erhöhen. Damit sollen die staatlichen Subventionen abgebaut werden. Ob diese Absichten durchgesetzt werden könne, bleibt fraglich, da sie nur mit Hilfe der Republiken wirksam umgesetzt werden könnten. Doch die lehnen zur Zeit fast jeden Erlaß Gorbatschows ab, da viele das Vorgehen des Präsidenten, das Regieren mit Erlassen und Dekreten für verfassungswidrig halten. Denn mit derartigen Methoden mißachtet Gorbatschow sogar die Republiksrechte, wie sie in der Verfassung von 1977 verbrieft sind.

Der Hoffnungsträger

Derweil genießt ein Mann das Vertrauen der Menschen wie kein zweiter. Boris Jelzin ist gerade wieder in diesen Tagen nicht nur der populären Gegenpart Gorbatschows, sondern auch jemand, der die politische Macht im Land beansprucht. So war er der erste Republikpräsident, der sich mit den Litauern solidarisierte und mit den drei Staaten eine Art völkerrechtlichen Beistandspakt vereinbarte. Er rief die Soldaten der Russischen Föderation dazu auf, Schießbefehle auf Zivilisten nicht zu befolgen und den Einsatz gegen gewählte Volksvertretungen oder souveräne Republiken zu verweigern. Da sich auch in Rußland bereits ein "Komitee zur nationalen Rettung" gebildet hat, kündigte Jelzin die Bildung einer eigenen Streitmacht an. Gorbatschow warf ihm daraufhin Verrat vor. Aber in den Augen der übrigen Republiken wird Jelzin immer mehr zur zentralen Figur. Nach Jelzin sollte ein neuer Unionsvertrag nicht den Zwang zur Mitgliedschaft in der Union beinhalten, sondern diese Frage auf Basis der Freiwilligkeit regeln. Alle Republiken begrüßen dies - für Gorbatschow ist es nicht einmal verhandlungswürdig.

Politische Rezepte hat aber auch Jelzin nicht zu bieten. Dies wäre auch angesichts der Lage der UdSSR sehr verwunderlich. Denn die ist derzeit so vertrackt und angespannt, daß weder der Populismus Jelzins noch die gemäßigte Diktatur Gorbatschows eine Lösung bieten können. Die innere Situation der UdSSR - von der äußeren mal ganz zu schweigen - kommt dem berühmten Gordischen Knoten gleich. Doch wer kann ihn lösen?

Quo vadis?

Sicherlich eine oft, zu oft gestellte Frage. Aber die weitere Existenz der UdSSR als solche ist ungewisser denn je. Die Menschen wollen in Scharen dieses Land verlassen - ein untrügliches Zeichen für Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit. Gorbatschow redet noch von der Fortführung der Perestroika, während er gleichzeitig ein Dekret unterschreibt, nach dem die Polizeistreifen in den Städten durch bewaffnete Mitglieder der Streitkräfte ergänzt werden sollen. Keine Öffnung der Gesellschaft steht auf der Tagesordnung, sondern die Gewöhnung der Menschen an eine permanente Militärpräsenz. Auf der anderen Seite zerren die Republiken am politischen Verband der Union, der sie nur noch zu knebeln scheint.

Die Stimmung zu Beginn der Ära Gorbatschow, das Aufbrechen der monolithischen Strukturen dieser Gesellschaft erfüllte viele Menschen in der UdSSR mit Hoffnung und auch Mut. Nach fünf Jahren bereits ist diese Stimmung dem Gefühl "bloß weg hier" gewichen. Und viele, die es sich leisten können, werden das Land verlassen. Es werden qualifizierte und leistungsfähige Menschen sein, die für das Funktionieren jeder Ökonomie und Gesellschaft unerläßlich sind, die der Tristesse und wiederheraufziehenden Dumpfheit den Rücken kehren werden. Bleiben werden vor allem die, die nicht genügend Geld haben und deren einzige Wahl darin zu bestehen scheint, sich in ihr Schicksal zu fügen.

Die Weichen in der UdSSR sind in Richtung autokratische Diktatur gestellt. Begründet wird das mit der Notwendigkeit, einen Bürgerkrieg zu verhindern. Doch Gorbatschow ist nicht mehr dazu in der Lage, seine Machtmittel einzusetzen. Denn jeder Versuch, eine Republik, durch welches "Komitee zur nationalen Rettung" auch immer animiert, unter Präsidialverwaltung zu stellen, könnte zur militärischen Konfrontation führen. Es müßte unweigerlich zu weiteren Konflikten a la Litauen kommen. Nur mit dem Unterschied, daß in Armenien, Georgien, der Ukraine, in Aserbaidschan und in vielen autonomen Gebieten die nationalen Kräfte über eigene bewaffnete Milizen verfügen. Bisher ist jeder Versuch Gorbatschows gescheitert, diese zu entwaffnen.

Gorbatschow scheint mit seiner Politik der sozialistischen Erneuerung der UdSSR gescheitert. Auch am Ende der Ära Chruschtschow war dieser von seinen ehemaligen Beratern verlassen und schon längst von

Gefolgsleuten Leonid Breschnews umgeben. Doch ein "friedlicher Übergang" wie damals ist im Moment unwahrscheinlich. Den Menschen der UdSSR droht ein Kampf der Diadochen. Und dann?

as

# 30. Schwerer Weg in die Unabhängigkeit: Namibia ein Jahr nach dem Ende der Kolonialzeit

Rubrik: Namibia · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:44

Gut ein Jahr nach den Wahlen in Namibia und der damit formell vollzogenen Entlassung Namibias aus der Kolonialherrschaft Südafrikas, steht das Land vor großen sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Die in einem Jahrhundert durch die Kolonialherren Deutschland und Südafrika vollzogene Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur auf ihre Interessen, haben auch in diesem Land die typischen Merkmale der nachkolonialen Zeit hinterlassen: Namibia ist nicht in der Lage, unmittelbar eine auf die eigenen Ressourcen, Strukturen und Fähigkeiten aufbauende Ökonomie zu installieren, was oft zu neuen Abhängigkeiten führt. Im folgenden wird ein Überblick über den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftsentwicklung sowie der sozialen und innenpolitischen Folgen gegeben.

Die beiden zentralen Wirtschaftssektoren Namibias sind der Bergbau und die Landwirtschaft, während die verarbeitende Industrie kaum entwickelt ist. Der Anteil des Bergbaus am Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug 1987 24,9% an, sein Anteil am Warenexport 1987 75%. (1) Die BRD-offizielle Ifostudie (2) gibt für den Bergbau 1988 etwa 34% an, sowie einen 73%igen Anteil an den Exporten.

Der Anteil der Landwirtschaft trug vergleichsweise 1987 12,9% zum BIP und 13% zu den Exporteinnahmen bei. (1) Die Ifostudie gibt für 1988 für die Landwirtschaft einen BIP-Anteil von 10,3% an. Der Anteil der verarbeitenden Industrie mit 5% ist sehr mager. (Laut Ifostudie 4,1% für 1988.) (2)

Ein ungewöhnlich hoher Anteil des BIP fließt in Form von Gewinnen und Einkommen ins Ausland ab. Nach Schätzungen des UN-Instituts waren es am Ende der Boomperiode 27,5%, im Krisenjahr 1983 immer noch 16 bis 20%. (1) Sowohl die transnationalen Konzerne, als auch die weißen Großfarmer schaffen ihre Gewinne außer Landes und reinvestieren kaum im Land.

Ungefähr zwei Drittel aller Nettogewinne und 90% der Firmengewinne werden aus dem Lande geschafft. (4) Zwei Drittel des Bruttosozialprodukts werden exportiert: Zu 100% Rohdiamanten, Uranoxid, Rohmetall, Erze und Konzentrate, Karakulhäute, Lebendvieh, Rohwolle, Büchsenfisch, Fischmehl und Öl, gefrorener Hummer, Fleisch (gefroren oder in Dosen). Fast alles ist unverarbeitet bzw. nur grob bearbeitet. (5)

Umgekehrt müssen fast alle Verbrauchsgüter einschließlich der Lebensmittel überwiegend aus Südafrika importiert werden. Dies macht ungefähr 85% der Importe aus. (1) Über 90% der pflanzlichen Nahrungsmittel müssen laut Ifostudie (2) importiert werden. Fast alles, was zur Erhaltung der Landwirtschaft gebraucht wird, muß aus Südafrika importiert werden, wie Zäune, Rohre, Baumaterial, Futter, Düngemittel, Saatgut, Insektizide, Werkzeuge, Maschinen, Traktoren, Benzin, Ersatzteile, etc. (6) Außerdem zeigt sich, daß das BIP in der Landwirtschaft und im Bergbau seit 1981 im Rückgang begriffen ist. (3, 7)

Die Schuldenlast der ehemaligen, von Südafrikas Gnaden eingesetzten Interimsregierung sollen sich laut neusten Berechnungen von Anfang 1990 auf etwa 500 Mio. Rand beziffern. Sehr wahrscheinlich ist die Regierung des unabhängigen Namibias gezwungen, diese Schulden gegenüber dem alten Kolonialherrscher zu übernehmen. Dies engt die Spielräume für die Finanzierung staatlicher sozialer Programme stark ein. (8)

Die Landwirtschaft

Die kommerzielle Agrarproduktion Namibias beruht auf der Rinderzucht und der Karakulschafzucht auf den Großfarmen der weißen Siedler. Die Viehzucht dominiert mit 98% die gesamte Landwirtschaft. (9) Die Rinderzucht steuert ca. 60%, die Karakulzucht ca. 34%, und der Ackerbau nur 0,6% zur Landwirtschaft bei. (9)

Es gibt 5.100 Farmen, die zu 60% im Besitz von Südafrikanern und zu 40% im Besitz von Deutschen sind. Im Süden des Landes erreichen sie eine durchschnittliche Größe von 10.000 bis 15.000 Hektar.

Die Rinder werden überwiegend als Lebendvieh nach Südafrika exportiert und von südafrikanischen Schlachthäusern weiterverarbeitet. Namibia ist der größte Karakulexporteur (Persianer) der Welt und bringt fast die Hälfte des Importbedarfs an Fellen auf. (10)

Die gesamte Vermarktung der Felle geschieht durch südafrikanische Firmen. Die Versteigerung der Felle erfolgt durch die britischen Auktionshäuser in London, wobei die Hauptabnehmer mit 60% die BRD und mit 20% Italien sind. (10)

Wie die Kolonialausbeutung in Namibia funktioniert, wird anhand der Wertverteilung der Karakulfellproduktion deutlich:

Aufteilung der erwirtschafteten Werte aus der Karakulzucht (pro Jahr) (11) :

Weiße Farmer . 15,00 Mio. Rand

RSA-Regierung . 9,00 Mio. Rand

Auktionshäuser . 0,75 Mio. Rand

20.000 afrik. Arbeiter . 0,72 Mio. Rand

Trotz alledem ist die Großfarmerwirtschaft (trotz Subventionierung durch Südafrika) in einer tiefen Krise. (1) Die Vermarktung von Rindern und Schafen ist seit 1981 rückläufig, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht.

Viele der Großfarmen sind hochverschuldet und nahe am Bankrott. Die Großfarmer verfügen aber meistens über zusätzliche Einkommen aus Handels- und Transportgeschäften oder Verwaltungs-und Lehrerposten. Gründe für die Krise sind die Dürre, die die Überbeanspruchung des Landes offenlegte. Die rücksichtslose Überweidung führte zur verstärkten Ausbreitung der Wüste.

Die kleinbäuerliche afrikanische Landwirtschaft in den "Reservaten" ist gegenüber den Großfarmen extrem benachteiligt. 300.000 afrikanische Kleinbauern verfügen über 31% des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, während die 5.100 Großfarmen über die anderen 69% des nutzbaren Bodens verfügen. (1) Die Größe der Landfläche täuscht jedoch über die Qualität des nutzbaren Bodens hinweg. Bei der Vertreibung von ihrem ursprünglichen Boden hatte die schwarze Bevölkerung, die in der Kolonialzeit in "Reservate" zusammengetrieben worden ist, den schlechtesten Boden erhalten. Große Teile sind unbrauchbar für die Viehhaltung und den Anbau pflanzlicher Produkte, da eine unzureichende Wasserversorgung vorherrscht.

1962 gab es 35.000 Brunnenbohrungen, wovon ganze 500 in den "Reservaten" erfolgten. Ovamboland, das größte Reservat, ist zu 50%, Kaokoveld zu 70%, und Okavangoland zu 90% ohne Wasser. (11) Große Teile des Buschmann- und des Hererolandes und das gesamte Tswanaland liegen im Bereich der Kalahari-Halbwüste. Die Namib-Wüste ragt weit in das Kaokoveld und Damaraland hinein. (13)

Diese Ausgangsbedingungen drücken die Produktivität in der kleinbäuerlichen afrikanischen Landwirtschaft auf ein geringes Niveau. Schätzungen ergeben einen Teil am Bruttosozialprodukt von 3% bis 8%. (11)

In der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sind ebenfalls Überweidung und Dürrekatastrophen eingetreten, die sich allerdings für die schwarzen Kleinbauern wesentliche katastrophaler auswirkten. Allein im Dürrejahr 1980 kam im Damaraland 80% des Viehbestandes um. (1)

Unter diesen Bedingungen ist es für die schwarzen Bauernfamilien nicht möglich, nur von der Landwirtschaft zu leben. Die Männer müssen sich als Wanderarbeiter auf den Großfarmen und in den Minen verdingen.

Die Fischindustrie

Die Fischindustrie stellt den größten Anteil der sonst kaum entwickelten verarbeitenden Industrie Namibias dar. Der Fischfang sowie die Verarbeitung in den Konservenfabriken wird von vier großen südafrikanischen Firmen betrieben, denen 14 Konservenfabriken in Namibia gehören. Von diesen 14 wiederum liegen allein 9 in der Walvis Bay, dem strategisch wichtigsten Hafen Namibias, den Südafrika nicht mit in die Unabhängigkeit entlassen will. (14) Die reichen Fischvorkommen vor Namibias Küste sind in den letzten Jahrzehnten sowohl von Südafrikas Fischtrawlern als auch von internationalen Fangflotten systematisch leergefischt worden. (15) "1968 hatte eine Flotte mit der damaligen Fangkapazität von 7.500 Tonnen eine Ausbeute von 1,5 Mio. Tonnen pro Saison. Heute kann eine Flotte mit der nahezu doppelten Fangkapazität, 15.000 Tonnen, nur ein trauriges Ergebnis von 363.000 Tonnen in drei Monaten an Land fördern." (16)

Das heißt, die Fischvorkommen sind für Jahre bzw. Jahrzehnte geschädigt und stehen als Nahrungs- und Devisenquelle für ein unabhängiges Namibia kaum noch zur Verfügung.

Die Minenindustrie (17)

Namibia ist das viertreichste Land an mineralischen Rohstoffen in Afrika. Abgebaut werden: Diamanten, Uran, Kupfer, Gold und einige andere Metalle. Dominierend beim Abbau sind jedoch Diamanten, Uran und Kupfer. Die drei größten Minen sind im Besitz multinationaler Konzerne. Die Diamantschürfung wird ausschließlich von der Consolidated Diamond Mines (CDM), einer 100%igen Tochtergesellschaft des südafrikanischen De Beers-Konzerns, betrieben. Der CDM hat sich im Jahr 1923 die Schürfrechte bis zum Jahr 2010 gesichert. De Beers bildet zusammen mit der südafrikanischen Anglo-American-Corporation (AAC), die durch Überkreuzbeteiligungen miteinander verflochten sind, den größten Minenkonzern der Welt.

Der Karat-Anteil sinkt in den letzten Jahren stetig, da die Minen ziemlich ausgeschürft sind. Dennoch sind die Minen für De Beers noch nicht unprofitabel geworden, wie der Geschäftsbericht von 1986 und 1987 mit insgesamt 325 Mio. Rand ausweist.

95% der Diamanten aus Namibia werden zu Schmuckdiamanten in den Schleifzentren in Amsterdam, Antwerpen, New York und Tel Aviv weiterverarbeitet.

Ähnliche Verhältnisse herrschen auch im Uranabbau. Die Rössing-Mine mit der Welt größten Uranlagerstätte wird mehrheitlich von dem britischen Bergbaukonzern Rio Tinto Zinc beherrscht. Die bundesdeutsche Urangesellschaft hält 5%. Es gibt keine genauen Daten, sowohl über die Produktionszahlen als auch über die Gewinne. Schätzungen gehen von 15.000 Tonnen jährlich abgebauten Uranoxid aus. Der RTZ-Vorstand nannte für 1986 einen Gewinn von 100 Mio. Rand aus der Rössing-Mine. Er ging 1987 auf Grund der fallenden Uranpreise auf 60 Mio. Rand zurück. Durch den extensiven Abbau sind weite Teile in der Umgebung der Rössing-Mine radioaktiv verseucht.

Die Tsumeb-Mine, in der Kupfer gefördert wird, wird zukünftig in den Besitz von AAC übergehen, mit einer Minderheitsbeteiligung von RTZ. Damit wäre ein unabhängiges Namibia mit einer Konzernmacht konfrontiert, die über 50% des Bruttosozialprodukts kontrolliert.

Nach der Unabhängigkeit (18)

Sowohl durch das Ergebnis bei den Wahlen im November 1989 bei der SWAPO mit 57% die Zweidrittelmehrheit verfehlte - die Südafrika nahestehende DTA erhielt 28,5% - als auch wegen der beschriebenen ökonomischen Abhängigkeiten von Südafrika mußte die SWAPO sehr weitgehende Zugeständnisse an die weiße Minderheit machen. Der Zerfall des RgW machte eine wie auch immer geartete sozialistische Option gänzlich zunichte.

Die SWAPO war gezwungen, sich auf eine marktwirtschaftliche Orientierung mit entsprechender Integration in den Weltmarkt einzulassen.

Im "Politischen Programm" der SWAPO von 1976 hieß es noch, "daß die wichtigsten Produktionsmittel und Austauschprodukte zum Eigentum des Volkes gemacht werden" sollten. Eine "umfassende Agrarreform" sollte dafür sorgen, daß "der Grund und Boden in das Eigentum dessen übergeht, der ihn bearbeitet". Im SWAPO-Wirtschaftsprogramm von Dezember 1988 wird festgestellt: "Die politische Führung der SWAPO verhehlt keineswegs ihren Glauben an die moralische Überlegenheit sozialen Eigentums an der Wirtschaft und deren Kontrolle. Die Lehre von der Gleichheit aller bildet die Basis der Vision der SWAPO von einer gerechten Gesellschaftsordnung. Dennoch ist die Bewegung realistisch genug, um zu wissen, daß das unabhängige Namibia in unmittelbarer Zukunft nicht über die angemessene finanzielle oder technische und verwaltungstechnische Sachkenntnis verfügen wird, die erforderlich ist, um wirtschaftliche Erträge auf einen befriedigenden Stand zu halten."

Die Konsequenz daraus: "Eine en gros-Verstaatlichung von Bergwerken, landwirtschaftlichen Anbaugebieten und anderen produktiven Wirtschaftszweigen in absehbarer Zukunft ist jedoch nicht vorgesehen." Vielmehr gehe es darum, "die staatliche Kontrolle über die Reichtümer des Landes in dem Maße zu erlangen, das erforderlich ist, um ein Gleichgewicht zwischen gerechten, dem namibischen Volk zugute kommenden ökonomischen Erträgen einerseits und angemessenen Gewinn für aus- und inländische Privatinvestoren andererseits herzustellen." (19)

Zu diesem Zwecke sollten Unternehmen, so das Programm, eine bestimmte Quote ihres Gewinnes in Namibia reinvestieren müssen. Diese Reinvestitionen sollten vor allem der weiteren Entwicklung und Erforschung von Erzvorkommen dienen. Ebenso sollten eine verarbeitende Industrie aufgebaut werden, um den Minensektor stärker in die namibische Wirtschaft zu integrieren und um auf diesem Wege mehr Arbeitsplätze und höhere staatliche Einnahmen zu sichern. Konzerngewinne sollten höher besteuert werden, um ein Sozialsystem finanzieren zu können.

Alle diese Vorstellungen sind durch die Realität weitestgehend über den Haufen geworden worden.

Um eine Massenflucht der Weißen wie in Angola 1975 zu verhindern, und sie zu verpflichten, an dem gemeinsamen Aufbau des Landes teilzunehmen, wurden Vertreter an der Regierung beteiligt. Im Kabinett stellt der deutschstämmige Otto Herrigel den Finanzminister und der konservative Bure Gerhard Hanekom den Landwirtschaftsminister. (20)

Der Vorsitzende der nationalen Wirtschaftsplanungskommission wurde der Chef der Rössing-Mine. Damit sind wesentliche Schlüsselpositionen mit Leuten aus der burischen Kapitalfraktion bzw. der weißen Großfarmer besetzt.

Um bei dem chronischen Kapitalmangel ausländische Investoren anzulocken, wurden die oben beschriebenen ursprünglichen Überlegungen, Kapital gesetzlich dazu zu verpflichten, bestimmte Gewinnanteile in Namibia anzulegen, fallengelassen.

Auf der internationalen Geberländerkonferenz Ende Juni 1990, die unter der Schirmherrschaft der UNO und auf Bitten Namibias tagte, legte die namibische Regierung einen 16seitigen Entwurf für ein Investitionsgesetz vor. "Der Entwurf ist ganz auf die Bedürfnisse ausländischen Privatkapitals, den Zusammenhang mit den internationalen Märkten und die Ambitionen unternehmerischer Initiativen zugeschnitten. Bis auf unbedeutende Einschränkungen sollen demnach künftig keine Grenzen gesetzt werden." So beschreibt Frank Gatter das Programm. (25)

Die Regierung Namibias ist um weitere Anreize für Kapitalanleger bemüht, wie aus einem veröffentlichten Entwurf eines Richtlinienpakets hervorgeht:

"Im Dokument werden ausländischen Anlegern, die in Schlüsselbereichen der Wirtschaft investieren wollen, großzügige Bedingungen in Aussicht gestellt, so z.B. freier Gewinntransfer (in Devisen) in die jeweiligen Herkunftsländer, die Ausschüttung von Dividenden an ausländische Aktionäre sowie ein fairer Steuersatz. Ferner wird in diesem Papier unter Hinweis auf die namibische Verfassung erneut ein Bekenntnis zu einer sogenannten gemischten Wirtschaftsform abgelegt, die Verstaatlichungen ausschließe." (21)

Auf der oben bereits erwähnten Geberländerkonferenz "wurden Namibia insgesamt 200 Mio. Dollar an Entwicklungsgeldern für das laufende Finanzjahr in Aussicht gestellt. Dazu kommen total 450 Mio. Dollar für die nächsten Jahre. Alle diese Gelder sind projektgebunden; ausbezahlt werden sie gemäß Vereinbarungen zwischen den einzelnen Gebernationen und der namibischen Regierung. Bevor diese Mittel allerdings zu fließen beginnen, müssen die Verantwortlichen in Windhoek eine Prioritätenliste erstellen. Dafür sollte die nach der Unabhängigkeit ins Leben gerufene Nationalen Planungskommission ihre Arbeit aufnehmen und der Regierung ihre Empfehlungen unterbreiten." (21)

Wie bereits oben erwähnt, sichert sich die Rössing-Mine ihren Einfluß über ihren Chef als Vorsitzenden der Kommission, so daß kein Zweifel daran aufkommen kann, entlang welcher Verwertungsinteressen die Gelder weitergeleitet werden. Und all diese Gelder werden bei der sozialen Entwicklung des Landes fehlen, und die Lage der schwarzen Bevölkerung ist katastrophal.

Die soziale Lage

Bei der soziale Lage der schwarzen Bevölkerung wirkt sich das koloniale Erbe am drastischsten aus. Laut einer UNICEF-Studie "sind 30% der Kinder unterernährt, 11,2% der Neugeborenen sterben, ehe sie 5 Jahre alt sind. Mehr als 0,5% der schwangeren Frauen überleben die Schwangerschaft nicht. 15% aller Schwangerschaften enden mit einer Fehlgeburt. 54% der Haushaltsvorstände im Ovamboland sind Frauen, von denen nicht einmal die Hälfte eine Schulausbildung besitzt." (22) Die Analphabetenrate unter der

gesamten namibischen Bevölkerung wird auf etwa 60-70% veranschlagt. 35% aller NamibierInnen im arbeitsfähigen Alter sind erwerbslos.

"Im Ovamboland haben 95% aller Häuser keine Elektrizität und keine sanitären Einrichtungen. 85% sind auf Holz zum Kochen angewiesen. Nur 50% der ländlichen Haushalte verfügen über eine eigene ständige Wasserversorgung, d.h. die Hälfte der Menschen auf dem Lande muß in der Trockenperiode im Schnitt fast zwei Stunden zu Fuß zurücklegen, um Wasser zu holen." (22)

Die Lage wird noch dadurch erschwert, daß 40.000 ExilnamibierInnen aus dem Ausland zurückkehrten, die überwiegend ohne Wohnung und Arbeit dastanden. Desweiteren macht sich eine Landflucht bemerkbar, die das Arbeitslosenheer in den Städten vergrößert und dort die Kriminalität in die Höhe schnellen läßt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß es offen ist, ob es überhaupt eine Landreform geben wird, wie sie die SWAPO versprochen hatte.

Das Bildungswesen

Ebenso katastrophal und nach wie vor geprägt von den Apartheidstrukturen ist das Bildungs- und Erziehungswesen. Über 100.000 schwarze Kinder und Jugendliche im Schulalter bleiben derzeit von einem Besuch der Bildungseinrichtungen ausgeschlossen.

"Über die Hälfte aller eingeschulten Kinder brechen die Schule nach weniger als vier Jahren ab. Von denjenigen, die es schaffen, die achtjährige Hauptschule ganz zu absolvieren, bleibt noch immer die Mehrheit kurz vor dem Ziel des ersehnten Abschlußzeugnisses auf der Strecke. So bestanden 1989 nur knapp ein Fünftel aller Kandidaten die Abschlußprüfung der Hauptschule." (23)

Im Gegensatz hierzu erwirbt die Mehrheit der weißen Jugendlichen die allgemeine Hochschulreife. In den weißen Schulen kommt ein Lehrer auf 14 Schüler. 99% der weißen Lehrer haben den höheren Schulabschluß sowie eine pädagogische Fachausbildung. In den schwarzen Ghettos Katutura und Khomasdal ist das Lehrer-Schülerverhältnis 1:35, im Ovamboland 1:39, 85% der schwarzen Lehrer sind nicht bzw. unzureichend ausgebildet.

In den ländlichen Zentren, die das Einzugsgebiet für die weiße Farmerschaft darstellen, gibt es oftmals fast ungenutzte Bildungseinrichtungen. Für die weißen Farmerkinder wurden großzügige Schulen mit angegliederten Schülerheimen eingerichtet, deren Kapazitäten kaum ausgelastet sind.

Ohne ausdrückliches Einverständnis der weißen Elternschaft, die an der Schulverwaltung beteiligt ist, müssen sich Schulen, die bislang der weißen Verwaltungsebene unterstellt waren, anderen Bevölkerungsgruppen zumindest vorerst nicht öffnen. Dies ist ein weiteres Zugeständnis an die Weißen im Rahmen der SWAPO-Versöhnungspolitik.

Mit fast 470 Mio. Rand (etwa 325 Mio. DM) hat das Erziehungsministerium aus dem ersten Staatsbudget Namibias im Haushaltsjahr 1990/91 nach dem für die Infrastruktur zuständigen Verkehrsministerium den zweitgrößten Anteil von knapp 2,7 Mrd. Rand erhalten. Das reicht allerdings nicht einmal für die notwendigsten Reformmaßnahmen, so daß man bei den potentiellen imperialistischen Geldgebern betteln gehen muß: Auf der bereits erwähnten New Yorker Geberkonferenz erbat Namibia eine jährliche Hilfe in Höhe von 40 Mio. Dollar zum Aufbau des Bildungswesens. Verbindliche Zusagen hierzu gibt es bis jetzt nicht.

Die Entwicklungsstrategie Namibias im Bildungswesen umfaßt folgende Maßnahmen:

- Rekrutierung neuer Lehrkräfte und Fortbildung der im Schuldienst Tätigen;

- Reform der Lehrpläne;

- Ausstattung von Bildungseinrichtungen und Lernmaterial;

- Entwicklung der baulichen Infrastruktur;

- Aufbau eines berufsbildenden Schulwesens;

- Entwicklung technischer Fertigkeiten;

- Errichtung von Verwaltungsstrukturen.

Gefahr der Destabilisierung

Polizei und Militär des unabhängigen Namibia sollen je zur Hälfte aus Mitgliedern des militärischen Flügels der SWAPO und der südwestafrikanischen Territorialstreitkräfte gebildet werden. (24) Die Südwestafrikanischen Territorialstreitkräfte bestanden aus namibischen Wehrpflichtigen, die zusammen mit der offiziellen südafrikanischen Armee die militärische Besatzung ausübten und in diesem Zusammenhang 23 Jahre lang gegen die SWAPO-Guerilla eingesetzt wurden. Es ist mir nicht bekannt, wer in der neuen Armee welche Führungspositionen übernimmt. Zum Oberkommandierenden des Heeres wurde von Staatspräsident Nujoma der Ex-Sicherheitschef der SWAPO, Solomon Dumeni Hawala, ernannt, der damit an dritter Stelle der Militärhierarchie steht, hinter dem Chef der Streitkräfte, Dimo Hamaambo, und dem Stabschef Ho Chi Minh Namholo. Die Berufung Hawalas war Gegenstand einer monatelangen Kontroverse, sowohl zwischen Regierung und Opposition als auch innerhalb der SWAPO-geführten Regierung. Denn Hawala werden brutale Verhöre und Folter von mehreren hundert SWAPO-Mitgliedern in den Gefängnislagern Angolas vorgeworfen.

Eine Gefahr geht auch von den rechtsradikalen Weißen und südafrikanischen Söldnern und Geheimpolizisten aus. So wurden z.B. drei Brandanschläge auf die Redaktionsräume der linken Zeitschrift "The Namibian" verübt. In Windhoek entdeckte die Polizei bei mehreren Weißen Waffen im Werte von über 600.000 Rand, darunter Phosphor- und Gewehrgranaten. Als Urheber werden verdeckt agierende Koevoet-Gruppen vermutet. Die Koevoet-Gruppen (Koevoet = Kuhfuß, Bezeichnung für die Brechstange) waren Sondereinheiten zur Aufstandsbekämpfung im Norden Namibias, wo sie für zahlreiche Greueltaten verantwortlich waren. Im Norden Namibias sollen Terrororganisationen der südafrikanischen Streitkräfte reaktiviert worden sein. Im nördlichen Kavangogebiet wächst die Angst vor einer Invasion der angolanischen Contras der Unita aus Angola.

Schwere Hypothek für die Zukunft

Das Dilemma der SWAPO-geführten Regierung umschreibt der langjährige Namibia-Experte und Anti-Apartheid-Aktivist Henning Melber folgendermaßen: "So hat es den Anschein, daß im Zuge des weniger national denn rassisch definierten Aussöhnungsprozesses der weitgehende Privilegienerhalt der Weißen billigend in Kauf genommen werden soll. Mit Ernüchterung und Verbitterung verfolgen immer mehr Schwarze diesen Prozeß. Sie argwöhnen, daß ihre Interessen auf Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Altar einer solcherart definierten Versöhnungspolitik - die natürlich keinesfalls nur aus freien Stücken entstand, sondern faktischen Machtverhältnissen Rechnung trägt - geopfert werden könnten. Einer Versöhnungspolitik, die schließlich zum Krisenmanagement zwischen Legitimations- und Loyalitätssicherung unter der weißen Minderheit und dem drohenden Verlust von Legitimation und Loyalität unter der schwarzen Mehrheit - der eigentlichen SWAPO-Wählerschaft - zu werden droht. Die Hypothek der kolonialen Vergangenheit läßt sich so nur schwer tilgen. Sie wirkt in dieser Gratwanderung fort, die den allzu engen Handlungsspielraum der neuen Regierung dokumentiert." (23)

Tatsächlich ist zu befürchten, daß der eingeschlagene politische Weg zu massiven Widersprüchen zwischen der von der SWAPO geführten Regierung und der sozialen Basis der SWAPO führt, vor allem im Ovamboland, wo die SWAPO 90% ihrer Stimmen erhielt (landesweit 57%). Welchen Verlauf diese Widersprüche nehmen könnten, ist eine offene Frage. Es ist allerdings anzunehmen, daß die SWAPO bei den nächsten landesweiten Wahlen in drei Jahren bereits erhebliche Stimmenverluste hinnehmen muß.

Fr./Westberlin

Literaturliste:

R.H. Green, M. Kiljunen, K. Kiljunen: Namibia - The Last Colony, Burnt Mill 1981

Heinrich Georg Hubrich, Henning Melber: Namibia - Geschichte und Gegenwart, Zur Frage der Unabhängigkeit einer Siedlerkolonie, Bonn 1977

V. Kandetu, G. Tötemeyer, W. Werner: Perspektiven für Namibia, Berichte, Analysen, Zeugnisse, Bonn 1990

Henning Melber: Namibia - Kolonialismus und Widerstand, Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit, Bonn 1981

Michael Vesper: Überleben in Namibia, "Homelands" und kapitalistisches Weltsystem, Bonn 1983

Peter P. Waller: Namibia - Wirtschaftspotential und Entwicklungsperspektiven, "aus Politik und Zeitgeschichte" vom 16.2.90

Sowie diverse Zeitungsartikel und issa-Aufsätze

Anmerkungen:

1) Joachim Becker, Vor einem schwierigen Übergang, issa Nr. 5/89, S. 12 2) Eine Zusammenfassung findet sich in: aus Politik und Zeitgeschichte vom 16.2.90 (Beilage des Parlaments)

Peter P. Waller, Namibia: Wirtschaftspotential und Entwicklungsperspektiven

3) aus: A.J. Halbach, Grundlagenstudie Namibia, Bd. 14, Anm. 1., S. 3

4) Henning Melber (Hrsg.), Kolonialismus und Widerstand, Bonn 1981, S. 282ff.

5) Green/Kiljunen 1981, S. 44

6) ebenda, S. 75

7) David Simon und Richard Moorsom, Die politische Ökonomie Namibias: Eine aktuelle Perspektive, in Perspektiven für Namibia, Berichte - Analysen - Zeugnisse, Hrsg. Kandetu/Tötemeyer/Werner, Bonn 1990

8) Frankfurter Rundschau 21.3.90

9) vgl. Hubrich/Melber, 1977, S. 127

10) ebenda, S. 128

11) ebenda, S. 129

12) David Simon und Richard Moorsom, a.a.O., S. 118

13) Vesper 1983, S. 109

14) Entstehung einer Nation, 1981, S. 37

15) Henning/Melber, FR-Dokumentation vom 21.3.1990

16) Namibia-Nachrichten vom 14. April 1989, zitiert nach ebenda

17) Diese Passage stützt sich im wesentlichen auf "Namibia 1989" Hrsg. AKAFRIK, Münster

18) Die folgende Passage stützt sich im wesentlichen auf folgende Aufsätze: Thomas Siepelmeyer (AKAFRIK Münster): "Die EG und das südliche Afrika - Perspektiven für ein unabhängiges Namibia" in BuKo Materialien 1990 "Zukunft Europas auf wessen Kosten?" - EG 1992 und Dritte Welt, S. 16-20, sowie Frank Gatter "Die ersten zweihundert Tage", in issa Nov./Dez.'90, S. 31-35, sowie diverse Zeitungsartikel und issa Aufsätze.

19) zit. nach Siepelmeyer

20) taz 21.03.90

21) NZZ 17.10.90

22) Frank Gatter in issa 6/90

23) Henning Melber in der FR vom 22.12.90

24) FAZ vom 22.2.90

25) in issa, Nov./Dez.'90, S. 31-35

Bruttoinlandsprodukt (BIP) Namibias nach Sektoren (in konstanten Preisen von 1980)

Landwirtschaft/Fischerei

Bergbau

Verarbeitende Industrie

Energie und Wasser

Bauwirtschaft

Groß- und Einzelhandel

Transport und Kommunikation

Sonstige Dienstleistungen

Verwaltung und Verschiedenes

Insgesamt

1980

Mio. Rand

166.3

630.0

56.5

26.3

50.6

166.3

76.7

95.6

175.8

1444.1

%

11.5

43.7

3.9

1.8

3.5

11.5

5.3

6.6

12.2

100

1988

Mio. Rand

150.9

493.1

60.5

34.9

32.3

180.4

89.8

114.2

303.6

1459.7

%

10.3

33.8

4.1

2.4

2.2

12.4

6.2

7.8

20.8

100

(1 Rand entsprach 1988 ca. 0,70 DM)(3)

Vermarktung von Rindern und Schafen 1975-85 in Tausend Stück in den Jahren 1975-85 (12)

Rinder

Schafe/Ziegen

1975

328

413

1980

463

336

1981

473

751

1982

323

713

1983

267

533

1984

269

1985*

148</>

* Januar-Juni

# 31. PDS - was sonst? Die schwierige "Erneuerung" der PCI

*Die schwierige "Erneuerung" des PCI*

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:18

Die Kommunistische Partei Italiens (PCI), am 21. Januar 1921 in Livorno als Sektion der Dritten Internationale gegründet, überlebte ihren siebzigsten Geburtstag nur um zwei Wochen. Ab sofort heißt sie "Partito democratico della sinistra - Demokratischer Partei der Linken" (PDS) und soll eine ganz "neue Formation" im italienischen Parteiengefüge darstellen. Neu ist in Wahrheit vor allem der Name. Die "externen" Delegierten, die bei der Verabschiedung des neuen Statuts erstmals mit abstimmen durften, sind die traditionellen PCI-Bündnispartner. Schon seit Jahrzehnten ermöglichte die Partei linksunabhängigen KandidatInnen den Einzug in die Parlamente auf den Listen des PCI.

Die Abstimmung war Formsache: mit 807 gegen 75 Stimmen (bei 49 Enthaltungen und 300 nicht abstimmenden Delegierten) wurde die Neugründung vollzogen. Die 3 bis 5% der PCI-Mitglieder umfassende "orthodoxe", bis zuletzt an der KPdSU orientierte Fraktion um Armando Cossuta wird die Partei verlassen und einen neuen "kommunistischen Organismus" ins Leben rufen. Dem PDS erhalten bleiben die übrigen Strömungen. Rechts die "miglioristi" um Giorgio Napolitano, der beim PCI/PDS eine Rolle spielt, die am ehesten mit der von Hermann Rappe in der SPD vergleichbar ist. Auf der Linken die Strömung um Pietro Ingrao mit engen Kontakten zu den Grünen und zur Friedensbewegung. Die vom neuen Parteistatut garantierten Minderheitenrechte - unabhängige "Clubs" und eigene Publikationsorgane - will Ingrao extensiv ausnutzen und vor allem den Druck der Friedensbewegung auf die Partei organisieren.

Die scharfe Kritik der Regierungsparteien am "Pazifismus" des PDS dürfte der neuen Partei bei den diesjährigen Parlamentswahlen eher nützen. Die Polarisierung an der Frage von Krieg und Frieden könnte dem PDS ein annehmbares Wahlergebnis bescheren, zumindest ein weiteres Absinken noch unter die 1987 erreichten 26,6% (nach einem Spitzenergebnis von 34,4% im Jahre 1976) verhindern. Der positiven Ausstrahlung der Partei und ihrer Führung könnte das kaum gutgeschrieben werden. Die durch "technische Probleme" aber auch durch rechte "Heckenschützen" verhinderte Wahl von Achille Occhetto zum neuen PDS-Sekretär ist ebenso blamabel wie symptomatisch (bei Drucklegung dieser AK-Ausgabe dürfte die "Panne" vermutlich behoben sein: der "consiglio nazionale" - Nationale Rat, vormals ZK - soll die Zeit der Führungslosigkeit umgehend beenden.

Der Papst als Bündnispartner?

Die Kongreß-Vorschauen der italienischen Zeitungen enthielten deftige Portionen Spott. Nicht Marx oder Lenin - Karol Wojtila alias Giovanni Paolo II. werde der "unsichtbare Held des Kongreßes von Rimini" sein, prophezeite das Wochenmagazin "Panorama". "Wird Peppone Don Camillo?" fragte sich verwundert der "Corriere della sera". Der Krieg am Golf hat den Papst ungewöhnlich weit von der Christdemokratie (DC) abrücken lassen. Während die DC-geführte Fünferkoalition, allen voran die Sozialisten, für den gerechten Krieg trommelt, demonstriert der PCI/PDS zusammen mit der Friedensbewegung. "Ihr Kommunisten geht gemeinsam mit Demoproletariern und Autonomen auf die Straße", wetterte in einer Fernsehdiskussion PSI-Scharfmacher Ugo Intini. Sein Gegenüber, Occhetto-Gefolgsmann Walter Veltroni, konterte: "Wir sind an der Seite des Papstes!" Bedingungslos an der Seite des Papstes, muß hinzugefügt werden. Einen von der Radikalen Partei initiierten Appell an den Vatikan, endlich Israel formell anzuerkennen, mochten die PCI-Abgeordneten nicht unterschreiben. Der Text sei "beleidigend" gegenüber dem Vatikan, bemängelte Fraktionsvize Luciano Violante.

Wie vorauszusehen, wurde der Heilige Vater in Occhettos Parteitagsrede denn auch ein ums andere Mal als Stichwortgeber herangezogen. Die Reaktionen auf seine Appelle zur Beendigung des Krieges lassen Occhetto als religiös inspirierten - und infolgedessen etwas realitätsfernen - Pazifisten erscheinen. "Aber die Pazifisten und die Priester", gibt der "Corriere della sera" zu bedenken, "betreiben ein Werk oder eine Mission zur moralischen Hebung der Menschheit. Dieselbe Haltung paßt nicht zum Führer einer bedeutenden politischen Partei, die Regierungsverantwortung übernehmen will". In die gleiche Richtung zielt ein Kommentar der "Repubblica", in deren Redaktion derzeit ein heftiger Streit zwischen "Interventionisten" und "Pazifisten"

ausgetragen wird: "Und wenn die Kommunisten an der Regierung wären, wo fände sich Italien im Konzert der UNO? An der Seite des Jemen und Kubas? An der Seite des Heiligen Stuhls?" Der PCI/PDS laufe Gefahr, "für lange Zeit eine Partei der Bewegungen zu werden, Partei eines katholischen Kommunismus neuer Prägung, einer lärmenden, großherzigen und haltlosen Jugendbewegung: alles andere als eine glaubwürdige Regierungspartei".

Die von Occhetto geäußerten Ansichten können die Entrüstung der italienischen "Falken" nur zum Teil erklären. Auch für Occhetto ist Saddam Hussein der Erzbösewicht und alleinige Aggressor, dem allerdings nicht mit offenen kriegerischen Mitteln, sondern mit dem totalen Embargo begegnet werden müsse. Die UNO, als kriegführende Partei von einer Vermittlerrolle weiter entfernt als je zuvor, ist auch weiterhin der Hoffnungsträger und dazu ausersehen, die Führung der künftigen "Weltregierung" zu übernehmen. In zwei Punkten ging Occhetto allerdings zunächst weiter als etwa die deutschen Sozialdemokraten. Unmißverständlich verlangte er den Abzug der italienischen Schiffe und Flugzeuge aus der Golfregion; und er forderte den sofortigen einseitigen Waffenstillstand (in der SPD gilt auch nach der Parteiratssitzung vom 5.2. bezüglich einseitiger Vorleistungen des Irak der Satz von Lafontaine: "Das mag dahingestellt sein".). Allerdings hielt Occhetto in seiner Rede die Linie Waffenstillstand ohne Vorbedingungen nicht konsequent durch. In der Erklärung der Außenminister Baker (USA) und Bessmertnykh (UdSSR) vom 29. Januar meint er einen hoffnungsvollen Ansatz für eine zumindest vorübergehende Feuerpause zu erkennen. Nicht vollständiger Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait wird dort zur Bedingung gemacht, sondern die "unmißverständliche Verpflichtung" des Irak, sich zurückziehen zu wollen. Daß beide Varianten nach Lage der Dinge einen Waffenstillstand ausschließen, will Occhetto ebensowenig wahrhaben wie die Parteizeitung "l'Unita", die dem bedeutungsvollen "Dokument aus Washington" einen längeren Kommentar widmet.

Ein klares Nein zum Krieg

Im ganzen gesehen ist Occhettos Rede dennoch ein Affront: vor allem gegen die kriegsgeilen Sozialisten, mit denen trotz allem die "sozialistische Einheit" angestrebt wird; ebenso gegen den rechten Parteiflügel der "miglioristi" um Giorgio Napolitano". Einseitiger Waffenstillstand? Für Napolitano ein "grober Fehler" und "reine Propaganda". Dazu darf sich eine Partei, die in die Regierung will, nicht hinreißen lassen. Das Lager um den "charismatischen" Altlinken Pietro Ingrao zeigt den Militaristen in der eigenen Partei ihre ganze Verachtung: "Uns wurde geraten, ja zum Krieg zu sagen, um die Eintrittskarte für die Regierung zu erhalten. Dazu haben wir nein gesagt", donnerte Gavino Angius.

Eine Abstimmungskoalition "Mitte- Links" gegen den Golfkrieg; das bewährte "Mitte-Rechts"-Bündnis für die Umwandlung von PCI in PDS - damit hätte Occhettos Zentrum sich übernommen. So wurde denn auch in der Kriegsfrage ein zweifelhafter Ausgleich gesucht - mit dem Ergebnis, daß große Teile der Rechten wie der Linken sich bei der Abstimmung enthielten.

Mit 765 gegen 30 Stimmen bei 491 Enthaltungen wurde eine Resolution angenommen, die "Alternativen zur militärischen Intervention" und den Rückzug der italienischen Streitkräfte fordert. Die Arena, in der der PCI/PDS für diese Ziele werben soll, ist das Parlament. Der Zusatzantrag von Ingrao, "eine Massenkampagne gegen den Krieg und gegen die Nutzung italienischer Stützpunkte durch amerikanische Offensivkräfte" zu entfachen, wurde ebenso abgelehnt wie eine "Ergänzung" der Rechten, mit der die Forderung nach Rückzug der italienischen Kriegsmaschinerie gekippt werden sollte.

In der Debatte hatte Occhetto, an Napolitano gewandt, darauf hingewiesen, daß seine Position mit der der SPD identisch sei. Übereinstimmung bestehe vor allem in den Uneindeutigkeiten zur Frage des Waffenstillstandes. Den PDS-Linken ist ihre Isolierung von der "europäischen Linken" in Gestalt der Sozialistischen Internationale durchaus bewußt. Kein Grund zur Panik: erstens wird der PDS nach dem neuerlichen Veto von PSI-Chef Craxi so oder so nicht in die SI aufgenommen; und zweitens hat diese glorreiche SPD-geführte Vereinigung angesichts des Golfkrieges in ihren Augen eklatant versagt. Bündnispartner gegen den Krieg werden sie sich anderswo suchen müssen. Pietro Ingraos Aufruf zu einem Kampf weitgehend "ohne Geld, ohne Parteibüros, ohne Zeitungen, ohne Fernsehen und ohne einheitliche Fahne" ist mehr als hohles Pathos. Vielleicht kann die nicht-sozialdemokratische europäische Linke Ingrao schon bald als Redner auf Antikriegsdemonstrationen auch ausserhalb Italiens begrüßen?!

Js., Hamburg

# 32. Das Schweigen durchbrechen. Internationales Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in den USA

Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:11

New York, 7.-9. Dezember. Das Tribunal über Menschenrechtsverletzungen an politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen verurteilt die USA dazu: 1.) alle Gefangenen freizulassen, die aufgrund von legitimer Ausübung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung oder in Opposition zur US-Politik illegal nach internationalem Gesetz inhaftiert sind und 2.) alle Akte der Einmischung und Repression gegen politische Bewegungen einzustellen, die für Selbstbestimmung und - nach internationalem Gesetz - gegen illegale Politik kämpfen.

"Freedom Now", eine Kampagne für Amnestie und Menschenrechte für politische Gefangene und Kriegsgefangene in den USA hatte eine internationale Jury, bestehend aus Menschenrechtlern und Experten des internationalen Rechts sowie Zeugen aus den Befreiungsbewegungen und ehemalige politische Gefangene geladen, um Öffentlichkeit für die Menschenrechtsverletzungen an linken politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen herzustellen. Die Anklageschrift umfaßt 61 Anklagepunkte, u.a.:

- Verweigerung des Rechtes auf Selbstbestimmung der in den USA kolonisierten Völker, wie die amerikanischen UreinwohnerInnen, MexikanerInnen/Chicanos, Schwarze/New Afrikans und PuertoricanerInnen;

- Kriminalisierung von Euro-Amerikanern für Verhalten, das nach internationalem Gesetz geschützt ist;

- Völkermord

- grausame, inhumane und degradierende Behandlung;

- Verletzung von mindestens 9 internationalen und nationalen Gesetzen, sowie konstitutionellen Grundrechten.

Auch in den USA wird 1992 500 Jahre Entdeckung durch Kolumbus gefeiert, die Existenz von kolonialisierten Völkern in den USA ist aus der Öffentlichkeit verdrängt. Sklaverei, Völkermord, rechtliche Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeiten sind ein dunkles Kapitel jenseits des Bewußtseins vieler Euro-AmerikanerInnen und sicherlich jenseits der Mainstream-Berichterstattung.

Von einst zwei Millionen amerikanischen Ureinwohnern (über 300 Stämme oder Ethnien) ist nur noch eine Bevölkerung von 227.000 übriggeblieben. Native Americans bilden die ärmste Bevölkerungsgruppe mit den höchsten Raten an Säuglingssterblichkeit, Seuchen, Alkoholismus, Unterernährung und der niedrigsten Lebenserwartung (45 Jahre im Vergleich zu 73 Jahren bei Euro-Amerikanern. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 65%, im Reservat Pine Ridge bei 80%). In den 70er Jahren wurde von der Indianergesundheitsbehörde und dem Büro für Indianerangelegenheiten systematische Zwangssterilisation an Frauen durchgeführt.

Seit dem Mexikanisch-amerikanischen Krieg von 1841 ist 50% Mexikos von den USA besetzt. Ca. 20.000 Mexikaner und Chicanos wurden von den "Rangers" - einer Polizei-Terroreinheit - und durch Lynch-Aktionen getötet. Die Bevölkerung ist in hohem Maß fehlernährt und lebt unterhalb der Armutsgrenze. Kulturelle Zwangsassimilation läuft einher mit dem Verbot der spanischen Sprache in öffentlichen Ämtern und Schulen.

- Puerto-Rico ist seit 1899 von den USA besetzt. Die puertoricanischen Kriegsgefangenen sind Mitglieder der "Fuerzas Armada de Liberation National" (FALN) oder der Macheteros, die militant und bewaffnet gegen die Kolonialisierung durch die USA kämpfen. In Barcelona wurde 1985 bei einem internationalen Tribunal die Legitimität des antikolonialen Befreiungskampfes anerkannt.

- Am 13. Mai 1985 wurde das Haus der MOVE-Gruppe, einer militanten schwarzen Organisation von Hunderten von Polizisten mit Tränengas, Rauchbomben, Maschinengewehren, Anti-Panzer-Gewehren, Granaten und Bomben angegriffen. 11 Mitglieder einschließlich Kindern wurden getötet. Ramona Johnson Africa, politische Gefangene in Pennsylvania, ist die einzige erwachsene Überlebende dieses Angriffs. Die anderen damals verhafteten Mitglieder bekamen zusammengerechnet 900 Jahre Haft ohne Revision. Das speziell gegen den Widerstand von ethnischen Minderheiten in den 60er Jahren entwickelte

Counterinsurgency-Programm des FBI (COINTELPRO) umfaßt neben Infiltration, Bespitzelung, subversiven Aktivitäten in den Gruppen, falscher Anklage und Ermordung mehrerer Mitglieder der schwarzen sozialistischen Black Panther Party.

- Der weiße nordamerikanische Widerstand hat sich durch verschiedene Protestaktionen gegen illegale politische Praktiken der US-Regierung verdient gemacht: von symbolischer Sabotage an Kriegsgeräten und Atomwaffen wie z.B. die "Plowshares" bis zu bewaffneten Aktionen gegen US-Militäreinrichtungen, die Apartheid in Südafrika oder Interventionen in Zentralamerika unterstützen. Kriegsdienstverweigerung und Aussageverweigerung vor der Grandjury (s.u.). Die nord-amerikanischen politischen Gefangenen beziehen sich auf den ersten Artikel der US-Konstitution (Meinungsfreiheit) sowie auf Erklärungen im Rahmen der Tokyoer und Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse (Recht und Pflicht zum Widerstand gegen verbrecherische Regimes). Die US-Gerichte verweigern ihnen Prozesse, die sich auf ihre politische oder auch religiöse Verantwortung zum Widerstand begründen.

Einer der vielen politischen Gefangenen, die seit 20 Jahren hinter Gefängnismauern verschwunden sind, ist Sundiata Acoli: nach der ersten Festnahme 1969 sprach ihn die Jury, in dem zwei Jahre später stattfindenden Prozeß nach zwei Stunden frei. Erneute Verhaftung 1973 zusammen mit Assata Shakur (die heute politisches Asyl auf Kuba hat) und Zayd Shakur, der bei dem Schußwechsel mit der Polizei getötet wurde. Lebenslang und 30 Jahre lautete das Urteil - Sundiata Acoli wurde zunächst in die speziell für politische Gefangene erbaute Überwachungseinheit MCU ins Trenton Staatsgefängnis gebracht.

23 Stunden Einschluß in eine Zelle kleiner als das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß von Zwingern für deutsche Schäferhunde. Nachdem Acoli 1979 von einem Internationalen Juristenkomitee als Kriegsgefangener anerkannt wurde, wurde er in die Maximum-Sicherheitseinheit von Marion verlegt. Die Hochsicherheitseinheit von Marion wurde von Amnesty International aufgrund der durch Isolationshaft hervorgerufenen physischen und psychischen Schwersterkrankungen kritisiert: Marion verletze jede der von den Vereinten Nationen verabschiedeten Minimum Standards über die Unterbringung von Gefangenen. 1983 wurden die Gefangenen dort über neun Monate lang in 24-Stunden-Isolationshaft gehalten, während Wärter willkürlich die Gefangenen zusammenschlugen und mißhandelten.

Das Tribunal stellt - nach der Anhörung von fast 20 Zeugen - in seiner Verurteilung fest: "Die Beweisführung zeigte, daß zusätzlich zur Isolation in den Überwachungseinheiten der Gefängnisse weitere Gefängnisbedingungen gegeben sind, um politische und Kriegsgefangene zu brechen. Diese Bedingungen schließen Ermordung, Folter, sexuelle Angriffe, Körperkontrollen, Körperkontrollen der weiblichen Gefangenen durch männliche Wärter, Strafverlegung, falsche Beschuldigung, die Gefängnisregeln verletzt zu haben, Zensur und Verweigerung der Ausübung religiöser Handlungen, Belästigung von Familienangehörigen, Besuchsbegrenzungen und Verweigerung von notwendiger medizinischer Behandlung ein."

Kriminalisierung des politischen Widerstandes

In den 80er Jahren hat sich die Repression gegen nationale Befreiungsbewegungen und andere antiimperialistische Gruppen auf die juristische Ebene ausgeweitet: wie die Juristen Jan Susler und Michael Deutsch vom People's Law office in Chicago beschreiben, ist die "Neue Repression" gekennzeichnet durch a) verstärkte Überwachung und Informationssammlung im Rahmen von "Untersuchungen zu Terrorismus und Innere Sicherheit" nach den FBI Richtlinien von 1983, b) politische Sicherheitshaft und Verpflichtung zu Aussagen vor der Polizei, c) Sondergesetze zur Kriminalisierung von politischen Bewegungen und d) Beschneidung der Rechte der Angeklagten vor Gericht. Zu den besonderen Gesetzen gehören:

- Bail Reform Act 1984: In den USA werden die meisten Angeklagten vor dem Prozeß auf Kaution (Bail) freigelassen, die Höhe der Summe reguliert die Möglichkeit, frei zu kommen. Die Reform brachte den Ausschluß von Kaution, wenn "Schaden an der Gemeinschaft" bei Freilassung auf Kaution droht. Damit ist für politische Gefangene die Kaution ausgeschlossen.

- Seditious Conspiracy (aufrührerische Verschwörung) kriminalisiert Opposition zur US-Politik, angewandt gegen Puerto-RicanerInnen und fünf Anti-Imps, die versucht haben, eine Bombe unters Kapitol zu legen.

- RICO-Act (Racketeer influenced Corrupt Organisations = Korrupte Organisationen, die durch Erpresser beeinflußt sind): Ursprünglich gegen Mafia oder ähnliche Organisationen gedachtes Gesetz, unter Seditious

Conspiracy und RICA-Act reichen reines Einverständnis mit der militanten (with force) Opposition zur US-Regierung oder einfach Mitgliedschaft zur Verurteilung zu bis zu 20 Jahren.

- Grand Jury: Ursprünglich als Jury gedacht, die die Rechte der Angeklagten in Sachen Faktenfindung unterstützt. Nicht das Handeln des Angeklagten wird untersucht, sondern die Bedingungen der Tat. Bei der Ermittlung werden politische Meinungen, Inhalte und Ziele politischer Bewegungen, Organisierung und Mitgliedschaft bewertet. Nicht Selbstanklage sondern Denunziation und Belastung anderer sind intendiert. Aussageverweigerung wird mit Beugehaft geahndet.

- "Framing" und unverhältnismäßig lange Haftstrafen gehören zum altbewährten Repertoire, politische Gegner "auf Eis zu legen", wie es Prof. George Wald, einer der Juroren, bezeichnet. Prof. Wald, Nobelpreisträger in Biologie und Menschenrechtsaktivist: "Haftstrafen werden normalerweise in der USA in Monaten gezählt, für Politische in Jahren". "Framing" heißt soviel wie falsche Anklage erheben. Schon im COINTELPRO-Programm des FBI ist die Verhaftung aufgrund erdachter Verkehrsübertretungen aufgeführt; Anklage gegen viele Panther erfolgte wegen Banküberfalls. Mumia Abu Jamal (Journalist und ehem. Informationsminister der Black Panther Party und MOVE-Unterstützer): lebenslänglich. Leonhard Peltier (American Indian Movement): zweimal lebenslänglich. Linda Evans (Anti-Imperialistin, angeklagt im Zusammenhang mit dem Capitol-Bombing): 40 Jahre für den Kauf von Waffen unter falschem Namen.

1986 wurde ein rechter politischer Gefangener, Mitglied der "Operation Rescue" (um "Seelen zu retten", attackiert diese Organisation Kliniken, in denen Abbrüche vorgenommen werden), für Planung und Durchführung von Bombenattentaten auf Kliniken, ohne vorherige Warnung abzugeben, zu 10 Jahren verurteilt und nach 46 Monaten auf Bewährung freigelassen.

"Freedom Now!" und auch das Tribunal haben sich zur Aufgabe gemacht, das Schweigen um die politischen Gefangenen zu durchbrechen. Nicht nur in den Medien, auch in den Communities und in den politischen Gruppen sollen die "vergessenen" Gefangenen Teil der politischen Arbeit werden. Der Bezug zur eigenen politischen Geschichte soll wieder hergestellt werden. Die Schließung der Hochsicherheitstrakte in Lexington (August 1988), die erfolgreiche Befreiung von Assata Shakur und die Verhinderung der Auslieferung von William Morales von Mexico an die USA (beide haben auf Kuba Asyl) sind Erfolge der Unterstützungskampagne für politische Gefangene. Das Tribunal soll mit seinen Befunden und Urteilen im März der UN-Menschenrechtskommission vorgestellt werden, an der Beobachter von "Freedom Now" seit drei Jahren teilnehmen.

Die nationale und internationale Presse war auf dem Tribunal nicht sehr zahlreich vertreten - nur einige Beobachter von internationalen Menschenrechtsorganisationen. Zwar hat die Kampagne sich mit dem Tribunal wichtiges Material für Öffentlichkeitsarbeit erstellt, angesichts der mangelnden Mobilisierungsmöglichkeiten der nationalen und internationalen Presse für ihr Anliegen, stellt sich die Frage, ob eine Gruppe von 10-20 Leuten genug Power haben, um das Anliegen "Freilassung" durch ein Internationales Gremium wie die UN-Menschenrechtskommission zu erreichen. Unter Bedingungen, wo das Bewußtsein über die Existenz politischer Gefangener und Kriegsgefangener und das Engagement für die Forderung nach deren Freilassung in den eigenen Reihen recht gering ist. Ein Tribunal über Menschenrechtsverletzungen an politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen scheint verfrüht - welche Mittel stehen jetzt noch zur Verfügung, um öffentlichen Druck zu erzeugen?

Macht der Weg nach Genf zur UN- Menschenrechtskommission Sinn, wenn niemand davon weiß und die USA sich aus fast allen progressiven UN-Einrichtungen herausgezogen hat?

an., New York

Anmerkungen:

Weitergehendes Material über:

Freedom Now, 24 E.116th, NYC, NY 10029

212-860-4101

AGIPA, America-Gegen-Informationsstelle, Eichenbergerstr. 53, 2800 Bremen 1

# 33. Lateinamerika durchs Objektiv. Bericht vom internationalen Fest des neuen lateinamerikanischen Kinos

Rubrik: Lateinamerika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:05

Bereits im Dezember fand in La Habana, Cuba libre, zum zwölften Mal das internationale Festival des neuen lateinamerikanischen Films statt. Diesmal stand das Festival ganz im Zeichen der ökonomischen Krise Lateinamerikas, eine große Zahl Filme setzte sich mit den ärmlichen Lebensbedingungen in ihren Ländern auseinander, immer wieder sprachen RegisseurInnen und ProduzentInnen von den schwieriger werdenden Produktionsbedingungen, und auch die ökonomischen Schwierigkeiten des Gastgeberlandes waren deutlich zu spüren. Dennoch wurden auch dieses Jahr viele interessante Filme gezeigt, von denen ich einige im folgenden vorstellen werde.

Das Filmfestival von La Habana ist ein offenes Festival, daß heißt, jeder Film aus Lateinamerika ist zum Wettbewerb zugelassen, nur FilmemacherInnen aus anderen Kontinenten durchlaufen eine Vorauswahl und müssen sich auf Lateinamerika beziehen, um am Wettbewerb um einen Sonderpreis teilnehmen zu können. So stehen Erstlingswerke neben Altmeistern, experimentelle LowBudget-Produktionen neben routiniertem Fernsehgeseiere. Keine Seltenheit ist es, daß FilmemacherInnen mit ihrem Film unterm Arm ankommen. Die Festivalleitung improvisiert das Programm von Tag zu Tag. Das ganze Festival strahlt eine familiäre Atmosphäre aus, und die vielen Seminare und Treffen am Rande geraten zu einem zweiten Schwerpunkt.

Allgegenwärtig war die ökonomische Krise des lateinamerikanischen Films. Am augenfälligsten im Abspann fast jeden Films zu lesen: koproduziert mit dem spanischen Fernsehen oder gefördert vom Fond zur 500 Jahrfeier. Ein brasilianischer Filmemacher berichtete, daß es die letzten fünf Jahre ein Gesetz gab, daß Firmen, die 2% ihres Gewinns in Filmförderung investierten, steuerlich begünstigte. Die neue Regierung hat das Gesetz gestrichen und das Kulturministerium gleich mit aufgelöst. Eine Regisseurin aus Equador berichtete, daß in ihrem Land in den letzten sieben Jahren zwei Kinofilme produziert wurden.

Auch im um lateinamerikanische Kultur sehr verdienten Cuba muß der Gürtel enger geschnallt werden. Eigenfinanzierung ist das neue Stichwort, mit dem auf die ökonomische Krisensituation, "besondere Periode" genannt, reagiert wird. Das Cubanische Filminstitut zum Beispiel muß fortan die Devisen für das früher aus der DDR gelieferte Filmmaterial selber im Ausland erwirtschaften. Die um karibische Kultur bemühte Casa del Caribe muß für ihre bisher kostenlos angebotenen Seminare Geld nehmen, um ihr jährliches Kulturfest zu finanzieren.

Auch die in Cuba beheimatete 1987 gegründete Internationale Schule für Film und Fernsehen muß massiv einsparen. Träger ist zwar eine von Gabriel Garcia Marquez gegründete Stiftung, aber Cuba hat bisher rund 40% der laufenden Kosten finanziert. Sie bot bisher StudentInnen aus 30 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine dreijährige Ausbildung. Pro Jahrgang konnten jeweils zwei StudentInnen aus jedem Land aufgenommen werden und erhielten freie Unterkunft und Versorgung. Nun werden es wahrscheinlich nur noch eine pro Jahrgang sein, und die Ausbildung wird auf eineinhalb Jahre zusammengekürzt.

Krisenbilder

Caidos del cielo von Francisco Lombardi aus Peru besteht aus drei miteinander verbundenen Geschichten. Ein kleinbürgerliches altes Ehepaar will sich ein repräsentatives Mausoleum bauen und muß dafür nach und nach alle Besitztümer verkaufen. Eine alte blinde Frau lebt mit zwei Enkeln in einer Baracke auf einer Müllhalde am Rande einer Vorstadtsiedlung. Das Ehepaar schenkt ihr aus Mitleid ein Schwein, das sie mit Abfällen zu mästen versucht, ohne daß sie die geringste Chance hätte, aus ihrem Elend herauszukommen. Einer der Mieter des Ehepaares ist ein Rundfunkredakteur einer Lebenshilfesendung, der auf dem Weg von der Arbeit eine junge Frau vom Selbstmord abhält. Er verliebt sich in sie, mit ihrem Problem konfrontiert, erschrickt er jedoch so sehr, daß er seine Sendung nicht mehr moderieren kann und die Frau erneut zur totalen Verzweiflung bringt. Der Regisseur erzählt diese Geschichten anekdotenhaft mit einer Skurrilität, die das Publikum trotz allen dargestellten Leid zum Lachen verleitet. Die Menschen kämpfen um ihr Überleben und

ziehen dabei die Kraft aus der Hoffnung auf eine Änderung. Am Ende steht das Ehepaar vor einer Leere und kann eigentlich nur auf den Tod warten, die blinde Frau erliegt im Überlebenskampf und der Redakteur kann an seine eigenen Hoffnungssprüche selber nicht mehr glauben.

In den Vorstädten von Buenos Aires, Argentinien, spielt Tristan Bauers Film Despues de la Tormenta. Form und Inhalt erinnern an Eliseo Subielas Ultimas Imagenes de un Naufrigo oder Alejandro Agrestis Filme, deren Brillanz er allerdings nicht erreicht. Der Film beginnt mit der Entlassung Ramons, der nun perspektivlos durch Buenos Aires zieht, seine Ehe mit Nora zerbrechen läßt, zu seinem Vater auf's Land fährt, wo es genauso hoffnungslos ist wie in der Stadt.

Ein chilenisches Remake von Carlos Sauras Deprisa, Deprisa lieferte Gonzalo Justiniano mit Caluga o Menta ab, ohne die Qualität des Vorbilds zu erreichen. Mit fast surrealen Bildern führt der Film in das Leben einiger Jugendlicher ein, die am Rande einer Wohnsiedlung herum hängen. Eigentlich passiert nichts, meinen sie, das tägliche Durchschlagen und Zeittotschlagen, Drogen, Prostitution und Gewalt, über die sie immer mehr die Kontrolle verlieren. Dabei weist die Geschichte einige Brüche auf und bleibt ort- und zeitlos, unklar bleibt, ob sie noch unter Pinochet oder schon unter Alwyn spielt.

Ebenfalls vom alltäglichen (über)leben von Jugendlichen handelt Rodrigo D no futuro von Victor Manuel Gaviria. Medellin, Kolumbien, der Alltag von Rodrigo und seinen Freunden, Motorräder klaun, Drogengeschäfte, Kälte in den Beziehungen untereinander, wer von der Polizei gesucht wird bekommt nur wenig Solidarität, wer zuviel weiß, wird erschossen. Bittere Realität, wie spätestens der Nachspann beweist: die Hälfte der Laiendarsteller ist in dem Zeitraum zwischen Aufnahme und Fertigstellung bereits gestorben. Rodrigo träumt davon, als Drummer in einer Punkband zu spielen, die bietet auch den Soundtrack zum Film. Die Dialoge sind in der Sprache der Straße: karg und ruppig genuschelt, selbst mein cubanischer Nachbar war auf die englischen Untertitel angewiesen.

Lateinamerikanische Porträts

Maria Luisa Bemberg aus Argentinien porträtiert in ihrem Film Yo la peor de todas die Lebensgeschichte von Sor Juana Inés de la Cruz, die im 17. Jahrhundert lebte und um ihren Studien und Dichtungen nachzugehen, in ein Kloster ging. Doch auch dort eckt sie schnell an, den Kirchenfürsten scheint eine Frau, die zuviel weiß, gefährlich. Sie zwingen sie dazu, ihr Schreiben zu beenden. Der Film ist sehr konventionell gemacht und lebt fast ausschließlich von den Dialogen.

Die Kolumbianerin Camila Loboguerrero versuchte mit Maria Cano die Lebensgeschichte der Gründerin der Sozialistischen Partei Kolumbiens ins Bild zu rücken. Leider bleibt der Film sehr oberflächlich, reißt historische Hintergründe und persönliche Motivation nur an, die Person Maria Cano bleibt farblos, wirkt oftmals fremd in ihrer Umgebung.

Das wohl peinlichste Porträt lieferte der Chilene Miguel Littin ab mit seinem über zweistündigen Sandino. Mit finanzkräftigen internationalen Financiers im Rücken produzierte er gepflegte Langeweile nach dem überstrapazierten Hollywoodklischee: junger US-Journalist spürt großen Revolutionär im Dschungel auf und schließt Freundschaft. Geschichtlichen und politischen Hintergrund erfährt das Publikum kaum, viele Details sind sogar falsch, dafür erfahren wir endlich, wie er zu seinem Hut gekommen ist. Tomas Borges Kurzkommentar mit aller Doppeldeutigkeit: Ich sehe Sandino nicht gerne sterben.

Ein Porträt ganz anderer Art drehte der Argentinier Eduardo Mignona mit Flop. Die Legende des Kabarettisten Flop, der sich Anfang des Jahrhunderts großer Beliebtheit erfreute. Dargestellt als Theaterstück in drei Akten, wobei die Ebene des Bühnenspiels mit dem Drumherum des Theaterbetriebs und gefilmten Erinnerungen vermischt wird, so daß nie ganz klar wird was nun "real" ist. Ein gewagtes und geglücktes Experiment, das einem Schauspieler gerecht wird, dessen reales Leben sich ebenso mit seiner Legende vermischt.

Frauenbilder

Viel Werbung wurde für Camilo Luzuriagas Film la tigra aus Ecuador gemacht, der den Untertitel Mythos und Frau trägt. Drei Schwestern führen nach der Ermordung ihrer Eltern eine Farm im Urwald weiter. Was amüsant beginnt, die Älteste, die Tigerin genannt, schmeißt ihren Lover im Morgengrauen mit dem Gewehr an der Schläfe aus dem Bett, entpuppt sich schnell als enttäuschende bloße Umkehrung der Verhältnisse. Die beiden älteren Schwestern tyrannisieren die jüngere und sperren sie auf Anraten eines Medizinmanns vor den

Männern weg, derweil sie sich besaufen und mit Männern vergnügen, bis sich einer in die jüngere Schwester verliebt und sie mit Hilfe des Militärs befreit.

Weitaus spannender und differenzierter ist da der cubanische Episodenfilm mujer transparente. Fünf RegisseurInnen (Héctor Veitia, Mayra Segura, Mayra Vilasis, Mario Crespo, Ana Rodriguez) erzählen jeweils eine kurze Geschichte über eine Frau. Von der Funktionärin, die über ihre Ehe Bilanz zieht und feststellt, daß sie von ihrem Mann gar nicht wahrgenommen wird, über die junge Künstlerin, die in einer Garage haust, bis zur Frau, die mit ihrer ins Ausland gezogenen Jugendfreundin eine Verabredung im Touristenhotel hat und sich diese Insel im eigenen Land zurückerobert. Schade nur, daß alle Episoden im weißen Mittelstand spielen.

Mit Hello Hemingway versucht der Cubaner Fernando Pérez nicht die Geschichte "Der alte Mann und das Meer" zu verfilmen, sondern dessen Thematik. Der Film spielt 1956. Das Mädchen Larita ist Nachbarin von Hemingway, sie kämpft um ein Stipendium für ein Studium in den USA. Aus ärmlichen Verhältnissen und einer zerrütteten Ehe stammend, werden ihr immer neue Hürden gestellt, an denen sie schließlich scheitert. In dem ihr in die Hände gefallenen Buch "Der alte Mann und das Meer" entdeckt sie Parallelen zu ihrem Leben, sie wird vielleicht scheitern, aber niemals wird sie sich besiegen lassen. Auch wenn die Geschichte des Mädchens im Mittelpunkt steht, ist der geschichtliche Hintergrund - wenige Jahre vor dem Triumph der Revolution - immer präsent. Ein intelligenter, gut gemachter und gespielter Film, zurecht erhielten Regisseur und Hauptdarstellerin einen schwarzen Korall.

Kriegsbilder

Marias Story erzählt die Geschichte von Maria, comandante der FMLN. Die US- Amerikanerinnen Monona Wali und Pamela Cohen drehten den Film 1989 kurz vor der Offensive auf Video, um beweglicher zu sein, worunter die technische Qualität, nicht aber die inhaltliche etwas leidet. Anhand der Lebensgeschichte von Maria stellen sie Beweggründe und Ziele der Befreiungsbewegung dar und bieten einen Einblick in Geschichte und Kriegsalltag El Salvadors, jenseits von Revolutionsromantik.

Despues de la batalla von der in Cuba lebenden Dokumentarfilmerin Estela Bravo beschäftigt sich mit dem Krieg der Republik Südafrika gegen Angola. Der Film ist humanistisch, aber nicht platt, er beschränkt sich darauf, den Krieg als einen Wahnsinn darzustellen, für den die südafrikanische Regierung verantwortlich ist. Im Mittelpunkt stehen die Menschen, Zivilisten wie Soldaten, beiderseits der Front, die ausführlich zu Wort kommen. Die Geschichte des Krieges wird kurz erzählt, ohne auf politische Hintergründe intensiver einzugehen.

Vom Cubanischen Militärfilmstudio produziert ist Caravana von Rogelio Pais und Julio César Rodriguez. Ein in Angola spielender mißlungener Kriegs-actionfilm mit in sich unstimmiger Handlung und plumpen Klischees: der eitle, fanatische, dumme schwarze Bandenführer, der im Auftrag des dekadenten weißen Hintermanns tötet, die heroischen cubanischen Soldaten, die alle Notlagen meistern, dazu noch eine kurze Romanze im Vollmondschein ... Solche Filme dienen weder der Aufarbeitung der cubanischen Erfahrungen, noch vermögen sie irgendwen zu agitieren.

Es fällt schwer, ein Fazit zu ziehen, zu verschieden sind die Produktionen. Es wird schwieriger, in Lateinamerika gutes Kino zu machen, dennoch gibt es viele Versuche, es trotz allem zu schaffen, manche sind gelungen.

olaf, Hamburg

# 34. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen

*Auf eigenen Füßen Wege zur Gesundheit in El Salvadors Befreiungskampf Von Francisco Metzi mit einem Vorwort von Ralf Syring.*

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:27

Auf eigenen Füßen

Wege zur Gesundheit in El Salvadors Befreiungskampf

Von Francisco Metzi mit einem Vorwort von Ralf Syring.

Als ich das Buch in die Hand gedrückt bekam, um es zu besprechen, dachte ich, es ginge um ein sehr spezielles Thema, daß auch nur SpezialistInnen interessiert. In der Tat erfahren wir, außer in einer kurzen historischen Einleitung von Ralf Syring, nicht viel an geschichtlichen Daten, Positionen und Zielen der Bewegung.

Aber Metzis Erzählung ist weit mehr als die bloße Aneinanderreihung von Erlebnissen eines europäischen Internationalisten, der einige Jahre für die FMLN in El Salvador als Gesundheitsarbeiter tätig ist. Aus seinen einzelnen Erlebnissen erwächst eine Sicht auf etwas viel tiefer liegendes, das in El Salvador passiert: Trotz oder gerade wegen der Kriegsbedingungen beginnt die Bevölkerung in den kontrollierten Zonen schon jetzt eine andere Gesellschaft zu entwickeln.

In den Erlebnissen Metzis als Gesundheitsarbeiter spiegelt sich dieser Kampf, die Erfahrungen, die die Menschen dort machen und wie sie sich in ihm verändern. Wie sie sich organisieren, um ihr Überleben zu sichern, Bildung, Gesundheit und Ernährung zu verbessern. Er läßt teilnehmen an Gesprächen mit Alten und Jungen, KämpferInnen und Zivilisten die ihre Geschichte erzählen. Er schreibt auch von den Niederlagen, von der Freude über die Menschenleben, die er unter widrigsten Bedingungen retten konnte und den Schmerz über die, die er unter diesen Bedingungen nicht retten konnte. Er schildert die Improvisationen, die die Not diktiert, in denen aber auch die Idee eines anderen Lebens steckt.

Der Streit darum, ob und wann die FMLN gewinnen kann, verliert bei der Lektüre dieses Buches an Bedeutung. Jeden Tag, den die SalvadorianerInnen kämpfen, haben sie ein Stück Menschsein gewonnen. Vielleicht erwächst daraus die Zuversicht, mit der sie ihren Kampf führen.

Olaf, Hamburg

Francisco Metzi

Auf eigenen Füssen - Wege zur Gesundheit in El Salvadors Befreiungskampf, mit einem Vorwort von Ralf Syring.

rotpunkt Verlag Zürich

ISBN 3-85869-062-7

# 35. Der II. Parteitag der PDS. Die Suche nach einem Weg im neuen Deutschland

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:51

Am 26./27.1.1991 fand der II. Parteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus, kurz PDS, in Berlin, ehemals Hauptstadt der DDR, statt. Es war ein für diese Partei wichtiges Ereignis, auch wenn ganz und gar nicht vergleichbar der Tradition, aus der sie kommt. Er fand statt, nicht weil der nächste Fünfjahresplan bekanntgegeben und verabschiedet werden mußte, sondern weil sich diese Partei und jedes einzelne Mitglied in einem Neuorientierungsprozeß befindet, der die Linke in diesem neuen Deutschland insgesamt durcheinanderwirbelt: in Hinblick auf die neue innen- und die neue außenpolitische Lage.

Nach dem Gründungs- und Übergangsparteitag im Dezember 1989, der in den Wirren des Zusammenbruchs der alten DDR stattfand und dem I. Parteitag im Februar, als es die DDR noch gab und das schnelle Ende noch nicht absehbar war, war dies der erste Parteitag, auf dem diese DDR-Partei mit der vollen Wirklichkeit der Einverleibung leben mußte.

Antikriegsparteitag

Die Ereignisse haben diesem Parteitag ihren Stempel aufgedrückt. Deshalb sollte es ein Antikriegsparteitag werden. Dies ist bedingt gelungen. Dieser Teil machte die wichtigste inhaltliche Debatte aus. Sieht man sich den Teil der Rede Gysis und die verabschiedete Resolution an (siehe Dokumentation), muß man feststellen, daß die PDS derzeit die einzige im Bundestag vertretene Partei ist, die als Partei NEIN zum Krieg sagt. Sie verurteilt gleichzeitig den Überfall Iraks auf Kuwait, setzt sich für das Existenzrecht Israels ein und propagiert eine friedliche Lösung der Konflikte unter Teilnahme aller Beteiligten. Dies festzustellen ist insofern nicht unwichtig, weil diese Partei in den Augen der Westlinken den Stempel des Sozialdemokratismus weg hat. Mit dieser Position wäre sie ein wichtiger Bündnispartner für die Friedensbewegung. Und sie hätte, würde sie dies in Politik umsetzen, Chancen, im sozialdemokratischen Teil der Friedensbewegung Anhang zu gewinnen. Dies berührt dann jedoch die Frage, daß die in diesen Beschlüssen geäußerte Richtung noch nicht Gegenstand der praktischen Politik der Partei ist. Sichtbar fällt es ihr immer noch schwer, sich als Teil einer Bewegung zu definieren, nicht selbst der bestimmende Motor zu sein.

Eine Partei der DDR-Identität

Ein wesentlicher Teil der auf dem Parteitag vorgetragenen Reden bezog sich auf die Situation in der ehemaligen DDR. Diese Partei versucht sich in der Rolle, Anwalt für die Menschen der fünf neuen Länder zu sein. Auch wenn sie selbst die Wiedervereinigung begrüßt und gewollt hat, will sie Partei sein für diejenigen, die den Anschluß so nicht gewollt haben und derjenigen, die jetzt von den Folgen überrascht werden. Aber es fällt auf, daß über das Beschwören einer DDR-Identität, über das Warnen vor diesen Folgen hinaus noch keine Konzepte vorhanden sind, die politisches Handeln ermöglichen würden. Die meisten Parteimitglieder hoffen, daß die Menschen, die jetzt unter den Folgen des Anschlusses leiden, den Weg zur Partei wiederfinden. Eingestandenermaßen gibt es hierfür jedoch noch keine Anzeichen.

Die reine Statistik spricht zunächst vom Gegenteil. Nach noch 350.000 verbliebenen Mitgliedern im Sommer 90, weist sie jetzt noch 285.000 aus, 60% davon im Rentenalter.

Was diesen Mitgliederschwund ausmacht, kann niemand genau sagen. Je nach politischer Intention wird der "Finanzskandal", die Verfolgung und die Angst vor Arbeitsplatzverlust, der mangelnde Erneuerungsprozeß verantwortlich gemacht. Nur eins ist sicher: Der Zustrom von neuen Mitgliedern, insbesondere der im Frühjahr letzten Jahres behauptete Zustrom von jungen Menschen, ist minimal. Dies weist zumindest darauf hin, daß es die PDS noch nicht geschafft hat, außerhalb der ihr verbliebenen Menschen, Träger der DDR-Identität und des Protestes gegen die Folgen des Anschlusses zu werden.

Der Ost-West-Konflikt

Neben den "Ossis" und den "Wessis" gibt es nun auch die "Besserwessis". Es ist die Reaktion der Ostlinken auf die immer alles besserwissenden Westlinken. Dieser Konflikt spielt auch in der PDS eine nicht unwichtige Rolle und hat auf diesem Parteitag eine in Ansätzen zerstörerische Rolle gespielt. Es ist nicht möglich, diese

Frage nur von den inhaltlichen Differenzen her zu diskutieren, da sich auch im Verhältnis zwischen Ost- und Westlinken der koloniale Zug der Einverleibung der DDR widerspiegelt. Jeder in der PDS verantwortlich handelnde Mensch weiß, daß es für die Partei nur eine Zukunft gibt, wenn sie es versteht, Anhang im gesamten Deutschland zu erlangen, dies nicht einmal allein auf die Parlamentsfrage fixiert.

Stellvertretend wurde diese Kontroverse an der Wahl einer stellvertretenden Parteivorsitzenden geführt. Die Parteiführung hatte den Plan, neben den fest gesetzten Führungspositionen, Vorsitz Gregor Gysi, stellvertretender Vorsitz von André Brie und Marlies Dänike, die Stelle einer zweiten stellvertretenden Vorsitzenden mit einer Frau aus dem Westen zu besetzen. Es kandidierten Christiane Reymann und Monika Balzer. Beide kommen aus der DKP, verkörpern aber unterschiedliche Richtungen. Christiane Reymann ist Erneuerin, trat und tritt für eine neue Form sozialistischer Partei ein und wird identifiziert mit dem Projekt Linke Liste/PDS. Monika Balzer hat sich dem traditionalistischen Flügel der PDS, verkörpert in der Kommunistischen Plattform, angeschlossen. Die Kandidatinnenbefragung offenbarte ein großes Dilemma in der Partei. Denn es ging nicht um die politischen Auffassungen der Kandidatinnen, sondern es waren die bohrenden Fragen des Parteiverständnisses. Christiane Reymann schlug das Mißtrauen eines nicht kleinen Teils der Versammlung entgegen, sie wolle diese Partei in ihrer jetzigen Verfaßtheit zerstören. Monika Balzer bekam den Applaus dafür, daß sie das traditionelle Parteiverständnis reproduzierte. Gleichzeitig wurde auf der Kandidatinnenebene die Frage diskutiert, mit welchen Kräften sich die PDS im Westen verbinden will. Sollen es die traditionellen Wege der Partnerschaft mit der DKP sein, oder will man sich auf die Neue Linke konzentrieren. In der Befragung wurde deutlicher denn je, daß diese Frage innerhalb der PDS nicht diskutiert und schon gar nicht entschieden ist. Es gibt kein Konzept der parteipolitischen Richtung für den Westen.

Die im Bundestagswahlkampf herausgebildeten Strukturen reichen bei weitem nicht, um eine Ausweitung der PDS erfolgreich zu gestalten. Die eingegangene Verbindung PDS/Linke Liste hat nicht den erhofften Erfolg gebracht, wodurch selbstverständlich die Frage nach den Bündnispartnern und dem politischen Feld neu aufgeworfen wird.

Gleichzeitig wurde an dieser Kandidatinnenfrage eine Kontroverse, die allein Produkt der Ost-PDS ist, ausgetragen. Christiane Reymann stand stellvertretend für die Erneuerungsströmung der Parteiführung.

Die Wahl ging letztlich mit 49,7% zu 33% für Christiane Reymann aus, womit erstere aber auch nicht gewählt war. Diese Stelle in der Parteiführung soll jetzt auf der Fortsetzung des Parteitages im Juni wieder zur Wahl gestellt werden.

Diese Kontroverse wiederholte sich in ähnlicher Form bei der Wahl des neu geschaffenen Postens eines Bundesgeschäftsführers. Es kandidierten gegeneinander Wolfgang Gehrcke, führender Kopf der Erneuerungsströmung in der DKP mit Unterstützung des Parteivorstands, und Klaus Wiezorek, Kreisvorsitzender aus Berlin. Wolfgang Gehrcke wurde mit 53% der Stimmen gewählt (Klaus Wiezorek erhielt 43%), aber auch hier mischte sich in die Wahl neben der politischen Haltung der Kandidaten die Frage, ob auf diesem Posten wirklich jemand aus dem Westen sitzen müsse.

Überraschend dann die Wahl zum Parteivorstand. Der Vorbereitungskommission für den Parteivorstand hatte vorgeschlagen, von den 70 zu wählenden Plätzen per Quotierung 14 an Vertreter aus den Westverbänden zu vergeben. Dies als politisches Signal und zur Eröffnung von Möglichkeiten der Öffnung der Partei in Richtung Westen. In der Wahl kamen schließlich 19 Bewerber aus dem Westen durch. Darüberhinaus eine große Anzahl VertreterInnen von Interessen- und Arbeitsgruppen. Völlig unterrepräsentiert sind im neuen Vorstand die traditionellen Strukturen der Partei auf Kreis-und Landesebene.

Fazit

In altem Jargon würde kommentiert werden, daß es sich um einen Übergangsparteitag gehandelt habe. Die PDS hat ihren Platz im neuen Deutschland noch nicht gefunden, auch wenn sie ihn instinktiv bei den Menschen in der DDR sucht, die die Folgen des Anschlusses heute kritischer sehen als beim Anschluß selbst. Eine Ausstrahlung in den Westen ist ihr bisher nicht gelungen. Hier hätte sie eine Chance, wenn sie sich konsequent als Friedenspartei entwickeln würde. Dies nicht kurzfristig auf den Golfkrieg hin gedacht, sondern in Hinsicht auf die zu erwartenden Auseinandersetzungen in Ost- und Südosteuropa. Die PDS hätte hier aufgrund ihrer historischen Verbindung nicht nur eine Chance sondern eine dringende Aufgabe, einen Gegenpol gegen die Bestrebungen des BRD-Kapitals zu bilden.

he.

# 36. "Bush spricht von neuer Weltordnung und meint die Neuaufteilung der Welt". Auszüge aus der Eröffnungsrede von Gysi

*Auszüge aus der Eröffnungsrede des II. Parteitages der PDS von G. Gysi*

Rubrik: PDS; Neue Weltordnung · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:21

Der Untergang bzw. die Krise der sozialistischen Länder, insbesondere die Schwäche der Sowjetunion, haben die internationale Lage gravierend verändert. Wenn es tatsächlich eine erste, eine zweite, eine dritte und inzwischen, hinsichtlich der ärmsten Länder, sogar eine vierte Welt gibt, dann ist die zweite Welt im internationalen Geschehen entweder ausgeschieden oder hat zumindest erheblich an Bedeutung verloren. Das führt dazu, daß der amerikanische Präsident Bush von der Notwendigkeit einer neuen Weltordnung spricht, die im Ergebnis des Golfkrieges entstehen soll - er sagt neue Weltordnung, meint aber eine neue Aufteilung der Welt. Sie ist in ihrem Wesen uralt, ist gekennzeichnet vom Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, von Machtpolitik und vor allem von Ausbeutung der Völker. Und dieser Kampf ist noch immer mit Kriegen geführt worden.

Unser Kampf gegen den Golfkrieg ist deshalb nicht nur ein Kampf von Humanisten gegen den Krieg, der Tausende Menschen tötet und verletzt, nicht nur ein Kampf gegen mögliche furchtbare ökologische Auswirkungen des Krieges - inzwischen sind sie schon Realität und nicht mehr nur möglich -, sondern auch ein Kampf dagegen, daß mit militärischen Mitteln versucht wird, die Ausbeutung der dritten und der vierten Welt auf Dauer durch die erste Welt festzuschreiben.

Diese Tatsachen verlieren nicht dadurch an Gültigkeit, daß wir das menschenverachtende Regime Husseins ablehnen, seinen Überfall auf den Iran, seinen Überfall auf Kuwait, seinen Überfall auf Israel, seinen Völkermord an Kurden, die Verfolgung der Dissidenten einschließlich der Kommunisten. Nur: Das meiste von all dem hat ihm die jetzt viel beschworene Völkergemeinschaft durchgehen lassen. Dieselben Politiker, die heute Krieg gegen Irak führen, haben dessen Aufrüstung zu vertreten. Ein Verbrechen bekämpft man nicht, indem man ein größeres begeht, und Völker befreit man nicht, indem man sie zerbombt. Spätestens in diesem Zusammenhang wird die Einschätzung des Kapitalismus durch uns programmatisch bedeutsam, weil ohne sie auch eine Standortbestimmung unserer Partei nicht möglich ist und weil die Existenz einer sozialistischen Partei sich nur begründen kann, wenn sie mit einer ebenso konsequenten wie differenzierten Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft verbunden ist.

Und damit komme ich zu meinem zweiten Ausgangspunkt, nämlich der Tatsache, daß nach wie vor die Welt durch den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit bestimmt wird. Die globalen Menschheitsprobleme führen zu einer Krise der Industriegesellschaft überhaupt. Sie wirkten sich bei den sozialistischen Ländern nur deshalb soviel gravierender aus, weil die Wirtschaften schwächer waren. Der Kapitalismus hat solange Entwicklungschancen, solange das Kapital expandieren kann. Dies führt in einem ungeheuren Ausmaß zur Internationalisierung des Kapitals. Es gibt kaum noch Länder, in denen es nicht japanische oder deutsche Beteiligung gibt. Der Untergang vieler sozialistischer Länder führt zu neuen Expansionsmöglichkeiten für das Kapital, insbesondere in Osteuropa. Darüber hinaus bietet nach wie vor die dritte und auch die vierte Welt Möglichkeiten für die Expansion des Kapitals.

Antikapitalistische Positionen haben als Deklaration meines Erachtens wenig Wert. Die Menschheitsinteressen sind zu formulieren, und der Nachweis ist zu führen, daß sie sich innerhalb kapitalistischer Strukturen nicht verwirklichen lassen. Nur wenn dieser Nachweis gelingt, sind antikapitalistische Positionen berechtigt, und ich gehe davon aus, daß er gelingt. Entscheidend ist, daß wir und andere linke Kräfte der Realisierung von Menschheitsinteressen eine politische Grundlage geben. Antikapitalistische Positionen möchte ich aber nicht verwechselt wissen mit der sogenannten Fundamentalkritik am Kapitalismus. Wenn man diesen Begriff ernst nimmt, dann würde er bedeuten, alles, was der Kapitalismus hervorgebracht hat, abzulehnen und abschaffen zu wollen. Davon kann meines Erachtens keine Rede sein, weil die kapitalistische Marktwirtschaft und die bürgerliche Gesellschaft durchaus auch zivilisatorischen Fortschritt gebracht haben.

Wenn ich allein darüber nachdenke, in welch hohem Grade in führenden kapitalistischen Ländern kulturelle und wissenschaftliche Leistungen vollbracht werden, dann kann es nicht nur um den Erhalt dieser Leistungen gehen. Dann sind wir auch verpflichtet, darüber nachzudenken, welche Strukturen solche Leistungen ermöglichen und wie sie qualitativ weiterentwickelt werden können. Unbestritten haben die führenden kapitalistischen Industriestaaten ein Mehr an Demokratie als die Länder des real existierenden Sozialismus hervorgebracht. Weder können wir mit der parlamentarischen Demokratie noch mit dem Grad an Rechtsstaatlichkeit in diesen Ländern zufrieden sein, aber niemand kann leugnen, daß sie ein wesentlich höheres Niveau besitzen als alles, was diesbezüglich in den Ländern des real existierenden Sozialismus hervorgebracht wurde. Wissenschaftlich und politikfähig werden wir meines Erachtens nur dadurch, daß wir die kapitalistischen Industriestaaten ebenso differenziert beurteilen, wie wir dies zurecht für die Einschätzung der Länder des real existierenden Sozialismus verlangen.

Die armen und ärmsten Länder brauchen ein Mitbestimmungsrecht

Noch wichtiger werden Einflußmöglichkeiten auf die internationalen Instrumentarien des Kapitals sein. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds sowie die anderen großen Finanzmonopole sind in höchstem Maße undemokratisch strukturiert, obwohl gerade sie den entscheidenden Einfluß in der Weltwirtschaft ausüben. Hier geht es sozusagen um ein Mitbestimmungsrecht der Gesellschaft und der armen und ärmsten Länder dieser Welt, das verwehrt wird, weil allein die Kapitalstärke über die Einflußmöglichkeiten in diesen Institutionen entscheidet.

Die UNO und der UN-Sicherheitsrat könnten eine bedeutende politische und ökonomische Rolle spielen, wenn z.B. der Vollversammlung Rechte zum Eingreifen in internationale politische und wirtschaftliche Vorgänge zugebilligt werden würden. Das schließt dann aber Veto-Rechte von Großmächten im UN-Sicherheitsrat aus. Eine Forderung im internationalen Leben muß deshalb die Gleichberechtigung der Staaten in der UNO und die Schaffung von Instrumentarien zur Durchsetzung von Mehrheitsentscheidungen sein. Das Veto- Recht der Sowjetunion und Chinas einerseits, der USA, Großbritanniens und Frankreichs andererseits hatte nur solange einen Sinn, solange von einem Gleichgewicht des Ostens und Westens ausgegangen werden konnte und solange deshalb diese Veto-Rechte diesem Gleichgewicht entsprachen. Die Dominanz des internationalen Kapitals wird also nicht durch seine Abschaffung, sondern nur dadurch zu beschränken sein, daß Verfügungsrechte in immer stärkerem Maße auf jene übertragen werden, die nicht über dieses Kapital verfügen.

Es ist aber eben eine Illusion zu glauben, daß es dafür genügt, Einfluß auf die Verteilungsprozesse zu nehmen. Vielmehr ist eben auch Einfluß auf die Produktions- und Investitionsprozesse erforderlich. In diesem Sinne gilt es also, weiter darüber nachzudenken, wie nationale und internationale Wirtschaftsprozesse immer stärker demokratisiert werden können, damit die Gebrauchswertorientierung der Wirtschaft zunimmt und die Profitdominanz überwunden werden kann. Nur unter solchen Bedingungen ist auch an eine wirkliche Ökologisierung der Wirtschaft zu denken. Der Marktwirtschaft, wie sie gegenwärtig existiert, sind soziale, ökologische und kulturelle Bedürfnisse fremd. Sie können ihr im Rahmen der Gesetzgebung nur in einem begrenzten Umfange aufgezwungen werden. Wir brauchen aber demokratische Mechanismen, die ökologische, soziale und kulturelle Bedingungen der Produktion sichern.

Meines Erachtens bestehen - zumindest in Europa - gute Voraussetzungen, diese gesellschaftlichen Veränderungen schrittweise herbeizuführen. Hier geht es aber nicht nur um gewöhnliche Reformen, die das Leben etwas erträglicher gestalten, sondern um Reformen mit revolutionärer Perspektive. Wird dieser Prozeß von der Menschheit nicht beschritten und nimmt das Ausmaß der ökologischen Krise im bisherigen Tempo zu und wächst die soziale Ungerechtigkeit im Innern der Länder ebenso weiter, wie zwischen der ersten, der dritten und der vierten Welt, dann ist die Zivilisation dem Untergang bestimmt.

Gerade weil das so ist, ist ein breites Bündnis von Menschen unterschiedlichster Weltanschauungen nötig. Auch im konservativen Lager gibt es ernst zu nehmende Kräfte und einzelne Politiker, die den Untergang der Zivilisation aufhalten wollen. Häufig höre ich den Vorwurf, zu sozialdemokratisch zu sein. Im Sinne wirklich linker Sozialdemokraten trifft mich der Vorwurf nur begrenzt. Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, Bebel und die Liebknechts waren auch Sozialdemokraten. Und in den letzten Jahrzehnten, das muß man der Ehrlichkeit halber hinzufügen, haben linke Sozialdemokraten mehr zur Bereicherung des Marxismus beigetragen als die

kommunistische Weltbewegung. Aber den Vergleich mit der praktischen Sozialdemokratie der Herren Ebert, Noske, Pätzold und Niggemeier lehne ich ab.

# 37. PDS - Partei eines gar nicht so neuen Typs. Zur Politischen Erklärung der PDS

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:14

Nach wie vor ringt die Partei des Demokratischen Sozialismus, die PDS, um ihr neues Selbstverständnis und um ihr Plätzchen in der imperialistischen BRD. Einen Beitrag dazu leisteten namhafte und führende PDS-Mitglieder in Zusammenarbeit mit ebenso exponierten westdeutschen Linken in einer Politischen Erklärung, die sie dem 2. Parteitag zur Diskussion vorlegten (1).

Diese Erklärung wurde nicht als künftige Richtschnur einer erneuerten PDS- Programmatik verabschiedet, sondern als "Diskussionsgrundlage" zur Kenntnis genommen. Man sollte sich jedoch keinerlei Illusionen darüber machen, daß diese Erklärung die bisherigen Diskussionen um die Erneuerung der Partei im wesentlichen zusammenfaßt. Im Kern gehen die getroffenen Aussagen nicht über eine x-te Neuauflage eines links-keynesianischen Programms, verbunden mit Forderungen nach einer radikalen Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, hinaus, sondern bleiben streckenweise hinter ähnlichen Programmen, etwa denen der Grünen, zurück.

Die Politische Erklärung steht im übrigen auch im scharfen Kontrast zum Wahlprogramm der PDS, das deutlich andere Akzente und Schwerpunkte definierte.

In der Politischen Erklärung treffen sich zwei Strömungen, die sich glänzend ergänzen: Zum einen etwa die Autoren der "Sozialistischen Studiengruppen" (SoSt) und einiger Neuerer aus der DKP, die in der westdeutschen Tradition reformistischer Programme für "demokratische Umgestaltung" (DKP) und Umbauprogrammen (SoSt) stehen und ihre Rezepturen trotz des offensichtlichen Scheiterns nun erneut auftischen wollen. Zum anderen diejenigen Neuerer in der PDS, die ähnlich ihren ehemaligen "Brüdern" aus den übrigen osteuropäischen Parteien des Realsozialismus eine spezifische Metamorphose durchliefen: je mehr nämlich die Defizite und das Scheitern des Realsozialismus evident wurden, desto farbenprächtiger leuchten nunmehr die "Errungenschaften" des Kapitalismus. So lautet einer der Kernsätze in der Politischen Erklärung, daß der heutige Kapitalismus nicht nur lernfähiger, sondern "gestaltbarer" geworden sei.

Zweifellos wollen die AutorInnen der Politischen Erklärung die PDS als eine moderne Reformpartei in der neuen gesamtdeutschen Parteienlandschaft verorten. Ob damit jedoch das politische Überleben einer tendenziell eher absterbenden Partei ermöglicht werden wird, erscheint fraglich. Zumindest in der alten BRD müßten sich die Gestaltungsrezepturen gegenüber der grünen und sozialdemokratischen Konkurrenz behaupten, was eher schwerfallen dürfte.

Die Frage bleibt: warum, um Himmels Willen, will denn die PDS sich nicht zu ihrer linken Oppositionsrolle bekennen, zumal ihr ein Gestaltungsplätzchen in der neudeutschen Parteienlandschaft von Haus aus verwehrt ist?

Kapitalismus gestaltbar?

Die Defizite des einen, gescheiterten, Systems verwandeln sich schnurstracks in "Errungenschaften" des anderen, hiesigen. Dem realen Sozialismus fehlte es an Rechtsstaatlichkeit, gesellschaftlicher Konfliktregulierung, ökonomischem Wettbewerb und dem Markt, so das Fazit der AutorInnen der Politischen Erklärung.

So verwundert es nicht, daß der hiesige Kapitalismus durchgängig als "moderne bürgerliche Gesellschaft", "hochentwickelte Gesellschaft" usw. bezeichnet wird, der nicht nur lernfähiger, sondern heutzutage auch "gestaltbarer" geworden sei. Begründet wird all dies nicht, sondern solche Verhältnisse werden sich herbeigewünscht. Gewiß, der Kapitalismus wird differenziert betrachtet. In der Sphäre der Ökonomie etwa werden der hohe Grad der Vergesellschaftung, die hohe wirtschaftliche Effizienz, der Markt mit seinen staatlichen Regulierungsinstanzen als Errungenschaften angesehen, andererseits aber auch die richtige Einsicht vorgetragen, daß der Kapitalismus die Monopolisierung, die soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit und die globalen Menschheitsprobleme (Ökologie, Dritte Welt) nicht beseitigen könne und wolle.

Für die hiesigen Verhältnisse folgt daraus, daß auf "die Regulierung durch den Markt nicht verzichtet werden kann", aber für die "Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung und die Gestaltung des Gemeinwesens ... nicht allein oder vorrangig Kapitalinteressen ausschlaggebend sein" dürfen. Ergo streben die AutorInnen der Politischen Erklärung "marktwirtschaftliche Prozesse mit demokratischer Steuerung, Kontrolle und Mitbestimmung auf allen gesellschaftlichen Ebenen" an.

Das geht auch kürzer: "In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatkapitalistischer Kapitalverwertung" - so steht es jedenfalls im Grundsatzprogramm der SPD vom 20.12.1989.

Neben dem immanenten Widerspruch in der Aussage, daß der Markt als Regulierungsinstanz unentbehrlich sei, andererseits aber beteuert wird, sich "nicht der Eigengesetzlichkeit des Marktes unterordnen" zu wollen - was denn nun? - wird nicht einmal im Ansatz begründet, worauf sich die These der "Gestaltbarkeit" des heutigen "modernen" Kapitalismus stützen könnte.

Man braucht gar nicht weit ausholen und auf den Umstand verweisen, daß die Zeiten der reformerischen Gestaltbarkeit allerspätestens seit der zweiten Weltwirtschaftskrise vor zehn Jahren endgültig vorbei waren und die neokonservativen "Gestalter" ihre Siegeszüge antraten - das Scheitern selbst der allerbescheidensten Reformexperimente rot-grüner Koalitionen à la Hessen I und Westberlin sollte den AutorInnen zu denken geben.

Im übrigen fußen die Aussagen in der Politischen Erklärung im Bereich der Wirtschaftspolitik weitgehend auf den linkssozialdemokratischen Theoremen der SoSt - so etwa die Behauptung, daß "Marktregulierung und Kapitalismus nicht das gleiche sind". Damit versuchen die SoSt ihre These einer "sozialistischen Marktwirtschaft" zu untermauern. Zwar lassen sich solche Theoreme bei Marx nirgendwo finden - was die SoSt nicht davon abhalten, den Markt neu zu interpretieren. Der Markt wird einfach auf die Ebene der Zirkulationssphäre, relativ unabhängig von den realen Produktionsverhältnissen, angesiedelt. Mit dieser Vergewaltigung, der Trennung der Zirkulationssphäre vom gesamten ausbeuterischen kapitalistischen Reproduktionsprozeß, soll eine "sozialistische Marktwirtschaft" begründet werden.

Im zweiten Schritt tappen die SoSt-Theoretiker etwas hilflos in der Frage der kapitalistischen Strukturen und der Eigentumsverhältnisse herum, sprechen von erweiterter Mitbestimmung und "Unternehmensdemokratie" und staatlichen Kontrollinstanzen - um letztlich bei der klassisch-sozialdemokratischen "sozialen Marktwirtschaft" zu landen. Wenn die SoSt schreiben, daß "auf der Grundlage von demokratisierten Produktionsverhältnissen ... weitreichende Möglichkeiten der Steuerung marktwirtschaftlicher Verteilungsstrukturen (sic!) eröffnet werden" können, so landen sie just bei einer "sozialen Marktwirtschaft" sozialdemokratischer Prägung - nur theoretisch fundierter und konsequenter als die Sozialdemokratie dies selbst fordert (2).

Was in der Politischen Erklärung dann im einzelnen zur Gestaltung des Kapitalismus gefordert wird, ist derart peinlich, in sich widersprüchlich und oberflächlich zusammengeschustert, daß dies auch den gutwilligsten LeserInnen nicht mehr zuzumuten ist.

Was ist - zum Beispiel - unter einer "beschäftigungsorientierten Sanierung" der Betriebe in der ex-DDR zu verstehen, was unter der bei Grünen wie "modernen" Konservativen gleichermaßen beliebten Parole von der "Hilfe zur Selbsthilfe", "Entbürokratisierung des Staates" und der "Entstaatlichung" überhaupt, was unter der von den Neoliberalen aufgebrachten Forderung, die gesamten Naturressourcen unter die Knute der Verwertung von Kapital zu subsummieren?

Selbst auf dem ureigensten Territorium verbleibt die Regionalpartei PDS bei allgemeinen Forderungen und hat es unterlassen, konkreter anzugeben, was sie wie "umgestalten" will. So fordert die PDS u.a. regionale Struktur- und Beschäftigungsprogramme, neue Infrastrukturinvestitionen, die natürlich sinnvoll, sozial, ökologisch und arbeitsplatzschaffend sein sollen. Konkrete Vorschläge, etwa in den Bereichen der Energie- und Verkehrspolitik, die Frage der Finanzierbarkeit usw. sucht man vergeblich.

"Mehr Demokratie wagen"?

In der Politischen Erklärung fehlt es nicht an dem Bekenntnis zum Grundgesetz, das die PDS ernster nimmt als andere Kräfte, sowie die Anerkennung der Rechtsstaatlichkeit, freier, geheimer Wahlen usw. als historische

Errungenschaften des Kapitalismus. Daraus leitet die PDS ihre Forderung nach einem Ausbau der Demokratie, nach "umfassender Demokratie" in allen gesellschaftlichen Bereichen ab.

Dabei können sich die AutorInnen auf Marx berufen, der die bürgerliche Rechtsstaatlichkeit und die ihr zugrunde liegende Gleichheit vor dem Gesetz tatsächlich als Fortschritt pries, jedoch zugleich in zweifacher Hinsicht wieder relativierte. Zum einen handelt es sich lediglich um die formale Gleichheit, die zu unterscheiden wäre gegenüber der materiellen, sozialen, kulturellen Ungleichheit usw. Hinzu kommt, daß selbst diese formale Gleichheit in den meisten kapitalistischen Ländern nicht existiert, denn Flüchtlinge und ImmigrantInnen sind davon größtenteils ausgenommen - siehe Ausländer- und Grundgesetz in der BRD. Und eigentlich können die VerfasserInnen die Lobpreisungen von Rechtsstaatlichkeit und freien Wahlen nur durch das vollständige Ausblenden ihrer jüngsten Vergangenheit, genauer: ihrer ehemaligen DDR, aufrechterhalten, denn die erfolgte Annexion der DDR ist ein Musterbeispiel klassisch-imperialistischer Politik unter Ausschaltung der genannten "Errungenschaften" des angeblich so "modernen" Kapitalismus.

Zweitens, auch darauf verwies Marx zurecht, existiert halt ein Widerspruch zwischen Kapitalismus und liberaler Demokratie; gesellschaftliche Emanzipation oder zumindest Partizipation versus die herrschenden Kapitalverwertungsbedingungen - diesen Widerspruch nicht aufzulösen, sondern miteinander zu versöhnen, einen Klassenkompromiß herzustellen, oblag den gesellschaftlichen Modellen des Keynesianismus, die sich nach 1945 in unterschiedlichen Ausmaßen je nach nationalen Besonderheiten herausbildeten und spätestens in den letzten Jahren auch in den skandinavischen Ländern ihrem Ende entgegensehen, weil diese Modelle an ihre systemischen Grenzen stießen.

Drittens, auch das gilt es zu bedenken, besteht die Crux jeder Reformpolitik darin, so systemsprengend sie auch immer angelegt sein mag, daß sie letztlich nur über den Staat "Gestalt" annimmt, denn er ist die Instanz, um Reformen auch durch- und umzusetzen.

In der Vergangenheit - und das gilt nicht nur für dieses Land - waren politische Reformen von Parteien mit Reformanspruch nicht unbedingt mit mehr Demokratie verbunden, auch wenn die Politische Erklärung mit der Brandt'schen Formel "Mehr Demokratie wagen!" wirbt. Seit Brandt, und fortgeführt unter Schmidt, erfolgte in den siebziger Jahren ein gigantischer Ausbau der staatlichen Repressions- und Gewaltapparate, einschließlich der dafür geschaffenen gesetzlichen Legitimation.

Viertens offenbaren die AutorInnen der Politischen Erklärung ein für Reformer recht typisches selektives Kapitalismusverständnis. "Konsequente Kapitalismuskritik oder Antikapitalismus heißt für uns nicht, die bürgerliche Gesellschaft fundamental abzulehnen. Im Gegenteil (?), wir erkennen ihre zivilisatorischen Errungenschaften an". Umgekehrt wird ein Schuh draus: die "zivilisatorischen Errungenschaften", gesellschaftliche Partizipation und letztlich Emanzipation sind identisch mit einer fundamentalen Kapitalismuskritik - jedenfalls für Menschen, die sich als SozialistInnen verstehen.

Neben diesen grundsätzlichen Einwänden nicht gegen ein Mehr an Demokratie, sondern gegen die illusionären Vorstellungen und Begründungen, die "zivilisatorischen Errungenschaften" weiter ausbauen zu können statt deren permanente Einschränkungen abwehren zu müssen, zeigen sich an diesem Punkt die nach wie vor sehr unterschiedlichen linken "Kulturen"; angefangen vom KPD-Verbot über die NS-Gesetze, Berufsverbote bis zu den Gesetzespaketen zur "Inneren Sicherheit" und dem neuen Ausländergesetz, bis in die jüngste Zeit kommt einem ex- BRD-Linken das Wort "Errungenschaft" erst gar nicht in den Sinn, während ein maßgeblicher Teil der PDS-Neuerer vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Vergangenheit zu ganz anderen Schlußfolgerungen gelangt.

Mit dem Entwurf der Politischen Erklärung liegen die politischen Kontroversen über die Richtung der Erneuerung der PDS auf dem Tisch. Wird die PDS eine linkssozialdemokratische Partei "alten Typs", die sich den herrschenden Verhältnissen anpaßt und konstruktive Gestaltungsvorschläge - in der Sprache der PDS: Politikangebote - unterbreitet, um zur gesellschaftlichen Anerkennung zu gelangen, oder definiert sich die PDS als linke Oppositionspartei, die an ihrem verabschiedeten Wahlprogramm ansetzt?

Der Stil und die politische Kultur in der PDS, politische Kontroversen auch auszutragen, sprechen eher dafür, daß zwischen beiden Positionen eine Art "friedliche Koexistenz" bestehen bleiben wird.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Die Politische Erklärung erschien vollständig u.a. im "Neuen Deutschland", 18.12.1990. Zu den AutorInnen gehören u.a. Andre Brie, Klaus Steinitz, Klaus Höpcke, Hans Modrow, Wolfgang Gehrcke, Christiane Reymann, Joachim Bischoff.

2) Vergl. Joachim Bischoff/Michael Menard, "Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg", Hamburg 1990. In diesem Buch wird das im Kern sozialdemokratische Konzept ausführlich erläutert. Wesentliche theoretische Elemente der in diesem Buch skizzierten "sozialistischen Marktwirtschaft" finden sich in der Politischen Erklärung wieder.

# 38. Resolution des zweiten Parteitages der PDS zum Golfkrieg

Rubrik: Golfkrieg; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:22

Die Waffen nieder!

Sofortige Beendigung des Golfkrieges!

Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus dem Kriegsgebiet!

Umfassende friedliche Lösung der Nah-Ost-Krise!

1. Der Golfkrieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Nichts kann ihn rechtfertigen. Kriege dürfen heute kein Mittel der Politik mehr sein. Die Aggression Husseins gegen Kuwait und sein Anspruch auf Vorherrschaft in der Golfregion sind völkerrechtswidrig. Das Ziel der USA-Regierung und ihren Verbündeten, die Dritte Welt in Abhängigkeit zu halten und ihre Einflußsphären neu aufzuteilen, ist es ebenso. Imperiale und militärische Machtpolitik haben unabsehbare Gefahren für die Menschheit heraufbeschworen.

Die Herrschenden unterstellen den Losungen "Kein Blut für Öl!", "Kein Krieg mit mir!" Egoismus und mangelnde Solidarität. Wir wissen und sind uns mit der Friedensbewegung der Vereinigten Staaten und anderer Länder einig im solidarischen Kampf gegen jeden Krieg.

Wir wenden uns gegen die Diffamierung der Friedenskräfte als antiamerikanisch und antiisraelisch durch die Herrschenden. Antiamerikanisch, antiisraelisch und antiarabisch sind die Kriegspolitik der USA und ihre Unterstützung durch die Bundesregierung, denn sie sind antimenschlich.

2. Mit der Überwindung des Kalten Krieges zwischen den Systemen entstand die reale Chance für eine neue Friedensordnung. Viele Menschen hofften auf eine Periode größerer Sicherheit und ohne Kriege. Die Hoffnungen sind schon nach wenigen Monaten enttäuscht worden. Die NATO verschärft anstelle des Ost-West-Konflikts nun den Nord-Süd- Konflikt. "Befreit" vom Kontrahenten Ostblock, schickt sich die NATO-Führungsmacht USA an, ihre Vorstellungen von einer neuen Ordnung in der Welt durchzusetzen.

Die USA-Führung suchte von vornherein den militärischen Konflikt und mißbraucht die UNO zur Durchsetzung eigener imperialer Interessen. Die sowjetische Führung hat durch ihre Haltung die von den USA angestrebte militärische Lösung und damit den Ausbruch des Krieges toleriert.

3. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereits indirekt militärisch am Krieg beteiligt. Mit der Entsendung eines Luftwaffengeschwaders in die Türkei, mit dem Versuch, den Bündnisfall der NATO herbeizureden, mit der erneut aufgeworfenen Forderung, das Grundgesetz so zu ändern, daß deutsche Soldaten auch außerhalb des NATO-Bereiches eingesetzt werden können, hat die Regierung deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik Deutschland künftig in der Welt auch als Militärmacht aktiv werden soll. Firmen aus beiden deutschen Staaten gehörten zu jenen, die den Irak aufgerüstet haben. Bundesdeutsche Konzerne beteiligten sich unter den Augen der Regierung an der Herstellung von Chemiewaffen für den Irak. Ihr Einsatz gegen Kurden wurde zwar verurteilt, aber Sanktionen wurden nicht einmal erwogen.

Während hierzulande über Milliarden- Abgaben und Steuererhöhungen, über Einsparungen im sozialen Bereich debattiert und die "Kosten der deutschen Einheit" den Einkommensschwachen aufgebürdet werden, hat die Bundesregierung sich bislang mit 3,3 Milliarden DM an den Kosten des Golfkrieges beteiligt. Statt den Krieg zu finanzieren, sollte die ökonomische Entwicklung des Südens unterstützt werden.

4. Wir verurteilen die flächendeckenden Bombardements der USA und ihrer Verbündeten, die zum Massenmord an der Zivilbevölkerung führen. Wir verurteilen die Ausdehnung des Krieges durch die irakischen Raketenangriffe auf Israel. Wir verurteilen die gewaltige Zerstörung der Umwelt, die bewußt eingeleitet wird. Ein Verbrechen kann nie ein weiteres rechtfertigen.

Eine Lösung des Nah-Ost-Konfliktes kann es nur geben, wenn eine arabische und eine arabisch-israelische Lösung gefunden wird. Die Besatzungspolitik Israels, die Forderungen der Palästinenser nach einem eigenen Staat müssen ebenso Gegenstand einer Friedenslösung sein, wie die Aufgabe der Gebietsansprüche Iraks

und die Forderung der Kurden nach einem eigenen Staat sowie die Garantie des Existenzrechtes Israels in sicheren Grenzen.

5. Die Demonstrationen und Friedensaktionen der letzten Tage zeigen, daß der Wille zum Frieden massenhaft vorhanden ist. Und das trotz der Tatsache, daß Politiker und Medien verschweigen, wie viele Menschenleben dieser Krieg zerstört, und ihn im Stile einer Sportberichterstattung schildern.

Das Kreuzzugdenken lehnen zunehmend besonders junge Menschen ab. Man kann ein Volk nicht befreien wollen, indem man es zerbombt.

Wir solidarisieren uns mit allen, die fordern:

- Sofortige Waffenruhe und Beendigung des Golfkrieges! Rückzug aller Truppen auf ihr eigenes Territorium!

- Unverzügliche Einberufung einer Nah-Ost-Friedenskonferenz zur friedlichen Beilegung des Nah-Ost-Konfliktes unter Beteiligung auch der Kurden und Palästinenser als ersten Schritt zu einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten!

- Einstellung jeder Unterstützung des Krieges, auch der finanziellen und logistischen, seitens der Bundesrepublik Deutschland!

- Keine Kriegssteuer!

- Keine Grundgesetzänderung zur Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr!

- Schluß mit der kriegsverherrlichenden Berichterstattung in den Medien! Weg mit der Zensur!

- Totales Verbot von Waffenexporten!

- Solidarität mit den Wehrpflichtigen, die den Dienst für den Krieg am Golf verweigern!

Kein Blut für Öl!

# 39. Bündnispolitik mit der PDS

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:53

Seit dem Entstehen des wiedervereinigten Deutschlands hat die Linke verschiedene Wege gesucht, sich auf diese neue Situation einzustellen. Ein (größerer) Teil machte so weiter wie zuvor. Ein (kleiner) Teil versuchte in Bezug auf die Misere des untergehenden DDR-Staates und die alte und neue DDR-Opposition ein gesamtdeutsches Projekt unter maßgeblicher Beteiligung der PDS zu eröffnen, ein anderer (kleiner) Teil entwickelte unter der Parole "Nie wieder Deutschland" die Position des radikalen Nein zum Vereinigungsprozeß.

Bei beiden war viel die Rede von der Umgruppierung der Linken, neuen Konstellationen, die sich mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und beispielsweise der Entwicklung des DKP, aber auch der der Grünen ergeben würden einerseits, aus der Spaltung der westdeutschen Linken in Vereinigungsgegner und aufgeweichte Verharmloser andrerseits.

Zumindest im KB, aber auch in anderen linken Organisationen, ging es sofort ums Eingemachte ("Der Streit geht um die Zukunft kommunistischer Politik", ak 317), wobei nicht verschwiegen werden soll, daß der Boden für einen handfesten Linienkampf schon vorher bereitet war. Das LG konstatierte im Juni 1990: "Die Linke ist durch das Zusammenkommen zweier 'katastrophaler' Abläufe - erstens der Zusammenbruch und das historische Scheitern des 1917 begonnenen 'Experiments Sozialismus', zweitens der qualitative Sprung des deutschen Imperialismus zu einer neuen Dimension von Potential und Ambitionen - in eine tiefe Krise geraten, die zusammen mit den keineswegs überwundenen Krisenwellen seit Mitte der 70er Jahre die Frage nach ihrer weiteren Existenz aufwirft". Für den KB galt erschwerend, daß die Politik nach der Wiedervereinigung per se zur Existenzfrage erklärt wurde, gerade in einer Zeit, in der die alten Stärken, sachbezogene Analysen als Voraussetzung einer Richtungsentscheidung zu machen, um so nötiger gewesen wären. Noch heute gilt, daß es der westdeutschen Linken in ihrer Mehrheit nicht gelungen ist, eine Brücke zur DDR-Linken zu schlagen. Die Bemühungen aus dem KB heraus um Kontaktnahme, Zusammenarbeit und Bündnisse mit Linken/Oppositionellen der alten DDR standen unter dem unguten Stern der Ideologiedebatte im KB (Stichwort "Sozialdemokratisierung") und gestalteten sich konkret im Gegensatz zu den gewaltigen Ansprüchen (Stichwort "Zukunft kommunistischer Politik") eher profan und pragmatisch, spätestens als die Wahldiskussion dominant wurde.

Statt Kennenlernen und Untersuchung der gesellschaftlichen und politischen Konstellationen der neuen und alten DDR-Opposition als notwendiges und bedeutendes neues Arbeitsfeld zu akzeptieren, wurden seitens einiger GenossInnen der Minderheit mit der Dachlatte "Sozialdemokratisierung" bedeutende Teile der DDR-Linken erledigt. Heute, nach etwa einem Jahr Erfahrungen mit der Linken, der gesellschaftlichen Realität und dem Politikverständnis in den fünf neuen Bundesländern, mit den Erfahrungen sehr enger pragmatischer Zusammenarbeit in dem Wahlbündnis PDS/Linke Liste, den wahlverwandtschaftlichen Beziehungen mit einigen GenossInnen aus der VL, den Erlebnissen aus den Bündnissen mit den Bürgerbewegungen, aus all diesen Erfahrungen müssen wir feststellen, daß der Einschnitt des November 1989 sehr viel tiefer und anders ist, die zusammengeschlossenen Gesellschaften so viel unterschiedlicher sind, als wir trotz (oder gerade wegen?) aller Wortgewalt im Strömungsstreit erwartet haben. Gerade im nachhinein erweist sich z.B. die Stigmatisierung mit dem Vorwurf des Sozialdemokratismus als absolut erschwerende und voreilige Schubladisierung der DDR- Opposition nach den aus der BRD-Gesellschaft entwickelten Maßstäben. Verhindert wurde damit der Blick auf die Entstehungsbedingungen und die Geschichte der oppositionellen Strömungen aus der alten DDR-Realität, die einer Opposition keine Diskussion um Alternativen zugestand und von Staats wegen ein schematisches Denken prägte, das Diskussionsunfähigkeit produzierte.

"Erneuerung"

Das Losungswort der PDS - "Erneuerung" - wurde in die Formierung eines linken gesamtdeutschen Bündnisses, die Linke Liste, als zentraler Anspruch hineingenommen. Was die PDS darunter versteht, wieweit sie selbst dieser Aufgabe gerecht geworden oder daran gescheitert ist, soll hier nicht weiter erörtert werden. Für die westdeutschen beteiligten Linken gilt allerdings, daß unter diesem schillernden Begriff alles mögliche verstanden worden ist und Versprechungen gemacht worden sind, die nicht erfüllt werden konnten. Für das

Spektrum der aus der DKP kommenden ErneuererInnen gilt, daß "Erneuerung" als Scheidelinie zu allem, was an die alte DKP und den Stalinismus erinnert, verstanden wird. Das drückte sich u.a. an der Propagierung des Personenbündnisses als Organisationsmodell aus. Von einem großen Teil der Westlinken wurde mit den Begriffen "Ausstrahlung" oder "Dynamik" operiert, die sowohl von der PDS als auch von dem Bündnis mit der Linken Liste ausgehen sollten. Aus dem KB wurde m.E. nicht ein Anspruch auf Erneuerung der eigenen Politik durch die Zusammenarbeit in der Linken Liste formuliert, wenngleich Begriffe wie "das Koordinatensystem hat sich verschoben" (ak 320), die Feststellung einer anstehenden Umgruppierung der Linken, deren Kristallisationspunkt die PDS sei, die Behauptung, die Organisationsfrage sei aufgeworfen, zu der Annahme führten, die Arbeit in der PDS habe entscheidenden Einfluß auf die Zukunft des KB. Die unheilvolle Zuspitzung der Debatte in "PDS- Option" (die von der Mehrheit nie formuliert worden ist) einerseits und "Radikale Linke-Option" andrerseits beschert uns heute noch völlig verquere Maßstäbe - die Realitäten beider Bündnisfelder strafen diesen Antagonismus der Untauglichkeit, für eine sachliche politische Bewertung der politischen Praxis müssen etliche Trümmer beseitigt werden.

Die Zusammenarbeit mit den Westlinken

Zunächst hatte es den Anschein, als ob im Projekt Linke Liste/PDS ein beachtlich gemischtes Spektrum zusammenkommen würde, um festgefahrene Spurrillen zu verlassen, auf zu neuen Ufern linker Politik.

Personell ist zwar tatsächlich eine interessante Konstellation zusammengekommen, aber es blieben eben nur einzelne Personen, die in ihrer individuellen politischen Entwicklung auf quasi logischem Wege zur Mitarbeit an dem Projekt gekommen sind.

Bis zur Kölner Konferenz bezog sich auch außerhalb des Projekts eine Mehrheit der Linken auf die PDS im weitesten Sinne, durch schroffe Ablehnung, Sympathie, bzw. Interesse an ihrem Entwicklungsweg.

Nicht gelungen ist aber - und zwar völlig unabhängig vom Wahlergebnis - tatsächlich Spektren zu einer inhaltlich linken Zusammenarbeit zusammenzuführen im Sinne eines Neuformierungsprozesses. Das hat sowohl mit der inneren Logik der beteiligten Spektren als auch mit den äußeren Bedingungen zu tun. Ein Beispiel hierfür sind die ErneuererInnen, die zwar schaffen, einen großen Erneuerungskongreß zu organisieren mit 1500 TeilnehmerInnen, deren Teilnahme an dem Bündnisprojekt sich jedoch auf nur zwei Händevoll mitarbeitende Personen reduzierte. Noch extremer ist die Situation hinsichtlich linker Grüner, die Distanz gehalten haben.

An der Basis der westlichen Landesverbände versammelt sich heute eine kleine Schar von versprengten Linken, im wesentlichen ErneuererInnen, wenigen Neulingen und vielen Schraten. Mancherorts (eher selten) übernehmen die PDS/LL- Verbände die Funktion eines sonst nicht mehr existierenden linken Zusammenhangs. Von den westlichen Landesverbänden sind angesichts ihrer Verfaßtheit und nach dem desolaten Wahlergebnis kaum Impulse zu erwarten; eher haben sie eine Funktion als Teil der wenigen organisierten Zusammenhänge der Linken und sollten als solche erhalten bleiben. Die Entwicklung der Grünen wird vorerst wohl keine Abspaltung der Linken sondern eher ein weiteres Abbröckeln bringen; der Zerfallsprozeß der ErneuererInnenströmung gibt ein Beispiel dafür, daß die Bedingungen für die Formierung neuer linker Zusammenhänge derzeit denkbar schlecht sind.

Streitpunkte in der BRD-Linken waren

- die Kopfgeburt der Linken Liste im Westen - deren Erfolglosigkeit sich mit dem Wahlergebnis erwiesen hat,

- das Personenbündnis - dieses Steckenpferd von manchen, die damit noch ein bißchen Zeit für die Parteifrage gewinnen wollten, wurde völlig überhöht als neuer Weg linker Formierung (miß)verstanden, obwohl ziemlich schnell klar war, daß es vor allem mit der PDS kein langfristiger Weg sein würde,

- die Ausgrenzung von DKP, BWK etc. Mit dem Wunsch, nicht auch noch im Westen die Dominanz dogmatischer Kräfte haben zu wollen, wurde die Ausgrenzung begründet, konnte aber - vor allem nicht nach der Gründung der Landesverbände - aufrechterhalten werden. Sie hat den InitiatorInnen zurecht den Vorwurf mangelnder Demokratie eingehandelt, von dem sie sich nie ganz erholt haben, sie hat auch zu Differenzen untereinander (z.B. im Beirat) geführt, die aber nicht öffentlich ausgetragen wurden,

- die PDS-Skandale - hier hatten die westlichen InitiatorInnen der Linken Liste bedauert, zum Umgang mit dem Finanzskandal nicht gefragt worden zu sein, tatsächlich hätten sie deutlicher Stellung nehmen müssen. Die Sache wurde im Prinzip von der PDS abgehandelt in der bekannten Weise.

Parteilogik und BVG-Urteil

Die permanente Wahldiskussion von August bis November innerhalb der PDS/Linken Liste blockierte auf der Westseite die inhaltliche Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der DDR-Linken (im Windschatten entwickelte sich z.B. eine intensivere Zusammenarbeit von PDS-Gruppierungen mit DKP und PDS-Initiativen, die nicht verantwortlich in die Wahldiskussion eingebunden waren). Die leidige Partei-kontra-Bewegung-Debatte wurde m.E. ersatzweise für inhaltliche Auseinandersetzung geführt. Das ganze Projekt (der Begriff als Programm) war ein Versprechen darauf, daß aus einer neuen Konstellation, aus den richtig gestellten Fragen und Aufgaben eine neue Formation und eine neue linke Strategie entstehen würde; gleichzeitig wurde aber nicht mehr tatsächlich untersucht, analysiert, diskutiert.

Als nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil Ende September klar war, daß die PDS den Sprung ins Parlament alleine schaffen würde, signalisierte die PDS deutlich, daß sie auch weiter an dem gemeinsamen Projekt interessiert war und betraute die westlichen BündnispartnerInnen mit dem Aufbau der westlichen Landesverbände. In der PDS selber ergab sich daraus eine schärfere Frontstellung zwischen den BefürworterInnen der Linken Liste (im Präsidium) und den zahlreich an der Parteibasis vorhandenen GegnerInnen. Weder im Beirat, noch im Präsidium wurde der Konflikt thematisiert, von den Westlinken kaum als solcher aufgegriffen. Im Westen sah man sich vor die Entscheidung gestellt, der Parteilogik ein weiteres Mal nachzugeben und einen weiteren Schritt in die PDS hinein zu gehen. Der positive Beschluß des außerordentlichen Parteitags für die ProtagonistInnen der Linken Liste - begründet auch aus der Hoffnung, daß diese Westlinken für den viel beschworenen Erneuerungsprozeß oder anders gesagt für die Politikfähigkeit der PDS in Gesamtdeutschland, eine wichtige Rolle spielen würden - setzte die Westlinken nicht wenig unter Druck, auch wenn die inzwischen entstandene Dynamik des Wahlkampfes die Entscheidung nicht unmaßgeblich beeinflußte. Das gilt auch für das Verhalten der KBlerInnen, von denen sich einzelne zurückzogen, weil sie auf der Ebene der Westlandesverbände wenig bis keine Entwicklungschancen sahen - im Oktober war bereits absehbar, daß von einem Neuformierungsprozeß keine Rede sein konnte.

"Katalysator" und "Kristallisationspunkt"

"Die PDS (...) muß nüchtern und sachlich als zentraler Teil einer zu eröffnenden breiten Debatte um inhaltliche Neubestimmung und organisatorische Umgruppierung der Linken im künftigen imperialistischen Deutschland begriffen und angesprochen werden." (Arbeitsgrundlage des LG vom 10.6.90). Das war wahrlich eine nüchterne Feststellung. Was ist daraus geworden? Weder ist eine breite Debatte eröffnet worden, noch wird über eine inhaltliche Neubestimmung diskutiert. Die viel strapazierte organisatorische Umgruppierung der Linken vollzieht sich nach wie vor eher als Zerfalls- und Individualisierungsprozeß.

Ganz anders (und jenseits aller Sozialdemokratismusvorwürfe), als in den durch Strukturvorstellungen geprägten Organisationsdebatten in- und außerhalb der PDS/Linken Liste sich vorgestellt wurde, könnte die Partei sich derzeit eine Bedeutung erobern, wenn sie ihre konsequente Antikriegshaltung beibehält. Als Zentrum der inhaltlichen Diskussion fungiert zur Zeit die Bundestagsfraktion der PDS/Linken Liste, die vor allem vor die konkrete Aufgabe gestellt ist, sich politikfähig zu präsentieren. Die Impulse, die von dort ausgehen, wirken auf die westlichen Landesverbände und produzieren dort zaghafte Versuche, sich in die innerlinke Debatte einzuklinken.

Die PDS selber ist nach wie vor als Regionalpartei auf dem Gebiet der alten DDR definiert. Obwohl aus der Geschichte - Staatspartei und Opposition - der Gegensatz zu den Bürgerbewegungen sehr viel größer zu sein scheint als zu den Westlinken, bezieht sich die PDS in ihren Auseinandersetzungen stärker auf die alte DDR-Opposition als auf die Linke im Westen. Das hat damit zu tun, daß sie ihre Legitimation als wahrhaft erneuerte Partei vom Grad der Bereitschaft zur Kooperation seitens der Bürgerbewegungen abhängig macht. Die Gefahr des Opportunismus liegt auf der Hand und das Herangehen an die als unangenehm empfundenen Streitereien der Westlinken, die längst auch in der Ost-PDS selber real vorhanden sind, geht in die gleiche Richtung. Die existierende Differenz zwischen einem linkssozialdemokratischen/ gewerkschaftlichen Ansatz und einem aus der radikalen Linken und dem grün-alternativen Lager kommenden Politikansatz wird als zu

bewahrende Mehrgleisigkeit in der Partei zwar realisiert, aber nicht inhaltlich argumentativ ausgestritten, kaum daß die unterschiedlichen Positionen ausformuliert werden. Das erschwert auch eine gezielte Bündnispolitik mit der PDS oder mit Teilen aus ihr. Es existieren einfach keine Strukturen, mit denen eine fraktionelle Arbeit aufgebaut werden könnte. Fraktionen oder Strömungen haben sich bislang nicht nach der Logik herausgebildet, wie wir sie etwa von den Grünen kennen - etwa die Kommunistische Plattform und die AG-Junge GenossInnen als Parteilinke zu klassifizieren, verkennt, daß solche Formierungsprozesse sich bislang wesentlich über Strukturfragen, an denen dann vielleicht auch der Unmut über die konkrete Politik des Präsidiums exerziert wird, vollzogen haben.

Ein Kristallisationspunkt ist die PDS für die Linke nicht geworden, eine politische Kompetenz muß die Partei sich erst erwerben und es dürfte wohl im allgemeinen Interesse der Linken liegen, daß sie das tut.

Bündnispolitik mit der PDS

Ausgehend von den beschriebenen Schwierigkeiten einer gezielten Bündnispolitik mit der PDS und einer besonderen Zusammenarbeit mit Teilen derselben, scheint es zur Zeit geboten zu sein, an ganz konkreten Entscheidungsfragen zu intervenieren und zwar auf allen Diskussionsebenen der Partei. Da sind sowohl Fraktion und Vorstand zu nennen, aber vor allem auch die AGs und IGs, mit denen bislang ein eher loser und sporadischer Kontakt gepflegt wird, die sich aber als besonders offen für die linke Debatte präsentieren. Soweit zum objektiven Faktor einer Bündnispolitik mit der PDS.

Komplizierter stellt sich der subjektive Faktor, die Haltung des KB zu diesem Bündnisfeld dar. Zwei Vorwürfe oder Befürchtungen haben die Auseinandersetzung im KB geprägt:

1. Es wurde behauptet, die KB-Mehrheit wolle den KB - etwa als Plattform - organisatorisch in die PDS hinein überführen. Von den AktivistInnen ist nicht mit der Perspektive einer Verschmelzung zwischen KB und PDS an das Projekt PDS/ Linke Liste herangegangen worden. Angestrebt wurde eine Zusammenarbeit mit der PDS und die Entwicklung einer Bündnispolitik zwischen der PDS und den verschiedenen Gruppierungen der westdeutschen Linken. Und ein sehr wichtiges Bündnisprojekt des KB wird die PDS auch weiter bleiben.

Die PDS-Politik, wie sie aus den Reihen der KB-Mehrheit entwickelt wurde, hatte zum Ausgangspunkt, daß nach/mit dem Vereinigungsprozeß die Westlinke die gesellschaftlichen und politischen Konstellationen in den fünf neuen Bundesländern untersuchen müsse, und - unter Berücksichtigung der DDR-eigenen Bedingungen für die Herausbildung linker Strömungen - in Kooperation mit der dort existierenden Linken treten solle. Differenzen in der Mehrheit gab und gibt es über die besondere Rolle der PDS als bevorzugter Bündnispartnerin und darüber hinaus über die Intensität der Zusammenarbeit mit der PDS. Diese Differenzen sind nur unzureichend thematisiert worden.

2. Der zweite Vorwurf besagt, die KB-Mehrheit befände sich mit dem PDS/ Linke Liste-Projekt auf dem Weg der Sozialdemokratisierung. Das wurde in umfangreichen Entlarvungsartikeln, die die sozialdemokratische Grundhaltung der PDS bloßstellen sollten, behauptet und an der Herangehensweise der Mehrheit an die Anti-Anschlußhaltung der DDR-Opposition festgemacht. Nun verhält es sich so, daß eigentlich kaum jemand aus der Mehrheit die sachliche Identität der von der PDS hervorgebrachten Standpunkte mit solchen aus der SPD leugnet. Aber was sagt das aus über den Grund der geradezu signifikanten Hinwendung zu sozialdemokratischen Positionen von nahezu allen aus realsozialistischen Gesellschaften kommenden Linken? Das Konstatieren, daß das realsozialistische Gesellschaftsmodell gescheitert ist, verbindet sich ja mit der Erkenntnis, daß es unter den Bedingungen des Kapitalismus ein Mehr an Demokratie, an individueller Entfaltungsmöglichkeit und scheinbar ökonomischer Potenzen gibt. Dieses Zugeständnis führt geradezu in die sozialdemokratische Logik, Überwindung des Kapitalismus durch die Ausmerzung seiner negativen Begleiterscheinungen zu propagieren, ihn selbst in Frage zustellen. Eine grundsätzlich antikapitalistische Haltung, muß sich aber gerade in dieser Auseinandersetzung beweisen, ja muß gegenüber dem sozialdemokratischen Umfeld geradezu bewiesen werden, will sie nicht zur Pose werden. Auch im Westen haben KBler in die SPD hinein eine solche Überzeugungsarbeit betrieben, nicht um die SPD als Partei zu verändern, sondern um auf ihr Umfeld Einfluß zu nehmen.

Zahlreiche Artikel in dieser Zeitung, in denen seitens der Minderheit akribisch z.B. an der Wirtschaftspolitik oder auch an ihrem Agieren im Finanzskandal, die sozialdemokratische Grundhaltung nachgewiesen wurde, könnten soweit sie die Sache betreffen, von Mitgliedern der Mehrheit unterzeichnet werden, wie auch von

Letzteren die Problemlage ganz ähnlich beschrieben wurde. Wir haben also zahlreiche Stellungnahmen gehabt, die mit der gleichen Argumentation zu den unterschiedlichen Ergebnissen gekommen sind: Man darf oder man darf nicht mit der PDS. Die Grundfrage ist also eine ganz andere: Ist es für uns überhaupt opportun, legitim oder sogar wichtig, in sozialdemokratische Zusammenhänge hineinzuarbeiten? Die Hitzigkeit, mit der das Für und Wider (im schönsten Fall mit derselben Argumentation)im KB diskutiert worden ist, wird (unter anderem) der die Existenz der Organisation berührenden Optionsdebatte geschuldet sein. Spannend und vielleicht der Emotionen entkleidet (und dann tatsächlich als tiefgreifende im KB zu Tage tretende Differenz) könnte es werden, wenn sich die gleiche Frage an der Politik des KB in die Friedensbewegung stellt, die man mindestens als genauso sozialdemokratisch und vaterländisch (und was es da noch an KB-spezifischen Diffamierungsattributen gibt) klassifizieren könnte. Aber das tut bislang noch niemand.

Cl. in Zusammenarbeit mit KBlerInnen in der PDS

# 40. "Weil ich nicht vergessen darf und nicht flüchten kann" (Vortrag von Erika Landau, Israel)

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/landau.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:landau

"Kein schöner Land - offene Wunden von Anfang an" war die einzigartige Veranstaltung benannt, zu der die Europafraktion der Grünen auf Initiative der Abgeordneten Claudia Roth Nazi- Opfer und WiderstandskämpferInnen zur Diskussion über die Wiedervereinigung eingeladen hatte. Aus Polen, Israel, Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, der DDR und der BRD waren an diesem 12. November 1990 Gäste eingeladen, aus der Bundesrepublik waren gerade mal 100 Interessierte gekommen: Nicht nur die bundesdeutschen JournalistInnen, die Abgeordneten der Bundestagsparteien (inklusive der Grünen) glänzten weitgehend durch Abwesenheit, auch Leute aus der radikalen und der Radikalen Linken waren kaum gekommen - stattdessen passierten nur vereinzelte Menschen, Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand, ein paar wenige organisierte Linke und Feministinnen die Sicherheitskontrollen des Bundestages. Dessen Direktor hatte am Freitag zuvor noch, am 9. November, verfügt, daß der Titel der Veranstaltung weder auf den Programmheften, noch auf einem Transparent im Anhörungssaal stehen dürfe: "Das Präsidium ist der Auffassung, daß in allgemein zugänglichen Räumen des deutschen Bundestages, weil er das Parlament aller Bürger ist, nicht durch den Aushang von Plakaten für einzelne politische Meinungen geworben werden darf." Die Karte von Deutschland in den Grenzen von 1937 im CDU-Fraktionssaal blieb hängen, die Frage, ob die Wiedervereinigung die "Restauration einer Großmacht mit Vergangenheit?" sei, war verboten, ebenso übrigens wie ein Büchertisch, auf dem auch Bücher der geladenen Gäste (z.B. der israelischen sozialistischen Abgeordneten Chaika Grossman oder der niederländischen Bildhauerin und früheren Partisanin Truus Menger) ausliegen sollten. Mit großer Selbstverständlichkeit und einmütig kritisierten alle eingeladenen Menschen die Wiedervereinigung Deutschlands und forderten ein Verbot neonazistischer Gruppen. Weil das so selbstverständlich schien, blieb in den Vorträgen Platz für anderes: Die persönlichen Erlebnisse im Widerstand, die Schwierigkeiten der Überlebenden, der Austausch über Erfahrungen mit Jugendlichen und Kindern und immer wieder die Enttäuschung darüber, daß in Deutschland so wenig Bereitschaft besteht, sich mit der nazistischen Vergangenheit ernsthaft zu beschäftigen. Die Vorträge waren meistens sehr persönlich gehalten, entsprechend eigentümlich war die Atmosphäre: Zwischen Menschen, die sich noch nie gesehen hatten, die altersmäßig zum Teil fünfzig, sechzig Jahre auseinander lagen und von ihren Erfahrungen her in ganz verschiedenen Welten leben, entstand eine fast beklemmende Vertrautheit, die immer wieder von der bedrükkenden Überlegung durchbrochen wurde, wie man selber sich damals verhalten hätte oder wie die eigenen Eltern sich damals verhalten haben, gegenüber diesen Menschen, die zum großen Teil vor fünfzig Jahren mit der Waffe gegen das nationalsozialistische Deutschland gekämpft haben.

Geschrieben steht: Hier stehe ich ... aber ich sitze hier und soll mich auf ein Problem beziehen, das vor genau 49 Jahren als Jüdin ein sehr persönliches Problem war, denn genau vor 49 Jahren grub ich mir zum ersten Mal das Grab, in das ich hineingeschossen werden sollte. Heute als Israelin sehe ich das Problem in viel weiterer, tieferer und viel schrecklicherer Sicht. Es ist nicht mehr ein persönliches Problem, sondern ein Problem, das ich als Gefahr für die ganze Familie der Menschheit sehe. Das Problem ist für mich heute die menschliche Aggression und die Vielseitigkeit ihrer Manifestation. Verzeihen sie mir, daß ich ein bißchen wissenschaftlich werde, aber das mache ich zu meiner eigenen Stärke, ich werde danach noch persönlich.

Der ethymologische Ursprung des Worte Aggression, aggredior, aggredi, was sich nähern, Hand auf etwas legen bedeutet. Beide Bedeutungen kann man auf entgegengesetzten Wegen deuten. Wir können uns in Liebe oder in Haß nähern. Wir können die Hand auf etwas legen, um zu liebkosen, zu erschaffen oder zu schlagen und zu zerstören. Aggression ist nicht nur die Reaktion, deren negativer Zweck Zerstörung oder Gewalttätigkeit ist, sondern auch der Drang zu jeder Tat, zu jedem positiven Erfolg. Konrad Lorenz hat dafür seinen Nobelpreis bekommen, als er vom sogenannten Bösen sprach, das eigentlich alles, alle unsere Taten, die gleiche Aggression als Basis legt. Die Vermeidung und die Flucht vor Aggressionen oder angsterweckenden Situationen hinterlassen das Individuum mit dem Gefühl der Schwäche, der Impotenz und der Machtlosigkeit. Verdrängung der Aggression führt zu neurotischen, aber leider sehr oft auch zu paranoidischen Zuständen, in denen wir uns zu uns selber, aber größten Teils zu anderen zerstörerisch verhalten. Doch dieses Verhalten ist nicht unvermeidlich, wie es viele behaupten wollen. Frustrierende

Situationen und Versagen können manchmal auch als Ausgangspunkte zu neuem, kreativen Schaffen werden. Die Aggression ist in uns, wir werden mit ihr geboren, wir sollen sie annehmen und nur lernen, wie wir sie kanalisieren können als Energie und Reibkraft nachher zu benützen.

Diese Polarität der Aggression, die wie ein Pendulum oszilliert, von der Kreativität bis zur Gewalt, sehen wir auch in der Philosophie des Denkens. Der Politiker Schlesinger spricht vom alten menschlichen Dilemma, entweder Ideologien zu folgen oder neue Wege durch eigene Erfahrung zu suchen. Es ist viel leichter, sagt er, Ideologien zu folgen, da sie genaue Richtlinien geben, das ist viel leichter als selbst Wege auszuprobieren und zu gehen. In diesem Zusammenhang spricht der Philosoph Isaiah Berlin von solchen Menschen, die alles, was sie erleben, auf eine einzige Vision beziehen, die ihnen das gesamte Begriffssystem ihres Verstehens, Denkens und Fühlens liefert. Eine weitere Gruppe sieht Isaiah Berlin in jenen Menschen, die sich auf mehreren Ebenen bewegen können, ihre Existenz auf verschiedenen Gebieten leben und erfahren wollen und nicht gezwungen sind, bewußt oder unbewußt ihre Umwelt nur auf eine einzige Essenz oder eine einzige unveränderliche Idee zu reduzieren, indem sie alles, was dazu nicht paßt, einfach nicht wahrnehmen oder aber es mit Vorurteilen abschieben. Nur durch die Auseinandersetzung wird der Mensch nicht machtlos und untätig, vielmehr erprobt und erfaßt er seine Grenzen immer wieder von neuem, indem er innerhalb seiner Möglichkeiten nach Alternativen sucht. Dies bedeutet einen aktiven Versuch mitzubestimmen und nicht das passiv-endenden Ideologien zu überlassen. Dies ist jene Verantwortung, zu der der Mensch über sein Wirken, Tun und Empfinden fähig ist, sagt Jaspers in seinem Büchlein "Über die Tragödie", das er nach der Nazizeit geschrieben hat. Doch Verantwortung hängt von Werten der Umwelt ab. Werte sind nur dann vorhanden, wenn das Individuum sich seiner Potentiale bewußt ist, in seiner Umwelt engagiert ist und von seinen Eltern und Lehrern diese Werte mitbekommt. Werte können sich im Laufe des Wachstums der Persönlichkeit ändern.

Wenn von der Umwelt der Kinder jedoch überhaupt keine Werte kommuniziert werden, dann wird es ihm einerseits sehr schwer fallen, sich eigene Werte zu erschaffen, andererseits kann es leicht zum Opfer jeder Demagogen werden. In unserer modernen Welt drücken sich Eltern wie auch Lehrer oft davor, der Jugend Werte zu vermitteln, sie verstecken ihren eigenen mangelnden Willen, verantwortlich zu sein, hinter sogenannter Neutralität. Das ist eine falsche Einstellung, ja sogar eine unbewußte Lüge sich selber und dem Kind gegenüber, denn wir kommunizieren Werte durch alles, was wir tun und sind. Wenn wir sie nicht klar zum Ausdruck bringen, senden wir doppelte Botschaften aus und machen dadurch das Kind und uns selber unsicher. Die Kinder erfassen etwas, wissen aber nicht was. Diese Desorientierung kann dann den Erwachsenen zum Opfer der Machtgierigen machen. Wenn dem Kind nicht beigebracht wird, seine Aggressionen anzunehmen, dann Haß nicht akzeptiert wird, sondern nur Sanftheit und Liebe und Ideale von ihm gefordert werden, wird das Kind Haß und Aggression nicht nur nicht annehmen, sondern sie auf die Umwelt projizieren. So entsteht die Basis für das viele Unheil, das in unserem Jahrhundert angerichtet wurde und die eigenen Aggressionen nicht als treibende positive Energie gebraucht, sondern in Rassismus und Krieg abreagiert wurden.

Verantwortung bringt Schuldgefühle. Denn wenn wir verantwortlich sind, können wir nie das Ideale machen. Es wird immer etwas bleiben, wofür wir schuldig sind. Aber Schuldgefühle, wenn sie auftreten, machen die eigene Hilflosigkeit sehr bewußt. Und dann kommt die Gefahr, lieber andere zu beschuldigen, als hilflos und machtlos zu sein, dann will ich nicht verantwortlich sein. Als Mensch sind wir immer wieder mit Schuldgefühlen konfrontiert, sagt Buber. Es gilt, sie anzunehmen, denn sie sind wie alle anderen Tatsachen in unserem Leben unabdingbar in der menschlichen Existenz. Buber sagt, der Mensch ist das Lebewesen, das fähig ist, schuldig zu sein und etwas aus seiner Schuld zu machen.

In unserer therapeutischen Arbeit in Israel müssen wir oft den Kindern von KZ-Überlebenden helfen, ihre Aggressionen, ihre Schuldgefühle, die sie unbewußt durch das Schweigen ihrer Eltern haben, einfach loszulassen, um ihr eigenes Leben leben zu können.

Ich gebe Ihnen hier nur ganz kurz einen Fall, um Ihnen eigentlich das Schweigen, das diese Kinder, dieses Schweigen, das soviel Aggression gemacht hat, klarzumachen: Rafis Eltern trafen sich im KZ Theresienstadt. Sie überlebten beide, heirateten und Rafi kam als erwünschtes Kind, er wurde für die Eltern erst damals die Bestätigung, daß sie überlebt hatten. Der Vater war Journalist, die Mutter eine herrliche Köchin. Rafi war ein sehr neugieriges Kind, das alles wissen wollte. Wenn er beispielsweise die Mutter fragte, aus was sich die wohlschmeckende Suppe zusammensetzte, war ihre Antwort:"Was ist wichtig? Iß nur weiter!" Wenn der Vater einen guten Artikel geschrieben hatte und Rafi wissen wollte, woher er all dies wisse, war die Antwort des

Vaters:"Was ist wichtig? Lies nur weiter!" Als Rafi über den Holocaust lernte, fragte er die Eltern, ob sie auch dabei gewesen wären, worauf diese nur antworteten: "Was ist wichtig? Leb Du nur gut weiter!" So wurde Rafi alles aus dem Wege geräumt, ein kindliches Paradies aufgebaut, das auf keinen Fall zerstört werden durfte. Dieses kindliche Paradies zog sich hin bis zum achtzehnten Lebensjahr, als Rafi ins Militär eintreten mußte. Die Trennung vom Paradies war sehr, sehr schwer, doch als er in einem Kampf mit Terroristen verletzt wurde, brach die Aggression aus. Und zugleich mit der Aggression kam auch die schreckliche Trauer um das verlorene Paradies, um seine Kindheit, in der er keine Verantwortung gekannt hatte, um jenes Nichtwissen von Gut und Böse, wie es Kleist so schön in seinem Marionettentheater beschreibt, formuliert.

Ich möchte Ihnen hier eine Folie zeigen, ein Gedicht, das von einem Sohn KZ-Überlebender geschrieben wurde, Yakov Gilad. Dieses Gedicht ist jetzt besser als Lied bekannt, denn Yehuda Poliker, auch er ein Sohn Überlebender, hat die Musik dazu gemacht, doch ich finde die Worte viel packender:

Weil

Weil nach jenem Krieg

Bin ich geboren

Weil nach dem Krieg

Bist Du geboren

Weil wir beide verloren gehen

In der Suche nach der verlorenen Vergangenheit

Weil wir vom Ende zum Anfang gehen

Weil das Steigen so steil ist

Weil es mir schwer fällt auf die Spuren meiner Kindheit

zu verzichten

Weil man immer rennen muß

Weil es immer nicht da ist

Weil es immer draußen ist

Weil der Kuß der Mutter so entfernt war

Weil der Finder des Vaters so drohend ist

Weil Du das schwarze Schaf bist

Weil sie Deine Eltern sind

Weil die Stimmen immer hinter verschlossenen Türen

waren

Weil es Alkohol und Drogen gibt

Weil es unerfüllte Träume gibt

Weil es Fantasien gibt in denen ich alles besser konnte

Weil es gut ist, daß mir schlecht ist

Weil die Lüge so schrecklich, die Wahrheit so bitter ist

Weil ich kämpfe gegen die schrecklich Abhängigkeit

Weil ich kämpfe gegen das Gefühl der Schuld

Weil ich kämpfe gegen den Kampf

Weil ich nicht vergessen darf und nicht flüchten kann

Weil es Erinnerungen, weil es Erinnerungen gibt

Auch wir sind Opfer

Weil es die Schwäche, weil es die Schande gibt

Weil es die angstvollen Augen, die Verstellung gibt

Weil die Mädchen

Weil die Knaben

Weil sie ihr ganzes Leben nach Liebe suchen

Nach dem Vater zu versöhnen

Weil die Suche endlos ist

Weil es immer so war, immer so sein wird

Weil es ...

Jörg Steiner, der Philosoph, sagt in seinem Buch über das Schweigen, daß man vor dem Leiden des Opfers des Zweiten Weltkrieges nur noch schweigen könne. Aber dieses Schweigen hat uns die nächste Generation gebracht, die solche Lieder bei uns in Israel, hier in Deutschland und in der ganzen Welt schreibt. Die ostdeutsche Jugend, die zweite Generation hat in ihrer Kindheit nur schweigen erlebt. Die Ideologie "Hitler" wurde durch eine andere, sogenannte gegensätzliche Ideologie des Kommunismus-Sozialismus ersetzt und auferlegt. Freiwilliges, unabhängiges Denken war dadurch nicht möglich. Unbewußte Fragen wurden unterdrückt, wie auch die Aggressionen und das Schuldgefühl. Heute sucht diese Jugend eine neue Ideologie, doch nicht nur der Ideologie wegen, sondern weil sie die Begleiterscheinung des hedonistischen Daseins haben will.

Dieses Paradies wird sie enttäuschen. Die Frustration wird dann zur Aggression, die nach außen projiziert werden wird. Faschismus ist verlockend, denn er hat auf alles eine Antwort: Macht und Kraft. Die Denker, Mittel- und Linksdenker haben keine absoluten Antworten, denn sie fragen und versuchen immer wieder neue Alternativen. Diese ostdeutsche zweite Generation, diese Jugend, wurde nicht erzogen, Alternativen zu suchen.

Mein Anliegen hier ist die unterschiedlichen Niveaus der bewußten und unbewußten Verarbeitung der Vergangenheit, der eigenen Aggressionen und Schuldgefühle im vereinten Deutschland zu beachten. Feinfühlig und sinnvoll diese Aggressionen anzunehmen, um ihnen nachher nicht als geballte Projektionen von Haß und Faschismus zu begegnen. Als Fünfzehnjährige war mein Problem, wen mehr zu hassen, wen zu beschuldigen, daß ich vier Jahre meiner frühen Jugend im KZ verbringen mußte. Die Deutschen, die das Unheil verursacht hatten, die Amerikaner, die uns nicht aufnehmen wollten, die Engländer, die uns den Zugang zu Palästina versperrten, die Russen, die uns wohl befreiten, doch sich wie Tiere zu uns benahmen, ohne jedwedes Verständnis, was vorgegangen war.

Mir ist leid um diese vier Jahre. Doch noch mehr leid ist mir um die fünfzehn Jahre bis zum Eichmann-Prozeß, die vergeudet waren durch das Schweigen. Diejenigen, die wie ich in der Hölle waren, glaubten durch das Schweigen vergessen zu können; die anderen schwiegen, weil sie nicht wußten, was zu sagen, denn sie konnten es nicht erfassen.

Es war die Liebe meines Mannes, die mich gelehrt hat, das man auch lieben kann und nicht nur hassen muß. Es war der Schutz meines Landes, der mir meine menschliche Würde wiedergab. Doch die Fragen waren immer kausal: Warum geschah mir das? Warum mußte ich soviel leiden? Deterministische, vergangenheitsbedingte, passive Fragen, die keinen Weg zeigten zur persönlichen Beteiligung.

Im Yom Kippur-Krieg, im Überraschungseffekt dem Holocaust so nahe, kam plötzlich die zukunftsorientierte aktive Frage: Was kann ich und was in mir ist tun?

Ich kam in ein Krankenhaus mit vielen Verwundeten. Da lag ein junger Mann mit weit aufgerissenen starren Augen und sprach seit seiner Internierung kein Wort. Er war der einzige Überlebende seiner Gruppe. Ich setzte mich an sein Bett und plötzlich kam die Frage:"Fühlst Du Dich schuldig, daß Du am Leben geblieben bist?" Worauf sich seine Augen zu mir wendeten und er fragte: "Woher weißt Du das?" "Auch ich fühle es: schuldig, überlebt zu haben und meine Freunde nicht." Und mit diesem Gefühl sitze ich hier vor Ihnen. Danke schön.

Erika Landau war während des Nationalsozialismus im Konzentrationslager und lebt und arbeitet heute als Psychotherapeutin in Israel

Ende Februar erscheint eine Dokumentation sämtlicher Vorträge und der Pressereaktionen. Sie kann über das Büro Claudia Roth, Europagruppe Die Grünen,

Hochhaus im Tulpenfeld, 53 Bonn 1,

0228-16-3138 bestellt werden.

Der Vortrag von Chaika Grossman ist in "konkret" 12/90 dokumentiert. Die Biographien mancher der eingeladenen Widerstandskämpferinnen finden sich in Ingrid Strobls "Sage nie, du gehst den letzten Weg", Fischer Taschenbuch Verlag.

# 41. "Beachtlich aufgerüttelt" und doch das alte Spiel

*Reaktionen auf Fascho-Terror in Göttingen*

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:12

Nachdem in der Silvesternacht zwei Neonazis in einem Vorort von Göttingen den 21jährigen Alexander Selchow umbrachten, herrscht große Unruhe in den "offiziellen Kreisen": Was ist zu tun, fragt man sich vom Stadtdirektor über die Sozialdezernentin bis zum Polizeichef.

150.000 DM für die Jugendarbeit, unkonventionelle jugendpolitische Offensive gegen Rechts - so tönte es aus den Büros der Göttinger Verwaltung. Polizei und Staatsanwaltschaft sekundierten: "Das Gewaltpotential auf der rechten Seite des politischen Spektrums ... werde immer größer" (Göttinger Tageblatt, 3.1.91). Die rechteren Sozialdemokraten um den Landtagsabgeordneten Oppermann forderten die Einrichtung eines Sonderdezernats "Rechtsextremismus" bei der Göttinger Staatsanwaltschaft. Lothar Will, Chef der Schutzpolizei, kündete verstärkte Streifeneinsätze in den Abend- und Nachtstunden an - für alle, die die bisherige Praxis der Göttinger Kommandos kennen, muß das wie eine Drohung klingen. Keiner, weder Will noch der Stadtdirektor, weder die Staatsanwaltschaft noch die Sozialdezernentin, erklärte bisher, wieso Bullen, die voll Schadenfreude vor Kneipen gewartet haben, bis Ausländer von Faschos zusammengeschlagen worden sind, nun plötzlich anders handeln sollten; wieso ZSK-(Zivile Streifenkommando)-Bullen, darauf getrimmt, Linken auf den Hacken herumzufahren, nun plötzlich Faschos - bis zum 1.1.91 Kinderskins und Mininazis genannt - das Handwerk legen sollen ...

Aber daran hat wohl auch niemand ernsthaft gedacht. Die Maßnahmen weisen - genauer betrachtet - in eine ganz andere Richtung.

Die jugendpolitische Offensive ohne Scheuklappen

"Der Schock über die Bluttat rechter Extremisten in der Silvesternacht hat bei vielen Nachdenken über dieses möglicherweise (!) unterschätzte (!) Potential gerade bei Jugendlichen ausgelöst. Die Stadt hat bereits gehandelt." (Herv. KB) Jedes Wort wäre es wert, angesichts der Ereignisse und Entwicklungen der letzten Jahre als purer Hohn und Verarschung analysiert zu werden. Aber sei's drum ...

Das Problem soll an seinem Ursprung angegangen werden, dort, wo "Jugendliche alleingelassen, orientierungslos sich von extremen Gruppen und falschen Gemeinschaften angezogen fühlen" (Freizeit-Magazin, 9.1.91). Selbstverständlich besteht diese Offensive der Sozialdezernentin und des Stadtdirektors aus einem "Bündel von Maßnahmen, die zusammen darauf zielen, die gefährdeten oder schon der rechten Szene angehörenden Jugendlichen wirklich zu erreichen und ihnen Angebote zu machen, die sie aus dem Einfluß neonazistischer und anderer politisch gefährlicher Gruppen herausziehen können". Und "ein ‚vernetztes Konzept' soll die Offensive an möglichst vielen Punkten wirksam machen" (ebd., Herv. KB). Bis in die Wortwahl schlagen hier allerlei Diplom- und Examensarbeiten zum Thema "Jugendarbeit" durch. Und um dem ganzen einen wirklich mutigen Anstrich zu geben, werden Scheuklappen abgelegt - linke natürlich: "Wir werden ohne Scheuklappen vorgehen, Dinge machen, die auch in der linken Pädagogik umstritten sind. Gerade fortschrittliche Kräfte haben sich ja oft als hilflos gegenüber der rechten Szene erwiesen. Entsprechend sind Kampfsportarten, Motorsport, eben ‚Männersport' im Blick ..."

Diese Dinge sind in der "linken Pädagogik" natürlich zu Recht umstritten, und ebenso natürlich ist gegen Experimente auf diesem Gebiet nichts zu sagen, aber: Oliver Simon, der Messerstecher der Silvesternacht, kommt aus einer therapeutischen Wohngemeinschaft, er war "Absolvent" einer Maßnahme der Erlebnispädagogik auf Korsika. Sven Scharf, sein Mittäter, wurde nach dem Tod Connys 1989 als Aussteiger gehandelt. Erfolgsgarantien gibt es natürlich nie und nirgends, aber die Forschheit, mit der Sozialdezernentin und Stadtdirektor diese "Offensive" als Allheilmittel verkaufen, gibt doch zu denken. Hinzu kommt noch, daß sie sich mit fremden Federn schmücken und auf ein Projekt verweisen, das Mitarbeiter, "die aus der linken, sogar autonomen Szene", sprich aus dem Göttinger autonomen Jugendzentrum (JuZi) kommen, angeleiert haben, bei dem mit Fußballfans gearbeitet wird.

Es gibt - zusammengefaßt - vier "Strategieansätze":

- Stärkung traditioneller Jugendverbandsarbeit, z.B. in den Sportvereinen;

- Unterstützung traditioneller Antifaschistischer Arbeit. Damit wolle man doch "weitermachen" (?) obwohl die Kritik heute behaupte, man erreiche eh nur kritische Leute;

- politische Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung;

- Streetwork (s.o.) (GT, 10.1.91)

Schwankend zwischen der Pose eines Verkünders von ganz Neuem und der Betonung, daß man bisher doch schon sehr viel tue, kommt der Stadtdirektor zu dem Bekenntnis: "Wir wissen, daß dies mühevolle Kleinarbeit ist, aber wir wollen mit allen Mitteln die Jugendarbeit forcieren, mit der wir ja bereits längst begonnen haben" (GT, 10.1.91). Wir sind die letzten, die auf kurzfristige Erfolge in Sachen Antifaschismus setzten, aber dieses Bekenntnis läßt das Schlimmste ahnen: außer der Propaganda einer "unkonventionellen jugendpolitischen Offensive" wird sich nichts wesentliches tun!

Autonome gleich Faschisten

Nichts gegen eine verstärkte Jugendarbeit; dafür soll durchaus auch mehr Geld locker gemacht werden. Aber die Nebensätze zeigen doch, wohin die Reise gehen soll.

Beharrlich hielten Stadt, Polizei, Justiz und die Parteien bis zu dem Mord in der Silvesternacht daran fest, daß es sich bei den Auseinandersetzungen um die Faschisten im wesentlichen um Bandenkriege rivalisierender Jugendgangs handelte. Dies mußte auch immer wieder als offizielle Begründung für die Rückenstärkung der ZSK- und der allgemeinen Polizeiarbeit herhalten. Jetzt wird diese Version aufgepeppt: "in der Tat gebe es in Göttingen neben erstarkten (wie gesagt - das ist neu - KB) rechtsradikal unterlegten Gewaltansätzen auch ein großes Potential an Gewaltbereitschaft, das politisch eher vom Gegenpol beeinflußt sei ..." (Stadtdirektor im GT, 12.1.91) Und die Sozialdezernentin: auch "die Gewaltbereitschaft bei den Autonomen muß aufgearbeitet werden" (Freizeit Magazin, 9.1.) Und noch einmal der Stadtdirektor, der es manchmal etwas hochgestochen liebt: "Ich zögere, als Linker hier das anti- und nichtfaschistische Gewaltpotential schlechthin als links zu bezeichnen, weil für mich mit diesem Wort ein humanitärer und altruistischer Anspruch verbunden ist, der sich weder mit selbstverliehener Gewaltlegitimation verträgt, noch er in neukritischen gesellschaftlichen Trends zu finden ist, die dem Motto huldigen: Ich bin ich - und ich will alles - und das sofort." (GT, 12.1.)

Deshalb sei die städtische Offensive "vielschichtig" und "pluralistisch" angelegt. Oder in den Worten Rita Süssmuths, als habe sie ihm die Feder geführt: "Wenn man es aber ausschließlich als jugendpolitische Offensive gegen ‚neonazistische Tendenzen` betrachtet, greift jede Aktion ganz sicherlich zu kurz" (GT, 1.11.91).

Und hier schließt sich der Kreis oder das alte Bündnis. Zum Todestag Connys waren es genau diese Kreise, die mit einer beispiellosen Hetze gewalttätige Auseinandersetzungen herbeireden wollten, die ein bis dahin fast unbekanntes Potential an uniformierten Gewalttätern auffahren ließen, die die Geschäfte in der Innenstadt verbarrikadieren ließen, Süssmuth, die eigens eine Sonderanzeige veröffentlichen ließ, in der sie zum Fernbleiben von der Demo aufforderte - diese Kreise, die mit derartigen Aktionen und Hetzparolen die antifaschistische Öffentlichkeit diskreditieren und diskriminieren, fordern jetzt, jetzt, nachdem auf offener Straße ein Faschist gemordet hat, eine "vielschichtige" Jugendarbeit gegen Gewalt! Jetzt, nachdem sie jahrelang in allen Tönen die Polizeigewalt und -aufrüstung gegen antifaschistische Politik gedeckt und vorangetrieben haben und damit erreicht haben, daß aktive AntifaschistInnen allzuoft vor der Wahl standen, sich unter Polizeischutz von Nazis zusammenhauen zu lassen oder gleich von der Polizei.

und dann noch das Sonderdezernat ...

Ein Polizei-Sonderdezernat "Rechtsextremismus" soll gebildet werden, mit dem die Böcke scharenweise zu Gärtnern gemacht werden, solange nicht ein kritisches Wort zur bisherigen Arbeit von Polizei und Justiz verloren worden ist, und solange keinerlei Einflußmöglichkeiten auf die Besetzung des Dezernats gegeben sind!

Die Staatsanwaltschaft, die z.B. die Ermittlungen in Sachen Connys Tod und die Verwicklungen des zivilen Streifenkommandos (ZSK) bis zur Kenntlichkeit begünstigt hat, die dem FAP-Führer Polacek - Leiter des Schulungszentrums Mackenrode und Zieh- und Ersatzvater aller bekannten Göttinger faschistischen

Gewalttäter bis hin zu Oliver Simon - bestätigt hat, daß er unbehelligt eine Datei "über den weiten Kreis der Feinde des Deutschen Volkes" führen könne, sie soll jetzt besonders den Rechtsextremismus erforschen.

und die verstärkte Polizei ...

Rufe nach Verstärkung, das waren die ersten Reaktionen aus Polizeikreisen. Es ist an dieser Stelle müßig, auf die Bullenpraxis und ihre öffentliche Verteidigung in Göttingen einzugehen. Ein Beispiel soll jedoch deutlich machen, welche Polizei hier Verstärkung erhalten soll:

Vor der Demonstration zum 17.11.90, dem Todestag Connys, wurde bekannt, daß zwei unabhängige Beobachter, W. Holtfort, Jurist und SPD-MdL, sowie J. Seifert, Professor in Hannover, die Demo beobachten wollten. Der Landesvorsitzende der GdP, Ahlers, bezeichnete das als "Kapitulation vor der Gewalt". Polizisten dieser Art haben wir genug in Göttingen, sie sind hauptverantwortlich für die Entwicklung der Nazi-Szene und für verzweifelte antifaschistische Aktionen.

und dann gibt's noch die Ausweisung Polaceks ...

Von Innenminister Glogowski wird dies z.Zt. geprüft. Ausweisung als Österreicher, der sich in Mackenrode Schäferhunde und Skins zur Bewachung hält, aus dessen engstem Kreis, die gewalttätigsten Nazis, darunter auch der Silvestermörder, kommen. Eine billige Effekthascherei! Glogowski war es doch, der zusammen mit dem örtlichen GdP-Führer Elsner das breit antifaschistische Bündnis gegen die Fascho-Zentrale Mackenrode sprengen ließ, indem sie die SPDler und Gewerkschafter zum Absprung preßten.

Fazit

Mit viel Bombast sind der Öffentlichkeit, darunter jede Menge besorgter Eltern von jungen Faschisten und Antifaschisten, einige Beruhigungspillen hingeworfen worden; in winzigem Rahmen werden vielleicht einige Sozialarbeits- oder Jugendarbeitsprojekte davon profitieren können. Ansonsten sind die Reihen geschlossen worden: von SPD, CDU, GdP und Polizeiführung, Stadtverwaltung und Staatsanwaltschaft. Mit dem Mord wurden von den Faschos Grenzen überschritten, die noch (!) gelten, deren Übertreten aber schon nicht viel mehr als Wortgekringel gegen Rechts hervorruft.

Weitere Tote werden an diesen abgebrühten Reaktionen nichts ändern. Das "Spiel" geht weiter. Ein kurzer Blick zurück:

20.2.88 Die "ohnehin schwache rechtsradikale Szene in Göttingen ist fast gänzlich zerschlagen ..." (Polizeisprecher).

4.3.88 "Die rechtsradikale Skinheadszene besteht ... nicht mehr, nachdem fünf ‚Kahlköpfe` ... hinter Gitter gebracht wurden." (Staatsanwaltschaft)

Es folgen drei Jahre eskalierende Fascho- und Bullenaktionen gegen AntifalerInnen und JuZI. Und jetzt?

Anfang Januar 91 "Erstarkte rechtsradikale Szene in Niedersachsen und Göttingen".

12.1.91 "Die rechte Szene in Göttingen geht total kaputt - Skinheads wollen aussteigen". Unter dieser Überschrift lassen GT und FR einen "Gernot" auspacken. Probe: "Und außerdem seien die Linken ... zu stark. Und Polacek, der solle jetzt man ruhig vor sich ‚hinsiechen`. Da macht von uns keiner mehr mit". (GT)

Es folgen: Angriffe auf das JuZI von CDU, Angriffe auf die Autonomen (= JuZI), Gewaltbeschwörungen wegen der nach Kriegsbeginn einsetzenden Friedensaktivitäten. Ein Überblick in Schlagzeilen: "CDU: Bevor über den Haushalt diskutiert wird, JuZI schließen." - "Fischer (CDU) will JuZI kündigen" - "Spirale(!!) der Gewalt gibt zu großer Sorge Anlaß" (Polizeichef Will) - "Polizei-Kollaps: 100 Beamte müssen her" (GdP).

Und dies nachdem in bisher beispielloser Verfälschung der Tatsachen, die Friedensaktionen, u.a. eine mehrstündige Bahnhofsblockade, zu Gewaltaktionen umgelogen worden waren. Den Auftakt machte, wie sollte es anders sein, der sozialdemokratische Stadtdirektor. Ihm lag nicht nur die Ruhe an der Heimatfront am Herzen, er wollte offensichtlich auch rechthaberisch demonstrieren, daß das kurz nach dem Mord vorgestellte "pluralistische Konzept einer jugendpolitischen Offensive" viel zu weitgehend war:

"Diese Stadt hat ... einen Anspruch auf endlich mal wieder normale Lebens- und Arbeitsverhältnisse." Mehr Polizei! Auch bei den "Friedensaktivitäten sei weder in den Inhalten noch in den Formen ein Zusammenhang

mit eigenem Friedenswillen zu entdecken" und weiter: "Auch entlarve sich einmal mehr, daß die zweifellos vorhandene und besorgniserregende Zunahme rechtsradikaler Gewaltansätze von anderen nicht minder gewaltsüchtigen Kräften immer wieder als Vorwand für eigene Gewalttätigkeit mißbraucht wird." "Die Legende von einer Polizei, die auf dem rechten Auge blind sei, entlarve sich gerade im gegenwärtigen Geschehensverlauf, wo Rechtsradikales wohl kaum auszumachen sei". (GT, 19.1.91)

Wie gesagt, er liebt's hochgestochen. Im Klartext: der Feind steht links, und die Antikriegsaktionen sind der Beweis dafür, daß die Faschos für die Gewaltsüchtigen von links nur der Vorwand sind, um ihre Gewalt "gegen Einrichtungen des Staates und seiner Repräsentanten" zu richten. Letzteres ein Zitat des Polizeichefs Will vom 20. Januar. Das Weltbild ist wieder im Lot und - wie heißt es doch in den Funkprotokollen des Lauschangriffs 1981 - "Es geht wieder an - Wunderbar".

Antifa Kommission, KB/Göttingen

Neonazis morden in Göttingen

Am frühen Silvestermorgen um 0.15 Uhr erstachen die beiden Neonazis Oliver Simon und Sven Scharf im Göttinger Stadtteil Rosdorf den 21jährigen Alexander Selchow. Nach dem bisherigen Kenntnisstand soll der Tat ein Streit zwischen Alex und einer Gruppe Neonazis vorausgegangen sein, die im Nachbarhaus Silvester feierten. Die Neonazis sollen zuvor mehrmals Feuerwerkskörper auf den Balkon der Eltern von Alex geworfen haben. Unter den feiernden Neonazis waren auch Simon und Scharf. Als Alex mit einem Bekannten das Haus wieder verlassen hatte, sollen die beiden Nazis vor Gästen gesagt haben, sie gingen jetzt einen "Linken aufmischen".

In der Friedensstraße wurden Alex und sein Begleiter von den vermummten Neonazis überfallen, die sofort auf Alex einschlugen und einstachen und ihn noch mit Stiefeltritten traktierten, als er schon schwerverletzt am Boden lag. Zwei Stunden später starb Alex trotz Notoperation im Krankenhaus durch die inneren Blutungen im Bauchraum. Er hatte mindestens vier Stichwunden. Ein Messerstich hatte den Magen bis zur Wirbelsäule durchbohrt.

Dies war nicht der einzige Überfall den Neonazis in der Silvesternacht verübten: Bereits am Nachmittag hatten sechs Skins in der Göttinger Innenstadt zwei Passanten brutal zusammengeschlagen.

Kurze Zeit nach dem Überfall auf Alex wurden in dem nahe Göttingen gelegenen Dorf Adelebsen zwei Menschen von mindestens acht Skinheads lebensgefährlich verletzt. Gegen etwa 4 Uhr früh wurde im Göttinger Stadtteil Weende ein Passant von drei Faschisten angerempelt und durch Messerstiche in den Bauch schwer verletzt.

Der Jahreswechsel 90/91 ist ein vorläufiger trauriger Höhepunkt des neofaschistischen Terrors in Göttingen, beileibe ist hier aber nicht eine neue Qualität zu erkennen. Bereits in den letzten Jahren haben die Faschisten in menschenverachtender Weise ihren Terror in Göttingen ausgeübt. Es waren glückliche Umstände, daß es bei den diversen Brandanschlägen auf bewohnte Häuser, Messerstechereien und brutalen Überfällen auf Antifaschistinnen, Ausländer und Passanten keine Toten gegeben hatte. (...)

Otto Geschke

aus: Der Rechte Rand 1/91

# 42. "Dieser Prozeß war endgültig verkorkst". Interview mit Rainer Elfferding, Verteidiger im Schmücker-Prozeß

*Rainer Elfferding, Verteidiger im Schmücker-Prozeß, im Interview.*

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:15

Rote Hilfe: Am 28. Januar wurde der Schmücker-Prozeß nach 15jähriger Verfahrensdauer vom Berliner Landgericht eingestellt. Welche Begründung gab das Gericht dafür?

Rainer Elfferding: Das, was das Gericht in seiner zweistündigen mündlichen Urteilsbegründung gesagt hat, kann man kurz so zusammenfassen: dieser Strafprozeß ist von Beginn an, also bereits im Ermittlungsverfahren 1974, insbesondere von dem Berliner Landesamt für den Verfassungsschutz (LfV), in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und der Abteilung Staatsschutz der Berliner Polizei gesteuert worden. Wie es das Gericht jetzt formuliert hat, haben praktisch zwei Prozesse parallel stattgefunden. Der eine offiziell und scheinbar nach den Regeln der Strafprozeßordnung und im Hintergrund einer, von dem keiner was wissen sollte. Gegen diesen Prozeß hinter den Kulissen konnten sich die Angeklagten nicht verteidigen. Wie das Gericht jetzt ausgeführt hat, sind die Angeklagten hierdurch zu reinen Objekten staatlicher Gewalt geworden, während der rechtsstaatliche Prozeß eigentlich vorsieht, daß ein Angeklagter dort eben auch als Subjekt auftritt, daß er auch die Möglichkeit haben muß, sich dort zu verteidigen. Dadurch, so das Gericht, läge ein Verstoß gegen Art. 2 II des Grundgesetzes vor.

Diese mehr verfassungsrechtliche Begründung ist noch angefüllt worden mit einer ganzen Reihe von Beispielen, wie da gesteuert worden ist. Insbesondere wurde darauf verwiesen, wie die Ermittlungen von Anfang an in Richtung der Angeklagten geschubst worden sind, während alle anderen Ermittlungsergebnisse, die es, wie wir heute wissen, ja in ausreichendem Maß gegeben hatte, in irgendwelchen Geheimakten verschwanden und erst sehr viel später und dann auch nur teilweise bekannt geworden sind. Das sind Sachen, die man nach über 16 Jahren einfach nicht mehr rekonstruieren, nicht mehr reparieren kann.

Sie sprachen im Zuge der Weisung, die der Generalstaatsanwalt des Berliner Kammergerichts gegen die Einstellung dieses Verfahrens eingelegt hatte, von Hintermännern in der Berliner Justizverwaltung, die seit 16 Jahren hartnäckig an der Verurteilung der Angeklagten gearbeitet hätten. Wen meinten Sie damit und was waren und sind deren Absichten?

Nicht ich war es, der zuerst von "Hintermännern" gesprochen hat, sondern der Bundesgerichtshof (BGH). Der hat in seiner letzten Revisionsentscheidung 1989 der Strafkammer des dritten Schmücker- Prozesses vorgeworfen, nicht ausreichend geprüft zu haben, inwieweit der Herr Weingraber (ein V-Mann des Berliner LfV; Anm. RH) "und seine Hintermänner" - heißt es dort - in den Fall Schmücker verwickelt sein konnten.

Ich habe das nur zitiert, als der Generalstaatsanwalt in die Hauptverhandlung eingegriffen hatte und den Sitzungsvertretern der Staatsanwaltschaft, die sich eigentlich unserem Einstellungsantrag anschließen oder einen eigenen Antrag stellen wollten, dieses verboten hat. Da habe ich sinngemäß gesagt, daß bei solchen Verhaltensweisen der Generalstaatsanwalt in den Verdacht gerät, daß er selber zu diesen Hintermännern gerechnet werden könnte, die eben diese Steuerung und einseitige Ausrichtung des Verfahrens und Verheimlichung von Beweismitteln bewerkstelligt haben.

Dieses war aber offensichtlich nicht das Werk von einigen problematischen Persönlichkeiten, die Fehlleistungen vollbracht haben, sondern ist schon eine konzertierte Aktion verschiedener Behörden gewesen, die dann auch, wie wir heute wissen, in regelmäßigen Besprechungen beim Bürgermeister abgesegnet wurde, und auch im Parlament, im Innenausschuß, erörtert worden ist.

Von welchen Behörden reden Sie jetzt?

Hauptsächlich vom Berliner LfV, von der Berliner Staatsanwaltschaft, von der Staatsschutzabteilung der Berliner Polizei, sowie in gewissem Umfang von der Senatsjustizverwaltung. Man kann auch einige Richter dazu zählen, die mehr oder weniger deutlich mitbekommen hatten, daß irgendetwas hinter ihrem Rücken

abläuft und die trotzdem nichts dagegen unternommen haben. In der mündlichen Urteilsbegründung ist das Gericht selber weiter gegangen und hat auch Behörden aus Nordrhein-Westfalen dazugenommen. Wenn wir noch mehr verhandelt hätten, wären bestimmt noch mehr dazugekommen, so das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter von Hessen und NRW.

In dem Mordfall Schmücker waren nicht weniger als vier V-Leute entweder des Berliner- oder des Bundesamtes für Verfassungsschutz involviert (Schmücker, Bodeux, Weingraber und Hain, Anm. RH). Welchen Einfluß auf das Prozeßgeschehen hatten die 16jährigen Bemühungen des Berliner LfV, ihre V-Männer abzutarnen?

Das fängt natürlich mit Ulrich Schmücker selber an, der insoweit bereits einbezogen war, als daß er Opfer dieses Falles geworden ist.

Die Strafkammer hat in ihrem Urteil vom 28. Januar gesagt, daß Schmücker im Juni 1974 vom Berliner LfV als Lockvogel benutzt worden ist. Man wollte Schmücker weiter laufen lassen, obwohl gegen ihn ein Haftbefehl vorlag. Dies in der Hoffnung, daß sich irgendwelche gesuchten "Terroristen", insbesondere damals Inge Viett und Ralf Reinders, möglicherweise an seine Fersen heften würden und daß man sie dann bei Gelegenheit abgreifen könnte. Hierbei, so das Gericht, muß dann aber von Seiten des LfV ordentlich gepfuscht worden sein, so daß man sagen kann, dieser Tote geht auf das Konto des LfV. Schon die Tatsache, daß Schmücker zeitweilig sehr enge Kontakte mit dem LfV hatte und auch teilweise in den Akten ausdrücklich als V-Mann bezeichnet wird, haben den Verfassungsschutz schon gleich nach dem Tod Schmückers dazu gezwungen, etwas zu verdunkeln.

Ein weiterer V-Mann in dieser Sache war der Herr Weingraber, der, wie es nach den Akten aussieht, bereits Wochen vor Schmückers Tod seine Behörde immer gewarnt haben soll, da läuft irgendwas, das wird gefährlich und paßt mal ein bißchen auf. Das LfV versuchte von Beginn an zu verheimlichen, erstens, daß Weingraber überhaupt ein Mann von ihnen und zweitens auch noch so nah dran am Geschehen war. Schließlich wurde noch vertuscht, daß das LfV die angebliche Tatwaffe seit der Tatnacht in einem Panzerschrank liegen hatte.

All das, was dem Schmücker in seinen letzten Stunden passierte, wurde ganz bewußt nicht aufgeklärt. Statt dessen wurde von Seiten des LfV der Staatsanwaltschaft und der Polizei eingehämmert: guckt nach Wolfsburg, dort sitzen die Täter, alles andere braucht euch nicht zu interessieren, daß laßt ihr irgendwo verschwinden. Die jetzigen Richter haben nun die Konsequenzen gezogen und gesagt: Dieser Prozeß ist endgültig verkorkst, da kann man nichts mehr mit anfangen.

Einer der V-Leute, Volker von Weingraber, gilt als der bisher wichtigste enttarnte und über den Komplex Schmücker hinaus aktive V-Mann des Berliner LfV. Ist mit dem Schmücker-Prozeß nun auch die weitere Aufklärung z.B. der Tätigkeit dieses V-Mannes eingestellt worden?

Nein, das kann man so nicht sagen. Ich denke, daß es noch Leute geben wird, die sich auch weiter dafür interessieren werden, was denn da nun wirklich geschehen ist und sich in dem Zusammenhang auch für den Herrn Weingraber weiterhin interessieren werden. Das ist sicherlich bei einigen Verteidigern so. Ich meine, wenn man 16 Jahre seines Lebens mit diesem Fall gelebt hat, dann läßt der einen vermutlich auch nicht so punktum wieder los. Ich denke zudem, daß es mehr ein historisches Interesse sein wird, denn ich persönlich vermute, daß Weingraber jetzt nicht mehr für diese Behörden arbeitet. Der Herr Weingraber ist ein guter Pokerspieler, der hat seine dreiviertel Million abgezockt und setzt sich damit vermutlich zur Ruhe und macht auf andere Weise weiter.

Im Verlauf der jetzt abgeschlossenen vierten Runde des Schmücker-Prozesses kam heraus, daß das erkennende Gericht des zweiten Durchgangs und die damalige Politische-Staatsanwaltschaft 1978/79 der Verteidigung das enorm wichtige Beweismittel - die V-Mann-Tätigkeit von Weingrabers - bewußt vorenthalten hat.

Die damaligen Richter hatten hinter den Kulissen der Hauptverhandlung Kenntnis davon erhalten, daß der Herr Weingraber für das LfV gearbeitet hat. Nun hatten sie zwar keinen hundertprozentigen Beweis dafür in der Hand, aber sie hatten einen gewichtigen Anhaltspunkt aus den von der Staatsanwaltschaft zurückgehaltenen Akten, und sie waren von der V-Mann-Tätigkeit von Weingrabers auch überzeugt. Die Schweinerei war nun, daß diese Richter, ohne der Verteidigung davon etwas zu sagen, weiterverhandelten und sich von der

Staatsanwaltschaft zum Schweigen hatten verpflichten lassen. Das ist schon ungeheuerlich. Die Richter hätten entweder im Prozeß sagen müssen, was sie erfahren hatten, und wenn sie es nicht tun wollten, was man vielleicht menschlich verstehen könnte, dann hätten sie sich selber als befangen ablehnen müssen, weil sie über Wissen verfügt hatten, das nicht aus der Beweisaufnahme selber stammte, was dafür auch nicht verwertbar war, aber sich in ihren Köpfen auf die Entscheidung natürlich ausgewirkt hat.

Wird es hierum noch ein gerichtliches Nachspiel geben, immerhin handelt es sich hier doch um einen Fall strafbarer Rechtsbeugung?

Ich glaube in der taz gab es eine kleine Notiz, daß die Staatsanwaltschaft die Auskunft gegeben hat, es werde kein Nachspiel geben. Hauptsächlich, weil diese Sachen bereits verjährt seien. Das ist für das meiste vermutlich auch zutreffend. Man muß ja sehen, daß für solche Ermittlungen bis zu ihrer Auflösung die Politische Staatsanwaltschaft zuständig gewesen ist. Also genau die Abteilung, die die ganzen Machenschaften des Verfassungsschutzes auf der einen und der Staatsschutzpolizei auf der anderen Seite praktisch koordiniert hat. Die hatten natürlich kein Interesse, ihre Leute nachträglich ans Messer zu liefern. Es hat ja früher bereits Strafanzeigen und Ermittlungsverfahren gegeben, gegen Staatsanwälte und unseren Kronzeugen Jürgen Bodeux, die alle eingestellt worden sind. Und inzwischen sind die meisten Sachen tatsächlich verjährt. Haben die gut hingekriegt, kann man da nur sagen. Es bleiben noch gewisse Möglichkeiten, Meineide anzuzeigen. Ganz besonders unser erster Vertreter der Staatsanwaltschaft, Przytarski, hat in dem jetzigen Verfahren ganz eindeutig an vielen Punkten nicht die Wahrheit gesagt, auch unter Eid nicht. Es gibt noch Punkte, wo die Verteidigung der Staatsanwaltschaft hilfreich zur Seite treten könnte, um dort eventuell die Energien in diesen Sachen zu verstärken.

Am 30. Januar legte auf Weisung des Generalstaatsanwaltes des Berliner Kammergerichts, die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Revision gegen die Einstellungsverfügung des Schmücker-Prozesses ein. Wie sehen Sie die Chancen dieser Revisionsklage?

Das ist schwer zu sagen. Zunächst hat die Staatsanwaltschaft das getan, was ein vernünftiger Verteidiger auch getan hätte, nämlich Revision einlegen und dann warten, bis das schriftliche Urteil vorliegt. Dann müssen sich die Staatsanwälte des Kammergerichts, denn die des Landgerichts wollen ja nicht, prüfen, ob man die Revision weiter führt oder sie zurücknimmt.

Wenn das Urteil dem BGH vorgelegt wird, dann ist es, würde ich mal sagen, ein offenes Rennen. Der BGH wird dann nicht nur über den Fall Schmücker zu befinden haben, sondern es geht dabei ganz grundsätzlich um die Frage, ob es in Deutschland überhaupt vorstellbar ist, daß der Staat sich so verhält, daß ein Gericht daraus die Konsequenz ziehen muß, das Verfahren einzustellen. Dann würde auch eine rechtspolitische Frage entschieden werden. In solchen Fällen ist es sehr schwer, eine Prognose abzugeben. Wenn der Revision stattgeben wird, bliebe noch der Weg zum Bundesverfassungsgericht, das früher bereits in einer Entscheidung gegen eine derartige Auffassung des BGH opponiert und gefragt hat, ob so etwas grundsätzlich nicht doch möglich sein könnte. Sollte man uns diesen Prozeß allerdings doch noch einmal aufzwingen, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als mehrere Jahre weiter zu verhandeln.

Wir danken für dieses Gespräch.

RA Rainer Elfferding verteidigte von Beginn an den Angeklagten Wolfgang Strüken.

# 43. Kurdistan: NATO-Sprungbrett in den Irak. Presseerklärung der VerteidigerInnen im sogenannten "Kurden-Verfahren"

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:29

hü: presseerkl. der verteidigerinnen im sog. kurdistan verfahren

Die Angeklagten im Düsseldorfer Kurden-Verfahren fordern erneut die Einstellung des Verfahrens in der jetzigen Kriegssituation: Sie sehen ihr Volk, für dessen Befreiung sie kämpfen, als erstes Opfer zwischen den Fronten des Golf-Krieges und dieses Verfahren als zweite Front im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung.

Vor zwei Wochen begannen die Angriffe der USA und ihrer Verbündeten auf den Irak. Von den Militärbasen Incirlik (Adana), Pirinclik (Diyabakir) und Batman starten Bomber der Alliierten mit Ziel Irak. Seit dem 17.1.91 sind nicht nur Ziele im Irak Bestimmungsort vernichtender Bombenlasten. Entlang der "türkisch-irakischen" Grenze sind in Südkurdistan (irakisch besetzter Teil Kurdistans) u.a. die Städte Zaxo, Kirkuk, Erbil, Süleymania und Mossul ständig bombardiert worden. In Nordwest-Kurdistan (dem türkisch besetzten Teil) wurden seit Kriegsbeginn u.a. die Ortschaften Tuxube, Zavite und Hesat mit 17 Bomben aus alliierten Flugzeugen getroffen.

Der türkische Teil Kurdistans ist Aufmarschgebiet der türkischen Armee geworden. Täglich treffen Panzer-Kolonnen, Artilleriegeschütze und Truppentransporte in den Grenzgebieten ein. Ziviler Personen- und Güterverkehr ist fast gänzlich zum Erliegen gekommen. Alle Vorbereitungen für einen Einmarsch in den Nord-Irak sind getroffen.

Bereits Wochen vor dem Ausbruch des Krieges waren in türkischen Zeitungen Landkarten des Nahen und Mittleren Ostens abgedruckt, die von einer völligen Neuaufteilung der Grenzen und Zerstückelung des Iraks ausging, auf ein Gutteil insbesondere auf die erdölreichen Gebiete um Kirkuk und Mossul erhebt die Türkei Anspruch. Staatspräsident Özal strebt die Erneuerung der beherrschenden Rolle des ehemaligen Osmanischen Reiches im Nahen Osten für die Türkei an.

Der Krieg in Kurdistan hat schon längst begonnen!

Wenige Tage nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak hat die Regierung der Türkei die Aufhebung der Menschenrechte für die kurdischen Provinzen beim Europarat verfügt, eine Regierungsempfehlung auf Vollstreckung von 287 Todesurteilen verkündet, die Vertreibung von 500.000 Kurden in den Westteil des Landes angeordnet, hunderte von Dörfern vernichtet, entvölkert und Menschen aus vielen Grenzregionen zwangsevakuiert, ihre agrarische Lebensgrundlage mit Flammenwerfern verbrannt (Olivenhaine, Bienenstöcke, Haselnußfelder etc.). Andauernd wurden und werden hunderte von Zivilisten gefoltert und vergewaltigt. Kein einziger Mitgliedstaat in der EG hat bisher gegen diese offen verkündete Außerkraftsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention protestiert. Statt dessen zahlt die Bundesregierung "Rüstungssonderhilfe" in Millionenhöhe an die Türkei, stationiert dort Luftwaffengeschwader, Abwehrraketen und liefert Kriegsmaterial.

Auch gegen diese Repression protestierten Tausende. Seit Jahren kämpft die PKK, ERNK und ARGK in Städten und Dörfern für die nationale Unabhängigkeit des kurdischen Volkes.

Nun ist der Krieg ausgebrochen und Kurdistan ist Schlachtfeld, Aufmarschgebiet und Nachschubbasis zugleich.

Dabei wird die Türkische Republik von der Bundesrepublik Deutschland massiv unterstützt. Im Rahmen der sogenannten Beistandspflicht der NATO-Verbündeten wurde der Türkei für den Fall eines irakischen Angriffs bundesdeutsche Hilfe versprochen. Dies vor dem Hintergrund, daß die Türkei Bombern der Alliierten nicht nur das Starten zu Einsätzen im Irak seit Tagen gestattet, sondern massiv zur weiteren Verstärkung dieser zweiten Front gegen den Irak auffordert. Bereits heute befinden sich ca. 1.000 deutsche Soldaten in der Türkei. Der Bundesverteidigungsminister bezeichnet die Verstärkung der deutschen Truppen in der Türkei als "militärisch

begründet und menschlich vertretbar" (FR 31.1.91). Deutsche Wehrpflichtige sollen im NATO- Land eingesetzt werden.

Der NATO-Bündnisfall hat aber nicht nur mit den Einsatz der Bundeswehr in der Türkei zu tun, die Bundesregierung kann im "Bündnisfall" auch den "Spannungsfall" ausrufen und damit große Teile der 1968 beschlossenen Notstandsgesetze erstmals in Kraft setzen. Die Folgen für den bundesdeutschen Alltag wären einschneidend, für alle von uns. Die Szenarien sind bis ins Kleinste ausgetüftelt und vorbereitet.

Während die Türkei die besetzten kurdischen Provinzen mittels des Einsatzes eines Supergouverneurs seit Jahren unter Kriegsrecht hält; während seit dem 17.1.91 der Krieg auch gegen die kurdische Bevölkerung geführt wird, wird vor deutschen Staatsschutzgerichten in Düsseldorf und Celle der kurdischen Befreiungsbewegung PKK der Prozess gemacht. Dieser "Terroristen-Prozess" bildet in der BRD die zweite Front gegen die nationale Befreiungsbewegung Kurdistans.

Die im Düsseldorfer Verfahren Angeklagten haben erneut heute, am 109. Hauptverhandlungstag versucht, ihre unmittelbare Betroffenheit anläßlich des Kriegsausbruchs zu thematisieren und in dieser Situation wegen des Eintritts der Bundesrepublik in diesen Krieg erneut die Einstellung des Verfahrens verlangt. Selahattin Celik, Ibrahim Kadah und Ali Sacik stammen aus Batman, Viransehir und Kurtalan (Siirt), also den Gebieten, in denen zur Zeit die militärische Aufrüstung stattfindet und Bomben abgeworfen werden.

Die Angeklagten und ihre Verteidigung im Düsseldorfer und auch Celler PKK-Verfahren fordern:

- Rückzug der Bundeswehreinheiten aus Kurdistan

- Sofortiger Stop der Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei

- Einstellung des §129a-Verfahrens gegen die Angehörigen des kurdischen Befreiungskampfes.

Düsseldorf, den 5.2.1991

Wende im Düsseldorfer Kurdenprozeß?

Zweiter Hauptbelastungszeuge bricht zusammen

Heute, am 109. Verhandlungstag (5.2.1991), nach fast 17 Monaten Verfahrensdauer hat der zweite Hauptbelastungszeuge Nusret Arslan, sechs Monate nach Beginn seiner Vernehmung und nach zwei Monaten, seitdem er von der Verteidigung befragt wird, das Handtuch geworfen.

Dieser Zeuge, der als "Opfer" einer angeblichen Freiheitsberaubung am 6.2.1988 bei der Polizei aufgetaucht war und unzählige Aussagen über die Struktur der PKK in Europa, im Mittleren Osten und über vermeintliche Straftaten der Organisation machte, galt zumindest in der Propaganda der Bundesanwaltschaft (BAW) als zweitwichtigster Zeuge in diesem Verfahren. Unter anderem war er der einzige Zeuge für die angeblichen Straftaten im Libanon.

Nachdem er vier Monate vom verhandelnden Senat und seit zwei Monaten eindringlich von der Verteidigung befragt wird und mit nichtssagenden Abschweifungen, zigmaligen neuen Versionen seiner Geschichte und nicht zuletzt mit nachgewiesenen offensichtlichen Lügen glänzte, erklärte heute sein Rechtsbeistand, daß sein Klient von seinem Zeugnisverweigerungsrecht nach §52 StPO Gebrauch mache (Zeugnisverweigerungsrecht wegen verwandtschaftlicher Beziehungen zu einem Angeklagten). Dies ist zweifelsfrei eine Wende in dem bisherigen Verfahrensablauf, weil dieser Zeuge in einer Verfahrenssituation mit der Aussage abbricht, in der die Verteidigung begonnen hatte, ihn im Zusammenhang mit seiner angeblichen "Entführung" zu befragen. In den vorherigen Hauptverhandlungs-Tagen wurde er umfangreich zu seinem Lebenslauf, seiner "Flucht" aus Kurdistan, seinen Aufenthalten in Libyen, Libanon und Syrien vernommen. Hierbei waren unzählige Widersprüche zu Tage getreten, so daß die Glaubwürdigkeit des Zeugen schon schwer angeschlagen war. Als nun schon im ersten Teil der Befragung zu seiner angeblichen "Entführung" erste Lügen aufgedeckt wurden, war es eigentlich nicht schwer, ihn als das einzuschätzen, was er ist, nämlich ein Lügner. So daß nur noch die Frage offen bleiben würde, warum er lügt. Sein "Rückzug" bei diesem Stand der Dinge ist der offensichtliche Absprung vor dem rechtlichen Zusammenbruch einiger wichtiger Anklagepunkte, die die Anklage insgesamt noch einmal noch fragwürdiger erscheinen lassen hätte. Es bleibt die Frage, ob die bisherige Aussage, die

mehrere Bände füllt und der Grund für die Haft von mehreren Angeklagten bis zu über zwei Jahren war und deren Wahrheitsgehalt nun mehr als fraglich wurde, trotzdem im Sinne der Anklage gewertet wird. (...)

Die Verteidigung und die Angeklagten im Düsseldorfer Kurdenprozeß

Düsseldorf, den 5.2.1991

# 44. Teile und herrsche - Diskussionsbeitrag zum Urteil gegen Luitgard Hornstein

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:26

Freiheit, Gleichheit und Demokratie, bürgerliche Werte, gründen auf dem Widerspruch von Gebrauchswert und Wert. Sie tendieren zur totalen Herrschaft und schlagen dorthin aus, wenn die Leidtragenden diesen Widerspruch selbstbewußt äußern, wenn sie der Freiheit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, und dem Garanten dieser Freiheit, dem Staat, nicht länger zujubeln, sondern die Freiheit von der Verfügung übers Arbeitsprodukt, d.i. den sozialen Inhalt formaler Freiheit und Gleichheit, den Klassenwiderspruch scharf kritisieren, ihn austragen, ihn angreifen. Die Theorie, der diese Sätze entstammen, hat der 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart mit seinem Urteil vom 15.1.91 um ein weiteres illustrierendes Beispiel bereichert. Dagegen bringen die Kommentatoren von Stuttgarter Zeitung und Frankfurter Rundschau sich und ihre LeserInnenschaft um die richtige Erkenntnis. Anstatt die einfache Frage nach dem Grund und Zweck für "unbedingten Verurteilungswillen" (FR) auch nur zu stellen, sorgen sie sich um ihren abstrakten Glauben an die "eigentliche" Überparteilichkeit und Gerechtigkeit der Justiz, den sie nicht verlieren wollen. Uns treiben andere Sorgen: Luiti bleibt eingesperrt.

Daß sich unsere Theorien bewahrheiten, erfüllt uns nicht mit Genugtuung, sondern immer erneut mit Empörung. Wir wollen nämlich nicht recht behalten, sondern wir wollen, daß die schlechten Verhältnisse, die wir kritisieren, beseitigt werden. Die Kritik soll sich obsolet machen, indem sie zum umstürzlerischen Handeln treibt. Darin wissen wir uns einig mit Luiti und mit allen politischen Gefangenen. Daher sind wir GenossInnen. Und so selbstverständlich, wie Gefangene raus wollen, ebenso selbstverständlich wollen wir, daß sie rauskommen. Wir haben es bei Luiti und damit bei Chris, Andrea und Rico probiert, und wir werden es im weiteren Verlauf des Verfahrens weiterhin probieren. Vorerst aber hat unser Bemühen für ihre Freilassung einen herben Rückschlag erlitten: Luiti bleibt eingesperrt.

Sie bleibt damit Bedingungen unterworfen, die mit dem Begriff Folter treffend beschrieben sind. Demokratie tendiert zu totaler Herrschaft und ruht und rastet nicht, bis sich die gefangene Kritikerin, ruhig auch praktische Kritikerin, ihr bedingungslos und ganz ergeben hat. Der Widerspruch, der Antagonismus soll ausgemerzt werden. Nur Zustimmung gilt. Das Mittel ist die Isolation. Die politischen Gefangenen sind untereinander und nach draußen weitestgehend abgeschottet. Wir konnten Luitis Isolation von uns draußen nicht aufheben. Das wäre ihre Freilassung gewesen. So teilen wir weiterhin das Bestreben, die Totalisolation durch die Zusammenlegung zu durchbrechen. Dabei sind wir nicht nur gegen das Mittel, Isolation, sondern wir bestreiten dem Staat auch den mit diesem Mittel verfolgten Zweck: Brechung der politischen Gefangenen.

Die Gefangenschaft ist eine sehr konkrete Anwendung des Prinzips: teile und herrsche. Diesem Prinzip die Wirkung zu nehmen, bedarf es der politischen Klarheit und der geduldigen Kraftanstrengung. Die Prozeßgruppe Stuttgart hat diese Qualitäten im Verlaufe des Verfahrens nicht immer aufgebracht. Luiti hat in ihrer Schlußerklärung und damit öffentlich zur Sprache gebracht, daß wir ihr brieflich, d.h. über den Tisch der Briefzensur durch den verhandelnden Senat, die Möglichkeit nahegelegt haben, auf ein Schlußwort zu verzichten, um damit vielleicht die Chancen ihrer Freilassung zu erhöhen. Die abstrakten praktischen und politischen Rationalisierungsversuche dieses Vorschlags an Luiti haben sich aber sofort erwiesen als die Rationalisierung unserer ureigensten Ängste. Luiti hat unser Anliegen ohne ein Zögern empört von sich gewiesen: Was wir ihr antragen, unterscheidet sich in nichts von den unsittlichen Anträgen, die der Staat ihr laufend macht: unterwerfe Dich und Du bist frei.

Wir sind beschämt und gleichzeitig erleichtert. Es kann zwar sein, daß ein politischer Gefangener dem allgegenwärtigen Druck der von den Haftbedingungen ausgeht, nicht dauerhaft standhält. Es wäre ein Fehler, deshalb die Solidarität und den Kampf für seine Freilassung aufzugeben. Luiti ist aber nicht kaputt. Das zeigt ihr Schlußwort. Darüber sind wir erleichtert. Und wir sind beschämt, weil wir in Panik - anstatt zu fragen, wie es ihr geht - durch den Brief zusätzlichen Druck auf sie ausgeübt haben.

Unser Fehler hat eine Grundlage in der Haftsituation und in den Haftbedingungen. Trotz Brief- und Besuchskontakt über ein halbes Jahr hinweg, war ein Kennenlernen nicht möglich. Die Post ist zensiert und hat eine Laufzeit von mindestens zehn Tagen. Ein Briefwechsel dauert mithin ungefähr einen Monat. Die

Besuche sind durch Dauer, Zahl und Überwachung durch die Polizei eingeschränkt. Wir wußten nicht, wie es Luiti geht und waren zeitweise nicht sicher, ob die Isolation sich in Richtung ihres angestrebten Zwecks auswirkte. Denkt sie, sie müsse eine Erklärung zum Prozeß abgeben, und will doch gar nicht? So fragten wir uns panisch. Wir hätten Luiti ruhig selbst fragen sollen. So hat unser Fehler in der Haft zwar eine Grundlage, aber er bleibt doch unser Fehler.

Unsere Schwäche, die in dem zum Glück nicht sehr folgenschweren Fehler kulminierte, ist nicht allein die Schwäche der handvoll Frauen und Männer in der Prozeßgruppe. Es ist die politische Schwäche einer Linken, welche der Annexion der DDR, der Entwicklung der DM zur Leitwährung, dem Imperialismus wenig oder nichts entgegenzusetzen hat. Die Prozeßgruppe konnte sich nicht auf eine schon vorhandene antiimperialistische Bewegung beziehen oder stützen. Ihre Arbeit war dadurch um einen wesentlichen Inhalt amputiert. Allerdings blieben auch unsere Versuche ganz aus oder höchstens zaghaft, diesem Mangel abzuhelfen. Dahinter steht - so ist zu vermuten - die Furcht, womöglich alleine dazustehen und sich plötzlich selbst staatlicher Repression ausgesetzt zu sehen. Auch diese Furcht und ihre Projektion auf Luiti mögen die Feder geführt haben, als wir ihr unseren falschen Vorschlag machten.

Aber unsere Versuche, den Inhalt des Verfahrens deutlich zu machen, blieben gewiß nicht einfach aus Angst so zaghaft. Wir haben erst im Verlaufe des Verfahrens überhaupt mitbekommen, um was es in dem Verfahren konkret geht. Zu Beginn war uns nur allgemein klar: Daß sich die beschriebene Tendenz der demokratischen Herrschaft zum Totalitären, d.h. zur Überwindung der selbstgesetzten gesetzlichen Schranken in diesem Verfahren exemplarisch betätigt, daß hierüber aufgeklärt werden kann und daß dem Staat die Kosten dieser Aufklärung, gemessen am Zweck und Nutzen der Repression, möglicherweise zu hoch werden könnten. Daß der Glaube an die hohen Werte, mit denen Herrschaft sich legitimiert, an der harten Realität dieser Herrschaft zerbricht, kann nicht das Interesse der Herrschaft sein. Diese durchaus richtigen (und nicht systemimmanenten, bzw. defensiven, wie Luiti meint) Überlegungen lassen allerdings den konkreten Inhalt des Verfahrens im Dunkeln. Und Luiti hat völlig recht, wenn sie dies als Mangel und Schwäche der Prozeßarbeit kritisiert.

Der Krieg am Golf ist die aktuellste Station einer Entwicklung, die RAF und Widerstand erklärtermaßen stoppen, stören, verhindern, über die sie mindestens aufklären wollten. Aktionen wie die gegen Dornier im Juli 1986 entstanden aus einer Diskussion und einem Prozeß, an dem auch Luiti, Chris, Andrea und Rico beteiligt waren. Es sollte um den Aufbau einer antiimperialistischen westeuropäischen Front gehen, die der Entwicklung Westeuropas zur Weltmacht unter bundesdeutscher Führung einiges entgegenzusetzen hätte. Diese sogenannte Frontdiskussion und dieser sogenannte Frontprozeß sind abgebrochen. Dagegen konnte die BRD ihre Machtbasis zwischenzeitlich beträchtlich erweitern, und Europa macht, nach der Ruinierung der Sowjetunion, in der Konkurrenz gegen den (Noch-)Weltpolizisten USA beträchtliche Fortschritte. Das eigene, aber nicht vorbehaltlose Mitwirken der BRD und der anderen westeuropäischen Mächte am Krieg im Golf verweist auf deren eigene Interessen. Schließlich hat doch Europa den Irak mit den Machtmitteln ausgestattet, die dieser jetzt einsetzt. Daß er dies tut, ohne die Waffenlieferanten zu fragen, ist das Ärgernis. Der wohl äußerlichste Beitrag der BRD zum Krieg ist die Entsendung dieser 18 Alpha-Jets in die Türkei. Dornier baute diese Waffen in Kooperation. Usw. Der Anschlag gegen diese Firma galt Konstellationen, wie sie uns heute als Golfkrieg begegnen und an denen die BRD als aufstrebende imperialistische Macht ein vitales Interesse hat. Kein Wunder, daß sie ihre bewußten innenpolitischen GegnerInnen entsprechend hart anfaßt. Politische Prozesse, wie der gegen Luiti, bleiben für uns ein Gegenstand, an dem wir über den Charakter des Staates und seine Zwecke aufklären. Urteile, wie das gegen Luiti, sind zu verhindern durch eine antiimperialistische Bewegung, die nirgends in Sicht ist, die allerdings auch nicht entsteht, wenn wir uns in ewiger Selbstbeschränkung üben.

tz, Prozeßgruppe, Bunte Hilfe Stuttgart

# 45. Diskussion um Widerstand reicht schon Luitgard Hornstein wg. psychischer Beteiligung zu neun Jahren Haft verurteilt

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:24

Im Sommer 1986 unternahmen verschiedene "kämpfende Einheiten" ungefähr zehn Anschläge unter anderem auf die Rüstungsbetriebe Panavia und Dornier sowie auf das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz. Die RAF tötete einen Rüstungsmanager und einen hohen Bonner Beamten. Die verschiedenen Aktionen wurden offensichtlich von kleinen selbständigen Gruppen unabhängig voneinander geplant und durchgeführt. Die Begründung der Aktionen folgte einer einheitlichen Argumentation: Der Entwicklung Europas zur Supermacht unter bundesdeutscher Führung sollten durch den Aufbau einer antiimperialistischen westeuropäischen Front Schranken gesetzt werden. An der damaligen Diskussion waren bundes- und europaweit einige 1000 AntiimperialistInnen beteiligt.

Einige von ihnen aus Duisburg und Düsseldorf wurden in den Jahren 1988/89 zu hohen Haftstrafen verurteilt. Vordergründig, weil sie angeblich an einzelnen Anschlägen beteiligt waren. Dies konnte nie wirklich nachgewiesen werden. Im Gegenteil: Die offensichtliche Lückenhaftigkeit der Beweiskonstruktionen läßt keinen Zweifel aufkommen. Der Wortlaut der Urteile macht keinen Hehl daraus, daß die GenossInnen zu neun oder zehn Jahren verurteilt wurden, weil sie, ohne selbst konkret-praktisch an Anschlägen beteiligt zu sein, die damalige Politik kämpfender Einheiten und der RAF richtig fanden. Daher ist ihnen zuzutrauen, daß sie selbst möglicherweise einen solchen Anschlag vorgehabt haben könnten. Die meisten dieser Urteile sind rechtskräftig.

Ihr wichtigstes Konstruktionselement ist die gedankliche Gleichsetzung aller an der "Frontdiskussion" Beteiligten zu Mitgliedern einer einheitlichen "terroristischen Vereinigung". Sie seien allesamt Mitglieder der RAF, die sich aus verschiedenen Ebenen zusammensetze: den Kommandos, den kämpfenden Einheiten, dem "Umfeld" und den politischen Gefangenen. Analog könnte behauptet werden, eine Demonstration sei eine Organisation, weil sie organisiert wurde. Die Teilnahme an einer organisierten Diskussion genügte als Beweis der mit 10 Jahren Knast bedrohten "Mitgliedschaft in der RAF" und begründet gleichzeitig eine Anschlagsbeteiligung. Die Verurteilung von Bärbel Perau, Norbert Hofmeier, Thomas Thöne aus Duisburg sowie von Christian Kluth, Andrea Sievering, Rico Prauss und Luitgard Hornstein aus Düsseldorf ist die Abrechnung des Staates mit dem Versuch, organisiert eine Politik zu bekämpfen, deren ungehinderte Fortsetzung z.B. als Annexion der DDR und als Golfkrieg Gestalt annimmt. Die Justiz vollzieht bei dieser Abrechnung ihre Funktion als Werkzeug der Politik. Wie das geht, läßt sich beispielhaft auch am Verfahren gegen die DüsseldorferInnen zeigen, das wir beobachtet haben.

Der strafwürdige "Lebenssachverhalt"

Am 17.7.86 wurde früh morgens um 2 Uhr in Düsseldorf Christian Kluth von einer Polizeistreife in Zivil kontrolliert. Die beamteten Nachtschwärmer konfiszierten ein Diskussionspapier und ein Blatt, auf das Rico Prauss eine Parole geschrieben hatte. Diese Parole war damals unter den an der "Frontdiskussion" Beteiligten verbreitet. Sie faßte Grund und Zielsetzung dieser Diskussion zusammen und sollte bei Sprühaktionen, auf Transparenten, bei Aktionen usw. verwendet werden. Daß diese Parole nun bei einer Kontrolle erstmalig in die Hände der Polizei geriet, war eine dumme Panne und von einiger Brisanz für Chris, Rico und für alle DüsseldorferInnen, die mit den beiden in persönlichem und politischem Kontakt standen. Dazu gehörten Luitgard Hornstein und Andrea Sievering. Letztere suchte einen Anwalt auf, der mit der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft Kontakt aufnehmen sollte. Die drei anderen, Chris, Rico und Luiti zogen sich zurück. Sie verkrümelten sich, um in Ruhe beraten zu können, was zu tun sei. So überlegten sie, ob sie abtauchen müßten, weil die Polizei sie gewiß nachhaltig verfolgen werde, wenn die bei Chris gefundene Parole z.B. bei einem Anschlag verwendet würde. Weiterhin versuchten sie, genau das zu verhindern. Die Parole sollte nicht mehr verwendet werden. Nach einigen gemeinsam in einem Ferienhäuschen in der Eifel verbrachten Tagen verabschiedeten sie sich voneinander, waren alleine unterwegs, trafen und trennten sich wieder, um etwaige Spitzel abzuschütteln. Bereits seit längerem nämlich hatten Chris und Luiti ein Treffen mit Eva Haule für den 2.8. in einer Rüsselsheimer Eisdiele verabredet. Diese Verabredeung mit einer Angehörigen des Kollektivs

RAF wollten sie unbedingt wahrnehmen, u.a. um über deren Erfahrungen mit dem Leben in der Illegalität zu reden. Natürlich war auch die antiimperialistische Front Gesprächsstoff. Aufgrund einer Denunziation wurden alle drei bei dieser Gelegenheit verhaftet. Die Polizei fand auf dem Tisch auch eine Grundrißzeichnung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das für die Aufrüstung von allerlei Herrschaften in der "Dritten Welt" und andere, äußerlich vielleicht weniger verfängliche, aber dem gleichen Zweck, dem Imperium, dienende Entwicklungshilfeprojekte mitverantwortlich zeichnet. Die drei Festgenommenen wurden sofort isoliert. Im Spätsommer 87 begann der Prozeß in Stammheim. Nur Eva Haule wurde zusätzlich zur Mitgliedschaft in der RAF die Beteiligung an einem Anschlag - dem auf die NATO-Schule in Oberammergau die Besorgung von Waffen und anderes vorgeworfen. Chris und Luiti dagegen wurden keine Straftaten im herkömmlichen Sinne unterstellt.

Anschläge auf den Rechtsfrieden rufen nach Rache: Das Urteil

Am 25.7.86 beschädigte eine selbstgebaute Bombe ein Bürogebäude der Daimler-Tochter und Waffenschmiede Dornier in Immenstaad am Bodensee, zu deren Produktpalette u.a. die derzeit in der Türkei stationierten Alpha-Jets gehört. Das Bekennerschreiben stellte diese Aktion in den Zusammenhang der erwähnten "Frontdiskussion". Es war eingeleitet durch eine Parole, die mit der bei Chris gefundenen fast wortgleich war (1). Die umgehend gebildete "Sonderkommission Dornier" der Polizei verfolgte selbstverständlich auch diese Spur nach Düsseldorf. U.a. wurden die handschriftlich adressierten Briefumschläge, in denen die Bekennerschreiben an Presseorgane versandt worden waren, unter der Fragestellung untersucht, ob hier eine Person aus der verdächtigten Düsseldorfer Gruppe am Werk war. "Unwahrscheinlich" befand ein vom Bundeskriminalamtes vorgelegtes Schriftgutachten. Die polizeilichen Ermittlungen in Sachen Dornier wurden im April 1987 ergebnislos eingestellt. Luiti und Chris, wie gesagt, standen bei Prozeßbeginn im Spätsommer 1987 nicht unter der Anklage, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Aus dieser Verfahrensgeschichte geht deutlich hervor, wie Polizei, Bundesanwaltschaft (BAW) und Oberlandesgericht nachträglich zwei unterschiedliche, zeitlich parallel laufende Vorgänge zusammenwachsen lassen, weil sie nach deren Logik einfach zusammengehören müssen.

Im Dezember 1987 stand das Verfahren gegen Chris, Luiti und Eva kurz vor dem Abschluß. Da bekam die BAW Wind von der Existenz eines Privatpsychologen, der der Hamburger Justiz schon so manchen Liebesdienst erwiesen hatte. Dem schickte sie Kopien der Briefumschläge und hatte eine Woche später ein "Gutachten", das Andrea Sievering 100%ig als Schrifturheberin der Adreßzeilen auswies. Eine Woche später wurden sie und Rico verhaftet. Gegen Chris wurde die Beweisaufnahme zu Dornier eröffnet. Luiti blieb davon ausdrücklich verschont. Im Juni 88 wurde Eva Haule zu 15 Jahren verurteilt. Christian Kluth bekam zehn Jahre wegen "RAF-Mitgliedschaft" und Anschlagsbeteiligung Dornier. Luiti bekam vier Jahre wegen "Mitgliedschaft in der RAF".

Der Prozeß gegen Rico und Andrea begann im Spätherbst 1988. Nach kurzer Dauer wurden sie im Februar 1989 wegen "Mitgliedschaft in der RAF" und Anschlagsbeteiligung Dornier zu je neun Jahren Haft verurteilt. Die Urteile gegen Chris, Andrea und Rico sind rechtskräftig. Sie wären ohne das "Schriftgutachten" des Hamburger Privatpsychologen nicht möglich gewesen und beziehen sich darauf als Hauptindiz. So wurden die nächtliche Kontrolle von Chris, der Fund der Parole, die bei Hausdurchsuchungen gefundenen Flugblätter und Diskussionspapiere zu weiteren Indizien nicht mehr nur der angeblichen "Mitgliedschaft in der RAF" sondern gleichzeitig für "Anschlagsbeteiligung Dornier" hingedreht.

Die BAW ging gegen das Urteil gegen Luiti in Revision. Ihr waren die vier Jahre Knast zuwenig. Wenn Kluth, Sievering und Prauss an dem Anschlag beteiligt waren, dann auch Hornstein, so die simple Revisionsbegründung. Der BGH stimmte zu. Dem Gericht seien als "Lebenssachverhalt" so ungeheuerliche Dinge zur Kenntnis gelangt, daß sie als Tatbeiträge zu werten seien, - falls Hornstein beteiligt war. Luiti wurde in der Revisionsverhandlung am 15.1.91 nach über achtmonatiger Verhandlungsdauer zu neun Jahren wegen "Mitgliedschaft in der RAF" und Anschlagsbeteiligung Dornier verurteilt. Das Urteil führt aus, daß sie 1986 an der "Frontdiskussion" beteiligt war, daß sie - "wir haben es in ihrem Schlußwort ge- hört" - auch heute weiterhin eine Linksradikale ist, daß sie mit den rechtskräftig Verurteilten in engem persönlichem und politischem Kontakt stand. Fertig. Das Gericht erklärte ausdrücklich, daß es keinen konkreten Tatbeitrag Luitis feststellen

konnte. Allerdings sei ihr Beitrag doch wenigstens ein psychischer gewesen. Sie habe durch die Zugehörigkeit zur Gruppe diese in ihrem Beschluß bestärkt.

Aktenunterdrückung

Die erstaunlich lange Verhandlungsdauer erklärt sich aus dem Konditionalsätzchen des BGH-Urteils, daß Luitis Leben nur dann als Tatbeitrag zu verurteilen sei, wenn sie am Anschlag beteiligt war. Hier konnten nur die drei bereits Verurteilten gemeint sein; denn der Name Luitgard Hornstein war im Zusammenhang mit angeblichen konkreten Tatbeiträgen nie aufgetaucht. Jedenfalls wurde nochmals der Frage nachgegangen, ob die bereits rechtskräftig Verurteilten am Anschlag auf Dornier beteiligt waren.

Im Zuge dieser Prozedur förderte die Verteidigung zutage, daß besagter Privatpsychologe ein einfacher Scharlatan ist, der vom anvisierten Ergebnis seiner Untersuchungen ausgeht und dem "Methoden" zur Verfügung stehen, die mit Sicherheit jedes gewünschte Ergebnis erzielen. Mehr noch: Bereits im Januar 1988, als dieser Wundermann sein "Gutachten" gerade öffentlich vor Gericht vertreten hatte, wurde beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg durch dessen Schriftsachverständigen ein Vermerk erstellt, der die Wissenschaftlichkeit der wundermann'schen Methodik begründet bezweifelte. Diese Expertise wurde damals und bis heute unterdrückt, um die Verurteilung von Chris und die Verurteilung von Andrea und Rico nicht zu gefährden: Bestraft muß werden - gleichgültig, welche rechtlichen Hürden der Staatsschutz zu diesem Zweck zu nehmen hatte. Über die Existenz der betreffenden und für die bisherigen Urteile eigentlich vernichtenden Expertise gab das Gericht im Verlaufe des gerade zuende gegangenen Verfahrens Auskunft. Es sah sich gezwungen, das unhaltbar gewordene bisherige Hauptindiz - Beschriftung der Briefumschläge durch Andrea Sievering - fallen zu lassen, und sattelte auf ein unverbrauchtes "Hauptindiz", auf die Aussage einer Wiedererkennungszeugin, um.

Warum die Staatsschutzmafia und mit ihr die Urteile gegen Chris, Andrea und Rico nicht ins Wanken gerieten? Die Presse oder eine viel beschworene "demokratische Öffentlichkeit" griffen die Sache jedenfalls nicht als skandalträchtig auf. Verglichen mit dem Celler Loch, der Späth-Affäre oder den Machenschaften, die das Schmücker-Verfahren an die Oberfläche spülte, erscheint die gezielte Aktenunterdrückung als eine Kleinigkeit, vielleicht auch als Kavaliersdelikt. Daß es 40 Jahre Knast zur Folge hatte, interessiert Presseleute und andere Demokraten nicht, die sich beständig um die "Verletzung des Rechtsstaats" und ähnlich hoher Werte sorgen. Zumal es bekanntlich Linksradikale, also irgendwie die Richtigen, traf.

Die erwähnte Wiedererkennungszeugin, jetzt Garantin der Düsseldorfer Anschlagsbeteiligung, war ursprünglich von der Verteidigung Andrea Sieverings als Entlastungszeugin benannt worden. Sie hatte der Sonderkommission Dornier zu Protokoll gegeben, daß sich in den letzten Tagen vor dem Anschlag ein Paar bei ihr eingemietet und das später zur Dornierbombe umgebaute Auto gefahren habe. Als Zeugin im Verfahren gegen Rico und Andrea vollbrachte sie das für unmöglich Gehaltene: Die Frau auf der Anklagebank sähe ihrer Zimmermieterin von dereinst "zum Verwechseln ähnlich", behauptete sie und präzisierte in einer später nachgeschobenen eidesstattlichen Erklärung: Ganz sicher, Sievering und die Mieterin sind identisch. Diese Aussage war vom damals verhandelnden Gericht nicht gewertet worden. Nachdem im jüngsten Prozeß gegen Luiti die Schriftscharlatanerie ausgedient hatte, ließ das Gericht durchblicken, daß es alles auf diese Aussage setzen werde. Gegen die wochenlangen Anstrengungen der Verteidigung, die offensichtliche Unglaubwürdigkeit dieser Zeugin aktenkundig zu machen, stellte sich das Gericht stur. Da half nicht, daß diese Frau einem Journalisten erzählt hatte, daß sie sich gar nicht sicher sei, Andrea Sievering außer auf der Anklagebank jemals gesehen zu haben. Da halfen auch keine Entlastungszeuginnen, die Andrea Sievering in den fraglichen Tagen in Düsseldorf angetroffen hatten - z.B. als sie für Chris einen Anwalt beauftragte, die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft zu kontaktieren. Verurteilungswillige Gerichte müssen gelegentlich wundergläubig sein, sonst geht nichts. Wunder, die vorher ein Schriftscharlatan vollbracht hatte, werden nun Andrea Sievering zugeschrieben: Die kann gleichzeitig an zwei Orten sein. An dem einen verübt sie den Anschlag, am zweiten verschafft sie sich ein Alibi. Wer beneidete sie nicht um diese Fähigkeiten?

Im Zentrum der Beweisaufnahme gegen Luitgard Hornstein stand die Frage, ob Andrea Sievering, die selbst aufgrund eines ganz anderen Indizes verurteilt worden war, an bestimmten Tagen am Bodensee ein Zimmer gemietet hatte. Das Gericht bejahte diese Frage, weil nur auf diesem Wege eine Verurteilung Luitis möglich wurde. Sievering war am Bodensee, und weil sie und Hornstein sich kennen, war auch Letztere am Anschlag beteiligt. Neun Jahre.

Stuttgart

Anmerkung:

(1) Voller Wortlaut:

Die revolutionäre Front in Westeuropa organisieren!

Der imperialistischen Bourgeoisie keinen Raum zur Restrukturierung ihrer Herrschaft lassen!

Im Angriff gegen die zentralen Projekte und Strukturen der militärisch-ökonomisch-politischen Formierung Westeuropas zum Kriegszentrum gegen den Antagonismus -

Entwickelt die antiimperialistische Front die Strategie.

- Die die politische und materielle Basis der imperialistischen Restrukturierung erschüttert

- Die die Front in Westeuropa zum tatsächlichen Faktor in der internationalen Klassenkonfrontation vorantreibt

und so Orientierung ist im fight um Leben und Befreiung in der Metropole.

Ausführliche Berichte zu dem Verfahren finden sich u.a. im Angehörigen Info 56, ak 326, clockwork §129a Nr.22

Spendenaufruf:

Die Verteidigungskosten sind immens hoch. Wenn ihr nicht wollt, daß sich die Anwälte ruinieren, so daß wir irgendwann keine mehr haben, dann seht zu. 20 Tausender sind angemessen. Überweisungen an:

Bunte Hilfe Stuttgart, PGA Stuttgart, BLZ 600 100 70, Kto.-Nr.: 372 42-702. Herzlichen Dank für die bisherigen Überweisungen, die kleinen und die großen, zuletzt von der Doppelaxt aus Göttingen. Kommt gut an.

# 46. Zynische Verharmlosung. - Betr.: Golfkrieg und Litauen

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:37

Die Propaganda sagt, daß die Sowjetunion den Golf-Krieg für ihr staatsgewaltsames Vorgehen in den baltischen Republiken ausnutze. Tatsächlich ist es genau umgekehrt. Der mittels einer nie dagewesenen Pressezensur als gigantisches Computer-Spiel präsentierte Bombenkrieg, der die Hunderte, wenn nicht Tausende Opfer seiner "chirurgischen Operationen" ausblendet, braucht diese Ersatzbilder à la Litauen und Lettland: Der Ruf der Medienkonsumenten nach Realität, nach "Wahrheit", wird, noch ehe er richtig laut wird, mit einem "Schaut ins Baltikum!" beantwortet. Hier gibt es auf einmal die Bilder von Toten, die Gesichter haben, schrecklich entstellte, hier werden die Krankenhäuser und Leichenhallen gefilmt, hier sieht man Photos, die zeigen, wie diese Toten zu ihren Lebzeiten aussahen. Ohne die baltischen Ersatzbilder, die nunmehr auch mit Bildern von israelischen Opfern variiert werden dürften, könnten Pressezensur und forcierte Opferverdrängung für die Kriegsstrategen womöglich zum Bumerang werden.

Aber noch in anderer Hinsicht nutzen die USA die Krise in der UdSSR zugunsten ihres Krieges: Die tendenzielle Gleichsetzung bzw. Bewertung "der Ereignisse im Baltikum und am Golf", eines innerstaatlichen Ausnahmezustandes einerseits und eines Krieges andererseits, ist eine zynische Verharmlosung des letzteren. Die Erstürmung einer von teilweise bewaffneten Separatisten gehaltenen Kaserne, die sich einen Dreck um die in der sowjetischen Verfassung festgelegten Austrittsbedingungen (welches andere Land hat solche Austrittsmöglichkeit überhaupt in seiner Verfassung stehen??!) scheren, wird mit dem bis jetzt schon 10.000-fachen Vernichtungseinsatz der B52- und anderen Bomber von der Propaganda am liebsten in einem Atemzug genannt. Was für eine Geringschätzung von nicht-europäischen Opfern, welch manifester antiarabischer Rassismus kommt in diesem Gleichsetzen zum Ausdruck! Früher Bison- und Indianerjagd, heute eben Araberkillen, läßliche Sänden also angesichts europäischer Toter. Schließlich sind für den Westen seine Baltikumsknechte à la Landsbergis & Co. auch ein wichtiges Druckmittel um zu verhindern, daß die SU Anwandlungen von Selbständigkeit und Humanität bekommt und ihre Rolle also Kriegsclaqueur infragestellt: Mach Männchen, Gorbi, sonst heizen wir dir im Baltikum noch mehr ein! Woraufhin Gorbi gleich zweimal Männchen macht und Kriminalisierung derjenigen verspricht, die die sowjetische Verfassung als auch für die baltischen Sowjetrepubliken gültig ansahen. Er, aber erst recht jene baltischen Separatisten, die sich sehr zu Unrecht als quasi kolonialunterdrückt ansehen (welche wirkliche Kolonie oder Neokolonie hatte denn beispielsweise einen erheblich höheren Lebensstandard als das Mutterland?), und deren hehre Freiheitsziele im Rahmen der EG lediglich ein bornierter "nationaler Egoismus" wäre, tragen ihr Stück Mitverantwortung für diesen Krieg und seine Opfer.

Hajo, Heidelberg

# 47. Minderheit ohne Mehrheit: gar nicht ratlos. Einige Anmerkungen zum Stand der Diskussion in der Minderheit

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:43

Wie sieht's aus im Inneren des KB? Treffen sowohl der "Minderheit" als auch der "Mehrheit" haben stattgefunden, was wird also aus Organisation und Zeitung?

Groß ist die Versuchung, sich an den Äußerungen und Papieren der anderen Fraktion abzuarbeiten, Beleidigungen (mehr intern) und Verdrehungen zurückzuweisen oder zurechtzurücken, Beschlüsse, wenn es sie denn gibt, zu kommentieren. Dieses Verfahren würde jedoch nicht nur dem gegenwärtigen Stand der Diskussion in der "Minderheit", wie er sich nach dem Treffen am 26. und 27. Januar in Westberlin darstellt, widersprechen, Polemiken und/oder Schlammschlachten trügen zur notwendigen politischen Auseinandersetzung (nicht nur innerhalb des KB) wenig hilfreiches bei.

Natürlich machen Reflexion und Selbstkritik der eigenen Politikansätze ("Nie wieder Deutschland", Radikale Linke), das öffentliche Austragen von Widersprüchen in der Haltung zu Israel in der jetzigen Kriegssituation sowie die Entwicklung von Organisations- und Zeitungsmodellen angreifbar. Genauso sicher jedoch ist, daß es gerade zur Zeit gar keinen anderen Weg als den der Diskussionen geben kann, wenn der Anspruch, zur Erneuerung linksradikaler Politik beizutragen, tatsächlich mit Inhalten gefüllt werden soll.

Differenzierung

Dies könnte also das Stichwort sein, das die Beratungen des "Minderheiten"-Wochenendes am ehesten charakterisiert. Vieles ist dabei notwendigerweise im Ansatz steckengeblieben. Gerade in den Diskussions-Blöcken "Nie wieder Deutschland"/"Radikale Linke" (s. dazu auch den Text von mir. und mar. im letzten AK, der neben anderen als Diskussionsgrundlage diente), wo kaum "handfeste" Ergebnisse zu präsentieren sind, zeigte sich, wie wenig eine Gruppe wie die KB-"Minderheit" allein zur Formulierung bzw. Überarbeitung strategischer politischer Optionen beitragen kann: noch immer ist bestenfalls in Ansätzen geklärt, wie sich die "Wiedervereinigung" sowohl auf die innere Verfaßtheit als auch auf das (außenpolitische) Gewicht des großen Deutschland ausgewirkt hat, welche Rolle Nationalismus dabei spielt - und wie linksradikale, kommunistische Politik auf diesem Hintergrund aussehen könnte. Dadurch, daß die KB-Minderheit als Ganzes ein eher distanziertes, von einer Mischung aus Kritik an manch vielversprechender, aber unerfüllt gebliebener Parole und dem Versuch, Diskussionen dort auf einer breiteren Grundlage voranzutreiben geprägtes, Verhältnis zur RL an den Tag legte, bleibt zunächst nichts anderes als die gemeinsame Überzeugung, weiter aufmerksam zu beobachten, wie sich dieser Prozeß demnächst entwickeln wird.

Wie schnell und tiefgreifend darüber hinaus politische Unsicherheiten entstehen können, wie dramatisch sich die Situation für radikale Linke verändern kann, ist gerade zur Zeit, seit Beginn des Krieges am Golf, zu beobachten. Nicht nur, daß (auch) wir von einer genauen Einschätzung dieses Krieges und seiner Bedeutung für "die neue Weltordnung" weit entfernt sind, genauso hapert es an einer Strategie, wie in die explosionsartig neuentstandene Friedensbewegung trotz schwacher Kräfte sinnvoll interveniert werden kann: was mag zur Zeit das "linke Element" sein, das gestärkt werden muß? Was ist von den "kids" zu halten, die angeblich "inhaltlich gut drauf" sind? Einig waren wir uns über bestimmte Rahmenelemente, die geeignet sind, den Begriff eines "radikalen Pazifismus" zu füllen: gegen diesen Krieg zu sein, gegen die imperialistische Kriegsführung der USA und die Kriegsbeteiligung der BRD - aber für eine besondere Sensibilität bundesdeutscher Linker bei der Bewertung der israelischen Position. In diesem Rahmen wäre dann auch zu bestimmen, was zur Zeit eine antiimperialistische Haltung und Politik im einzelnen sein muß. Auf diesem Hintergrund wäre auch die derzeit zentrale Diskussion in der bundesdeutschen Linken zu führen: die Frage nach dem Verhältnis zu Israel.

Daß das Verantwortungsgerede des bürgerlichen Lagers, so wie es Tag für Tag aus Zeitungen, Fernsehern und Radios quillt, in mehrererlei Hinsicht heuchlerisch und verlogen ist, darüber bestand kein Zweifel. Sicher gehört es zu unseren Aufgaben, immer wieder darauf hinzuweisen, daß seine Funktion in Kriegstreiberei und

einem weiteren, endgültigen deutschen Befreiungsschlag von der Geschichte besteht, nach dem Motto "Weil wir eine besondere Verantwortung haben, müssen wir jetzt 'für die Juden' in den Krieg ziehen und damit ist die deutsche Schuld endgültig getilgt". Wie sich diese Antikriegshaltung jedoch in praktische Politik umsetzen läßt, welche Schwerpunkte wir setzen sollten, darüber gingen die Ansichten - wen wundert's - auseinander. Eine scharfe, gleichwohl solidarische Debatte war die Folge, bei der die Beiträge von der Überlegung, US-amerikanische Militärtransporte nicht mehr zu blockieren, wenn sie defensive Waffen für Israel enthalten bis zu der Forderung, daß die Politik des israelischen Staates auch jetzt keinesfalls von unserer Kritik ausgenommen werden darf, daß auch die israelischen Interessen am Krieg deutlich benannt werden müssen.

Daraufhin jedoch von einer oder gar der Linie zu sprechen, die die "Minderheit" jetzt verfolge, hat mit den Realitäten nichts zu tun; auch wenn, wie in diesem AK nachzulesen, einzelne Gruppen, die sich der "Minderheit" nahe oder zugehörig fühlen, bereits Texte vorgelegt haben. Die Diskussion dauert an, insbesondere das Flugblatt des KB Frankfurt wird man nach der Westberliner Diskussion als für die KB-"Minderheit" als nicht repräsentativ bezeichnen müssen; weitere Stellungnahmen sind in Arbeit.

Organisation und Zeitung

Dem Stand der Dinge gemäß sind die Aussagen, die nach dem Treffen in Westberlin bezüglich der weiteren Entwicklung von Organisation und Zeitung getroffen werden können, wesentlich klarer.

Zum wiederholten Mal wurde die Frage diskutiert, ob es eine Zukunft für den "Gesamt-KB" geben kann. Ausgangspunkte für diese Debatte sind regelmäßig Erfahrungen, die an einzelnen Stellen gemacht werden, wenn es zu punktueller Zusammenarbeit zwischen einzelnen Leuten aus beiden Flügeln des KB kommt (wie es z.B. im Rahmen der Antikriegsaktivitäten gelegentlich der Fall ist). Daraus jedoch die Hoffnung zu schöpfen, die Organisation könne sich wieder vereinigen, ist unangemessen: die Trennung der beiden Teile des KB ist kein Projekt, was noch durchzuführen wäre, sie ist auf allen Ebenen der politischen und organisatorischen Praxis bereits seit geraumer Zeit Realität. Was noch hinter uns gebracht werden muß, sind die Verhandlungen über die Modalitäten. Ein Meinungsbild ergab, daß fast alle anwesenden GenossInnen für eine Trennung der beiden Flügel war, daß aber gleichzeitig eine Mehrheit einen Vorschlag befürwortete, sich eine ganze Reihe von GenossInnen vorstellen kann, ein Jahr nach der Trennung eine gemeinsame Versammlung zu organisieren, auf der Bilanz gezogen würde: einerseits über die 20jährige KB-Geschichte und andererseits über die "Ergebnisse" von einem Jahr Trennung ...

Anders sieht es beim AK aus. Hier ist ein Vorschlag lanciert worden, der - wenn auch noch überarbeitungs- und diskussionsbedürftig - im Prinzip mit großer Mehrheit befürwortet wurde. Ein "Dach-AK" ist das Stichwort für eine Zeitung nach der Auflösung des KB. Grob gesprochen wäre darunter eine Zeitung zu verstehen, die von zwei Organisationen gemeinsam herausgegeben würde. Die RedakteurInnen würden jeweils zur Hälfte von den beiden aus dem KB hervorgegangenen Gruppen, die dann als HerausgeberInnen fungieren, gewählt und sind diesen Teilen gegenüber verantwortlich. Hinter dieser Idee stecken mehrere Überlegungen:

Sie geht aus von der Annahme, daß der AK eine wichtige Funktion über den KB hinaus hat. Er war (und ist) nicht nur Organ dieser Organisation, sondern darüber hinaus ein Ort, an dem für die radikale Linke wichtige Debatten geführt bzw. dokumentiert wurden; der Gebrauchswert für dieser Zeitung für Linke ist also recht hoch zu veranschlagen. Unabhängig von der Organisation besteht in der derzeitigen Lage der Linken dafür ein weiterer Bedarf, das Vorhandensein eines Diskussionsorgans ist geradezu eine Notwendigkeit für die weitere Entwicklung aller linksradikalen Strömungen.

Dabei, so der Gedanke weiter, ist es auch kein Hindernis, daß die Strömungen, die eine solche Zeitung trügen, innerhalb des Spektrums versuchen, sich inhaltlich zu profilieren. Der bisherige AK steht auch dafür, sowohl gezielte politische Interventionen zu befördern, als auch gleichzeitig die Debatte darum öffentlich möglich zu machen, und das nicht nur in Bezug auf "KB-eigene" Vorstöße. Das wäre unter dem Stichwort "plural" zu verstehen und hätte mit "linker Beliebigkeit" nichts zu tun.

Voraussetzung für die Vermeidung eines linken Allerlei wäre eine Einigung über den politischen Charakter der Zei- tung. Im einzelnen gehen darüber die Meinungen in der "Minderheit" noch auseinander, im vorgelegten Papier wurde dazu folgendes formuliert: "Der AK ist eine nichtdogmatische kommunistische Zeitung. Das heißt: er steht auch offen für die Diskussion jener politischen Ansichten der radikalen Linken, die vom dogmatischen ML als trotzkistisch, kleinbürgerlich-anarchistisch und -libertär, revolutionaristisch (bewaffneter

Kampf) aus der Wahrnehmung ausgegrenzt wurden, ebenso wie für linkssozialistische Transformationsüberlegungen." Tatsächlich liegt hier wohl auch der Streitpunkt bei einer eventuellen Diskussion mit der "Mehrheit". Neben einer Reihe von "Anti-"Begriffen, die an dieser Stelle notwendigerweise ungefüllt bleiben müssen und daher vernachlässigt werden sollen, könnten sicherlich vorläufig einige zentrale Aufgaben festgehalten werden, denen sich die Zeitung (ihre Redaktion und ihre SchreiberInnen) widmen müßten:

Die Untersuchung der neuen Rolle der BRD nach der "Wiedervereinigung", ihre Bedeutung als Hegemonialmacht in Europa und als neue Großmacht; die Analyse der verschiedensten Bestrebungen der herrschenden Kräfte in diesem Land, aus dem "Schatten des Faschismus" herauszutreten, die deutsche Geschichte abzustreifen und sich gegen die Interessen und auf Kosten der Opfer nach innen und außen national zu profilieren; die Beschäftigung mit der faschistischen Geschichte und ihren Auswirkungen auf die jetzige Gesellschaft, besonders auch im Hinblick auf den Holocaust und Antisemitismus.

Weiterhin der scharfen Beobachtung rassistischer Entwicklungen, der Analyse ihrer Entstehungsbedingungen und dem Kennenlernen und Diskutieren theoretischer Ansätze auf diesem Gebiet.

Erst in Ansätzen erklärt ist die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse und die Neuaufteilung der Welt nach dem Niedergang des "realen Sozialismus" - die Gründe dafür und die Folgen daraus - sowie die Folgen für die Länder des Trikont und die dortigen Befreiungskämpfe.

Abgesichert werden müßte das praktische Funktionieren der Redaktion eines solchen "AK-Dachmodells" gegen einen alltäglichen, politischen Dauerstreit durch eine Art Redaktionsstatut, in dem nicht nur die gleiche Eigentümerinnenschaft und Verantwortung beider Teile festgelegt wäre, die gemeinsame Herausgeberinnenschaft, sondern auch die Streitfälle, die - wenn sie nicht redaktionell geklärt werden können - einem strikten Reglement unterworfen wären. (Als Beispiel mag der Bereich "Linke Debatte" herhalten: hier sollten sinnvollerweise feste Seitenzahlen festgelegt werden.) Vorschläge, die Zeitung durch Einzelpersonen herauszugeben, wurden damit verworfen. Die zentrale Frage ist nun, ob ein solches - zeitlich zunächst auf ca. ein Jahr beschränktes und dann der Auswertung unterliegendes - Experiment politisch gewollt wird. Bis das nicht feststeht, kann es manche Kritiken, auch "Verrisse", an dem auf dem "Minderheits"treffen vorgelegten Vorschlag geben: sie werden lediglich der Polemik und dem Terraingewinn dienen. Sicherlich gibt es auch gute Gründe, von vornherein die Möglichkeiten jeweils eigenständiger Publizistik zu verfolgen, doch wären das dann eben neue Projekte, der AK wäre dann tot; wohlgemerkt: auch nichts Undenkbares.

Wie weiter?

Im Bereich politischer Aufgaben hält die nächste Zeit in erster Linie einen großen Berg an notwendigen Diskussionen bereit: die dringlichsten sind oben angerissen. Es ist nicht auszuschließen, vermutlich sogar wahrscheinlich, daß nach der "Wiedervereinigung" der Krieg am Golf die Verhältnisse in diesem Land in einer Art und Weise beeinflussen wird, die noch gar nicht recht absehbar ist - v.a. wenn wir an eine mögliche direkte Kriegsbeteiligung der BRD denken; damit wird es zu einer weiteren Zerreißprobe für die radikale Linke in diesem Land kommen.

Im organisatorischen Feld - in Bezug auf die Trennung des KB - wird es in der nächsten Zeit darauf ankommen, den letzten Kongreß vorzubereiten. Aus der Stellungnahme der "Mehrheits-"RedakteurInnen im letzten AK haben wir erfahren, daß es auch dort den Willen dazu gibt. Die Ergebnisse des Treffens dieses Flügels sprechen keine so eindeutige Sprache. Es könnte sich der Eindruck aufdrängen, dort würde eine Art Hinhaltetaktik ausprobiert: einerseits wird ein "Ja" zum Kongreß signalisiert, werden Zeitungskonzepte diskutiert, die auch ein "Dach-Modell" nicht ausschließen, andererseits wurde in Bezug auf den AK beschlossen, vorerst alles beim Alten zu lassen. Die pompöse, nicht nur die KB-"Minderheit" über Wochen nervende und den AK gefährdende Trennungsaktion wurde damit fürs erste sang- und klanglos beerdigt. Es scheint nicht abwegig, daß man durch die Beibehaltung des Status quo hofft, die "Minderheit" werde sich in den politischen Debatten zerreiben, die drei verbleibenden RedakteurInnen irgendwann wegen Arbeitsüberlastung und aus mangelnder Kraft kündigen. Damit wäre dann das Problem "Minderheit" tatsächlich aus der Welt. Diese Strategie, sollte sie denn tatsächlich verfolgt werden, kann nur auf unsere scharfe Ablehnung, vor allem aber auf unser politisches Unverständnis stoßen.

Die Linke ist in Bewegung, die Richtungen sind noch weitgehend unklar, diesen Herausforderungen sich zu stellen wäre der derzeitigen Situation angemessen; eine möglichst reibungslose Trennung könnte derzeit noch gebundene Kräfte freisetzen.

kla./KB-Minderheit, 9.2.91

Die Versammlung der KB-Mehrheit traf am 3. Februar mit einer Gegenstimme folgende Entscheidung: An dem Beschluß zur Trennung der Organisation wird festgehalten. Der Beschluß zur publizistischen Trennung wird kassiert, vorläufig wird der Status quo (gemeinsame Herausgabe des ak mit der Minderheit), der bei Trennung der Organisation auf ein Dachmodell hinauslaufen würde, beibehalten. Angestrebt wird die Konstituierung eines ak-Trägervereins, der eine Öffnung von Herausgeberschaft und Redaktion über die Organisationsgrenzen hinaus erlauben soll.

Die Vorbereitung des Kongresses wird der Verhandlungsgruppe übertragen.

# 48. Lesenswertes und kritikwürdiges Drei aktuelle Bücher zum Golfkrieg

Rubrik: Golfkrieg; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:08

Hilfe, die Araber kommen!

"Linke Kampfpresse" hat Stoltenberg den Spiegel nach Bekanntwerden der Barschel-Affaire tituliert. Würde mensch die Bild-Zeitung aufgrund ihrer reißerischen, sensationsheischenden Schreibe als "rechte Kampfpresse" bezeichnen, dann ist Stoltenbergs Diktum von der Wirklichkeit gar nicht soweit entfernt. Hans Leyendecker und Richard Rickelmann, zwei langjährige Düsseldorfer Spiegel-Korrespondenten, entwerfen zu Beginn ihres Buches "Exporteure des Todes" ein globales Horrorszenario, wie wir es aus Filmen wie "Die rote Flut", "Rambo" etc. kennen: Da treten Millionen von Glaubenskämpfern an, die Welt in Schutt und Asche zu legen; als erstes müssen die Israelis dran glauben: "Über der biblischen Stadt Jerusalem steigt ein Atompilz auf. Aus Bomben regnen ansteckende Todesviren übers Land am Jordan". Jetzt erst reagieren die Alliierten - leider zu spät, denn: "Die Flottenverbände werden von riesigen Benzin-Luft- Bomben getroffen, selbst Flugzeugträger brennen aus". Mit modernstem Gerät werden "ganze Rotten von Tiefffliegern vom Himmel" geholt und die Soldaten mit "speziell gemixten Nervenkampfstoffen angegriffen", an denen selbst Gasmasken versagen. Und dann schreiben Leyendecker und Rickelmann lakonisch: "Ein globales Schreckensbild, das der Wirklichkeit bedrohlich nahe ist." Nach der Lektüre dieses Abschnittes habe ich mich gefragt, wie es denn bei soviel "grobem Unfug" um den Wahrheitsgehalt der weiteren Untersuchungen bestellt sein mag. Den "Kurzschluß" von den Autoren auf das Gesamtwerk (der Spiegel) verzeihe man mir bitte gnädigst!

Desperados, Blutsäufer und Diebe

Recht viel Neues hat das Buch eigentlich nicht zu bieten; denn daß umfangreiche Lieferungen in den Irak erfolgt sind und daß wichtige Regierungsmitglieder in diese Geschäfte verstrickt sind, überrascht eigentlich niemand mehr. Überhaupt schwächen die beiden Autoren ihre Eingangshorrorvision (unfreiwillig?) ab durch Sätze wie: "Es gibt nur Spekulationen, wie nahe der Diktator jetzt, neun Jahre nach dem "Osirak-Bombardement", an der Bombe ist (...) Vermutlich befindet sich der Irak, was die Massenproduktion von militärischem Nuklearmaterial angeht, erst in einem frühen Stadium" (S. 80). "Echtes Interesse" an den mörderischen und skrupellosen "Geschäften mit dem Tod" seien erst aufgekommen, "als auch die Alliierten beim Aufmarsch am Golf mit diesem Giftzeug bedroht wurden" (S. 27), beklagen sich Leyendecker und Rickelmann; dennoch ist auch bei ihnen der Haß auf "den libyschen Desperado" (Gaddafi), den "Blutsäufer Ajatollah Khomeini und den "Diktator im King-Kong-Format" und "Dieb von Bagdad" (Saddam Hussein) treibendes Motiv ihrer Verurteilung der Rüstungsgeschäfte. Trotzdem enthält das Buch darüberhinaus viel Zahlen- und Faktenmaterial, wenn die Lektüre doch (aus den oben genannten Gründen) unerquicklich ist.

Deutsche Waffen, deutsches Geld ...

Mit dem Prädikat "Besonders wertvoll" kann die kleine DIN-A 4 Broschüre des Kommunikationszentrums Idstein e.V. (KOMZI) mit dem Titel "Tatort Irak" belegt werden. Hinter KOMZI verbergen sich eine Reihe kirchlicher Gruppen (PAX Christi, Kirche von Unten, Ohne Rüstung Leben), sowie Dienste in Übersee, medico international, u.a. Obwohl ebenfalls vor dem Kriegsausbruch fertiggestellt (Januar 1991), enthält dieses Heftchen einen sehr guten Analyse-Teil, nach dessen Lektüre die Leserschaft beruhigt ausrufen kann: "Wir stehen zu unserem Anti-Amerikanismus!" Den zweiten Teil bildet eine 9-seitige Nennung aller deutscher Firmen, die entweder allein oder in Beteiligung mit anderen Ländern Rüstungsgüter in den Irak geliefert haben (die Liste umfaßt 153 Lieferungen im Zeitraum von 1963 bis 1990).

Mysterium Nahost

"Sturm im Golf" lautet der Titel des von Bahman Nirumand herausgegebenen und bei Rowohlt (rororo aktuell 12926) erschienene Buch, das am Vorabend des Krieges (Januar 1991) erschienen ist. Die vage Hoffnung auf eine friedliche Beilegung, wie sie im Vorwort des Herausgebers anklingt, wurde hinweggefegt durch die Bomben und Raketen der alliierten Luftstreitmacht. Die Texte, die in diesem Band versammelt sind, versuchen einen groben (manchmal etwas zu oberflächlichen) Abriß der Situation am Golf und im Nahen Osten zu geben: Das Spektrum reicht von einer kurzen Hussein-Vita der Gewalttätigkeiten (angereichert mit Gerüchten über

blutrünstige und sadistische Exekutionen durch den Meister selbst!), bis zu dem Versuch, die Konsequenzen aus dem Rückzug der Sowjetunion aus der Region analytisch zu erfassen. So macht Arnold Hottinger, Orientalist und Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung, unter den arabischen Staaten "Rebellen" (Irak, Libyen und die PLO) und "Musterknaben" (der Rest) aus; "antiamerikanisches Brennmaterial" sei - so Hottinger - allein schon wegen der amerikanischen Israelpolitik - reichlich vorhanden. Zu den besten Beiträgen zählt Marianne Sterns Analyse "Die Grenzen der Macht. Zwischen Abhängigkeit und Autonomie": Es gelingt ihr, die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse aus der Historie der jeweiligen Staaten nachvollziehbar zu machen. Mit Akribie zeichnet sie das schwierige Geschäft der arabischen Welt gegen die reale Abhängigkeit vom Westen nach politischer Autonomie zu streben, nach.

Geschäft mit dem Tod

Vertreten in dem Band sind auch zwei Untersuchungen der Aufrüstung des "Pulverfasses Nahost" von Peter Lock (Herausgeber der Zeitschrift Militärpolitik Dokumentation) und Eckehart Ehrenberg (Leiter des Forschungsinstituts für Sicherheitspolitik und internationale Entwicklung, Bonn): Während Lock sind hauptsächlich um den Aspekt Rüstungsexport und die Lücken in der Gesetzgebung zur Verhinderung desselben bemüht (die BRD hat immerhin von 1982 bis 89 Rüstungsgüter im Wert von 5,5 Mrd. US-Dollar an den Irak geliefert und steht an 7. Stelle der Weltrangliste!), widmet sich Ehrenberg der Quantität und der Qualität des Rüstungsmaterials.

Da fehlt politische Kultur!

In der Auseinandersetzung mit dem "Schreckgespenst Nummer eins", dem islamischen Fundamentalismus, verliert der Andreas Rieck, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Orient-Institut, Hamburg) offensichtlich den materialistischen Boden unter den Füßen: er macht den "panarabischen Nationalismus", der eine 1000 Jahre alte Tradition habe, nicht etwa die künstliche Grenzziehung durch die Kolonialisten für die "Instabilität" der Region verantwortlich. In seinen beiden Texten ist zwar von "schreienden sozialen Gegensätzen" die Rede, aber solange die arabischen Staaten nicht über ihre (rückständige, unaufgeklärte) politische Kultur hinweg sind (wie der Westen seit den 30er Jahren!!), wird das dort wohl nie etwas vernünftiges.

Krieg um's Öl

Nachdenkenswert fand ich den Beitrag von Sefik Alp Bahadir, Professor für gegenwartsbezogene Orientforschung (sowas gibts auch?!) in Erlangen, der im Zerfall der OPEC Mitte der 80er Jahre ein neues (innerarabisches) Konfliktmuster ausgemacht hat: Zum einen reduzierte sich der Anteil der OPEC an der Weltrohölproduktion auf ein Drittel, zum anderen fiel Saudi-Arabien als "Swing Producer" aus (d.h. die Saudis glichen Preisschwankungen durch Produktionsdrosselungen aus), was einen harten Konkurrenzkampf zur Folge hatte; die Nutznießer dieser Entwicklung aber sind besonders Saudi-Arabien, die VAE und Kuwait, der "Club der Reichen". Vor diesem Hintergrund bekommt Saddam Husseins Kritik an eben diesen Staaten eine gewisse nachvollziehbare Logik. Zwei Beiträge sind unter Pseudonym abgedruckt, einer beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Konfliktes auf die israelische Linke bzw. die Palästinenser und die PLO, der andere (etwas sehr vereinfacht und verbogen) Beitrag eines irakischen Oppositionellen gipfelt in der These: "Das Erdöl ist das Unglück der Iraker"; Grund: es sei verantwortlich für die Machtkämpfe um die besten Positionen im Staat, denn wo sonst könnte mensch sich anders bereichern, wenn nicht in Amt und Würden?

beri, Heide

Anmerkungen:

1. Hans Leyendecker/Richard Rickelmann: Exporteure des Todes. Deutscher Rüstungsskandal in Nahost. Steidl, Göttingen 1990 (Auflage: 300.000!)

2. KOMZI (Hg.): Tatort Irak. Deutsche Waffenlieferungen für Saddam Hussein. Best.-Adresse: KOMZI, Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein (Preis: 4,- DM)

3. Bahman Nirumand (Hg.): Sturm im Golf. Die Irakkrise und das Pulverfaß Nahost. Reinbek, Hamburg 1991

# 49. Anti-AKW-Bewegung am Ende?

Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:02

Die Anti-AKW-Bewegung hat in den vergangenen Jahren ihre Attraktivität und Bedeutung innerhalb der sozialen Bewegungen und für die Linke immer mehr verloren. In den letzten Jahren befaßten sich die Initiativen zwar relativ erfolgreich mit den Atomtransporten, die kreuz und quer durch die BRD rollen, aber dies konnte nicht verhindern, daß die Anti-AKW-Bewegung auf einen relativ kleinen Kreis zusammenschrumpfte. In einer Broschüre des "Hamburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen", die umfassend zum Thema Atomtransporte informiert, setzt sich der AK auch mit der Entwicklung und den Ursachen für das Schrumpfen der Anti-AKW-Bewegung auseinander. Wir drucken das Kapitel im folgenden ab.

Politik gegen Atomtransporte als einem Teil des Atomprogrammes knüpfte in den letzten Jahren im wesentlichen an drei Punkten an:

- Entwicklung einer öffentlichen, d.h. auch medienwirksamen Diskussion über Atomtransporte in einzelnen Regionen, zum Beispiel durch Veranstaltungen.

- Be- und Verhinderung von Atomtransporten durch Blockaden.

- Öffentlichkeitswirksame, eher demonstrative Aktionen wie zum Beispiel Kundgebungen, Besetzungen oder Besuche bei Politikern und Unternehmen.

Diese Formen des außerparlamentarischen Eingreifens gehören zum "klassischen" Repertoire von Anti-AKW-Inis, und eigentlich beruhten die Erfolge in einzelnen Städten, in denen sich Protest gegen Atomtransporte formierte, im wesentlichen auf dem öffentlichen Druck, der entwickelt wurde (Lübeck, Emden, Gorleben ...). Mitentscheidend war jedoch auch immer die Frage, inwieweit es jeweils gelang, neben dem öffentlichen Druck oder gerade durch ihn Wirkungen in Institutionen hinein zu erzielen, die mit der Aufsicht oder der Durchführung von Transporten befaßt sind. Je mehr es gelang, Widersprüchlichkeiten oder politische Zugzwänge innerhalb von Behörden, Gerichten und Parteien zuzuspitzen, desto höher waren die Chancen auf pragmatische Schritte gegen Atomtransporte. Damit ist jedoch auch ein Manko angesprochen: Die öffentliche Auseinandersetzung um Atomtransporte droht allzu häufig zu einer "Sicherheitsdebatte" zu werden, die zudem noch nach dem St. Florians-Prinzip ausgetragen wird: Hauptsache keine Transporte durch unsere Stadt! Die Hoffnungen vieler Inis, über die sehr konkrete Forderung nach dem Stopp aller Atomtransporte eine Wiederbelebung der Auseinandersetzung um das gesamte Atomprogramm zu erreichen, haben sich bisher dagegen nicht erfüllt. Und obwohl das Eingreifen in den reibungslosen Transportbetrieb durch direkte Aktionen überall dort, wo es bisher praktiziert wurde, als recht erfolgreich bezeichnet werden kann, hat die Zahl der AktivistInnen in diesem Bereich in den letzten Jahren kaum zugenommen.

Am Mangel an Informationen über Pannen und Skandale im Bereich der Atomwirtschaft kann es nicht gelegen haben, daß sich immer weniger Menschen in der Tradition außerparlamentarischer Opposition gegen Atomanlagen engagieren. Da sie auch nicht in Scharen in anderen Bereichen der öffentlichen Auseinandersetzung zu finden sind, muß wohl umfassender nach den Gründen für die gegenwärtige "Bewegungslosigkeit" der Politik gefragt werden.

Die Anti-AKW-Bewegung, zunächst als regionsbezogene Gegen-Bewegung mit aktionistischer Orientierung entstanden, hat politische Erfolge vorzuweisen, die weit darüber hinausgehen, daß das ursprünglich geplante Atomprogramm gehörig abgespeckt wurde. Sie stellte die etablierten Politikstrukturen und die Paradigmen der Industriegesellschaft am konkreten Objekt einer lebenszerstörenden Technologie und der hinter ihr stehenden Interessen radikal in Frage. So richtig die daraus abgeleitete Schlußfolgerung war, daß es sich bei der Atomenergie um eine Schlüsseltechnologie für die nationalen und internationalen Wirtschaftsinteressen der BRD handelt, so sehr muß heute der Optimismus angezweifelt werden, mit dem die vielzitierten Lernprozesse der Bevölkerung, die ja spätestens seit Tschernobyl die Atomenergie mehrheitlich ablehnt, begleitet wurden. So lassen z. B. Wahlergebnisse in Bundesländern bzw. Regionen, in denen heftig gegen Atomanlagen gestritten wurde, erhebliche Zweifel daran aufkommen, daß mit dem Kampf gegen die Atombaustellen ein allgemeinerer politischer Veränderungsprozeß eingesetzt hätte.

Ebenso sollten die vielbeschworenen selbstbestimmten Aktionsformen des außerparlamentarischen Widerstands auf Mythenbildung hin abgeklopft werden. Denn seit den einschneidenden Niederlagen sowohl des alternativ-gewaltfreien Konzepts (Symbol: Gorleben 1004) als auch der massenhaft-militanten Strategie (Brokdorf, 100.000 Leute-Demo) im Jahre 1981 zeigt sich die Anti-AKW-Bewegung in diesem Bereich zunehmend orientierungslos. Eine Folge davon war die Abwanderung vieler AktivistInnen in andere Politikfelder oder übergreifendere Organisationen, wie zum Beispiel die Grünen oder Antiimpis.

Als nach Tschernobyl dann plötzlich wieder massenhafter Protest losbrach, stellte der Staat seine nicht zuletzt auch mit der Friedensbewegung gemachten Lernprozesse unter Beweis: Einbindung, Verhandlungsangebote und Beruhigung auf der einen Seite und die drakonische Härte des in der Vergangenheit zügig aufgebauten Polizeiapparates gegen diejenigen, die dem Atomstaat durch ihre Aktionen auch praktisch die Legitimation entziehen wollten. Spätestens seit am 2. November 1987, als an der Frankfurter Startbahn zwei Polizisten erschossen wurden, befinden sich alle Formen des militanten, direkten Widerstands in der Defensive.

Zusätzlich haben sich mit der Annexion der DDR nun auch noch die Bedingungen für "Bewegungspolitik" (nicht nur im Energie- bzw. Umweltbereich) im grenzenlosen Deutschland grundlegend geändert.

Seit Ende 1987 kann auch nicht mehr von einer BRD-weiten politischen Bewegung gegen Atomanlagen die Rede sein. Die noch bestehende Treffen- und Konferenzstruktur kann über den Schlummer der Anti-AKW-Bewegung ebensowenig hinwegtäuschen wie die immer wieder neu belebten "klassischen" Aktionsmuster, insbesondere am Standort Gorleben.

Vielmehr verlief die Mehrzahl der überregionalen Treffen in den vergangenen Jahren unergiebig und meilenweit jenseits einer Vorbereitung koordinierter politischer Eingriffe in Atomwirtschaft und Atomstaat. Das Ergebnis waren mehr oder weniger beliebige Aktiönchen überall und damit nirgends (Ausnahmen: Wackersdorf und Gorleben). Zur Beschönigung dieses Politik-Ersatzes mußte ein "neuer Dezentralismus" herhalten, demzufolge lokal zu handeln und global zu denken sei. Nichts gegen dezentrale Strukturen - im Falle der Anti-AKW-Bewegung war jedoch die Folge eine Verzettelung, so daß "oppositionelle" Politik nur noch durch rot-grüne Absichtserklärungen repräsentiert zu werden schien.

Diesen Absichtserklärungen sind bis heute jedoch keine nennenswerten Taten gefolgt, Hoffnungen in einen überwiegend parlamentarisch getragenen Atomausstieg sind durch nichts begründet. Bleibt also auch angesichts der Wahlschlappe der West-Grünen bei der Bundestagswahl 1990 nur der Versuch, Politik von unten neu zu strukturieren und zu bestimmen. Dies sollte mit einer Analyse der Bedingungen beginnen, unter denen heute Politik gegen Atomanlagen möglich ist. Die folgenden Stichworte ließen sich dabei zu einer Debatte ausbauen:

- die Anti-AKW-Bewegung hat im Spektrum sozialer Bewegungen schon lange keine herausragende Stellung mehr. Die politischen Bedingungen im großen Deutschland werden oppositionelle Politik erschweren. Es ist Zeit, über völlig neue Bündnisse und Strukturen nachzudenken.

- der Atomstaat hat die Legitimationskrise nach Tschernobyl abfedern können. Marktwirtschaft und Demokratie, so wie sie die etablierten Parteien verstehen, verfangen immer mehr als positive Begriffe. Die Informations- und Aufklärungsarbeit muß dem stärker Rechnung tragen, denn

- ohne faßbare Utopien gibt es keine Motivation für politisches Handeln. Die Ausrichtung vieler Basisinitiativen auf Katastrophen wie GAU oder Krieg hat an Zugkraft verloren. Zudem finden sich viele nicht nur ehemalige Anti-AKW-AktivistInnen inzwischen auf der Sonnenseite einer Wohlstandsgesellschaft wieder und üben zeitraubende, hochqualifizierte Tätigkeiten aus. Das führte u.a. dazu daß

- Etablierung, Professionalisierung und Expertentum große Teile der "Bewegungspolitik" erstickt haben. StellvertreterInnen und Dienstleistungsunternehmen wie Greenpeace übernehmen die Politik. Das hat auch etwas mit dem Älterwerden der Anti-AKW-Bewegung zu tun. Es drängt sich die Frage auf, warum so etwas wie Jugendpolitik der Generation der 68er und Nach-68er so fremd ist.

Der Zusammenbruch der politischen Systeme in Osteuropa und der Anschluß der DDR, aber auch die Hoffnungen, daß rot-grüne Regierungen den Atomausstieg und andere akute ökologische und soziale Probleme lösen werden, haben dazu geführt, daß die parlamentarische Demokratie Marke BRD scheinbar ohne Alternative dasteht. Gegenüber einem solchen Denken muß eine Diskussion geführt werden, die wieder

das Bewußtsein von Demokratie als einen Prozeß belebt, bei dem die Menschen über die Angelegenheiten, die sie betreffen, weitgehend selbst entscheiden können.

Die Geheimhaltungspolitik von Behörden und Betreibern bei den Atomtransporten zeigt deutlich, um welches Verständnis von Demokratie es ihnen geht. Dagegen muß ein Demokratieverständnis gestellt werden, in dem die Gefahren und Risiken, die durch wirtschaftliche Interessen erzeugt werden, zum Gegenstand des gesellschaftlichen Konflikts werden. Dafür ist eine umfassende Information der Bevölkerung Voraussetzung, denn nur so kann über die Risiken technologischer, wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse tatsächlich diskutiert werden.

Trotz der zur Zeit recht geringen politischen Bedeutung, bzw. Mobilisierungskraft der Anti-AKW-Bewegung im Sinne einer außerparlamentarischen Bewegung, verbietet sich angesichts der enormen Gefährdung durch die Atomspaltung ein Rückzug aus diesem Politikfeld. Gleichwohl muß über neue Ansätze dringend diskutiert werden. Warum sollten nicht schon die nächsten Aktivitäten gegen Atomtransporte unter diesem Blickwinkel angegangen werden?

Hamburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen

aus: "Die große Verlade - Atommüll auf Geisterfahrt", (Hg.) Hamburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, in Zusammenarbeit mit Umdenken e.V.

Die 40seitige und zahlreich bebilderte Broschüre ist zum Preis von 5 DM plus Porto zu beziehen über: Förderverein Umweltschutz Unterelbe, Hohenesch 63, 2000 Hamburg 50, Tel: 040-3906167, ISBN 3-88876-045-3

# 50. Die Geschichte vom Hirsch, der auszog, den Tiger zu reiten. Rezension von Joachim Hirsch, Kapitalismus ohne Alternative?

Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak327/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:10

Die Dressur einer Raubkatze verlangt dem Dompteur einiges an Geschick ab: Neben der Peitsche erfordert es Beharrlichkeit, Autorität und natürlich eine gute Portion Geduld. Der positive Ausgang so einer Unternehmung ist selbstverständlich nicht garantiert. Vor dem furchterregenden Raubtiergebiß darf der Dompteur nicht zurückschrecken. Es scheint ratsam, sein Gegenüber genauestens zu beobachten und zu studieren. Mit einigem Glück gelingt es dann sogar, auf dem wilden Tiger zu reiten! Gefährlich ist so ein Unterfangen allemal: Merkt der Tiger, welch übles Spiel mit ihm getrieben wird, dann fliegen die Fetzen. Wer zu fest auf dem Rücken sitzt, wird selbst zu einem Teil des Tigers. So ließe sich die Botschaft von Joachim Hirschs Buch "Kapitalismus ohne Alternative?" metaphorisch zusammenfassen.

Im theoretisch-analytischen Teil seiner Arbeit reformuliert er das klassisch-marxistische Basis-Überbau-Schema unter Einschluß von Theorieelementen der französischen Regulationstheorie, der Gramsci-Forschung und der Staatsableitungsdebatte in Hinblick auf eine aktualisierte materialistische Geschichts- und Gesellschaftstheorie. Ein wesentliches Ergebnis: "Der Kapitalismus von heute ist ein radikal anderer als der zu Beginn oder in der Mitte des Jahrhunderts. Wenn dies nicht mit all seinen Konsequenzen begriffen wird, und damit auch die Bedeutung laufender kapitalistischer Krisen- und Restrukturierungsprozesse mit den sie begleitenden Kämpfen unverstanden bleibt (...), droht die politische Bedeutungslosigkeit" (S.124). Kurzum: Es muß Schluß gemacht werden mit den Schablonen aus der Mottenkiste der klassischen Arbeiterbewegung; denn: der Kapitalismus hat viele Gesichter (Fratzen) und das muß sich auch im Begriffsinventar der gegen ihn opponierenden politischen Akteure widerspiegeln!

Autonomie statt Integration

Diese (neu-)gewonnenen Erkenntnisse möchte J. Hirsch nun für die überall laufende Debatte über Strategien, Subjekte und Modelle gesellschaftlicher Veränderung fruchtbar machen (da das Buch bereits im November 1989 geschrieben worden ist, fehlt allerdings die Perspektive Deutscher Nationalismus bzw. PDS-Diskussion). Bietet seine Analyse und der Versuch, marxistische Theorie aus dem akademischen Abseits zu holen, durchaus Interessantes und Bereicherndes, so bleiben politische Schlußfolgerungen eher blaß und konturlos. "Radikalen Reformismus" empfiehlt uns J. Hirsch als sein Rezept gegen die allgemeine linke Frustration in Sachen sozialistischer Politik. Was da so sozialdemokratisch etikettiert daherkommt, weist dem Inhalt nach aber eher auf autonomes, anarchistisches Gedankengut: "Grundlegend ist ein Revolutionsbegriff, der diese (die Reformpolitik - der Verf.) nicht vorrangig in den Kategorien militärischer oder bürokratischer Machtkämpfe begreift und die Eroberung des Staates ins Zentrum rückt, sondern auf die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, von Lebens- und Produktionsweisen, Bewegungsformen, Arbeitsteilungs- und Geschlechterverhältnisse zielt" (S.193). Es heißt also - um es pointiert zu sagen - dicke Bretter bohren, den "Stellungskrieg" auf der sozialen Mikroebene der Lebensweisen und Alltagspraktiken aufzunehmen. Hirsch rät seinen LeserInnen, die Finger vom Staat, den Parteien und anderen etatistischen Institutionen zu lassen; wer nicht nach Autonomie strebt, dem droht die Integration ins herrschende kapitalistische System. So weit, so banal.

Von Akkumulationsregimes und Regulationsweisen

Nähere Betrachtung verdient die oben erwähnte Weiterentwicklung der Regulationstheorie. Ausgangspunkt bleiben die traditionellen Kategorien der politischen Ökonomie und deren Gesetzmäßigkeiten (Wertgesetz, Krisentheorie, Klassenstruktur der Gesellschaft). Neu ist die Feineinteilung der ökonomischen Basis (die Gesamtheit aller Produktionsverhältnisse, auch der nicht-kapitalistischen wie zum Beispiel die Hausarbeit) in räumlich (verschiedene Nationalstaaten) und zeitlich (historische Abfolge) spezifische Akkumulationsregimes. Die Stabilität dieser Akkumulationsregime ist abhängig von den ihnen korrespondierenden Regulationsweisen. Mit anderen Worten: Die auf der Ebene der kapitalistischen Produktion auftretenden Krisenpotentiale müssen auf der Ebene der Regulation, der Reproduktion der Gesellschaft (dem Bereich des Überbaus) möglichst

dauerhaft stillgelegt bzw. befriedet werden. Die Gestalt der jeweiligen Regulationsweise läßt sich nicht kausal aus dem jeweiligen Akkumulationsregime ableiten; der Zusammenhang ist strukturell bedingt, nicht kausal bestimmt.

Die Achillesferse des Kapitalismus

"Die Durchsetzung beider (Akkumulationsregime und Regulationsweise - der Verf.) ist das komplexe und prinzipiell offene Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und Kämpfe, die allerdings in die strukturellen Vergesellschaftungsformen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eingebunden sind" (S.37). Im Klartext heißt das aber: Revolutionen oder gesellschaftliche Veränderungen sind weder das Produkt einer objektiven Logik (Struktur der ökonomischen Basis), noch das Machwerk strategisch handelnder Subjekte, sondern ein formaler Strukturzusammenhang, der seinerseits das Ergebnis sozialer und politischer Kämpfe ist. Weil Regulation unter kapitalistischen Vorzeichen ein prinzipiell krisenhafter Prozeß ist, der sich letztendlich nur gewaltförmig aufrechterhalten läßt (Hirsch greift auf Gramscis Definition von Herrschaft als "Hegemonie, gepanzert mit Zwang" zurück), ist damit natürlich auch die "Sollbruchstelle", die Achillesferse und der Ansatzpunkt für oppositionelle Kräfte benannt. Der Kapitalismus brütet sozusagen in sich immer auch schon Widerstandspotential aus, ist deswegen auch nicht alternativlos (siehe Buchtitel!) in den Augen Hirschs. Aber: "Allein aus den allgemeinen und objektiven gesellschaftlichen Strukturbedingungen lassen sich keine eindeutigen Schlüsse auf die konkrete Gestalt der sozialen Akteure ziehen" (S.82).

Abschied vom Proletariat

Es gilt Abschied zu nehmen von Krisentheorien, die das Proletariat zwangsläufig als die revolutionäre Flamme phönixgleich aus der Asche des verfaulten Imperialismus steigen lassen; soziale Lagen sind bedeutsam, aber nicht ausschlaggebend für politisches Verhalten - so die Bewertung Hirschs. Diese These sieht er bestätigt bei einem Blick auf die soziologische Struktur der neuen sozialen Bewegungen (die freilich ihren Zenit schon überschritten haben dürften, was Hirsch aber nicht hindert, ihnen eine zentrale Rolle bei zukünftigen (Klassen-)Auseinandersetzungen einzuräumen): die Akteure entstammen weitgehend der wohlhabenden und privilegierten "lohnabhängigen Mittelklasse". Dieser Begriff beschreibt nun freilich eher einen gesellschaftlichen Raum, er ist nicht so sehr soziale Kategorie. Radikale Umwälzung der Arbeitsverhältnisse, unterschiedliche kulturelle Traditionen und Konsumnormen, zunehmende Atomisierung und Individualisierung - das sind die Konturen der postfordistischen Gesellschaftsformation und die Bedingung, unter denen politische Proteste sich artikulieren müssen. Die Herausbildung von Bewegungen beruht also darauf, "daß diese soziale Differenzierung und Individualisierung reflexiv, in kollektiven Prozessen der Erfahrungsverarbeitung und Verständigung, relativiert und überschritten wird" (S.83).

Kleine Brötchen backen

Radikal-emanzipatorisch wird solches Handeln aber nur, wenn es gelingt, institutionelle Formen, von denen die verändernden Kräfte letztlich aber selbst geprägt sind, aufzusprengen, so Hirsch. Angesichts der geringen eigenen Kräfte müssen die Brötchen sehr klein gebacken werden: Zurückdrängung der Staatsmacht, Selbstorganisation statt Bürokratie, demokratische Kontrolle der Produktionsmittel heißen die Schlagworte (dabei bleibt es denn auch). Der Weg dorthin ist steinig und schmerzensreich, oft von unspektakulären Unternehmungen gesäumt: "Es kann also auf mittlere Sicht zunächst nur darum gehen, das Kapital zu einem dauerhaften "sozialverträglichen" Arrangement mit demokratischen gesellschaftlichen Kräften und Bewegungen zu zwingen" (S.189), dämpft Joachim Hirsch möglicherweise aufgekommenen verfrühten Enthusiasmus. An zu kleinen Brötchen ist schon so mancher verhungert, bzw. zum Eigenbrötler geworden!

beri, Heide

Anmerkung:

Alle Zitate sind aus: Joachim Hirsch, Kapitalismus ohne Alternative?, Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik von heute, VSA, Hamburg 1990

# 51. Ein Big War für Big Oil

*von Mumia Abu-Jamal*

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:25

Lautlos treibt das Sandmeer durch die Hedschas-Wüste, trockene Wellen wie aus Schmirgelpapier werden von heißen Schirokkowinden zu Treibsandgebirgen aufgetürmt.

Tags zittert die Luft vor glühender Hitze, die nachts umschlägt in eisige Kälte. Zusammengepfercht in Zelten, in braune Tarnanzüge gekleidet hocken dort Hunderttausende amerikanische Männer und Frauen, die für einen Krieg gerüstet sind.

Noch ist keine Generation vergangen, und schon steht Amerika wieder an der Schwelle zum Krieg. Aber diesmal ist Dank der willfährigen Ergebenheit von Gorbatschows Imperium nicht der Kommunismus der Feind.

Tatsächlich ist es - entgegen anderslautenden Berichten - noch nicht einmal Saddam Hussein, der starke Mann im Irak.

In diesem Krieg geht es nicht um eine Ideologie oder um Land. Es gibt für diesen Krieg einen ganz simplen Grund - Öl. Dort in der Wüste stehen und exerzieren wieder einmal Zehntausende afrikanisch-amerikanische Schwarze in vorderster Front des Schlachtfeldes.

Wenn es zum Krieg kommt - und alles deutet daraufhin, daß er unmittelbar bevorsteht - wird es Tote, Verstümmelte und gebrochene Lebenswege auf beiden Seiten geben.

Wofür?

Diesmal behaupten die USA ausnahmsweise nicht, daß es um "Demokratie" geht - schließlich verteidigen sie eine theokratische Monarchie.

Die Behauptung der Vereinigten Staaten, gegen "internationale Aggression" vorzugehen, ist genauso hohl. Waren sie es nicht, die tatenlos zusahen, als Südafrika jahrelang die schwarzafrikanischen Frontstaaten mit der Luftwaffe attackierte?

Für die Kriegsvorbereitungen in Saudi-Arabien gibt es nur einen Grund - Öl.

Das heißt, Tausende von Afro-AmerikanerInnen sitzen unter der kraftzehrenden, sengenden Sonne, um Amerikas Geldaristokratie zu schützen - eine Regierung der Reichen, von Reichen und für Reiche.

Wie ihre Väter und Mütter, die immer noch von kalten Schweißausbrüchen geschüttelt aus dem Alptraum Vietnam hochfahren, sind auch sie im Begriff, eine tödliche Reise anzutreten.

Während hochrangige Politiker wegen der Steuerlast, unter der Amerikas Millionäre leiden, Krokodilstränen vergossen, lehnten sie gleichzeitig die Verabschiedung von Bürgerrechtsgesetzen ab, die dazu gedacht waren, ArbeiterInnen vor Diskriminierung bei der Arbeitsplatzsuche und am Arbeitsplatz zu schützen.

Die Botschaft, die aus Washington kommt, ist eindeutig: Die Regierung hat die Aufgabe, die Reichen - und nicht die Armen - zu schützen.

Während Politiker sich voller Gier bereichern, werden die Armen, die zum Schutz der Wohlhabenden trainiert und bewaffnet worden sind, - wenn sie überleben - in Communities heimkehren, in denen Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Hoffnungslosigkeit vorherrschen. Sie kehren in Communities zurück, in denen die wenigen, die Arbeit haben, sich ihrer Arbeitsplätze nicht sicher sein können. Communities, in denen die Gerichte mit wohlhabenden Beamten besetzt sind, die ausschließlich im Interesse ihrer herrschenden Klasse handeln.

Dieser Krieg wird für die Vorherrschaft der USA und des Westens über eines der größten Ölvorkommen der Welt geführt.

Was hat es schon für eine Bedeutung, daß Saddam seit seiner Invasion im August `90 einen besseren Zugang zu den Ölfeldern Kuwaits hat? Glaubt jemand, er würde das Öl austrinken? Oder würde er es nicht zu einem angemessenen Preis verkaufen? Ist das nicht das Prinzip der sogenannten "freien Marktwirtschaft"?

Und was die Invasion an sich betrifft, so haben die Invasoren von Grenada und Panama wenig Grund zur Kritik. Ist schließlich nicht auch die Zughörigkeit Puerto Ricos zu den USA das Ergebnis einer Invasion? Und würde es die USA ohne die Kette von Invasionen seit 1492 geben?

Anmerkung:

Mumia Abu-Jamal ist ein ehemaliger Black Panther und bekannter schwarzer Journalist aus Philadelphia. 1982 wurde er wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt und sitzt seitdem im Todestrakt des Huntigdon Gefängnisses im US-Bundesstaat Pennsylvania.

# 52. Antiimperialismus als Feind des Internationalismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:30

"Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus und die reaktionären Regime im Irak und in der Region" (Transparent quer über die Straße vor der Hamburger W3, einem "3. Welt"-Zentrum)

Für den linken Denksport: Fünf politische Kräfte werden genannt. Zwei fehlen. Welche?

Es ist bitternotwendig, daß die Raketen des irakischen Regimes auf Israel endlich auch einige rechte Festungen des Anti-Imperialismus hierzulande erschüttern.

Während ein von Deutschland (West und Ost schon längst vereint) hochgerüstetes Regime nach mehrfacher Androhung jetzt Israel angreift mit der erklärten Absicht, seine Existenz auszulöschen, werden in der neuen deutschen Linken alte Dummheiten und Verblendungen publiziert, als sei nichts geschehen, wie z. B.:

- In einem Flugblatt Hamburger linker Gruppen wird die Flucht jüdischer SowjetbürgerInnen vor antisemitischer Verfolgung als Israel-inszeniert dargestellt.

- In einer Sonderausgabe des AK, einer der wichtigsten linken Zeitschriften im Lande, wird exklusiv die schwierige politische Situation der PLO - die sich gerade fest mit den Kriegszielen des irakischen Diktators verbündet hat - kenntnisreich und kritiklos dargestellt.

- In Anti-Kriegs-Bündnissen ist das Existenzrecht Israels umstritten.

- US-Imperialismus und Zionismus werden gleichrangig als Kriegstreiber attackiert.

Wenn all dies in dieser Situation so schamlos-skandalös von linken AntiimperialistInnen präsentiert wird, sollten alle Linken beschämt sein, müssen wir fragen, ob zwanzig Jahre nach dem Aufblühen des antiimperialistischen Kampfes hierzulande die entsprechende Ideologie noch vertretbar ist. Klärung muß erfolgen, auch wenn der deutsch-klare Anti-Imperialismus dadurch in die Linke Posterabteilung geraten könnte.

Nur so kann auch der gefährlichen Dummheit derer begegnet werden, die aus einem falschen Antiimperialismus die PR-trächtige "Konsequenz" ziehen, jetzt eben mit den Imperialisten zu heulen, z.B. für den Kriegseintritt der BRD durch das Tor Israel.

1. Die Kritik des Antiimperialismus der deutschen Linken ist zuerst Selbstkritik. Auch wenn oder genauer: gerade weil manche von uns in den letzten Jahren einiges dazu gelernt haben, ist jede besserwisserische Attitüde unangebracht. Es gibt nur ganz wenige linke Frauen und Männer in diesem Land, die nicht im mainstream des deutschen Antiimperialismus mitgeschwommen sind. Wir anderen, ob Moskau- oder Peking-orientiert, ob dezent trotzkistisch oder militant autonom, haben uns zwar aufs heftigste befehdet, hatten aber immer den gleichen roten Pokal des konsequenten Antiimperialismus als Fixpunkt. Das hieß: Kampf dem US-Imperialismus ("USA=SA=SS"), Kampf dem Zionismus, Kampf dem ... (hier durfte gestritten werden: Sozialimperialismus, oder Faschismus, oder ...) Nur wer bereit ist, seine eigene politische Geschichte kritisch und öffentlich zu bedenken, hat die Chance, klüger zu werden. Häme über alte Fehler ist ebensowenig nützlich wie ihr beredtes Verschweigen, das z.B. in dem Satz zum Ausdruck kommt: "Natürlich haben wir nichts gegen Israels Existenz, aber ..."

2. Im antiimperialistischen Engagement bündelten sich Anfang der siebziger Jahre Erfahrungen und Erkenntnisse (so sahen wir es jedenfalls) aus verschiedenen Aktivitäten der APO (Außerparlamentarischen Opposition): die Solidarität mit den aufbegehrenden Studenten und Volksmassen im Iran (damals Persien) gegen die Terror-Herrschaft des Schahs, der tatsächlich als Gouverneur des US-Imperialismus wirkte; die Solidarität mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-Aggressoren; schon abgeschwächter die Unterstützung der südafrikanischen Befreiungsbewegungen gegen die portugiesische Kolonialherrschaft; unter dem Bildnis Che Guevaras faszinierten uns schließlich die Guerilla-Bewegungen, die sich - je erfolgreicher sie wurden, umso mehr - mit US-amerikanischen Waffen, Militärberatern und US-abhängigen Lokaldiktatoren konfrontiert sahen und, grausamer Tiefpunkt Chile 1973, unterlagen. Kuba war

in all diesem Imperialismus für uns so etwas wie das berühmte gallische Dorf, das dann auch bald viele Linke stärker in seinen Bann zog als die Reden Fidel Castros.

Als Grundstruktur all dieser Kämpfe entdeckten wir den Widerspruch zwischen den Interessen des US-Imperialismus an Vorherrschaft und dem Interesse der jeweiligen Völker an nationaler Befreiung und zwar, bitteschön, für Sozialismus. Ob der dann an der KPdSU (Moskau) oder an der KPCh (Peking) "ausgerichtet" wurde, war für die Metropolen-Linke eine Zeitlang die spannendste ideologische Frage, für die betroffenen Völker und ihre Volksarmeen meistens von vornherein beantwortet durch die Geld- und Waffenhilfe des einen oder anderen großen Bruders.

In diese antiimperialistische Analyse fügte sich scheinbar schlicht und einfach auch der Kampf des vertriebenen palästinensischen Volkes gegen den US-Imperialismus und seinen "Statthalter", den Zionismus. Daß da in Israel/Palästina noch ein anderes, ebenfalls und seit Jahrhunderten schon vertriebenes Volk um seine Souveränität kämpfen mußte, verstanden wir nicht und wollten es auch nicht verstehen. Das antiimperialistische Schema half, unserer deutschen Verdrängung des deutschen Massenmordes am jüdischen Volk eine linke Tarnfarbe zu geben.

2. Das halte ich heute für die größte Verblendung unseres Antiimperialismus: die enge Verknüpfung, teilweise sogar Gleichsetzung von US-Imperialismus und Zionismus, den wir dann oft noch unterschiedslos mit der staatlichen Existenz Israels und der jeweiligen Regierungspolitik identifizierten. Diese Art Anti-Imperialismus ist nicht der Lage, bzw. er speist sich aus dem Unwillen, zu unterscheiden zwischen den Interessen einer Großmacht an Welt(!)herrschaft und den Interessen einer Regionalmacht an Vorherrschaft über ein genau abgegrenztes Gebiet. Die Vermutung ist mehr als berechtigt, daß hier das alte antisemitische Klischee von den heimlichen jüdischen Weltherrschaftsambitionen weiterwirkt.

So betrachtet ist es dann nicht erstaunlich, daß sich dieser antiimperialistisch gebärdende Antizionismus durch Fakten nicht irritieren läßt, wie z.B. die Tatsache, daß im Nahen Osten andere Regimes, wie Iran, Syrien und Irak Hunderttausende von Menschen für ihre expansionistischen Kriegszüge sterben ließen, und daß in fast alle arabischen Regimes zahllosen Menschen, gerade auch den Palästinensern, grundlegende Menschenrechte vorenthalten wurden und werden. Die linke Solidarität mit dem palästinensischen Volk richtet sich ausschließlich gegen Israel, äußerst selten gegen die regionalen arabischen Herrscher, die sich im übrigen allesamt auch nur durch Unterstützung der USA und ehedem der UdSSR an der Macht halten konnten und können.

Auffällig abweisend verhält sich seit langem der Großteil der bundesdeutschen Linken auch gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf. Dafür dürfte es vor allem zwei Gründe geben: Das kurdische Volk hat nicht zuerst den US-Imperialismus zum Feind, sondern wird von gleich vier Regionalmächten (Türkei, Iran, Irak und UdSSR) unterdrückt, was nicht so glatt ins antiimperialistische Schema paßt. Außerdem ist die Solidarität mit den Kurden gegen den Massenmörder Hussein unvereinbar mit der Solidarität mit der PLO und den arabischen Völkern, die Hussein derzeit als künftigen Befreier feiern. Anstatt nachdenklich zu werden über diesen Widerspruch, entscheiden sich manche Linke immer noch für die Verdrängung und festigen einfach ihre Identifikation mit demjenigen der beiden Völker, das besonders unter Israel leidet.

Die wütende Anklage linker Jüdinnen und Juden muß von einer bundesdeutschen linken Bewegung, die das Deutsche, das sie in sich trägt, durch einen linken Internationalismus ersetzen will, eben zu diesem Zweck angenommen und geklärt werden: Wird das Leiden der palästinensischen Bevölkerung unter der israelischen Besatzung und ihrem Terror nicht auch benutzt zur Aufrechterhaltung des unheimlichen Vorurteils, daß von den Juden, besonders wenn sie über einen eigenen Staat verfügten, nichts Gutes käme, sondern nur Bedrohung und Unterjochung zu erwarten seien?

Wir müssen die Frage hinzufügen, warum eine Bewegung, die so vehement für das Selbstbestimmungsrecht der Völker sich einsetzt, bis heute kein einheitliches und uneingeschränktes Ja zur Souveränität Israels finden konnte und pauschal den Zionismus diffamiert, der eben auch ein Ausdruck des Strebens nach Souveränität und Selbstbestimmung des jüdischen Volkes ist. Solange das so ist, können wir auch nicht den Vorwurf, daß die Linke hier mehr als nur sprachliche Übereinstimmung mit den Faschisten hat, glaubwürdig entkräften. Daß in arabisch-palästinensischen Camps sich sowohl deutsche Linke als auch deutsche Rechte sich ausbilden ließen, und zwar mit stiller Sympathie ihrer jeweiligen Bewegungen, ist ein bis heute kaum bearbeitetes Kapitel

unserer Geschichte. Bis heute ist die PLO die einzige nationale Befreiungsbewegung in der Welt, auf die sich Linke und Rechte verständnisvoll bis ganz zustimmend beziehen. Wenn wir nicht spätestens jetzt in den mit dem Golfkrieg verbundenen Propagandakämpfen Klarheit schaffen, könnte sich solcher Antiimperialismus endgültig als Feind des Internationalismus diskreditieren.

3. Noch einige Zeit wird die Bearbeitung der größten Dummheit des alten Antiimperialismus brauchen: das Denken und Agieren im Widerspruch zwischen Imperialismus und Volk nach dem Motto: "Der US-Imperialismus ist der Hauptfeind der Völker". Einmal abgesehen von dem langwierigen, historisch inzwischen überholten Streit, ob die UdSSR als Imperialismus zu kennzeichnen sei, wurde der (!) Imperialismus mit den USA identifiziert, andere imperialistische Mächte wie Frankreich, USA, Japan eher ignoriert, der bundesdeutsche Imperialismus gar als abhängiger und braver Vasall der US-Macht verharmlost. Wurde unsere Solidarität mit der vietnamesischen Unabhängigkeitsbewegung nicht insgeheim auch dadurch motiviert, daß wir mit ihr gegen dieselbe Besatzungsmacht, die USA, fochten?! War nicht noch vor kurzem ein großer Teil der Soli-Bewegung leichter gegen IWF und Weltbank, beide US-dominiert, aufzubringen als gegen die einheimischen Deutschen Banken?! Aktuell drückt sich diese falsche Imperialismus-Analyse darin aus, daß die selbstbewußte Aufrüstung des Irak durch den BRD-Imperialismus weniger kritisiert wird als die treue und teure deutsche Hilfeleistung für den US-Imperialismus.

Solche Unklarheiten und Fehler in der Feindbestimmung "Imperialismus" werden zur gefährlichen Dummheit, wenn man sie kombiniert mit der bis heute weithin üblichen Freundbestimmung "Volk" und "Volksmassen". "Es lebe der Befreiungskampf des soundso Volkes", ist über zwei Jahrzehnte die beständigste Parole der bundesdeutschen Linken geblieben, die auch dadurch nicht zu erschüttern ist, daß so manches Volk ganz oder teilweise erheblich unter seinen Befreiern zu leiden hatte und hat. Die Chomeini-Nationalisten im Iran, die arabischen Nationalisten in Syrien und im Irak, das Pol Pot-Regime in Kambodscha, so manches Regime nach der afrikanischen Dekolonialisierung haben ihren Völkern mit der Befreiung von der US- oder anderer Vorherrschaft zugleich neue, teilweise noch repressivere Unterdrückung erfochten. Um sofort ein gern herbeigeführtes Mißverständnis auszuräumen: Die Absage an solcherlei "Volksherrschaften" ist kein Votum für imperialistische Herrschaft, auch wenn diese das gern so sähe und mit diesem Wunsche - soll man sich wundern? - bei manchen besonders stupiden Anti-Imperialisten früher Jahre heute gutklingende ("Recht der Völkergemeinschaft") Unterstützung findet, nachzulesen in taz und FAZ.

Wer sich als linker Mensch - je unbedarfter umso enger - mit dem Befreiungskampf der Völker einläßt, kann auch andere böse Überraschungen erleben, wie z.B. die, daß das nicaraguanische Volk die sandinistischen Befreier abwählt oder daß manche südamerikanischen Völker ähnlich wie einige osteuropäische, allesamt auch(!) von imperialistischen Konzernen und Banken bedrückt, ausgerechnet die einheimischen Ideologen solcherart Marktwirtschaft als Volksvertretung sich auswählen. Weil - nur darauf sollen diese wenigen Beispiele hinweisen - "die Völker" spätestens seit der politischen Dekolonialisierung kein antiimperialistisches Subjekt an sich mehr sind (wenn sie es denn jemals waren), ist eine nach wie vor an "den unterdrückten Völkern" ausgerichtete Analyse und Praxis von vornherein zum Scheitern verurteilt, wobei dieses Scheitern sich auch in der sanften Berührung mit deutschem Volkstum ereignen kann.

Das einzige, was an der politischen Größe "das Volk" wirklich und zuverlässig berechenbar ist, ist seine Bereitschaft und Fähigkeit, gegen ein anderes Volk, von dem sich zu unterscheiden die eigene Identität stiftet, in den Krieg zu ziehen. Das gilt nicht nur für die von imperialistischer Ausbeutung profitierenden Völker, wie das englische oder deutsche, sondern auch für die ausgebeuteten Völker. Was geschieht in Indien und Pakistan, in Äthiopien und Eritrea, was geschah in Chile und Argentinien, wohin wird das palästinensische Volk geführt, wenn es in der Allianz mit Saddam Hussein gegen das kurdische kämpft?!

Fürchtet die Massen, die als Volk sich zusammenfinden und für das Vaterland oder die Heimat zu sterben bereit sind!

Ulli K.

# 53. Aufruf zur Solidarität

*Dokumentation:*

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:38

Im Rahmen der von den Vereinten Nationen beschlossenen Sanktion smaßnahmen setzen am Golf auch Soldaten der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Kanadas ihr Leben ein, um nach einer Aggression dem Völkerrecht zur Geltung zu verhelfen. Deutschland hätte weder seine Freiheit behalten noch seine Einheit wiedererlangen können, wenn nicht diese mit uns befreundeten Demokratien den Deutschen zur Seite gestanden hätten.

Wir appellieren an alle Deutschen, ihre Solidarität mit jenen Menschen und ihren Angehörigen zum Ausdruck zu bringen, die jetzt dem Bruch der Regeln zivilisierten Zusammenlebens von Staaten entgegentreten. Die Hoffnung auf eine friedlichere Welt nach dem Ende des Kalten Krieges und der Vereinigung Deutschlands wird sich nur dann erfüllen, wenn nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Grundregeln des Völkerrechts gelten.

Darum wollen wir ein Zeichen der Solidarität mit den ausländischen Familien in Deutschland setzen, deren Angehörige am Golf sind. Das Zeichen der Verbundenheit mit diesen Familien soll für die Zeit des militärischen Konfliktes, aber auch und gerade für die Zeit danach gelten.

Alle Bürgerinnen und Bürger können ihrer Solidarität dadurch Ausdruck verleihen, daß sie den in Deutschland lebenden Familien der im Golf stationierten Soldaten direkt vor Ort mit Hilfe und Rat zur Seite stehen. Hinweise gibt die Atlantik-Brücke in Bonn, Tel.: ... Wenn Sie unsere Aktivitäten für die Familien und insbesondere die Kinder der in das Kriegsgebiet entsandten Soldaten unterstützen wollen: (Spendenkonto)

Vorstand, Kuratorium und Freunde der Atlantik-Brücke e.V.

Der Vorstand: Walther Leisler Kiep (Vorsitzender), Dr. Friedrich R. Bechtle, Dr. Marcus Bierich, Dr. h.c. Erik Blumenfeld, Prof. Dr. Juergen B. Donges, Jürgen Dormenn, Horst Elfe, Hans-Olaf Henkel, Prof. Dr. Karl Kaiser, Erwin Kristoffersen, Dr. Beate Lindemann, Kurt Morgen, Dr. Arend Oetker, Volker Rühe, MdB, Helmut Schäfer, MdB, Dietrich Stobbe, Max A. Warburg, Dr. F. Wilhelm Christians (Vorsitzender des Kuratoriums)

Das Kuratorium: Dr. F. Wilhelm Christians (Vorsitzender), Prof. Dr. Willi Paul Adams, Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, Dr. Peter Corterier, Dr. Klaus von Dohnanyi, Dr. Dieter Feddersen, Prof. Dr. Wilhelm Grewe, Prof. Dr. Rudolf Haas, Prof. Dr. Manfred Meier-Preschany, Dr. Alexander Menne, Wolfgang Oehme, Dr. Rolf Pauls, Dr. Peter Pechert, Berndt von Stadten, Rüdiger Freiherr von Wechmar, MdEP, Casimir Prinz Wittgenstein.

Dr. Hans Apel, Gert Becker, Roland Berger, Klaus B. Sitter, Willi Bogner, Willy Brandt, Birgit Breuel, Björn Engholm, Anke Fuchs, Dr. Helmut Geiger, Dr. Carl H. Hahn, Erivan Haub, Prof. Dr. Josef Isensee, Dr. Karlheinz Kaske, Dr. Kurt A. Körber, Lew Kopelew, Manfred Lahnstein, Dr. Florian Langenscheidt, Alexander Longelius, Lothar de Maizière, Ingrid Mätthäus-Maier, Udo van Meeteren, Dr. Klaus Murmann, Alfred Neven Du-Mont, Prof. Dr. Elisabeth Noelle Neumann, Ernst Pieper, Karl Otto Pöhl, Hermann Rappe, MdB, Manfred Rommel, Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Helmut Schmidt, Prof. Dr. Rupert Scholz, MdB, General a.D. Franz-J. Schulze, Dr. Walter Selpp, Dr.h.c. Max Streibl, Hans-Jochen Vogel, Dr. Walter Wallmann, Heinrich Weiss, Dr. Mark Wössner, Otto Wolff.

Zahlung in die Kriegskasse? - Wir prüfen realistisch!

Kriegssteuer? - Nicht aus diesem Grund!

SPD-Vorsitzender Vogel im Bundestag am 31.1.91

Dr. Vogel (SPD): Sie haben sich in Ihrer Regierungserklärung mit der Frage finanzieller und anderer Hilfen im Zusammhang mit dem Golfkrieg beschäftigt. Dazu sage ich, daß wir humanitäre Hilfen jeder Art, die geeignet sind, das Leid der vom Krieg Betroffenen zu lindern und Leben zu retten, uneingeschränkt befürworten.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört jedenfalls für mich - das sage ich aus aktuellem Anlaß - selbstverständlich auch die Pflege verwundeter und verletzter Soldaten, wenn darum ersucht wird.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rüttgers (CDU/CSU))

Ebenso befürworten wir materielle Hilfen für die von dem Embargo und den Kriegsfolgen in Mitleidenschaft gezogenen Länder.

Außerdem - wir sind Realisten - können sich aus unserer Integration in die NATO-Strukturen - diese Integration hat sich in der Vergangenheit durchaus auch zu unseren Gunsten ausgewirkt - gewisse Zwangsläufigkeiten ergeben. Die von Ihnen angekündigten Zusagen, Herr Bundeskanzler, die sich inzwischen offenbar auch auf Großbritannien erstrecken, werden wir unter diesen Gesichtspunkten prüfen, sobald wir wissen, wofür welche Summen verwendet werden sollen. Ich sage allerdings: Die Erhebung einer Kriegssteuer und die Einführung eines Umlage- und Abruf- -

(Dr. Rüttgers (CDU/CSU): Unglaublich! - Bohl (CDU/CSU): "Kriegssteuer", was soll denn das? - Dr. Geißler (CDU/CSU): Eine Steuer für die Beseitigung des Krieges! - Zuruf von der CDU/CSU: Ein ganz böses Wort!)

- Ich bitte um Entschuldigung. Die Einführung einer solchen Steuer und die Einführung eines Umlage- und Abrufverfahrens

(Dr. Bötsch (CDU/CSU): Das ist der Stil, den Sie hier erbitten!)

für finanzielle Beiträge lehnen wir ab. Ein solches Recht könnte unseres Erachtens allenfalls von den Vereinten Nationen als Institution in Anspruch genommen werden.

(Beifall bei der SPD - Gerster (Mainz, CDU/CSU): Haben Sie sich jetzt von der Kriegssteuer distanziert?)

Die Solidarität mit Israel

(Gerster (Mainz, CDU/CSU): Üble Sprache!)

haben wir vor wenigen Tagen gegenüber dem israelischen -

(Gerster (Mainz, CDU/CSU): Eine ganz üble Sprache!)

Präsidentin Dr. Süssmuth: Darf ich bitten, jetzt zuzuhören. Ich wiederhole das von gestern: Wir sind in der Aussprache. Wir werden unsere Stellungnahmen abgeben. Versuchen wir, einander anzuhören!

(Gerster (Mainz, CDU/CSU): Aber das mit der Kriegssteuer muß weg, Herr Vogel!)

Dr. Vogel (SPD): Meine Damen und Herren, ich habe von der besonderen Situation gesprochen, in der diese Debatte stattfindet. Wenn es Ihnen hilft - ich will hier durchaus meinerseits einen Beitrag leisten -, dann sage ich: die Erhebung einer Steuer aus diesem Grund und in diesem Zusammenhang.

(Bohl (CDU/CSU): Akzeptiert!)

Die Bewertung, ob der Ausdruck, den ich vorhin verwendet habe, die Sachlage trifft oder nicht, können wir dann den Menschen draußen überlassen. Ich sage das nur, damit wir hier zu einer Entspannung kommen.

# 54. Kriegstreiber ...

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:47

"Jetzt, da die Türkei, ein treues Mitglied des Bündnisses, auf ein Zeichen der Solidarität Anspruch hätte, drücken sich ausgerechnet die Deutschen mit fadenscheinigen Argumenten davor. Streit in friedlichen Zeiten ist bald vergessen. Feigheit in einem Fall, da es ernst werden könnte, wird nachgetragen." (FAZ-Kommentar, 22.1.91)

" ‚Auch wenn sie keine Truppen entsenden könnten sie doch hervortreten und ankündigen, daß sie uns mehr Geld, mehr technische Unterstützung oder einfach nur eindeutigere Stellungnahmen zukommen lassen', erklärte ein westlicher Diplomat. ‚Statt dessen bewegen sie sich in die entgegengesetzte Richtung. So etwas wird nicht vergessen.'" (Marc Fisher in: IHT, 22.1.91)

"Wenn die Deutschen, meint der abrüstungspolitische Sprecher der Union, Karl Lamers, bei ihrer Haltung bleiben, die militärischen Maßnahmen gegen den Irak zwar gutzuheißen, sich aber nicht an diesen Maßnahmen zu beteiligen, dann sei das ‚eine neue Form des deutschen Sonderweges'." (FR, 23.1.91)

"Während achtundzwanzig Nationen, darunter einige unserer engsten Verbündeten, am Golf gegen den Aggressor kämpfen, singularisiert sich Deutschland aus Angst, Provinzialismus und Pazifismus, oppositionellem Opportunismus und regierungsamtlicher Vorsicht ... Kein Wunder, daß A.M. Rosenthal in der ‚New York Times' befand: ‚Deutschland, das die USA wieder als Weltmacht etabliert haben, steht hinter uns - so weit hinten, daß niemand es sehen kann." (Bernt Conrad in: Welt, 23.1.91)

"Zu den elementaren Lehren der Hitlerjahre gehört, daß jede Nachgiebigkeit gegenüber dem Erpresser einen weit höheren Preis an Opfern und Zerstörung verlangt als die Unbeugsamkeit; und daß gegen den zum Krieg Entschlossenen der Friede schwerlich behauptet werden kann. Es gibt einen Test für alle Antikriegsparolen, die in diesem Tagen herumgetragen werden: ob sie auch gegen Hitler, im Europa der Jahre 1938/39 standgehalten hätten." (Joachim Fest in: FAZ, 24.1.91)

"Die neue Weltordnung beginnt mit einem Riesenloch in der Mitte Europas. Deutschland, der nun wichtigste europäische Staat, sucht seine Mitwirkung im Golfkrieg unter Berufung auf seine militaristische Vergangenheit zu minimieren. Weitaus konstruktiver wäre es jedoch, die Fehler der Vergangenheit dadurch zu tilgen, daß gemeinsame Sicherheit tatsächlich gemeinsam ausgeübt und hierdurch eine reale Alternative zur Bewältigung globaler Krisen durch eine Großmacht geschaffen wird." (Kommentar der New York Times, in: IHT, 28.1.91)

"Das deutsche Bild, durch den Export von Vernichtungs-Technologie zusätzlich verdunkelt, schrumpft in der Weltöffentlichkeit auf die Größe einer Wirtschafts-Republik, die ihre Angst auch noch für einen besonders modernen und zeitgerechten Ausdruck hoher Moral hält ... Von außen betrachtet erscheint das großräumig gewordene Land als tiefe Provinz, die unverwandt um ihr kommodes Leben zittert." (Herbert Kremp, in: Welt, 28.1.91)

"Daß der deutsche Beitrag an Hilfe für die alliierten UNO-Truppen unangemessen gering ist, muß hier nicht weiter betont werden. Auch nicht, daß wir inzwischen weltweit verlacht und beschimpft werden als NATO-Zwerge."(Bild-Kommentar, 29.1.91)

# 55. Quelldatei 55.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:55

Spenden-Ergebnis

Seit dem ersten Spenden-Aufruf in AK 325 sind folgende Spenden eingegangen:

KB-Würzburg 200,-

R.C., Nerzingen 40,-

HH, Hamburg 100,-

H-P.M., Staufenberg 20,-

Re., Ex-SSB-Hamburg 100,-

AK, Tübingen 50,-

M.D., Frankfurt 50,-

J.S., Bielefeld 50,-

S.N., Gießen 50,-

J.M., Stade 120,-

H.K., Essen 500,-

R., Heidelberg 50,-

G.K., Westberlin 500,-

B.J-B., Hamburg 100,-

N.N., Lüneburg 30,-

KB-Bremerhaven 400,-

M.L., Köln 100,-

H.G., Kampen 100,-

KB-Bremen 1.000,-

B.R., Stelle-W. 100,-

H.Th., Bremen 200,-

V.L., Westberlin 100,-

KB-Nürnberg 3.000,-

_____

Summe bis AK 327 6.960,-

# 56. Quelldatei bu1.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/bu1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:bu1

wie Frankreich oder z.B. Japan eher ignoriert, der bundesdeutsche Imperialismus gar als abhängiger und braver Vasall der und daß in fast allen arabischen Regimes zahllosen Menschen, gerade auch den Palästinensern, grundlegende Menschenrechte vorenthalten wurden und werden. Die linke Solidarität mit dem palästinensischen Volk richtet sich ausschließlich gegen Israel, äußerst selten gegen die regionalen arabischen Herrscher, die sich im übrigen allesamt auch nur durch Unterstützung der USA und ehedem der UdSSR an der Macht halten konnten und können.

art 32b leserbriefe

sprach seit seiner Einlieferung kein Wort. Er war der einzige Überlebende seiner Gruppe. Ich setzte mich an sein Bett und 80 S. DIN A4, 9,80 DM

(+ 2,00 DM Porto/Versand)

Bestellungen an:

unrast, Querstraße 2, 4400 Münster

Setzt der herrschenden Unwissenheit ihre Grenzen - organisiert den Weiterverkauf der Broschüre - gegen die Selbstzensur!

WiederverkäuferInnenrabatte ab 5 Exemplare

bus:

art 2

Aktiönchen hier und da ...

art 20

Ex-Premier Ecevit

Verwirrung an der Basis: der PCI-Militante Bobo versteht die Welt nicht mehr. - "Sch...!! Er hat 'ne Krise ..." - "Hat die Rede von Occhetto ihn so aufgeregt?" - "... nein. Er hat 'ne Krise, weil sie ihm gefallen hat ..." (aus "l'Unita")

art 44

Nach dem Befreiungskrieg das Arrangement

Isabel zieht Bilanz nach 18 Jahren Ehe (Szenenfoto aus: mujer transparente)

Hafenstraße

nahme wenigstens zum Teil zurückgenommen. Die Folge dieser Aktion, wäre sie "durchgegangen", wäre die Zahlungsunfähigkeit des Hauptmieters, des "Vereins Hafenstraße", gewesen; damit drohte die Einstellung von Gas-, Wasser- und Stromlieferungen, neuerliche Unbewohnbarkeitserklärungen oder aber Vorwürfe wegen "Energieklau" wären der nächste Schritt gewesen. ... Es scheint, als sei das unheilvolle Zusammenspiel, das untergeordnete Behörden schon 1986/87 unrechtmäßig, aber von oben geduldet geprobt hatten, noch bestens eingeübt.

# 57. Quelldatei bu3.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/bu3.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:bu3

Israelis mit Gasmasken in einem Bus, der zwischen Jerusalem und Tel Aviv nach einem Scudraketenangriff aus dem Irak zum Halten kann.

"Bürgerwehren" wie diese zählen neben dem Militärapparat zu den Stützen des Systems

Solidaritätsdemonstration für die Hafenstraße am 9. Februar 1991

Pro-irakische Demonstrationen im Libanon (oben) und Jordanien (unten)

Sollen die deutschen Soldaten zurück? ("Hamburger Abendblatt", 30.1.91)

Kabelmontagewerkzeug

art 48

Truppen in der Nacht vom 16. auf den 17. Januar 1991 der Krieg gegen den Irak. "Kein Blut für Öl!" und "Kein Krieg!" wa- schen in den Aktionen stellen das NEIN zum Krieg in Frage, sondern die Träger der 68er-Generation, aus deren Reihen heute der Krieg der USA und der NATO gegen den Diktator aus dem Irak Truppen unter Führung der USA. Es verfestigt die Stellung der USA im Nahen Osten und wirft alle Anstrengungen einer eigenständigen Politik in diesem Raum zu- Antikriegsbewegung

Antikriegsbewegung

Antikriegsbewegung

Forderung nach Absetzung von Gorbatschow

# 58. Annährung an ein Ja zum Krieg

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/doku_b.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:doku_b

Im folgenden drei Erklärung von Benny Peiser, Sprecher des Arbeitskreis gegen Antisemitismus (Ffm), aus den Monaten November 90, Dezember 90 und nach Ausbruch des Krieges im Januar 91

Was nun Irak?

Zurückziehen, abwarten oder Israel angreifen

Mit der elften UN-Resolution gegen die irakische Okkupation Kuwaits hat die Weltorganisation nunmehr auch eine militärische Befreiung des Ölscheichtums völkerrechtlich legitimiert. Sämtliche Bemühungen um eine politische Lösung des Golfkonflikts waren in den vergangenen vier Monaten an der kategorischen Weigerung Iraks gescheitert, sich jemals aus Kuwait zurückzuziehen. Kuwait sei nun mal nicht verhandlungsfähig, weil unabdingbarer und ewiger Bestandteil des Iraks. So zeigt sich die iraktische Führung auch jetzt wieder unbeeindruckt von einer vereinten Weltregierung und erklärte, daß sie dem Ultimatum nicht nachkommen werde.

…

Mit dem UN-Ultimatum an die Adresse Bagdads kommt die Golfkrise nunmehr in ihr kritischstes Stadium. Bleibt der Irak weiterhin stur, so wird es wohl auch bei den Alliierten kein Zurück mehr geben. Bis zum Januar werden nahezu 500.000 US-amerikanische Soldaten am Golf stationiert sein, und auch andere Staaten sind unermüdlich dabei, weitere Truppen und Kriegsmaterial nach Saudi-Arabien zu entsenden. Angesichts dieses martialischen Truppenaufmarsches und der Rechtmäßigkeit der allierten Verbände, im Notfall den Irak auch mit Gewalt aus Kuwait zu vertreiben, könnte - so hofft man insgeheim - Saddam Hussein doch noch einlenken. Er kennt jetzt den Terminplan seiner Gegner und muß sich darauf einstellen.

…

Saddam Hussein hat in den vergangenen Wochen mehrfach einen Giftgansangriff gegen Israel angekündigt. Es gibt keinen Anlaß, diese Vernichtungsandrohung nicht ernst zu nehmen. Besonders bedrohlich dürfte die Situation für die Bewohner Israels dann werden, sollte sich der irakische Diktator unter wachsendem militärischen Druck in einer immer ausweglosen Lage wähnen. Dann könnte er durchaus fähig sein, in einem verzweifelten letzten Kraftakt deutsches Giftgas auf seinen Erzfeind abzuwerfen. Was hält Saddam vor diesem angekündigten Schlag noch zurück? Ahnt er, daß ein solcher Angriff auf den jüdischen Staat auch sehr leicht nach hinten losgehen kann? Die Mehrheit der Arabischen Liga hat das Bündnis mit den USA selbst nach den blutigen Vorfällen auf dem Jerusalemer Tempelberg nicht aufgekündigt, und man darf davon ausgehen, daß dies auch durch irakisch-deutsche Giftgasraketen auf Tel Aviv nicht geschehen wird. Zudem ist die Popularität der PLO in der arabischen Welt auf einem historischen Tiefstand. Seitdem bekannt wurde, daß in Kuwait lebende Palästinenser maßgeblich an der Besetzung Kuwaits beteiligt waren und sich zu Zehntausenden in die Reihen der irakischen Truppen eingereiht haben, ist der PLO von den Golfstaaten der Geldhahn zugedreht worden. Tausenden von Palästinensern wird seither die Arbeitserlaubnis nicht verlängert, und Massenausweisungen aus den Golfstaaten haben bereits eingesetzt. Daß sich Arafat und die PLO auf die Seite Saddams gestellt haben, ist denn auch der Grund, warum die Mehr heit der Arabischen Liga zur Zeit keinerlei Interesse an einer Verknüpfung des Golfkonflikts mit dem Nahostproblem hat. Es bleibt trotzdem nur zu hoffen, daß Saddam seine wahnsinnige Drohung nicht wahr macht.

Benny Peiser, taz, 29.11.90

Zwischen München und Bagdad

Wird Saddam Hussein für seine Aggression belohnt?

Noch einen Monat hat Saddam Hussein Zeit, sich aus Kuwait bedingungslos zurückzuziehen. Ob er die kommenden 30 Tage dazu nutzen wird, ist mehr als fraglich. Ebenso zweifelhaft ist die zukünftige Haltung der USA und ihrer Verbündeten. Denn das weltweite Rätseln über George Bushs sensationelle Kehrtwende hält unvermindert an, und niemand weiß so recht, was in die US-Regierung gefahren ist und wohin sie zu steuern beabsichtigt. Immerhin hatte sie seit der irakischen Okkupation immer wieder betont, daß man vor einem

bedingungslosen Rückzug Iraks aus Kuwait mit Saddam Hussein ("schlimmer als Hitler") niemals verhandeln werde. Doch keine 18 Stunden nach dem UN-Ultimatum, das dem Irak eine letzte Schonfrist bis zum 15. Januar einräumt, übermittelte der amerikanische Präsident überraschend seine Gesprächsbereitschaft nach Bagdad.

…

Waren Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien bisher strikt gegen jedwede Beteiligung an offensiven Aktionen gegen den Irak, so erklärten die drei arabischen Verbündeten nur wenige Stunden nach dem Gesprächsangebot der USA erstmals ihre aktive Kriegsbereitschaft. Über Nacht ist die militärische Zurückhaltung der arabischen Alliierten einer kolossalen Angst vor einem Verhandlungskompromiß mit Saddam gewichen; die Furcht vor einem Verhandlungserfolg Saddams und einem intakt bleibenden Vernichtungsarsenal Iraks ist mittlerweile so groß, daß selbst Syriens Verteidigungsminister Tlass angekündigte, "bis zu einer halben Million Soldaten an den Golf zu schicken, um Saddam Husseins Pläne zu vereiteln". (...)

Auch Israels Ministerpräsident Schamir wird bei seinem Besuch im Weißen Haus unmißverständlich deutlich machen, daß man von den USA auf eine strikte Einhaltung des Versprechens pocht, die Bedrohung durch die irakische Massenvernichtungsmittel aus der Welt zu schaffen. Sollten die USA in dieser Frage wortbrüchig werden und Husseins ABC-Fabriken unversehrt lassen, so wird Israel - das dürfte die Botschaft Schamirs sein - sich eigenständig gegen diese Vernichtungsdrohung zu verteidigen wissen.

Doch weit ab vom Pulverfaß am Golf, in den USA und in Europa, wird immer stärker auf eine Kompromißlösung gedrängt.

…

Ein Eingehen auf die irakischen Ansprüche auf kuwaitisches Öl und Land würde aber nicht nur zu einer unabsehbaren Destabilisierung der gesamten Region führen. Schließlich würde eine Appeasement-Politik gegenüber Israels schärfsten Feind den israelisch-palästinensischen Konflikt noch zusätzlich verhärten. Israel wäre ja geradezu verrückt, sich unter der Bedingung zu einer Rückgabe der besetzten Gebiete bereit zu erklären, daß man dem Irak für seine Giftgastiraden und das Kuwait-Abenteuer gerade mit Ölfeldern und Gebietsabtretungen honoriert hat. In Israel wird sich wohl erst dann eine Mehrheit der Bevölkerung für eine Nahost-Friedenskonferenz finden lassen, wenn die daran beteiligten Parteien die Existenz des jüdischen Staates anerkannt und die Vernichtungsdrohungen von seiten Iraks beseitigt worden ist. Schon allein deshalb wäre ein Entgegenkommen zugunsten Iraks tödlich für jedwede israelisch-palästinensische Annäherung.

Bagdad ist nicht München, und Saddam ist nicht Hitler. Und doch besteht heute erneut die Gefahr, daß man fatale Fehler der Geschichte wiederholt.

Benny Peiser, taz, 11.12.90

Macht dem Alptraum ein schnelles Ende

Lieber Jo Müller, angesichts eines offenbar unmitelbar bevorstehenden Krieges ist es mir nicht möglich, euch den zugesagten Kommentar zukommen zu lassen. Alles was ich zu sagen hätte, würde nur als Aufruf verstanden werden, mit Saddam kurzen Prozeß zu machen. Aber die Furcht vor den vor allem gegen Israel und die alliierten Truppen gerichteten Massenvernichtungsmitteln in Saddams Händen verschlägt auch mir die Sprache. Nachdem Saddam Hussein endgültig durchgedreht ist und die Moslems zum "Heiligen Krieg" aufgerufen hat, bleibt uns wohl nichts weiter übrig, als zu hoffen, daß dieser Alptraum möglichst schnell verfliegt - und sei es letztendlich mit militärischer Durchsetzung des Völkerrechts. Die Weltgemeinschaft hat in dieser Hinsicht keinen Zweifel aufkommen lassen und ich kann nur hoffen, daß man aus Angst vor diesem Tyrannen nicht das Völkerrecht aushöhlt. (...)

Und Arafat? Er hat wieder einmal auf das falsche Pferd gesetzt: "Der Staat Israel ist eines der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Er muß verschwinden genauso wie die Berliner Mauer." Dies aus einer gemeinsamen Erklärung von Arafat und Gaddafi.

Mit dieser offiziellen Rücknahme einer 1988 vage angedeuteten Anerkennung Israels und der jüngsten Verlautbarung, die PLO werde an der Seite Iraks die Zerstörung des jüdischen Staates unterstützen, haben

sich die Aussichten für einen Verhandlungsfrieden im Mittleren und Nahen Osten weiter verschlechtert. Denn wie wollen die Israelis der PLO in Zukunft abnehmen, daß sie nicht bei einer passenden Gelegenheit erneut die Vernichtung Israels proklamiert? Der Beschluß Arafats, sich nunmehr ganz offen auf die Seite Saddam Husseins zu schlagen, macht die Palästinenser automatisch zu militärischen Feinden der arabischen Staaten, die mit dem Westen verbunden sind. Die Aussicht, ägyptische, saudische oder syrische Soldaten könnten schon bald Opfer auch palästinensischer Geschosse werden, hat zu einer radikalen Kehrtwende in der ägyptischen und saudischen Außenpolitik geführt. Schon denken Offizielle in Riad laut an einen zukünftigen Palästinenserstaat - auf der East- Bank, also in Jordanien: "Es wäre viel einfacher", heißt es dieser Tage in Riad, "daß die zukünftigen Grenzverhandlungen über die West-Bank zwischen Israel und einer wie auch immer gearteten Regierung in Amman geführt werden, anstatt über einen völlig neuen Staat zu verhandeln."

Wenn die Palästinenser mit panarabischer Rhetorik Überfall und Annexion Kuwaits lauthals begrüßen und die Aufteilung der arabischen Welt in 22 Staaten verurteilen, warum wollen sie dann überhaupt noch einen 23. Staat hinzufügen, fragt man sich neuerdings in Kairo.

Die Menschen in Israel erwarten stündlich eine neuerliche Massenvernichtung. Die Anspannung wird überspielt und rationalisiert; aber allein die Vorstellung, erneut durch deutsches Giftgas umzukommen, hat etwas gespenstisches.

Shalom, Benny Peiser, "Hamburger Rundschau" 17.1.91

# 59. Quelldatei doku_c.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/doku_c.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:doku_c

Zwischen München und Bagdad

Wird Saddam Hussein für seine Aggression belohnt?

Noch einen Monat hat Saddam Hussein Zeit, sich aus Kuwait bedingungslos zurückzuziehen. Ob er die kommenden 30 Tage dazu nutzen wird, ist mehr als fraglich. Ebenso zweifelhaft ist die zukünftige Haltung der USA und ihrer Verbündeten. Denn das weltweite Rätseln über George Bushs sensationelle Kehrtwende hält unvermindert an, und niemand weiß so recht, was in die US-Regierung gefahren ist und wohin sie zu steuern beabsichtigt. Immerhin hatte sie seit der irakischen Okkupation immer wieder betont, daß man vor einem bedingungslosen Rückzug Iraks aus Kuwait mit Saddam Hussein ("schlimmer als Hitler") niemals verhandeln werde. Doch keine 18 Stunden nach dem UN-Ultimatum, das dem Irak eine letzte Schonfrist bis zum 15. Januar einräumt, übermittelte der amerikanische Präsident überraschend seine Gesprächsbereitschaft nach Bagdad.

…

Waren Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien bisher strikt gegen jedwede Beteiligung an offensiven Aktionen gegen den Irak, so erklärten die drei arabischen Verbündeten nur wenige Stunden nach dem Gesprächsangebot der USA erstmals ihre aktive Kriegsbereitschaft. Über Nacht ist die militärische Zurückhaltung der arabischen Alliierten einer kolossalen Angst vor einem Verhandlungskompromiß mit Saddam gewichen; die Furcht vor einem Verhandlungserfolg Saddams und einem intakt bleibenden Vernichtungsarsenal Iraks ist mittlerweile so groß, daß selbst Syriens Verteidigungsminister Tlass angekündigte, "bis zu einer halben Million Soldaten an den Golf zu schicken, um Saddam Husseins Pläne zu vereiteln". (...)

Auch Israels Ministerpräsident Schamir wird bei seinem Besuch im Weißen Haus unmißverständlich deutlich machen, daß man von den USA auf eine strikte Einhaltung des Versprechens pocht, die Bedrohung durch die irakische Massenvernichtungsmittel aus der Welt zu schaffen. Sollten die USA in dieser Frage wortbrüchig werden und Husseins ABC-Fabriken unversehrt lassen, so wird Israel - das dürfte die Botschaft Schamirs sein - sich eigenständig gegen diese Vernichtungsdrohung zu verteidigen wissen.

Doch weit ab vom Pulverfaß am Golf, in den USA und in Europa, wird immer stärker auf eine Kompromißlösung gedrängt.

…

Ein Eingehen auf die irakischen Ansprüche auf kuwaitisches Öl und Land würde aber nicht nur zu einer unabsehbaren Destabilisierung der gesamten Region führen. Schließlich würde eine Appeasement-Politik gegenüber Israels schärfsten Feind den israelisch-palästinensischen Konflikt noch zusätzlich verhärten. Israel wäre ja geradezu verrückt, sich unter der Bedingung zu einer Rückgabe der besetzten Gebiete bereit zu erklären, daß man dem Irak für seine Giftgastiraden und das Kuwait-Abenteuer gerade mit Ölfeldern und Gebietsabtretungen honoriert hat. In Israel wird sich wohl erst dann eine Mehrheit der Bevölkerung für eine Nahost-Friedenskonferenz finden lassen, wenn die daran beteiligten Parteien die Existenz des jüdischen Staates anerkannt und die Vernichtungsdrohungen von seiten Iraks beseitigt worden ist. Schon allein deshalb wäre ein Entgegenkommen zugunsten Iraks tödlich für jedwede israelisch-palästinensische Annäherung.

Bagdad ist nicht München, und Saddam ist nicht Hitler. Und doch besteht heute erneut die Gefahr, daß man fatale Fehler der Geschichte wiederholt.

Benny Peiser

Der Autor ist Sprecher des Frankfurter Kreises gegen Antisemitismus

(taz, 11.12.90)

# 60. Quelldatei doku_d.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/doku_d.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:doku_d

Macht dem Alptraum ein schnelles Ende

Lieber Jo Müller, angesichts eines offenbar unmitelbar bevorstehenden Krieges ist es mir nicht möglich, euch den zugesagten Kommentar zukommen zu lassen. Alles was ich zu sagen hätte, würde nur als Aufruf verstanden werden, mit Saddam kurzen Prozeß zu machen. Aber die Furcht vor den vor allem gegen Israel und die alliierten Truppen gerichteten Massenvernichtungsmitteln in Saddams Händen verschlägt auch mir die Sprache. Nachdem Saddam Hussein endgültig durchgedreht ist und die Moslems zum "Heiligen Krieg" aufgerufen hat, bleibt uns wohl nichts weiter übrig, als zu hoffen, daß dieser Alptraum möglichst schnell verfliegt - und sei es letztendlich mit militärischer Durchsetzung des Völkerrechts. Die Weltgemeinschaft hat in dieser Hinsicht keinen Zweifel aufkommen lassen und ich kann nur hoffen, daß man aus Angst vor diesem Tyrannen nicht das Völkerrecht aushöhlt. (...)

Und Arafat? Er hat wieder einmal auf das falsche Pferd gesetzt: "Der Staat Israel ist eines der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Er muß verschwinden genauso wie die Berliner Mauer." Dies aus einer gemeinsamen Erklärung von Arafat und Gaddafi.

Mit dieser offiziellen Rücknahme einer 1988 vage angedeuteten Anerkennung Israels und der jüngsten Verlautbarung, die PLO werde an der Seite Iraks die Zerstörung des jüdischen Staates unterstützen, haben sich die Aussichten für einen Verhandlungsfrieden im Mittleren und Nahen Osten weiter verschlechtert. Denn wie wollen die Israelis der PLO in Zukunft abnehmen, daß sie nicht bei einer passenden Gelegenheit erneut die Vernichtung Israels proklamiert? Der Beschluß Arafats, sich nunmehr ganz offen auf die Seite Saddam Husseins zu schlagen, macht die Palästinenser automatisch zu militärischen Feinden der arabischen Staaten, die mit dem Westen verbunden sind. Die Aussicht, ägyptische, saudische oder syrische Soldaten könnten schon bald Opfer auch palästinensischer Geschosse werden, hat zu einer radikalen Kehrtwende in der ägyptischen und saudischen Außenpolitik geführt. Schon denken Offizielle in Riad laut an einen zukünftigen Palästinenserstaat - auf der East- Bank, also in Jordanien: "Es wäre viel einfacher", heißt es dieser Tage in Riad, "daß die zukünftigen Grenzverhandlungen über die West-Bank zwischen Israel und einer wie auch immer gearteten Regierung in Amman geführt werden, anstatt über einen völlig neuen Staat zu verhandeln."

Wenn die Palästinenser mit panarabischer Rhetorik Überfall und Annexion Kuwaits lauthals begrüßen und die Aufteilung der arabischen Welt in 22 Staaten verurteilen, warum wollen sie dann überhaupt noch einen 23. Staat hinzufügen, fragt man sich neuerdings in Kairo.

Die Menschen in Israel erwarten stündlich eine neuerliche Massenvernichtung. Die Anspannung wird überspielt und rationalisiert; aber allein die Vorstellung, erneut durch deutsches Giftgas umzukommen, hat etwas gespenstisches.

Shalom, Benny Peiser, "Hamburger Rundschau" 17.1.91

# 61. Quelldatei doku_e.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/doku_e.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:doku_e

Ein Funken Hoffnung

Die Parteinahme für die Allianz gegen Hussein ist notwendig

Klaus Hartung, taz extra, 20.1.91

Nur einen einzigen Funken von Hoffnung gibt es in dieser düsteren Zeit, in der wir, gebannt an die Fernsehschirme, den Untergang jener Idee einer besseren und demokratischeren Welt erleben, die 1989 aufblitzte: Es ist die Reaktion Syriens. In Syrien wird jetzt offenbar diskutiert, ob man - Ägypten folgend - unter Bedingungen das Recht Israels auf Selbstverteidigung anerkennt. Das ist sehr viel. Es nährt die Hoffnung, daß das massenmörderische Kalkül Saddam Husseins nicht aufgeht.

Wenn die Allianz bei einem Gegenschlag Israels nicht bricht, dann kann der Krieg immer noch den Charakter einer UNO-Sanktion bewahren, dann ist immer noch denkbar, daß ein Kriegsziel - die Wiederherstellung des alten Rechtszustands - denkbar bleibt. Und auch Israel ist über den Schatten gesprungen und ist bereit, die Art des Gegenschlages der Vernunft dieser Allianz zu unterwerfen. Sollte Syriens Reaktion Bestand haben, dann zeichnet sich wenigstens an einem Punkt eine Interessenidentität zwischen Israel und der arabischen Welt ab, nämlich im Verzicht auf einen Nahostkrieg als Massen- und Massenvernichtungskrieg. Damit würde zum ersten mal ein realer Anknüpfungspunkt für eine spätere Nahost-Konferenz sichtbar.

Mit seinem zweiten Raketenschlag - militärisch nur das Symbol eines Angriffs auf Israel - hat Hussein nun endgültig deutlich gemacht, was die wirklichen Alternativen sind: Die Opferung der irakischen Massen, der Frauen, Männer und Kinder von Bagdad, als Aufputschmittel auf dem Weg zum Weltbürgerkrieg zwischen der arabischen Nation und dem Westen. Nichts grauenhafter als die Verbindung von sozialem Elend, Demütigung und Heiligem Krieg. Gelingt es ihm, die gegen ihn formierte Allianz zu zerstören, dann beginnen nicht nur Flächenbombardements, sondern Bürgerkrieg, Terror, Flüchtlingsströme über die Kontinente weg. Dann ist die UNO als bindende Kraft, die immerhin ein weltweites Ultimatum und bis zu einem gewissen Grade auch den Charakter des Krieges definieren konnte, verschwunden. Dann würde der Horror des Krieges noch überboten vom Horror eines Kriegsendes, an dem die Welt zurückgefallen ist in einen Zustand der Barbarei, in einen vertragslosen Zustand eben.

Wenn aber die Allianz in diesem Augenblick eine so hohe definitive Bedeutung hat, dann ist es konsequent, daß man auch den Sieg dieser Allianz wünschen muß. Unabhängig von den größten politischen Divergenzen und den fortbestehenden Unterschieden im militärischen Engagement ist die Allianz zumindest an dem Punkt einig: Hussein muß Kuwait aufgeben. Vor jener Konsequenz stehen jetzt die Demonstranten für den Frieden. Kriegsangst, Betroffenheit, Ausbruch aus der Ohnmacht - alles war richtig. Aber jetzt schon ist spürbar, daß die Überzeugungen, die die Leute auf die Straße getrieben haben, unfruchtbar werden. Mahnwachen, Schweigeminuten, Verkehrsblockaden lassen sich wiederholen, sollen auch wiederholt werden. Aber wie schnell kann es zum lähmenden Ritual werden, wenn die Überzeugungen nicht tragfähig bleiben; wie schnell kann man an der eigenen Betroffenheit ersticken. In dieser Situation hilft nun endgültig die Routine des Antiamerikanismus und des Kein-Blut-für-Öl nicht mehr aus. Es ist die Zeit für Parteinahme. Nur der Erfolg dieser Allianz bannt die Gefahr des Endes aller Allianzen. Ganz abgesehen davon, daß in einem Deutschland der Gasexperten keine Friedensbewegung moralisch im Recht ist, die Zweifel an der Solidarität mit dem Existenzrecht Israel zuläßt. Oder anders ausgedrückt: Die deutschen Proteste gegen den Krieg wären haltlos, wenn die Betroffenheit über den Krieg das Entsetzen darüber überlagern würde, daß es nun wieder Juden sind, die durch das Gas bedroht werden.

# 62. Quelldatei kasten.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/kasten.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:kasten

Die Versammlung der KB-Mehrheit traf am 3. Februar mit einer Gegenstimme folgende Entscheidung: An dem Beschluß zur Trennung der Organisation wird festgehalten. Der Beschluß zur publizistischen Trennung wird kassiert, vorläufig wird der Status quo (gemeinsame Herausgabe des ak mit der Minderheit), der bei Trennung der Organisation auf ein Dachmodell hinauslaufen würde, beibehalten. Angestrebt wird die Konstituierung eines ak-Trägervereins, der eine Öffnung von Herausgeberschaft und Redaktion über die Organisationsgrenzen hinaus erlauben soll.

Die Vorbereitung des Kongresses wird der Verhandlungsgruppe übertragen.

# 63. Quelldatei prowo.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/prowo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:prowo

PROWO Nr. 11 ist erschienen Diesmals mit Anti-Kriegs-

Schwerpunkt:

Wieso für den Frieden sein, nicht reicht ...

Seite 1

Autonome KommunistInnen Marburg:

Gegen den imperialistischen Golfkrieg

Kurdistan: Hauptleidtragende werden vergessen

Seite 2

Zensurmaßnahmen der türkischen

Regierung

Seite 4

H.B.

Zur Zeitung "Gegen den Krieg"

Sheherazade: Kriegsende durch

Abstimmung?

Seite 5

Bündnis kritischer Gewerkschaf-

terInnen:

Keine Solidarität des DGB?

Stell dir vor, es ist Generalstreik

und keiner geht hin ...

Hajo, Heidelberg:

Bomben auf Litauen?

Seite 6

Michael Stamm:

Frieden ist kein Normalzustand

Leichenhallen statt Krankenstationen

Seite 12

Westberliner GewerkschafterInnen:

BergarbeiterInnen-Streik in der Türkei

Außerdem u.a.:

Ralf, Hamburg über Deutschen Nationalismus, Michael Stamm über Planwirtschaft, Teile der PROWO über "Moderner Kapitalismus - ArbeiterInnenklasse - politisches Subjekt", Hochschulabwicklung und Treuhand, Peter Brendel über ÜbersiedlerInnenforschung, Searchlight über Gladio und Faschos

Bestellungen (2 DM/Stück):

PROWO, Eisenbahnstr. 4, W-1000/36

# 64. Quelldatei s1b.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/s1b.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:s1b

Die Spaltung der arabischen Welt

Der Angriff auf den Irak hat in der arabischen und islamischen Welt, bis nach Südostasien, die erwarteten heftigen Reaktionen ausgelöst. Hunderttausende zwischen Marokko und Bangladesch trugen ihren Zorn und ihre Solidarität mit dem Irak auf die Straßen. Weithin wird dieser Krieg als Auftakt eines Kreuzzugs der imperialistischen Metropolen gegen die Araber, gegen die Muslime, gegen die Dritte Welt schlechthin wahrgenommen. Daß auch mehrere arabische Staaten an der Allianz beteiligt sind, wirkt keineswegs als Widerspruch zu dieser Interpretation, sondern steigert nur Scham und Wut über den Zustand der Ohnmacht und Zersplitterung, in den man geraten ist. Der Krieg wird, gerade wenn er mit einer schweren militärischen Niederlage des Irak enden sollte, in der arabischen Welt wahrscheinlich einen ungeheuren Haß und Revanchismus gegen den Westen und dessen Brückenkopf Israel hinterlassen, mit dem auf viele Jahre zu rechnen sein wird. Die Tendenz zum Zusammenschluß arabischer Staaten und zur forcierten Aufrüstung wird zunehmen.

Wir geben eine Übersicht über die Reaktionen der arabischen Staaten und Völker auf die Golfkrise und den Kriegsbeginn.

# 65. Deutschland als Kriegspartei

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/s1c.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:s1c

Der Golfkrieg verändert das internationale Kräftegefüge und die Rolle, die die Bundesrepublik darin spielt: Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert will von nun an Deutschland auch kriegerisch als Großmacht reüssieren. "Deutschland muß künftig bereit sein, auch selbst an konkreten Maßnahmen zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Welt mitzuwirken", verkündete der scheinbar so tapsige Kanzler am 30. Januar vor dem Deutschen Bundestag. "Es gibt für uns Deutsche keine Nische in der Weltpolitik, und es darf für Deutschland keine Flucht aus der Verantwortung geben." Des alten Kaisers Scheiße also, vorgetragen am 58. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers. Jene "tiefgreifende Neu(?)orientierung der deutschen Politik" (Spiegel) wurde unverzüglich in die Praxis umgesetzt: Wenige Tage nach der Kohlrede waren bereits an die 3.200 deutschen Soldaten in die Türkei und das Mittelmeer entsandt.

Damit die künftigen militärischen Interventionen auch in der Golfregion stattfinden können, wird auf die Tube gedrückt: Die für die globale Entsendung deutscher Eingreiftruppen vorgesehene Verfassungsänderung soll allen sonstigen Grundgesetzkorrekturen vorgezogen und noch in diesem Sommer über die Bühne gebracht werden.

Wir befassen uns in diesem AK mit den Antriebskräfte jener "Neuorientierung": Hat die Bonner Regierung tatsächlich "gedrängt von den Verbündeten" die Prinzipien ihrer bisherigen Außenpolitik preisgegeben, wie es der "Spiegel" interpretiert? Haben die Übeltäter von Washington die Deutschen an die Front gerufen und hierdurch ihr Opfer, die deutsche Außenpolitik "in ein schwere Krise" gestürzt, wie es das Augstein-Blatt suggeriert? Wir dokumentieren Auszüge aus der Auslandspresse und kriegstreiberische Kommentare aus der BRD.

Wir berichten ferner über die umfassende deutsche Kriegsbeteiligung: Als Finanzier, als Waffen- und Munitionslieferant an die britischen und amerikanischen Truppen sowie die Türkei, als Hinterland der USA, etwa zur Versorgung verwundeter GIs und als flankierende Kriegsmacht mit eigenen Truppen im Mittelmeer und der Türkei.

# 66. Die SPD vor einer Zerreißprobe

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/s1d.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:s1d

Zwischen einer konsequent pazifistischen Grundhaltung und der Forderung nach Rückzug der BRD-Truppen einerseits und bedingungsloser Ergebenheit gegenüber den Westverbündeten andererseits, bewegt sich die Debatte. Ist der parteiinterne Konsens angeknackst? Parteirat und Präsidium beschlossen eine Resolution, mit der sie der Vogel-Linie folgten und damit zum gleichberechtigten Sprachrohr offizieller Deutschland-Politik avancierten. Die Linken beugten sich - trotz Mehrheit für ihre Position eines bedingungslosen Waffenstillstands im Präsidium - den weisen Ratschlägen der Altmeister Brandt, Vogel und Klose.

Ob es die Forderung nach sofortigem und bedingungslosem Waffenstillstand, die Debatte um die Bündnisverpflichtung, die Ambition, daß Deutschland als vollwertiges Mitglied der "Völkergemeinschaft", in deren Name zur Zeit ein mörderischer Krieg geführt wird, tätig werden soll, oder aber ob es die Frage der Grundgesetzänderung ist, es setzt sich entgegen manch anderslautender linkssozialdemokratischer Hoffnung doch kein Pazifismus durch.

Zwar wird dann die Entsendung deutscher Truppen in die Türkei als politische Fehlentscheidung qualifiziert, aber zur Forderung nach deren Rückzug kann sich die SPD nicht durchringen - wie es heißt aus Angst vor internationaler Isolation. Den Vergleich mit der Situation der SPD im Jahre 1914 erlaubte sich Horst Peter, die Parteilinke stünde wie damals "mit dem Rücken zur Wand".

Die verfassungsrechtlichen Aspekte, die die SPD so gerne immer wieder in die Debatte bringt, täuschen über manches hinweg, auch wenn sie in den konkret anstehenden Entscheidungen durchaus spannend und zur Herausforderung für die Friedensbewegung werden könnten. Aber es war erstens die SPD, die eine Grundgesetzänderung zugunsten einer Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an UNO-Truppen im Jahre 1988 zum Sommerlochthema Nummer 1 machte.

Zweitens wäre es verheerend, wenn gerade in dieser Konfliktsituation durch eine Grundgesetzänderung eine der letzten Hemmschwellen vor einer Kriegsbeteiligung fallen würde. Und drittens muß befürchtet werden, daß bei der von der SPD geforderten Entscheidung im Bundestag bezüglich eines weiteren Einsatzes von Bundeswehrsoldaten, gerade von der SPD angesichts ihrer derzeitigen Beschlußlage kein entschiedenes Nein sondern die mehrheitliche Zustimmung zum Kriegskurs erfolgen würde. Schulterschluß, Burgfrieden oder gesellschaftlicher Konsens - Begründungen, die in der SPD Tradition haben. Mensch darf gespannt sein!

So amüsieren sich CDU/CSU und FDP weidlich an dem Ringen der SPD-Führungsriege um staatsmännische Akzeptanz, ohne zu "honorieren", daß es in der Partei "immerhin" eine Aufweichung vom "Nein zum Krieg" bis zum heutigen Rechtfertigungskurs gegeben hat. SPD zwischen Pazifismus und Bündnistreue.

# 67. Was fehlt und was wir dennoch brauchen: Ein Spendenaufruf

CD-Datei: daten/aksuche/ak327/spenden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:327:spenden

Jedes Jahr um diese Zeit bitten wir die AK-LeserInnen und die Mitglieder unserer Organisation um Spenden, weil wir ohne sie die Zeitung in dieser Form nicht aufrechterhalten können.

Im letzten Jahr sind dabei etwa 60.000 DM zusammengekommen. Über 20% unserer Ausgaben werden aus den alljährlichen Spendensammlungen finanziert.

Auch jetzt sind wir dringend auf Eure Spenden angewiesen, weil wir die laufenden Ausgaben nicht aus den Einnahmen decken können.

Wir haben aber die besondere Situation, daß derzeit um unsere Zukunft gestritten wird, ob der AK weiter gemeinsam herausgebracht wird oder ob sich auch hier die Flügel des KB trennen (s. Artikel in diesem AK dazu).

Wir gehen davon aus, daß unsere UnterstützerInnen in den nächsten Monaten Klarheit haben wollen, wie es weiter geht, und deshalb mancher seinen Unterstützungsbeitrag zurückhalten wird.

Andererseits können wir allen, die uns jetzt mit Beiträgen und Spenden unterstützen, versichern, daß wir diese Einnahmen zur aktuellen Aufrechterhaltung des AK verwenden bzw. selbst im Extremfalle der Trennung im Einvernehmen beider Flügel des KB für eine politische Zukunft verwenden wollen.

AK-Redaktion

Seit dem ersten Spendenaufruf

in AK 325 sind folgende Spenden

eingegangen:

KB-Würzburg 200,-

R.C., Nerzingen 40,-

HH, Hamburg 100,-

H-P.M., Staufenberg 20,-

Re., Ex-SSB Hamburg 100,-

AK, Tübingen 50,-

M.D., Frankfurt 50,-

J.S., Bielefeld 50,-

S.N., Gießen 50,-

J.M., Stade 120,-

H.K., Essen 500,-

R., Heidelberg 50,-

G.K., Westberlin 500,-

B.J-B., Hamburg 100,-

N.N., Lüneburg 30,-

KB-Bremerhaven 400,-

M.L., Köln 100,-

H.G., Kampen 100,-

KB-Bremen 1.000,-

B.R., Stelle-W. 100,-

H.Th., Bremen 200,-

V.L., Westberlin 100,-

KB-Nürnberg 3.000,- _

Summe bis AK 327 6.960,-

Spendenkonto:

Heinrich Eckhoff

Postgiroamt Hamburg

Bankleitzahl: 200 100 20

Kontonummer: 4645 84-204